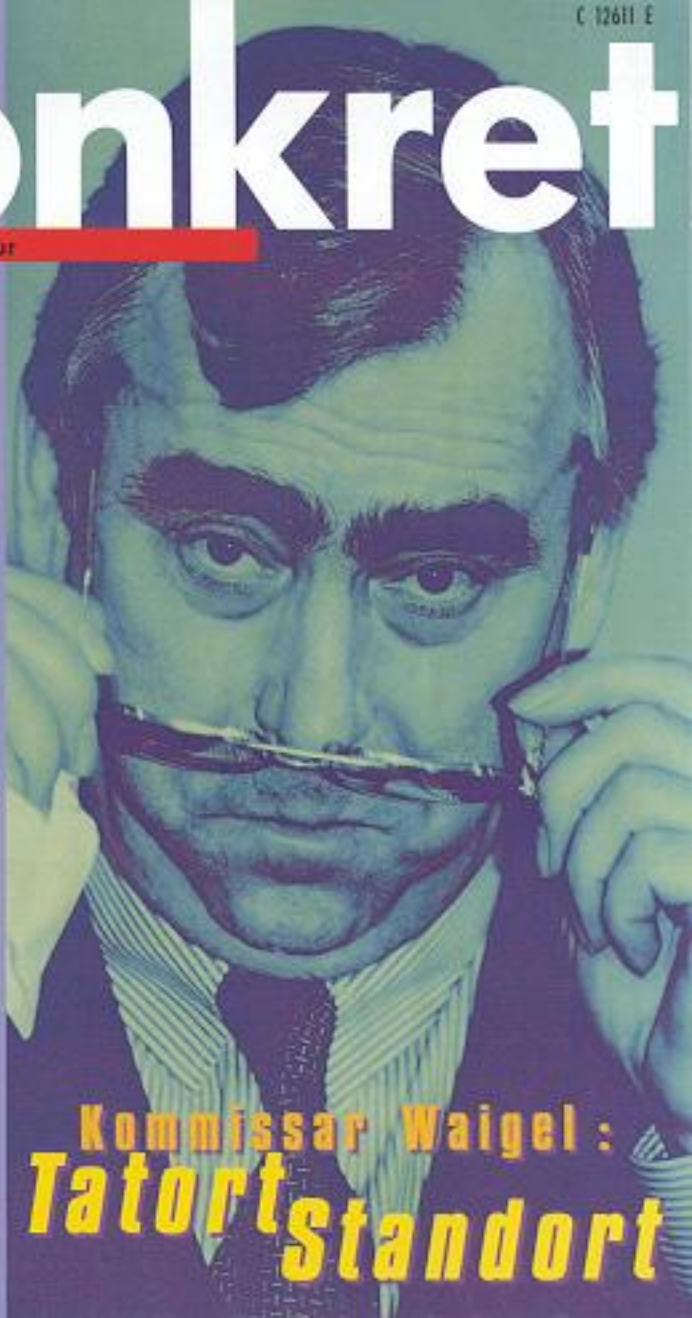
Heft 1 Januar 1997 8,– DM

C 12611 E

konkret

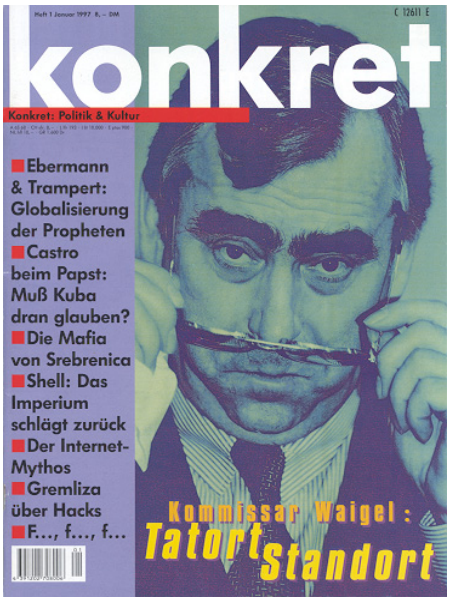
Konkret: Politik & Kultur

- Ebermann & Trampert: Globalisierung der Propheten
- Castro beim Papst: Muß Kuba dran glauben?
- Die Mafia von Srebrenica
- Shell: Das Imperium schlägt zurück
- Der Internet-Mythos
- Gremliza über Hacks
- F..., f..., f...



Kommissar Waigel: Tatort Standort

in konkret Januar 1997



hier Konkret von Micha Brumlik

Micha Brumlik ist Professor für Erziehungswissenschaften und Abgeordneter der Grünen im Frankfurter Parlament - und neuerdings auch Kommunist? Auf dem Strategiekongreß der Grünen schlug er vor, die Systemfrage neu zu stellen

von Konkret

an Konkret

Tatort Standort von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die neue Heimsuchung von Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Sitzt Deutschland in der »Globalisierungsfalle«? Die bedrohlichen Szenarien, die linke wie rechte Globalisierungstheoretiker entwerfen, sollen dem nationalen Kapital neue Profitmöglichkeiten eröffnen und die ihm Unterworfenen gefügig machen. Die tatsächliche Gefahr liegt darin, daß die »Globalisierung« nicht stattfindet

In der Zwickelmühle von Angelo Lucifero

Im November beschloß ein eigens dazu einberufener außerordentlicher Bundeskongreß ein neues Grundsatzprogramm für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Der Nutzen der neuen Orientierung für die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist eher zweifelhaft

Bedingter Gebrauchswert von Klaus Harbart

Im »Handbuch des deutschen Rechtsextremismus« geht gründliche Recherche mit einer problematischen Theorie des Faschismus einher

Ein VS-Stern auf allen Wegen von Christoph Seidler, Oliver Tolmein

Was führt einen deutschen Illegalen in den Libanon, und wie organisiert der Verfassungsschutz ein »Spiegel«-Gespräch? Oliver Tolmein hat Christoph Seidler, den nicht in die RAF eingestiegenen »Aussteiger« interviewt

Kogons Quelle von Georg Fülberth

Der verschollen geglaubte und nun veröffentlichte »Buchenwald-Report« des Jahres 1945 widerlegt die revisionistische Geschichtsschreibung über das KZ Buchenwald

Beruf: Bürgerrechtler von Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert

Aus der DDR vertrieben, vom Barbier von Bebra vergessen: Siegmar Faust, der ehemalige Underground-Autor und jetzige Stasiunterlagenbeauftragte von Sachsen

Das Imperium schlägt zurück von Karl Rössel

Wie geht Pressefreiheit? Eine Antwort auf diese Frage bietet die Medienlandschaftspflege des Shell-Konzerns

»Satanische Elemente« von Justus Wertmüller

Gemeinsam gegen die »Erzfeinde USA und Israel«: Der deutsch-iranische Streit ist vorerst beigelegt

Die Mafia von Srebrenica von Jürgen Elsässer

Überlebende aus Srebrenica beschuldigen eine Bande moslemischer Politgangster schwerer Verbrechen während der Belagerung - und zahlreicher Exekutionen auf der Flucht vor den serbischen Truppen

Wie es dazu kam von Gerhard Scheit

Ernst Lohoffs Buch Ober den Jugoslawienkrieg bietet eine theoretisch fundierte Analyse des Krieges im Zeitalter implodierender Nationalökonomien

Muß Kuba dran glauben?Peppone trifft Don Camillo von Christian Eggers
Fidel Castro beim Papst - ist es möglich, zu diesem Ereignis unterschiedlicher Meinung zu sein? Es ist

Muß Kuba dran glauben?Máximo Lider von Georg Fülberth
Fidel Castro beim Papst - ist es möglich, zu diesem Ereignis unterschiedlicher Meinung zu sein? Es ist

In diesem Sinne - Elysium Erhard von Holger Becker

In diesem Sinne - Ostdeutsches Handwerk von Martin Krauß

In diesem Sinne - Nimm drei von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Der Internet-Mythos von Karl Pawek

Der Kollaps der Kommunikation von Robert Kurz
Das Sprachexperiment des US-Kultautors William Gaddis - ein Tonbandprotokoll des laufenden Schwachsinns im Kapitalismus

Zu Protokoll
Jugendsünden, Altersmeisen: Vor laufenden Kameras diskutierten um 25. November im NDR III-»Talk vor Mitternacht« Vertreter der beiden deutschen PEN-Zentren, worum sie zueinander nicht kommen können. KONKRET dokumentiert Auszüge aus den Wortmeldungen von Karl Otto Conrady (Präsident des West-PEN), Joochen Laabs (Ost-PEN), Joachim Walther (West-PEN), Thomas Reschke (Ost-PEN), Ralph Giordano, Leu Rosh, Lutz Rathenow (West-PEN)

Die Verteidigung Goethes von Hermann L. Gremliza
Einer der wenigen bedeutenden kommunistischen Schriftsteller nach Karl Marx, die Kommunismus nicht als Liebeserklärung ans Proletariat mißverstehen, bat sein »vollständiges theoretisches Werk« vorgelegt - den »Gesamtentwurf einer sozialistischen Klassik«

von Peter Hacks
*

Buch & Deckel von Jens Hoffmann
Jane Kramer: Unter Deutschen. Briefe aus einem kleinen Land in Europa. Edition Tiamat, Berlin 1996, 304 Seiten, 44 Mark

Buch & Deckel von Oliver Tolmein
Ivan Ivanji: Barbarossas Jude. Picus Verlag, Wien 1996, 280 Seiten, 39,80 Mark

Buch & Deckel von Christian Eggers
Hans-Jürgen Burchardt: Kuba: Der lange Abschied von einem Mythos. Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1996, 264 Seiten, 29,80 Mark

Buch & Deckel von Conrad Schuhler
Anna Vollmann/Werner Zahn: Kuba - vom »Modell« zum »Hinterhof«? Distel Verlag, Heilbronn 1996, 143 Seiten, 22 Mark

Kluges Fernsehen II von Kay Sokolowsky
Eine Mini-Serie über das Fernsehen als Halbbildungsanstalt und Apparat zur Vernichtung von Integrität. Zweite Folge: Der Seiteneinsteiger

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Melodie & Rhythmus von Günther Jacob
Tom Holert/Mark Terkessidis (Hg.): Mainstream der Minderheiten. Pop in der Kontrollgesellschaft. Edition ID Archiv/Berlin 1996, 198 Seiten, 28 Mark

Melodie & Rhythmus von Lola Rodriguez
Kula Shaker: K; Columbia/Sony

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
The Artist formerly known as Prince: Emancipation; EMI/Spin Records Yes: Keys to Ascension; Castle Comunications/Edel

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Star Trek - Der erste Kontakt

Film & Theater von Jan Pehrke
Trees Lounge

Film & Theater von Kay Sokolowsky
Fargo

Film & Theater von Jan Pehrke
Haben (oder nicht)

Film & Theater von Heike Runge
Portrait of a Lady

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/97, S. 3

Micha Brumlik

hier Konkret

Micha Brumlik ist Professor für Erziehungswissenschaften und Abgeordneter der Grünen im Frankfurter Parlament - und neuerdings auch Kommunist? Auf dem Strategiekongreß der Grünen schlug er vor, die Systemfrage neu zu stellen

konkret: Sie haben im Oktober dieses Jahres, auf dem Strategiekongreß der Grünen - einer Mittelstandspartei, die ja nichts anderes als eine ökologische Reform der Marktwirtschaft anstrebt - vorgeschlagen, »allen Ernstes über Kommunismus nachzudenken«. Ist das der Anfang des Endes einer langjährigen Freundschaft?

Brumlik: Im Gegenteil, die Freundschaft fängt erst richtig an. Freundschaften, zumal solche, die lange und mit Schwierigkeiten gewachsen sind - ich erinnere nur an den Streit über den zweiten Golfkrieg - vertragen auch erhebliche Belastungen. Außerdem habe ich auf dem Parteitag erheblichen Beifall bekommen. Vor allem sind die Grünen - allen Metzgers und Wolfs zum Trotz - keine Mittelstandspartei, keine Interessenorganisation mittelständischer Betriebe, des Handwerks und des kleinen Grundbesitzes, sondern eine linksbürgerliche Mittelschichts-Partei. Schließlich ist eine ökologisierte Marktwirtschaft auf jeden Fall besser als eine, die die Umwelt ungebremst zerstört. Endlich habe ich gesagt, was ich gemeint habe: allen Ernstes über Kommunismus nachzudenken! Denken aber ist ein von unmittelbaren Entscheidungszwängen entlastetes Probehandeln.

konkret: Noch auf dem KONKRET-Kongreß 1993 haben sie keine »machbare Utopie« gesehen und den Realsozialismus als »gescheitert« bezeichnet. Wenn Sie heute, wie Sie postulieren, den »Blick über die Grenzen unseres Wirtschaftssystems« lenken - welche Alternativen sehen Sie da?

Brumlik: Der »Realsozialismus« ist an sich selbst und nicht an Ronald Reagans Rüstungsprogrammen zugrundegegangen. Er ist vor allem an seinem Despotismus und auch an seiner ökonomischen Ineffizienz gescheitert. Der »Realsozialismus« hatte mit Kommunismus ungefähr so viel zu tun wie der Faschismus mit dem Liberalismus - Faschismus, und nicht: Nationalsozialismus! Im übrigen verfügen wir heute tatsächlich über keine machbare, d.h. ausgereifte, theoretisch geklärte, in ihren Strukturen entfaltete, in ihren gesamtgesellschaftlichen und ökologischen Folgen abschätzbare Konzeption einer Ökonomie, die nicht auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Sowohl was die Bewahrung der Umwelt als auch was die Gerechtigkeit in einer Gesellschaft und zwischen den Generationen betrifft: Eine im Kern an privater Profitmaximierung ausgerichtete Ökonomie kann diese Probleme langfristig nicht lösen, sondern bestenfalls dämpfen.

konkret: Glauben Sie wirklich, der Kommunismus stehe heute wieder auf der Tagesordnung, nachdem die herrschende Klasse von 1917 bis 1989 ff. doch erfolgreich alles getan hat, ihn in allen seinen Erscheinungsformen aus der Geschichte zu tilgen? Oder ist das alles von Ihnen so grundstürzend dann doch nicht gemeint?

Brumlik: Und wäre es auch nur aus ökologischen Gründen: Eine weltweite Wirtschaftsordnung, die Gerechtigkeit durchsetzt und die Umwelt bewahrt, ist langfristig weder durch Steuern noch durch Ordnungspolitik zu erreichen, sondern nur durch eine fundamentale Änderung des institutionellen Kerns der Ökonomie: des Privateigentums an Produktionsmitteln! Leider war der überwiegende Teil aller »Erscheinungsformen« des Kommunismus vom Despotismus der Bolschewiki geprägt. Rosa Luxemburg, die von Antikommunisten ermordet wurde, war dem Leninismus gegenüber ebenso skeptisch eingestellt wie der Sozialdemokrat Karl Kautsky. Beide wußten warum, und beide hatten recht. Es war keineswegs nur die herrschende Klasse, die gegen den Leninismus war: von den Kronstädter Matrosen über Victor Serge bis zu Ignazio Silone, von den ungarischen Aufständischen 1956 bis zum Prager Frühling und der Pekinger Demokratiebewegung... Das war weder die herrschende Klasse, noch waren diese Menschen so dumm, sich von ihr vereinnahmen zu lassen. Wenn es wirklich nur die Interessenten der Kapitalverwertung wären, die gegen den Kommunismus sind - er hätte sich längst durchgesetzt. Ohne politische Freiheit keinen Kommunismus. Keinen Karl Marx ohne den auch von ihm hochgeschätzten Abraham Lincoln! Aber auch keinen Abraham Lincoln ohne den klugen Alexis de Tocqueville: »Denkt man«, schreibt er in seinem Amerikabuch, »die Demokratie, die das Feudalwesen und die Könige besiegt hat, werde vor den Bürgern und den Reichen zurückschrecken?« Sie ist übrigens auch vor den Apparatschiks nicht zurückgeschreckt. Die nächsten auf der Tagesordnung sind die Bürger und Reichen.

Konkret 01/97, S. 4

von Konkret

Das »Hamburger Abendblatt« hat unter der Überschrift »Pfefferminze und Sonnenblumen statt roter Fahnen« einen Beitrag über den »Schriftsteller und ehemaligen DKP-Funktionär Peter Schütt« veröffentlicht, in dem es u.a. heißt:

Die Genossen von früher, meist mit dem Munde begeisterte Sozialisten, in der persönlichen Lebensführung jedoch gehoben bourgeois, zürnten Schütt den politischen Sinneswandel und ziehen ihn als Verräter. Wie eine empört vor ihrem ehemaligen Weggefährten ausspeiende Altgenossin jüngst in der U-Bahn und eine Attacke des KONKRET-Chefs auf der Buchmesse bewiesen. »Er mußte festgehalten werden, um mir nicht an den Kragen zu gehen«, sagt Schütt.

Natürlich stimmt, bei der Grammatik angefangen, wieder mal nichts. Gremliza war weder je ein »Genosse« des Herrn Schütt, noch hat er diesen wegen seines politischen Sinneswandels »als Verräter geziehen«, sondern im Gegenteil 1994 in seinem Buch *Ganghofer im Wunderland* eine solche Deutung ausdrücklich zurückgewiesen: »Seine früheren Genossen trösten sich mit der Behauptung, der Schütt habe sich furchtbar gewandelt. Sie irren. Schütt hat bloß seine politische Meinung und sein Blauhemd gewechselt, darunter ist er geblieben, was er immer war: ein schlechter Schriftsteller, der lügt, wenn er das Maul aufmacht.« Gremlizas »Attacke« auf Herrn Schütt ist eine dieser Lügen. Herr Schütt hat Gremliza bei einem Gespräch, das der am KONKRET-Stand auf der Frankfurter Buchmesse führte, dadurch unterbrochen, daß er ihm von hinten über die Schulter die Hand zum Gruß aufdrängte. Gremliza hat Herrn Schütt mit den Worten »Verpiß dich, du Nazi! « abgewiesen und das unterbrochene Gespräch fortgesetzt, ohne sich auch nur von seinem Stuhl erhoben zu haben. Keiner der ca. zehn Beobachter dieser Szene mußte ihn festhalten, damit er sich nicht an Schütt die Hände schmutzig machte.

Sehr oft verkehrt sich, wie schon Mao wußte, eins in sein Gegenteil, dergestalt den dialektischen Gang alles Geschehens erweisend - und so ist es auch in der Ordnung. Anders allerdings verhält es sich, wenn, wie in KONKRET 12/96 geschehen, redaktioneller Eingriff einen willkürlichen Gegensatz herstellt, dergestalt eine gleichwohl spätere Richtigstellung erheischend - so ist es nicht in der Ordnung. Stefan Ripplinger hat in seiner Rezension »Napoleon Diederichsen« keineswegs geschrieben: »Da Bail und ich nicht finden, Materialismus sei etwas weniger Handfestes ... «, sondern, im Gegenteil: »Da Bail und ich nicht finden, Materialismus sei etwas Handfestes ... « Und Franz Josef Degenhardt sehnte sich im Quartett 67 eben nicht danach, sich selbst »inmitten dreißig Weibern, alle nackt und schwarz und prall« aufzuhalten. Sondern ließ seinerzeit den Mitläufer Horsti Schmandhoff in diesem Feierabendparadies schwelgen. Die Redaktion bittet die betroffenen Autoren um Nachsicht und die Leser, die entsprechenden Korrekturen bei erneuter Lektüre vorzunehmen.

Allen Leserinnen und Lesern, Autorinnen und Autoren, Freundinnen und Freunden von KONKRET, die dieser Tage vielleicht mit Zagen in den leeren Briefkasten greifen und bangen, ungegrüßt ins neue Jahr schreiten zu müssen, sei der solidarische Gruß unseres Hausdichters Horst Tomayer für 1997 entboten.

Die Redaktion wünscht, sehr geehrte Leserschaft, im Konnexe mit der diesjährigen Wiederkehr der Grundsteinlegung einer der hübschesten mit so Aberglaubensfiguren wie Jupiter oder Wotan Schluß machenden Hochreligionen der Welt, sowie dem Anbruch eines neuen Abgabenjahres Tage der Einkehr und des Ausruhns Ihnen, uns ***indes***

jestatten Sie den Verzicht auf den rituellen Verzehr von Kapaunen, Kantaten und Karpfen ebenso, wie die Nichtwahrnahme der winterlichen Wandrung durch den Harz im adidasgestreiften ***Loipendreß***

Wir bleiben unbelehrbar ohne Pause im Prozeß der Produktion, wir haben fürs Gevöllre keine Zeit und keine fürs ***Gebet***

Wir ham nur Zeit für Widerstand wir, Ihre tapfre Redaktion ***konkret***

Getrennt dichten, vereint vortragen: Am 12. Januar lesen Horst Tomayer aus seinem »Ehrlichen Tagebuch« und Hermann L. Gremliza aus »Herrschaftszeiten« und »Ganghofer im Wunderland«. Ort: 4779 Oberhausen, Kulturfabrik, Dießemerstraße 13; Zeit: 20.30 Uhr.

Am 17. Januar liest Hermann L. Gremliza aus »Herrschaftszeiten«. Ort: 46045 Oberhausen, Lothringerstraße 64, Fabrik K 14; Zeit: 20 Uhr.

Konkret 01/97, S. 6

an Konkret

Korrekturen I

KONKRET 12/96: »Mommsens warme Dusche« von Otto Köhler

Sehr geehrter Herr Köhler,

Ihr mit voller Absicht beleidigender Artikel soll hier nur insoweit kommentiert werden, als ich feststellen möchte, daß selbstverständlich sämtliche Korrekturen von den Autoren stammen und nicht etwa vom Lektor, wie Sie unterstellen. Mein Standpunkt in der Entschädigungsfrage ist derselbe, den ich seinerzeit eingenommen habe. Wie stark sich Ihre Optik verschiebt, zeigt der Umstand, daß Sie nicht einmal den Titel des Buches korrekt wiedergeben.

Hans Mommsen

Oxford

Hans Mommsen hat recht: Der Titel seines Buches heißt nicht »Das Volkswagenwerk und seine Mitarbeiter im Dritten Reich«, sondern *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich.* Otto Köhler, der sich angesprochen fühlt, obwohl Hans Mommsen sein Schreiben an einen der Redaktion nicht bekannten Dirk Köhler richtete, bedauert seinen Irrtum. - Die Red.

Korrekturen II

KONKRET 12/96: »Der Weltgeist, der Kohl heißt« von Hermann L. Gremliza

Gremliza schreibt zum einen, Kohl habe »den französischen Präsidenten in Verdun vor toten Hitlersoldaten« trauern lassen, und zum zweiten, die deutsche Wehrmacht sei die »größte kriminelle Vereinigung der Geschichte« gewesen. Das ist beides falsch: Die größte kriminelle Vereinigung der uns bekannten Geschichte ist natürlich die katholische Kirche, und um Verdun wurde im Ersten Weltkrieg gekämpft, ohne »Hitlersoldaten«.

Georg Marburger

Velbert

Marburgers Korrekturen sind erstens ganz richtig (wobei noch hinzuzufügen wäre, daß die Verbrechen der zweitgrößten kriminellen Vereinigung, der deutschen Wehrmacht, ohne die geistige Anleitung zu Antisemitismus und Antikommunismus durch die größte nicht denkbar sind), und zweitens nicht so ganz richtig: Zwar steht der Name der Ortschaft Verdun in der Tat als Synonym für die Schlächtereien des Ersten Weltkriegs, doch wollte Kohl den französischen Präsidenten eben nicht nur für des Kaisers, sondern auch und vor allem für Hitlers Soldaten trauern lassen, die eben auch im Zweiten Weltkrieg an dieser Stelle gekämpft und ihre Gräber gefunden haben (Verlust von Verdun durch »Heeresgruppe G« unter Generaloberst Blaskovitz am 1. September 1944). - Die Red.

Mit allem Pipapo

KONKRET 12/96: »Mutter Teresa trifft Alfred Rosenberg« von Peter Kratz

Die schlechtesten Organisationen sind es nicht, die Sie als Sekten bezeichnen. So kann ich mich an ein Interview erinnern, das Sie Anfang 1990 mit Gregor Gysi führten, in dem KONKRET und PDS als »Sekten« benannt wurden, die »sich gegenseitig unterstützen« sollten. So stört es mich auch nicht, daß die Evangelikalen, denen ich angehöre, in Ihren Augen eine Sekte sind. Tatsächlich aber sind wir hier in Bremen mit seinen 5, 6 evangelikalen Gemeinden Mitglieder der Bremischen Evangelischen Kirche mit Kirchensteuer und allem Pipapo. Wie werden zwar wegen unseres Glaubens an die Aussagen der Bibel milde belächelt, manchmal auch heftig angegriffen. Unser Pastor Jochen Müller von der Matthäus-Gemeinde wird als dämonisch besetzt beschimpft (von Leuten, die weder an Gott noch Dämonen glauben). Aber nichtsdestotrotz bilden wir einen neuen, loyalen Flügel in der BEK. Was mich stört, ist, daß Sie die Evangelikalen - und damit auch mich - in die rechte Enge drängen. Rechts - Mitte - Links sollten der weltlichen Politik vorbehalten bleiben. Wenn es um unseren christlichen Glauben geht, sind wir zwar ultrakonservativ; das aber hindert mich z. B. nicht, auch Mitglied der PDS zu sein, auch wenn Lenin tausendmal von der Religion als Opium für das Volk gesprochen hat.

Wir Evangelikale sind nicht rechts, wir sind keine Nationalisten, unsere Glaubensbrüder und -schwestern sind auf der ganzen Erde verteilt. Wir sind international, wie es auch die Kommunisten sein sollten.

Ingrid Gierke

Bremen

In dem Artikel »Mutter Teresa trifft Alfred Rosenberg« werden wir wie folgt erwähnt: »... Renate Rennebach (SPD), über die aus dem Sekten-Arbeitskreis des AStA der FU Berlin zu hören ist, sie repräsentiere sich selbst als Duz-Freundin Abels, was ... « Dazu möchten wir folgendes festhalten:

1) Es gibt keinen Sekten-Arbeitskreis des AStA FU. Die AG Sekten ist keine offizielle Institution des AStA.

2) Kein Mitglied der AG Sekten hat gegenüber anderen Personen (auch nicht Herrn Kratz!) geäußert, Rennebach habe Abel als Duz-Freund bezeichnet. Ich selbst habe lediglich in einem Gespräch mit Herrn Kratz geäußert, »Rennebach kenne laut eigenen Aussagen Abel ganz gut«.

i.A. Markus Wende

AG Sekten c/o AStA FU Berlin

Textsortenfehler

KONKRET 12/96: Holm Friebes Rezension von Ulrich Holbeins »Sprachlupe«

Holm Friebe begeht den Fehler, eine Sammlung von Aufsätzen nicht als literarischen Text zu verstehen; er geht davon aus, daß in einem Aufsatz das Ich, das sich darin zu Wort meldet, mit dem Autor identisch ist, und nicht wie in gemeinhin fiktional genannten Texten dieses keineswegs sein muß. Es sei dahingestellt, wie sinnvoll so eine kategoriale Trennung überhaupt ist, im Werk Ulrich Holbeins jedenfalls läßt sie sich nicht durchführen.

Das Ich der *Sprachlupe* ist wohlbekannt aus seinen anderen Büchern, im Roman *Warum zeugst Du mich nicht?* z. B. charakterisiert es sich so: »So potent und brillant wie der Hans Magnus bin ich allemal, und viermal sprachsensibler als der Rainer und die Maria! « »Von mir her gesehen krüppelt sogar Samuel als Beckettfigur durchs Brachland ... Ich hingegen tremoliere momentweise sogar begnadeter als Kollegen, vor denen ich durchaus diverse Hüte ziehe. Rühmi ... Italo ... Eckardl, Teddie, Schopi .... die sind alle bloß überdurchschnittlich gebaut, bestenfalls hochgenial. Ich aber bin ein völlig anderes Kaliber.« »Wer trotzdem lieber Johann Wolfgang liest als mich, ... der ahnt nicht, daß er unterfordert am Leben vorbeihinkt. ... Nieder in den Kot mit euch, ihr Stümper! Ab in den Müllbeutel, ihr Würstchen! « - Das geht noch eine Weile so weiter, und wer hier seinen persönlichen Gott vermißt hat, dem sei versichert, daß im ungekürzten Text auch der Erwähnung findet.

Diese Figur, die von sich sagt: »die üblichen Selbstüberschätzungen habe ich längst hinter mir«, ist es dann auch, die in der *Sprachlupe* »ausdrücklich >Deutsch für Genies< « lehrt. Ob es nun einen wie auch immer realen Ulrich Holbein gibt, der von dieser Figur verschieden ist und es sich tatsächlich nicht um autorliche Hybris, sondern um literarische Methode - »Ich nenne irgendwelche Ärsche zielgenau Ulrich Holbein und nehme ... sogar deren Eigenschaften samt Outfit auf meine persönliche Kappe« - handelt, weiß man nicht; es ist auch egal. Eins jedoch ist sicher: Selbstironisch, wie Hohn Friebe meint, ist diese Figur 296 S eiten lang nicht.

Und Hans Mentz' Empfehlung für dieses Buch gründet nicht auf Langmut, sondern ganz einfach darauf, daß er nicht so flüchtig liest wie Friebe. Holbein tituliert Eckhard Henscheid nicht als »stilistisch wundersam unbeleckten Pop-Freak« - warum auch, da Henscheid bekanntlich weder stilistisch unbeleckt noch Pop-Freak ist -, sondern er zitiert einen Satz von Henscheid, den dieser einem solchen, wohlgemerkt, in den Mund legt.

Carsten Stockter

Wuppertal

Vorschlag

KONKRET 12/96: »Wohlthat-Wimmelanzeige«

Seit geraumer Zeit bin ich Abonnent von KONKRET. Im großen und ganzen schätze ich die Zeitschrift wegen ihrer oft doch recht profunden Beiträge. Überhaupt nicht gefallen hat mir die unsägliche o.a. Anzeige mit dem blöden Durcheinander von Kunst, Politik, Sex, Folter und Grausamkeit ... »religiöse Hintergründe der Körper- und Todesstrafen, Hinrichtungsarten, Martern und Qualen usw. usf.« Solche Schmuddelanzeigen passen besser – oder nur - in indifferente

Zeitschriften wie »Spiegel«, »Stern«, »FAZ«, »Taz«, aber nicht in KONKRET. Wenn Sie das Geld so dringend brauchen, erhöhen Sie die Preise doch ein bißchen. Jeder würde das mitmachen, aber lassen Sie doch bitte derartige Anzeigen weg.

Friedheim Kötter

Hemer

Theselcben

KONKRET 12/96: Rezension der CD »Quartett '67« von Jens Hoffmann

Daß Herr J. Hoffmann den hiesigen Humor als bloß von Verdauungsvorgängen inspiriert betrachtet, ist in seiner euphemistischen Grundhaltung erst mal sein Problem. Wenn er jedoch ein Drittel seines sorgfältig am Gegenstand der Betrachtung vorbeigehenden Texts auf eben jenen Punkt konzentriert, wird es zur Unverschämtheit. Und doch wirft diese ein Licht auf Verfassung und Vorliebe des Schreibers, der als sein eigener parfümierter Pöter wohl nur die Passagen wahrnimmt, von denen er glaubt, es gehe irgendwie um ihn. Was soll's: Snow between the ears. Aber warum sollen die zitierten Sätze eigentlich Belege sein für die Annahme, daß in Deutschland Aufklärer von Aufklärung unberührt bleiben? Das ist natürlich eine so interessante Aufklärung, wie Herr J. Hoffmann eine Annahme ist.

Der Schreiber lügt, es hätten Neuss, Degenhardt, Hüsch und Süverkrüp gewußt, »daß gut gemeintes politisches Wollen von Kulturlinken immer auf die Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen - oft ziemlich scheußlichen - Mitteln hinausläuft«. Das hat keiner der vier je gedacht noch geäußert. Außerdem ist dieses Theselchen derart dummklumpig, daß es in diesem Zusammenhang interessant wäre zu wissen, ob Herr J. Hoffmann noch für die eine oder andere Hamburger Zeitung schreibt.

M.A. Wesselmann,

Essen

Konkret 01/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Tatort Standort

Im Westen was Neues. An allen Fronten, in Politik und Popmusik, Sport und Wirtschaft, hat ein Kalter Krieg begonnen. Henry Maske, einer der Kunzes und Krauses, durch die das vereinte Deutschland zu sich spricht, gibt die Stimmung wieder und die Gegner an: »Man hat das deutsche Boxen dort hingestellt, wo die USA uns haben wollten - nämlich in die Zweitklassigkeit. Mehr möchte ich dazu jetzt nicht sagen.« Ein anderer, Gerhard Schröder, möchte immer gern und beschuldigt den Feind, »einen Angriff auf den Industriestandort Deutschland« zu führen.

Der Angreifer, der uns in die Zweitklassigkeit haben will, ist Wiederholungstäter. Obwohl nie so genannt, ist er der Deutschen eigentlicher Jahrhundertfeind. Ganz zum Schluß erst, unter geringen eigenen Opfern, hat er in unsere beiden Kriege um die Weltmacht eingegriffen und sie gegen uns entschieden. Mit den Europäern allein wären wir im Ersten gewiß, im Zweiten wahrscheinlich fertig geworden.

Diesmal freilich haben wir sie schon besiegt, bevor es gegen die Amis geht, ur mit deren Hilfe. Deutschland, seine europäischen Vasallen im Gefolge, ist eine Weltmacht, und überall, oft noch mit wechselnden, aber eben auch schon schönen Erfolgen, fordert sie die andere heraus: auf dem Balkan, im Nahen Osten, im vorderen Orient, in Osteuropa, in Afghanistan, in China, in Lateinamerika, in der Uno.

Der Anfang war schwer. Mühsam mußte ein Krieg in Gang gesetzt und in dessen Gemetzeln das neue Deutschland als die führende, kriegführende Friedensmacht des Kontinents entwickelt werden. Widerstände im eigenen Land waren zu brechen, aber wofür hätte man eine Opposition, wenn sie das nicht schnell und gründlich hinkriegte. Etwas länger dauerte es, bis Franzosen und Briten, die »europäischen Versager«, sich bequemten, ihre weltpolitische Deklassierung einzugestehen. Zeit und Gelegenheit für die USA, in Deutsch-Südwestjugoslawien schnell noch einmal den weltpolizeilichen Zampano zu spielen, bevor die bosnische Regierung statt des Dollars die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel einführte.

Dennoch war die zeitweilige Versetzung in politische Zweitklassigkeit peinlich. In Südostjugoslawien soll sich das nicht wiederholen. Diesmal ist Deutschland bereit. Engländer und Franzosen gehen bei Fuß, und die Opposition stimmt jedem Einsatz der Bundeswehr zu, der nicht zu friedlich ausfällt: Nur wenn die Truppe den Auftrag erhalte, »die Kriegsverbrecher Karadzi und Mladi festzunehmen«, werde seine Partei einem weiteren Bundeswehreinsatz in Bosnien zustimmen, erklärte der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck. Ohne die USA und ihren in Dayton reklamierten Anspruch als Garantiemacht für die Ordnung in der Region auch nur zu erwähnen, machte Deutschlands Außenminister Kinkel klar, wer über Serbien das Sagen hat: Wenn Belgrad weiter versuche, »demokratisch zustande gekommene Entscheidungen auszuhebeln«, werde er die Europäische Union von der Leine lassen.

Nun ist der Balkan aus Gründen der Geografie und der Rassenlehre traditionell ein deutsches Einflußgebiet, in dem die Amis als Eindringlinge erscheinen, deren Vertreibung irgendwie normal scheint. Und auch im Nahen Osten kommt traditionell Deutsches zusammen: die Liebe zu den Muslimen im Allgemeinen, zu den Arabern im Besonderen, und eine gewisse Abneigung gegen Juden, insbesondere die verstockten, die ihr rassisches Handicap nicht durch besondere Konzilianz wettmachen. Wenn also Netanjahu und die USA das Ergebnis aller Nahostkriege, nämlich die Kapitulation der Palästinenser und ihre Entschädigung durch ein bißchen Selbstverwaltung, verteidigen, verbünden sich deutsche Politiker und Industrielle mit der PLO, kanzeln Israels Premier ab und taufen deutsche Straßen und Plätze demonstrativ nach dem ermordeten Ytzak Rabin.

Reklamieren die USA arge Bedenken gegen den neuen türkischen Regierungschef, den Fundamentalisten Necmettin Erbakan, der sich Ratschläge bei Lybiens Führer Ghaddafi holt, legt die vom früheren Bundeskanzler Schmidt edierte Wochenzeitung ihrer Bundesregierung den Mann mit der Titelzeile ans Herz: »Erbakan ist ein Reale«. Übernehmen tölpelhafte deutsche Staatsanwälte die Meinung der USA, daß die iranische Regierung allerlei Terroristen in die Welt schickt, legen sich die Bonner im Doppelpack den Ayatollahs zu Füßen. Außenminister Kinkel bittet seinen Kollegen Welajati zu verstehen, »daß deutsche Richter und Staatsanwälte unabhängig von Politikern sind«, er da also wirklich nichts machen könne, und Kanzler Kohl schreibt seinem Kollegen Rafsandschani einen Brief, den der Iraner öffentlich und vom Kanzleramt unwidersprochen als eine Bitte um Verständnis interpretieren kann: Die USA und Israel, so gebe ihm Kohls Brief zu verstehen, setzten die Deutschen derart unter Druck, daß es manchmal zu Mißverständnissen komme, welche die deutsche Regierung außerordentlich bedauere.

Ein Haus weiter, in Afghanistan, ist der Marsch ins Mittelalter am Ziel. Organisiert hatten ihn die USA, mit Feldgeschrei begleitet die Deutschen, die auch zu den Afghanen (wie zu den Kroaten, Bosniaken, Arabern, Türken, Persern, Indern und

Chinesen) traditionell gute und enge Beziehungen unterhalten. Schuld am bösen Ende sind wer? Der »Rheinische Merkur«, das Zentralorgan des christlichen Abendlands deutscher Nation klärt auf:

Als geheimer Drahtzieher der politisch-strategischen Wende in Afghanistan wird von den verdutzten Anrainern der Region auch die CIA ausgemacht... Zweifellos haben die Experten der CIA gefürchtet, daß das strategische Vakuum am Hindukusch durch eine allmähliche Einflußnahme der Islamischen Republik Iran gefüllt werden könnte...

Weil hinter dem Iran die Freunde des kritischen Dialogs stecken wie hinter den Taliban die Pakistani, die Komplizen Washingtons, ist die CIA-Strategie ein deutschfeindlicher Akt, und um so feindlicher, als durch Afghanistan die Pipelines führen werden, in denen die größten Erdgasvorkommen der Welt aus Turkmenistan und das Erdöl aus Kasachstan, dem zweitgrößten Feld nach der Golfregion, zum Indischen Ozean transportiert werden soll. Deshalb wollten die Deutschen sich den kritischen Dialog auch mit den Taliban nicht verbauen und haben, als das US-Außenministerium die Entführung Nadschibullahs aus dem UN-Asyl, seine Ermordung und das öffentliche Aufhängen der Leiche eine »bedauerliche Entwicklung« nannte, lieber noch weniger Menschenrechtliches gesagt, nämlich gar nichts.

In China hatten die USA ein pfiffiges System entwickelt, bei dem über die Forderung und fallweise Gewährung sogenannter Menschen- und Bürgerrechte die jeweiligen Preise und Handelsbedingungen von Waren aller Art bestimmt wurden. Das konnte natürlich nur funktionieren, solange China auf den einen Partner angewiesen war, weshalb die USA dafür zu sorgen hatten, daß sie es blieben. Seit einigen Monaten ist Deutschland dabei, den USA ihr China-Geschäft gründlich zu ruinieren, indem es als zweiter Partner auftritt, mit dem gleichen Geschäftsgebahren, mit dem Agio und Disagio von Tibetresolutionen und Chemiefabriken, und den Chinesen die Wahl gibt - nicht zwischen Li Peng und Wang zwar, aber zwischen General Motors und Volkswagen.

Das Schlachtfeld in Deutschlands Kaltem Krieg gegen die USA ist die ganze Welt, und selbst in der Gegend, die von den USA als ihr Hinterhof beansprucht wird, machen sich neuerdings Mitarbeiter des deutschen Kanzlers maussig, finanzieren Rebellen mit Lösegeld und setzen Friedensverhandlungen an. Daheim führen die kalten Krieger derweil einen Kampf um die wirtschaftliche und finanzielle Aufrüstung des Standorts. Die Parole heißt »Modell Tietmeyer«, nach dem Chef der Bundesbank, und Theo Waigel ist ihr Rufer. Sie bedeutet, daß Resteuropa die ökonomische Führungsrolle der Deutschen anerkennt, indem alle Teilnehmer der Europäischen Währungsunion sich von Waigel einen Stabilitätspakt aufzwingen lassen, durch den »die Einhaltung der Haushaltsdisziplin in den Teilnehmerländern überwacht« und durch »empfindliche Strafen sichergestellt wird« (Tietmeyer), auf daß keins es wagt, die Härte der D-Mark, die dann Euro heißt, durch soziale Sperenzchen zu gefährden.

In der schönen Offenheit, die die gesellschaftliche Herrschaft von ihrem politischen Personal unterscheidet, sagt Tietmeyer, was das künftige Europa sein wird: Wer immer sonst dabei sei oder nicht - ohne Deutschland werde es eine Europäische Währungsunion nicht geben. Auf Frankreich hingegen könne nur aus psychologischen Gründen nicht verzichtet werden, weil sonst »der problematische Verdacht« entstehe, »hier bilde sich eine pangermanische Union«.

Und ob dann, wenn alles geklappt habe, der Euro als Leitwährung »den stark schwankenden Dollar« ersetzen werde, wurde Tietmeyer gefragt. Ja, hat er gesagt.

Konkret 01/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Etiketten

Die Grünen im Düsseldorfer Landtag haben den Fraktionschef der SPD, Klaus Matthiesen, einen »bekennenden roten Fundamentalisten« getauft. Das kommt in der WG manchmal vor, daß, wo Nutella draufsteht, Grüne Seife drin ist.

Perestroika 1

In deutschen Gefängnissen wird die Arbeit knapp. Firmen, die bislang ihre Tüten in heimischen Strafanstalten kleben ließen, weichen in Billiglohn-Länder aus. Billiger als deutsche Sträflinge kleben freilaufende tschechische, polnische und ungarische Arbeiter und Arbeiterinnen. Der durchschnittliche Tagessatz deutscher Häftlingsarbeit, der zwischen sieben und zwölf Mark liegt, hat sich als entscheidender Standortnachteil erwiesen. Nur bei der Qualität der Produkte und bei der Einhaltung der Termine seien ihre Gefängnisse den Billiglohnländern noch weit voraus, sagte eine Sprecherin des bayerischen Justizministeriums.

Perestroika 2

Der nagelneue Präsident des nagelneuen Staates Moldawien, Lutschinski, erklärte in der Hauptstadt Chisinau (Was man jetzt alles lernen muß!), er sei »ein Anhänger der europäischen sozialdemokratischen Idee«, weshalb er der Auffassung sei, daß Moldawien »etwas Ähnliches wie im früheren sowjetischen System« brauche. Er habe zwar mit den Ansichten der Kommunisten »im Prinzip« nichts gemein, die Marktwirtschaft, die er befürworte, sei »eine gute Sache«, führe aber zu einem Rückgang des Lebensstandards, der nicht hinzunehmen sei. Das alles kommt einem bekannt vor - aus Reden und Artikeln der Damen und Herren Bohley, Heym, Wollenberg, Gysi, Schorlemmer in der bewegten Zeit zwischen November 1989 und Oktober 1990. Und auch in Chisinau wird chisammenwachsen, was chisammengehört.

Glasnost

Mit dem Reim »Eva Braun is back in town« wirbt die Intendanz für das Stück »Eva - Hitlers Geliebte«, in dem sich die Darstellerin in einem anderthalbstündigen Monolog an ihr Leben mit dem Führer erinnert. Ort der Handlung: das einst von Bett Brecht geleitete und bis 1989 der Aufführung seiner Werke gewidmete »Berliner Ensemble«.

Nil nisi bene

Hans - genannt: »Johnny« - Klein (CSU), Vizepräsident des Bundestags, ist gestorben. Wer das war? Das war der, der mit Schnäuzer, Fliege und über die Glatze gezogenem Haar-Rest so daherkam wie der Eintänzer aus Dany Wischers Fischbratküche. Ein Eindruck, der, wie man nun erfährt, nichts mit der Realität zu tun hatte. In Wahrheit nämlich war Hans Klein »einer der profiliertesten Politiker unseres Landes«, »in der Heimat verwurzelt« und von »toleranter Liebenswürdigkeit« (Rita Süßmuth), »ein Volksvertreter im besten Sinne des Wortes« (Helmut Kohl), der »Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt« (Wolfgang Schäuble) und den die »Suche nach Ausgleich und Dialog ausgezeichnet« hat (Theo Waigel/ Michael Glos/ Peter Gauweiler). Sogar mit dem späteren KONKRET-Herausgeber hat der tolerante sudetendeutsche Heimatwurzelsepp den Dialog gesucht und einmal an einem Nürnberger Wirtshaustisch auch gefunden, wo der Liebenswürdige mit der Enthüllung prahlte, daß Ludwig Erhards Wahlkampfschlager von 1965 (»Als Herr Brandt noch in norwegischer Uniform in Berlin herumlief, habe ich schon die D-Mark erfunden«) gar nicht von Erhard erfunden worden sei, sondern von ihm, Johnny Klein, der auch mit seiner Klage, es sei der jüngeren Generation nicht vermittelt worden, daß auch die SS-Angehörigen nur geglaubt hätten, ihr Vaterland verteidigen zu müssen, das deutsche Volk im besten Sinne des Wortes vertreten hat.

4.000mal Asyl

Das amerikanische Außenministerium hat spezifiziert, welche Mitglieder »seines eigenen Volkes« (Präsident Clinton) Saddam Hussein so sehr drangsaliert hatte, daß die USA den Irak leider bombardieren mußten: 4.000 kurdische Mitarbeiter von amerikanischen Hilfsorganisationen im Nordirak, die von der irakischen Regierung der Kollaboration mit der CIA verdächtigt würden, wurden Anfang Dezember 1996 evakuiert. Sie sollen auf dem US-Stützpunkt auf der Pazifikinsel Guam politiches Asyl erhalten.

4.000mal Flucht

Um 1980 hatten sich die USA mit »religiös motivierten, nach westlichen Vorstellungen fanatisierten Muslimen« eingelassen, um ein unter sowjetischen Einfluß geratenes Land zu befreien. »Nun zittern die amerikanischen Soldaten in Saudi-Arabien vor Anschlägen, als deren Täter sogenannte Afghanen vermutet werden: ehemalige Mudschahedin, Muslimkämpfer aus verschiedenen Ländern... Von Tausenden junger Muslime, die damals an die antikommunistische Kriegsfront in Afghanistan eilten, sind schätzungsweise allein 5.000 Saudis übriggeblieben. Ihre Zahl würde derjenigen der amerikanischen Soldaten entsprechen, von denen, nach der Autobombe von Dahran am 23. Juni, die 19 Amerikaner das Leben kostete, nun 4.000 in einen entlegenen Luftwaffenstützpunkt in Chardsch verlegt werden sollen« (»FAZ«).

Do ut des

Die katholische Kirche der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá tauscht jede bei einem ihrer Angestellten abgegebene Waffe in einen Einkaufsgutschein im Wert von 150 Mark um. Die Bezahlung übernimmt die Stadtverwaltung. An welche wohltätige Organisation die Kirche die Waffen weitergibt, wurde nicht gemeldet.

Fortschritt

Die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten ist in den ersten neun Monaten des Jahres 1996 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 9,5 Prozent gesunken. Auf Deutschlands Straßen wurden von Januar bis September nur noch 6.410 Personen umgebracht. An Aids starben zur gleichen Zeit etwa sechshundert Menschen. Von einer Verkehrsleichen-Gala im Fernsehen und dem Verkauf von Abzeichen (gefaltetes Lenkrädchen zum Anstecken) wird mangels Sponsoreninteresse abgesehen.

Feine Leute 1

Der Kleidermacher Karl Lagerfeld war zu Besuch bei der Firma Gruner und Jahr. Angelika Jahr, ca. 55, die Tochter des Hauses, fragt den Gast, wie er es mit der Sexualität halte. Lagerfeld, mit Blick auf die Fragestellerin: »Männer meines Alters sollten daraus kein Unterhaltungsthema mehr machen.« Frau Jahr, die den galanten Hinweis nicht verstand, aber als Herausgeberin von »Essen und Trinken« in Diätkuren versiert ist: »Wenn Sie mit jemandem ins Bett gehen: Soll er dünn oder dick sein?« Soviel hanseatische Konversationskunst machte, wie die anwesende Krawallpresse beobachtete, »sogar den sprachgewaltigen Lagerfeld einen Moment sprachlos«, so daß es zur nächsten Frage auf Frau Jahrs Spickzettel (»Lieber von vorne oder soll ich mich umdrehen?«) nicht mehr kam.

Feine Leute 2

Der Kleidermacher Karl Lagerfeld war auch zu Besuch bei der Firma »Sender Freies Berlin«. Eine dort gestellte Frage beantwortete er mit den galanten Worten: »Etwas Ordnung muß ja sein, sonst wird das ja wie im Zigeunerwagen« bzw. wie polnische Wirtschaft in der Judenschule.

Der Überbau

Die Moderatorin Arabella Kiesbauer heißt in der »Bild«-Zeitung »die Schöne mit der Capuccino-Haut«. Der Boxer Virgil Hill heißt in der »Bild«-Zeitung »das Indianer-Halbblut«.

Die Basis

In den Monaten Juli, August, September sind beim Bundeskriminalamt 170 antisemitisch motivierte Gewalttaten (wie Brandstiftung, Körperverletzung, Grabschändung) gemeldet worden.

Neues aus der Ostmark

»Aus Gründen der Identitätsstiftung« haben, wie ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Wien erklärte, die dreißig Soldaten des 3. Zuges einer österreichischen Transportkompanie im Rahmen des Ifor-Einsatzes in Bosnien »Leiberl« getragen, auf denen neben dem Kopf von Jörg Haider der Spruch aufgedruckt war: »Alle Tschuschen schweigen still, wenn unser starker Arm es will.« Leiberl ist ein österreichisches Wort für T-Shirt, Tschuschen bedeutet etwa: slawische Kanaken. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums nannte den Vorfall »einen Fehler«. Keiner hat den Soldaten des 3. Zuges gesagt, daß man nicht aufs Leiberl schreibt, was man von den Tschuschen hält.

Religion 1

Ein auf eine Säule der sog. Geburtskirche von Bethlehem gemalter Christus soll Tränen vergossen und mit einem Auge gezwinkert haben. Das wollen ein Pater und ein Angestellter der Basilika beobachtet haben. Die Führung der griechisch-orthodoxen Gemeinde unterstützte die Tourismus-Promotion mit dem Attest, in Bethlehem geschehe »etwas ganz besonderes«. Beobachter, die das Wunder auf

Kondenswasser und Lichtspiegelungen zurückführten, nennt die Nachrichtenagentur Agence France Press »Skeptiker«. Sie sollen aber trotzdem nicht verbrannt werden.

Religion 2

»Ich lasse den Namen Religion nicht mißbrauchen«, rief der Redner ins Megaphon, »das ist ein menschenverachtendes Kartell der Unterdrückung, das Menschen ins Unglück treibt. Wir müssen über diese Machenschaften aufklären.« Es war aber nicht der Anführer eines Protestzugs von Arbeits- und Obdachlosen, der diese Worte dem katholischen Sozialminister der Bundesregierung entgegenrief, sondern der Norbert Blüm selber, der die weitere Streichung des Arbeitslosengeldes einen Tag ruhen ließ, um sein soziales Engagement vor der Zentrale einer konkurrierenden Sekte, der Scientology Church, in Hamburg gassi zu führen.

Karriere

So klein er angefangen hat, so groß kommt er jetzt raus: Horst Teltschik, der als Chef des Kanzleramts kleine Kohlrouladen braten mußte, hat es doch noch in die richtiggehend große Politik geschafft: Er ist jetzt das für politische Strategie zuständige Vorstandsmitglied des Automobilkonzerns BMW.

Selbstkritik

In einem Grundsatzpapier hat der Vorsitzende der PDS-Gruppe im Bundestag, Gregor Gysi, seine Partei aufgefordert, gegen »Selbstdarsteller«, »Ideologen« und »Wichtigtuer« in ihren Reihen entschiedener vorzugehen.

Anspruchsmentalität

Quod licet doofi, licet jovi, dachte sich Hans-Joachim Gottschol, der Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, und erwarb 1994 die Rackwitz Aluminium GmbH in Leipzig für 115 Millionen Mark, die er jedoch, wie in der freien Marktwirtschaft üblich, nicht für den Kauf zu zahlen hatte, sondern von der Treuhandanstalt bezahlt bekam - »für Verlustausgleich und Umstrukturierung«. Doch inzwischen hat Gottschol die Staatsknete längst durchgebracht, und so will er nun vom Bundesland Sachsen weitere 61 Millionen Mark, um seine Firma vorm Konkurs zu bewahren. Wäre das nicht ein Mann so recht nach Günter Mittags Geschmack gewesen?

Osterhasi

Sie wurden gefragt, seit wann sie wieder an den Osterhasen glauben, und weil es die Farbanzeigen-Beilage war, die fragte, antworteten sie gern, und am allergernsten der Rupert Neudeck: »Seit ich Kollegen der Achtundsechziger-Zeit erlebe, die in Gefahrenmomenten anfangen zu beten; seit ich mich dabei ertappe, daß ich unserer Bundeswehr mehr lockeres Selbstbewußtsein und Beherztheit empfehlen möchte.« Richtig ist, daß überall auf der Welt, wo es zu Bürgerkrieg, Vertreibung und Hungersnot kommt, zwar nie der Weihnachtsmann, aber immer der Rupert Neudeck gesehen wird. Ob der Zusammenhang zwischen dem Katastrophen-Neudeck und den Katastrophen am Ende ein ganz anderer ist als bisher angenommen? Kommt es vielleicht nur dort zu Katastrophen, wo der Neudeck auftaucht? Schon in Vietnam waren ja Leute, die von seinem Rettungsschiff gehört hatten, deshalb in weit größerer Zahl ins Meer gegangen, als Neudecks Cap Anamur vorm Ersaufen retten konnte.

Aus Alices Wunderland

Nicht allen Soldaten muß lockeres Selbstbewußtsein bzw. Beherztheit erst empfohlen werden. Nachdem zahlreiche Fälle von sexueller Belästigung und Vergewaltigung in einem ihrer Ausbildungszentren aufgedeckt worden waren, hat die US-Army über ein Sondertelefon in nur fünf Tagen 2.000 Beschwerden erhalten, 145 davon so schwerwiegend, daß ihre sofortige Untersuchung eingeleitet wurde. Im Ausbildungszentrum Aberdeen/Maryland mußten 25 Ausbilder und Aufsichtskräfte beurlaubt werden. US-Generalstabschef John Shalikashvili sprach von »tragischen Vorkommnissen, deren Ausmaß wir noch nicht kennen«: »Offensichtlich haben wir immer noch ein Problem. Man sollte aber nicht alle die Fortschritte vergessen, die wir gemacht haben, und die enormen Chancen, die Frauen im Militär heutzutage haben.«

Klasse Justiz 1

Daß das neue Deutschland sich auf Dauer an die vertraglich vereinbarten Verpflichtungen halten würde, mit denen die BRD die Wiedervereinigung honorieren wollte, haben vielleicht die Albaner geglaubt, denn sie neigen besonders stark zum Glauben. Offen war nur, wann und wie die Deutschen ihre jeweiligen Schwüre brechen würden. Jetzt hat der Bundesgerichtshof, der in mehreren Urteilen die Rechtsstaatlichkeit von Hitlers Volksgerichtshof festgestellt hatte, den Dreh gefunden, wie die Verpflichtung, in der DDR begangene Taten nur nach damals gültigem DDR-Recht zu beurteilen, umgangen werden kann. Der BGH verurteilte den DDR-Anwalt, Stasi-Bürgerrechtler und späteren Parteifreund des Bundeskanzlers, Wolfgang Schnur, wegen eines Vergehens nach Paragraph 214a StGB (»politische Verdächtigung«), für den es im Strafrecht der DDR keine Entsprechung gab. Begründung des BGH: Eine politische Verdächtigung unterliege einem »allgemeinen sozialethischen Unwerturteil« und könne deshalb immer und überall bestraft werden, Verpflichtung hin, Verträge her. Auch die politische Vertreibung (z.B. der Sudetendeutschen) dürfte übrigens einem »allgemeinen sozialethischen Unwerturteil« unterliegen. Qui vivra, verra.

Klasse Justiz 2

Zum Bundesverfassungsgericht braucht Schnur nicht erst zu gehen, denn das hat in einem anderen Fall gerade ein zwei Jahre altes BGH-Urteil bestätigt, wonach in der DDR geltendes Recht im Zweifelsfall immer Unrecht war, weshalb die für das Grenzregime politisch Verantwortlichen jetzt wegen Totschlags verurteilt werden könnten. Dazu hat der Tucholsky-Preisträger 1996, Heribert Prantl, in der »Süddeutschen Zeitung« folgende Erklärung abgegeben:

Mord bleibt Mord und Totschlag bleibt Totschlag, auch wenn Minister und Parteifunktionäre sie anordnen. Kein Recht der Welt kann sie rechtfertigen. Diese Erkenntnis freilich hätte man der bundesdeutschen Justiz schon viel früher gewünscht. In den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg haben bundesdeutsche Richter die NS-Schreibtischtäter exkulpiert oder allenfalls als Gehilfen verurteilt - gerade so, als sei Adolf Hitler der einzige Täter im Verbrecherregime gewesen. Massenmörder wurden, wenn überhaupt, zu wenigen Jahren Gefängnis verurteilt. Die jüngste Entscheidung aus Karlsruhe bekräftigt daher nicht nur die Verurteilung der DDR-Spitzenfunktionäre, die jetzt wohl ins Gefängnis müssen. Die neue Entscheidung aus Karlsruhe erinnert auch an eine alte Schande der deutschen Justiz.

Prantl ist immer so ehrlich erbost, daß man ihm nur ungern widersprechen mag. Aber vorsichtig fragen vielleicht, ob er, der Träger des Tucholsky-Preises, nicht für möglich hält, daß die bundesdeutsche Justiz schon in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg alle Obersten Heeres-, Gau- und Einsatzleiter, alle Reichsminister und Richter am Volksgerichtshof, die sie freigesprochen oder erst gar nicht angeklagt hat, ganz gewiß mehrfach lebenslänglich und noch länger hinter Gitter gebracht hätte, wenn sich herausgestellt hätte, daß die Leiter, Minister und Richter in Wahrheit nicht Nazis, sondern Kommunisten gewesen wären? Daß der Marinerichter Filbinger, wenn er für eine rote Marine einen braunen Matrosen hätte umbringen lassen, für immer in den Bau gezogen wäre statt in eine Dienstvilla am Schloß Solitude? Gewiß, diese Justiz, die nie einen Nazi-Richter bestraft hatte, hat jetzt, zum ersten Mal seit Gründung der BRD, einen Richter wegen Rechtsbeugung verurteilt. Es war ein kommunistischer Richter. Hätte diese Justiz diesen roten Schreibtischtäter nicht verurteilt, wenn sie ihn 1955 zu fassen gekriegt hätte? Hm, Prantl, was meinen Sie, so als Tucholsky-Preisträger? Mal ehrlich!

Rätsel

Wenn die »Bild«-Zeitung (»Wurstkönig tot im Kofferraum«) einen Kultur-Preis stiftet, wenn Janosch, Justus Frantz, Sabine Christiansen, Bärbel Bohley, Hilmar Hoffmann, Alice Schwarzer, Christoph Stölzl und H.W. Geissendörfer die Jury bilden, wenn zur Verleihung der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber auf der Bühne erscheint und »Deutschlands renommiertester Kultur-Kritiker« Prof. Joachim Kaiser die Laudatio hält - wer bekommt dann den Scheck? Denk mal wieder.

Was sagt man!

Mit immer neuen, immer überraschenderen Meldungen wartet die Firma Gauck auf: Die Staatssicherheitsorgane der DDR sollen sogar den Helden von Stalingrad, den Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, in den letzten Jahren seines Lebens überwacht haben. Seine Villa in Dresden sei verwanzt gewesen, sein Koch, sein Hausmeister und sogar sein Chauffeur hätten für das MfS gearbeitet. Sowas Gemeines.

Mit Schaudern hört man, daß Yehudi Menuhin die derzeitige israelische Führung mit den Nazis vergleicht - naja, er ist einer der wenigen, die sich leisten können, was sich hierzulande niemand zu eigen machen darf

Wolf Heckmann, Chefkommentator der »Hamburger Morgenpost« (Verlag Gruner und Jahr)

Man muß Netanjahu klarmachen, daß er unzurechnungsfähig wirkt - um schlimmere Worte zu vermeiden

Wolf Heckmann, Chefkommentator der »Hamburger Morgenpost« (Verlag Gruner und Jahr)

(Zu ordentlichen Recherchen der Staatsanwälte) hätte gehört, zunächst einmal das Foto der angeblich sexuell bedrängten Dame anzusehen. Man tritt Frau Erna C. nicht zu nahe, wenn man zu der Ansicht kommt, daß ihre weiblichen Reize kaum einen Bischof dazu bringen könnten, bunte Kirchenfenster einzutreten

Wolf Heckmann, Chefkommentator der »Hamburger Morgenpost« (Verlag Gruner und Jahr)

Konkret 01/97, S. 14

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Die neue Heimsuchung

Sitzt Deutschland in der »Globalisierungsfalle«? Die bedrohlichen Szenarien, die linke wie rechte Globalisierungstheoretiker entwerfen, sollen dem nationalen Kapital neue Profitmöglichkeiten eröffnen und die ihm Unterworfenen gefügig machen. Die tatsächliche Gefahr liegt darin, daß die »Globalisierung« nicht stattfindet

Wir stehen vor einem Phänomen. Politiker, Wissenschaftler und Medien, rechte wie linke, verkünden übereinstimmend, eine neue Globalität suche uns heim. Heimsuchungen machen hysterisch. Wenn jemand das Stich-Wort von sich gibt, ist nur noch eines erlaubt: Man muß es übertreffen. Aus »global« wird »total-global«, daraus der »Turbo-Globalismus«, daraus der »total-globale-Kasino-Player-Turbo-Globalismus« und daraus »das Aids der Weltwirtschaft«, wie der »Spiegel« Jaques Chirac zustimmend zitierte. Und daraus? Im Unterschied zu den Zeugen Jehovas kennen die Verkünder der neuen Allmächtigkeit keinen Tag der Erlösung mehr. Die Globalisierungsfalle scheint alle und alles zu schlucken.

Der »Spiegel« mit seiner Titelstory »Total global« (Nr. 39/96), und der Bestseller *Die Globalisierungsfalle* der »Spiegel«-Autoren Martin und Schumann haben am überzeugendsten die neue Einigkeit ehemals differierender Denkschulen wiedergegeben. Zunächst ihre Begriffsdefinitionen: »Globalisierung heißt« in der esoterischen Version »die magische Macht«. Man darf sie in der kritischen Version auch »globales Kasino« oder »Turbo-Kapitalismus«, etwas persönlicher »Global players« oder in der naturalistischen Variante »wirtschaftlicher Vulkanausbruch« nennen. In Werken aber, die von magischen Mächten handeln, darf die Esoterik nicht zu kurz kommen. Das dunkle Geraune setzt geradezu voraus, daß die Hiobsbotschaft durch die Behauptung ihres Gegenteils erst ihre Wirkung, die Allmacht des Undurchschaubaren, entfaltet. So wird zum Beispiel dem »Spiegel«-Artikel ein Zitat von Tucholsky vorangestellt: »Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.« Bei Martin/Schumann wird der »Economist« aus dem Jahre 1930 zitiert: »Ökonomisch ist die Welt eine umfassende Handlungseinheit.« Weshalb wir erst heute von der »Zeitenwende« einer Globalisierung reden dürfen, wo doch vor siebzig Jahren schon die Weltökonomie global war, bleibt das Geheimwissen der Eingeweihten.

Kaum hatten wir uns mit dem neuen Weltherrscher »internationaler Finanzmarkt« vertraut gemacht, standen die transnationalen Konzerne »im Zentrum der Globalisierung«. Ging soeben noch weltweit die Arbeit aus, da schnellt im nächsten Augenblick der Pkw-Bestand allein in China von 1,8 Millionen auf 20 Millionen Stück hoch und will der asiatische Markt jährlich (!) 20 Millionen Neuwagen bestellen. Nur der Eingeweihte weiß, wie das ohne Arbeit zu bewerkstelligen ist. Die letzte Stufe esoterischen Wissens hat aber erst erreicht, wer alt gleich neu und neu gleich alt setzt. »So zerbricht das alte Konzept ... und eine neue, ganz alte Unternehmenskultur hält Einzug: Shareholder value ... «, die Fixierung auf die Aktien-Rendite.

Durchdringt man den Nebel, begegnet man der nackten Regression. Ein neues Nomadentum, den seßhaften Abendländlern traditionell verdächtig, hat sich des national schaffenden Kapitals bemächtigt und richtet Ungeheuerliches an. »Unternehmen«, die »überall und nirgends zu Hause sind«, »arbeiten« gemeinsam mit Spielern, die sich ebenso gerade dort »entscheiden .... wo sie sich tummeln«, »unaufhaltsam ... an einer neuen Weltkultur«, in der »regionale Vorlieben« keine Rolle mehr spielen. Da möchte man Deutschland zurufen, es solle dem Treiben Einhalt gebieten, doch »hilflos« müssen »die Nationalstaaten zu(schauen», wie sie »nach und nach ... ihre Macht an die wahren Global players« verlieren. Die kapitalistischen Staaten wollen eigentlich nur Gutes tun, doch sie werden von einer magischen Macht »genötigt, Sozialleistungen zu kappen«. »Egal, ob soziale Gerechtigkeit hergestellt oder die Umwelt geschützt werden muß«, sie können's nicht, denn »Staaten müssen sich dieser Macht beugen, ob sie wollen oder nicht«. Doch nicht nur sie, die nebenbei aus nacktem Interesse den Irak bombardieren, Mexiko fürs Öläquivalent in den Ruin treiben, Jugoslawien zerschlagen helfen, die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften rabiat stutzen und in weltweiten Konkurrenzkämpfen Mehrwertmasse auf ihr Territorium lenken, richten nach der Machtergreifung des Spiel-Kasinos nichts mehr aus. »Als seien sie von unsichtbarer Hand gesteuert, unterwarfen sich die Regierungen der Supermacht USA, der einst allmächtige IWF und alle europäischen Notenbanken dem Diktat einer höheren Gewalt, deren Zerstörungskraft sie gar nicht mehr einschätzen können: dem internationalen Finanzmarkt.«

Nachdem wir erfahren haben, daß dunkle Kräfte des Geldes Supermächte und bislang allmächtige Welt-Institutionen zu Würstchen degradiert haben, überraschen die Autoren der *Globalisierungsfalle* uns mit der entgegengesetzten Behauptung: »Die Regierungen bleiben ökonomisch souverän und stellen sicher, daß sowohl das einheimische als auch das ausländische Kapital die politisch gesetzten Ziele erfüllt. Wer nicht mitmacht, ist draußen.« Welche Staaten aber verfügen über soviel Kraft, daß sie sogar die neue Allmacht in die Schranken weisen können? Richtig, es sind »die neuen Aufsteiger«, auch bekannt als »asiatische Fratze«. Nur Kohl, Clinton und dem übrigen Abendland »gerinnt alle Politik zu einem Schauspiel der Ohnmacht«, während jene magische Macht, die mit dem Westen so leichtes Spiel hat, vor dem dämonischen Asien kapitulieren muß. Genug also mit dem Ende der Geschichte, denn nun wütet der Globalismus. In einem »atemberaubenden Tempo wächst die Welt zusammen«. »Entfesselt« läßt jener in einer ersten Phase »die Welt zum grenzenlosen Shoppingzentrum« mutieren. Wer hätte das wohl gedacht, letzte Woche, an der Grenze zwischen Zaire und Ruanda?

Nachdem aber die Welt zusammengewachsen ist, werden in Phase »zwei« »Wohlstand und Armut ... neu verteilt«, und wiederum auf eine Weise, die das Abendland bedroht: In nur acht Jahren, also »im Jahre 2004«, werden »die Entwicklungsländer mehr produzieren als alle Industrieländer zusammen«.

Das wird ohne höhere Gewalt nicht gehen, denn ein einziges Industrieland, die USA, stellt heute 27 Prozent des Weltsozialprodukts her. Die von der Weltbank als »reiche Staaten« definierten Industrieländer kommen zusammen auf knapp 80 Prozent der Welt-Wirtschaftsleistung, den Rest teilen sich die 64 »ärmsten Staaten« (5 Prozent), die 66 »armen Staaten der unteren Gruppe« (7 Prozent) und schließlich die aussichtsreichen 35 »armen Staaten der oberen Gruppe« (8 Prozent). Dazu paßt, »daß sich das weltweite Wachstumsgefälle zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahrzehnten nicht verringert, sondern eher noch vergrößert hat« *(Fischer- Weltalmanach 1997).* Jetzt versteht man erst, weshalb von Turbo und magischen Gewalten die Rede ist. Wie sollten sich auch anders die Reichtümer der Welt in nur acht Jahren und gegen den laufenden Trend völlig neu verteilen? In seiner dritten Phase aber, nur weitere 16 Jahre später, »im Jahr 2020«, richtet das entfesselte globale Kasino dann Entsetzliches an. Dann »wird Deutschland unter den Wirtschaftsmächten nur noch auf Rang sechs rangieren, zwischen Indonesien und Südkorea und weit hinter der neuen Nummer eins, China«. Bedrohte das internationale Finanztum bisher das gesamte, schwach gewordene Abendland, ist jetzt Deutschland das besondere Opfer jener zwei Gewalten: des Globalismus und des asiatischen Aufstiegs.

Einige ostasiatische Länder befinden sich auf dem Weg der Nachindustrialisierung. Ihnen scheint zu gelingen, was in anderen historischen Epochen auch Deutschland und Japan gelungen ist. Vor allem in China wird der Markt des künftigen Jahrhunderts vermutet. Diese Entwicklung bedeutet für die alten Imperien zweierlei: Die kapitalistische Mehrwertproduktion und damit die abschöpfbare Mehrwertmasse wird weltweit ausgedehnt, und davon profitieren sie. Deutschland etwa liefert nach Malaysia mehr, als es von dort bezieht. Gleichzeitig wachsen neue, ernstzunehmende Konkurrenten heran, derer man sich zu erwehren hat. Und so wie diese Entwicklung gegenwärtig als Ausfluß eines ungreifbaren Finanztums mit einem Ende des Abendlandes als bösem Ende vorgestellt wird, so beruhen auch andere Annahmen der neuen Globallehre auf phantastischen Dogmen. Eine lautet, die Finanzwelt habe das schaffende Kapital längst lautlos enteignet und die Welt in die Hände von raffenden Spielern und Wucherern gelegt: »Im Kasino-Kapitalismus ... hat sich das Plusmachen gewissermaßen ins Nirwana des Geldes verlagert« (Robert Kurz).

Auf dieses Dogma spekulieren inzwischen Linke mehr als die Börsenheinis. Wir sollen es mit einer »strategischen Kapitulation des Realkapitals« (Kurz) zu tun haben, weil die Gewinne aus Geld längst die Gewinne aus der guten alten Produktion überwuchert hätten. Jürgen Elsässer spricht in dem Buch *Vorwärts und vergessen?* von »230 Milliarden Mark Vermögenseinkommen« 1995 in Deutschland und folgert: »Das heißt: Die explodierenden Gewinne der Kapitalisten stammen mittlerweile zum größeren Teil nicht mehr aus Unternehmertätigkeit, sondern aus Couponschneiderei.« Wahr ist dagegen: Das gesamte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen belief sich 1995 auf 743 Milliarden DM. Nach Abzug der 230 Milliarden blieben demnach 513 Milliarden DM Gewinne. Schon nach dieser Berechnung ist das Vermögenseinkommen mit 31 Prozent das geringere. Will man zu ernsthaften Annäherungswerten kommen, ist weiteres zu bedenken. Das deutsche Steuergesetz erlaubt dem Kapital, einen Großteil des Gewinns in Abschreibungen zu verstecken - ca. 400 Milliarden DM 1995. Die Profite sind also noch um einen Betrag X zu steigern, während die Summe der kapitalistischen Coupon-Gewinne deutlich reduziert werden muß - Elsässer weist selbst darauf hin, daß die Bevölkerung nicht unerheblich am Geldeinkommen beteiligt ist. Die genauen Zahlen kennen wir nicht. Aber die Geld-Gewinne dürften ein Fünftel der Gesamt-Gewinne nicht überschreiten.

Fazit: Die Gewinne der Unternehmen stammen zum eindeutig größeren Teil aus der Mehrwertproduktion, die Coupon-Schneiderei spielt nur eine untergeordnete Rolle. Nimmt man das Gesamteinkommen aus dem Wirtschaftsprozeß - die 1.874 Milliarden DM, die an die unselbständig Beschäftigten gehen, die fast 400 Milliarden DM, die der Staat als indirekte Steuern erhält, und die sog. Gewinne aus reiner Unternehmertätigkeit - , dann stammen weit über 90 Prozent der gesellschaftlichen Einnahmen aus der Mehrwertproduktion; nur ein kläglicher Rest kommt aus der Spekulation. Wer lügt, hat die freie Wahl, in welche Richtung er übertreibt. Aber warum lügen ausgerechnet Linke den Geldwucher, die Übermacht des schmarotzenden Kapitals herbei? Wird Kapitalismus in ihren Augen erst böse, wenn man ihm möglichst viele parasitäre und möglichst wenige schaffende Eigenschaften anhängen kann? Eine grauenvolle Verwirrung, wenn wir betrachten, welche Verkümmerung menschlicher Fähigkeiten der Kapitalismus bereits durch sein Normalgeschäft bewirkt.

Die linke Spekulation auf die Geld-Apokalypse treibt phantastische Blüten. Bereits 1987 kam es »wegen der engen Verflechtung der Finanzmärkte, ... schrankenloser weltweiter Spekulationen und wegen der international vagabundierenden Milliardensummen ... an ein und demselben Tag zu einem Crash, fand binnen weniger Stunden ... eine Entwertung der gehandelten Papiere statt, die sich auf über 1.000 Milliarden US-Dollar beziffert« (Ernest Mandel/Winfried Wolf). Da hatten wir den Crash, und was geschah? Mandel und Wolf sprechen im gleichen Zusammenhang von der »relativ langen Dauer der guten Konjunktur«, die von » 1983 bis 1989« zu registrieren war. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus brummte wie schon lange nicht mehr und scherte sich, mit Ausnahme einiger herzinfarktgefährdeter Spekulanten, überhaupt nicht um den Liquiditätsverlust von 1.000 Milliarden US-Dollar. Würden nicht irrationale Vorstellungen die

Geister beherrschen, wäre in diesem Zusammenhang die wissenschaftlich wirklich interessante Frage: Woher bezieht der weltweite Kapitalismus eine solche Stabilität, daß ihn ein Tagesverlust von 1.000 Milliarden US-Dollar Papier-Liquidität überhaupt nicht berührt? Die Antwort darauf hat mit der Antwort auf die Frage zu tun, ob der Börsencrash Ausdruck einer Psychose oder einer wirklichen Rentabilitätsschwäche des Kapitalismus ist. Denn schon am berüchtigten Schwarzen Freitag des Jahres 1929 hatten nicht Spekulanten den Kapitalismus in die Krise getrieben. Der Börsensturz begleitete die weltweite Stockung der Kapitalakkumulation.

Bei den kläglichen 1.000 Milliarden Dollar ist es übrigens nicht geblieben. Die *Globalisierungsfalle* weiß, daß sich irgendwann im Frühjahr des Jahres 1994 »über dreitausend Milliarden Dollar ... beinahe über Nacht in Luft auf(gelöst)« haben, ohne daß die Weltwirtschaft das überhaupt bemerkt hätte. Und dann hat gar der IWF mit nur 17,7 Milliarden Dollar für die Stützung des Pesos »die erste große Krise unserer neuen Welt der globalisierten Märkte« abgewendet. Wenn wirklich nicht mehr geschehen muß, um die Welt zu retten, breitet sich eine leichte Behaglichkeit aus. Daniit wir nun aber gänzlich sorgenfrei leben können, bieten die beiden Autoren uns am Ende des Buches mit dem Rettungs-Vorschlag »1 Prozent Steuer auf Spekulationsgewinne« ihre gesamte Apokalypse als Feierabendscherz an.

Da sich nicht völlig leugnen läßt, daß der Kapitalismus aus Realkapital besteht, lassen linke Zauberer im Handumdrehen massenhaft richtiges Kapital im Hut verschwinden. Die Ausgabe der Telekom-Aktie war eine passende Gelegenheit, uns ihre Trickkiste vorzuführen. Da ist eine Aktiengesellschaft mit viel Werbeeinsatz den Konsumenten ans Geld gegangen, um es in Kapital zu verwandeln, doch Robert Kurz sah einen »Pausenclown des Kasinokapitalismus ... die gesamtdeutschen Spargroschen im Bermuda-Dreieck der Telekom ... versenken« oder ins »Nirwana des Geldes verlagern«. Wer dachte, da sei doch gerade Geld in Kapital oder Kredit in Eigenkapital verwandelt worden, der erfuhr nun: »Ökonomisch handelt es sich dabei um eine Illusion.« In der »Jungen Welt« hatte sich gleichzeitig »die Klassengesellschaft ... in eine casinokapitalistische Volksgemeinschaft« verwandelt. Aber der Klassengesellschaft ging es ein Jahr zuvor keinen Deut besser, und muß denn gleich alles zum Kasino umphantasiert werden? Die Volksgemeinschaft bricht doch nicht deshalb aus, weil 5,5 Prozent der Haushalte sich ein paar Aktien kaufen.

Die apokalyptische Dramaturgie bliebe unvollendet, wäre da nicht noch der Turbo: die »Nanosekundenkultur der Finanzmarkt-Renditen« (Kurz), die heute schneller, als wir gucken können, das Ganze crashen läßt. Wenn schon 1929, als noch Brieftauben die Kommunikation regelten, an nur einem einzigen Tag überall auf der Welt die Börsen zusammenkrachten, dann ist nicht vorstellbar, wie und warum das heute schneller gehen sollte. Und selbst wenn die Chose heute nur einen halben Tag beanspruchen würde, können wir uns ihre Folgen nicht grauenhafter vorstellen als die der von Nazi-Deutschland ausgehenden Korrektur der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Schon Ende der 20er Jahre gründete der Crash nicht in der Spekulation, sondern in der mangelnden Akkumulationsfähigkeit des Kapitalismus. Heute ist dieser durch die laufende Sanierung der Profitrate gekennzeichnet, mit der die Akkumulationskraft regeneriert wird. In den Wachstumsregionen werden Hunderte Millionen neuer Arbeitskräfte in die Mehrwertproduktion geholt; in den alten Zentren fallen unprofitable Sektoren der Zerstörung anheim und wird die Durchfütterung jener Menschen, die keinen Mehrwert herstellen, drastisch reduziert. Um den Keynesianismus ein für allemal zu beerdigen, besteht die Bundesregierung auf einem europaweit gültigen Katalog milliardenschwerer Strafen, die es jedem Staat unmöglich machen sollen, zur Politik des Deficitspendingfinanzierten Sozialstaats zurückzukehren. Wenn daher die Flucht ins Geld seit zwei Jahrzehnten auch anzeigt, daß mit der Rentabilität etwas nicht stimmt, hat sich dadurch doch weder der Kapitalismus in einen verwandelt, der sein Geld vornehmlich aus Geld bezieht, noch liegt seine Brutalität in der Spekulation, sondern in den Korrekturmaßnahmen.

Die rabiaten Korrekturen treffen heute auf eine Bevölkerung, die sich nach mehreren Jahrzehnten Aufschwung und Sozialversicherung nicht vorstellen kann, daß der Kapitalismus immer wieder seiner originären, sozialdarwinistischen Verfassung zustrebt, und auf eine keineswegs kleine linke Gruppe, die gemeinsam mit der Wirtschaft dem Staat attestiert, er habe keine Handlungsspielräume mehr, weil er selber ein Opfer des internationalen Finanztums sei oder aus anderen Gründen mit dem Rücken an der Wand stünde. »Zum Neoliberalismus gibt es im Rahmen des Kapitalismus keine Alternative« (Elsässer), Waigel könne objektiv nur tun, was er tut. Zwar stößt der Akkumulationsprozeß an Grenzen, je größer der nichtprofitable Staatssektor sich ausbreitet oder je höher Löhne und soziale Standards sind, die an dem in Profit zu verwandelnden Mehrwert zehren, doch darf darüber nicht vergessen werden, daß die Ökonomie in Deutschland Jahr für Jahr immer mehr abwirft, daß die Profite in vielen Branchen wieder gewaltig steigen, daß die Bundesregierung seit Jahren Mittel des Staatssektors (Unternehmenssteuern!) in den Profitsektor umlenkt und daß schließlich Klassenkämpfe mit darüber entscheiden, wieviel Neoliberalismus das Kapital durchsetzen kann. Das eben wußte Tyll Necker (Ex-BDI-Chef), als er erklärte: »Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif.«

Wer aber durch die Propaganda, der Staat des zweitmächtigsten Imperiums sei nur ein hilfloses Opfer globaler Machenschaften, noch nicht genügend für die Verteidigung des vaterländischen Standorts präpariert ist, für den gibt es eine weitere Variante der Globalisierungslüge: die Behauptung, beschäftigungswirksames und mehrwertproduzierendes Realkapital sei im globalen Zeitalter so flüssig, daß es frei durch die Welt fließen könne, immer auf der Suche nach den

besten Anlageplätzen. Die demagogische Drohung lautet: Wenn die Menschen sich nicht fügen, dann flieht das Kapital und entzieht ihnen ihre Existenzgrundlage.

Schon vor sechs Jahren verkündete der »Spiegel«: »Deutschlands Unternehmer flüchten.« Beweis: »Neu-Investitionen werden meistens im Ausland gemacht.« Die Dimension der Lüge ist kaum faßbar. Alles in allem wurden für 1995 deutsche Direktinvestitionen im Ausland in Höhe von 48 Milliarden DM gemeldet (»Ifo-Schnelldienst« 30/1996). Die in Deutschland getätigten Anlageinvestitionen beliefen sich im selben Jahr auf 751 Milliarden DM. Insgesamt wurde also ein Wert im Ausland angelegt, der rund 6 Prozent der deutschen Investitionen ausmachte. So etwas kommt im Kapitalismus vor, manchmal in viel größeren Dimensionen. »Während der Periode von 1870 bis 1913 investierte England beispielsweise ungefähr zwei Fünftel seiner Ersparnisse, d.h. etwa ein Zehntel seines Volkseinkommens, in Übersee. 1913 entsprachen seine Investitionen im Ausland vier Neunteln der inländischen Investitionen« (Paul Mattick). Aber auch die 6 Prozent Auslandsinvestitionen bedeuten keineswegs einen entsprechenden Kapital- oder Beschäftigungsabfluß, schon gar nicht sind sie Zeichen einer Standortschwäche. In den Direktinvestitionen im Ausland sind z. B. Gründung und Erwerb von Unternehmen enthalten, soweit die Beteiligung mindestens 20 Prozent beträgt. Wenn, wie geschehen, BMW die englische Firma Rover kauft, zählt der Kaufpreis zum Kapitalabfluß, obwohl BMW damit nur in einen neuen Markt dringt und den bisherigen Rover-Zulieferer Honda aus dem Rennen werfen will. Der vermeintliche Kapitalabfluß relativiert sich aber noch weiter. Von den 48 Milliarden DM waren 60 Prozent allein für den deutschen Dienstleistungsmarkt (Handel, Kredit- und Finanzierungsinstitute, Versicherungen) im Ausland bestimmt, der überhaupt keine »Alternative zum Inlandsmarkt« (Ifo) darstellt. Beide Vorgänge signalisieren Standortstärke, weil der Profit, mit dem Markenfirmen im Ausland gekauft oder Dienstleistungen etabliert werden, aus der deutschen Mehrwertproduktion stammt. Was aber den Beschäftigungseffekt betrifft, ermittelte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), daß die Zahl der Inlandsbeschäftigten sich günstiger bei Unternehmen entwickelt, die auch im Ausland expandieren, als bei Unternehmen, die sich nur wenig im Ausland engagieren.

Setzt man alle im Ausland getätigten Direktinvestitionen ins Verhältnis zu den Inlandsinvestitionen, bleiben rund 94 Prozent, nimmt man nur jene, die ins verarbeitende Gewerbe gesteckt wurden, bleiben knapp 98 Prozent, zieht man davon sinnvollerweise noch die reinen Firmenaufkäufe ab, bleiben noch mehr deutsche Investitionen im Lande. Man kann es drehen und wenden wie man will: Das in Deutschland ansässige Kapital operiert mit seinem Realkapital keineswegs global, sondern ausgeprochen national. Die Verhältnisse sind in anderen kapitalstarken Staaten ähnlich. Auch die Tatsache, daß weniger Kapital nach Deutschland fließt als deutsche Unternehmen ins Ausland schicken, ist ein Zeichen imperialer Stärke. Das deutsche Kapital dringt mit Bravour in die ausländischen Märkte und hat dafür das nötige Geld. Andererseits schottet es sich selber stärker ab, als andere Staaten dies tun. Die Gründe dafür, schreibt das Ifo-Institut, seien u.a. darin zu suchen, daß heimliche Firmenübernahmen »durch die Konzentration des Aktienbesitzes in Deutschland sehr schwierig sind. Aber auch freundliche Übernamen haben in Deutschland wenig Tradition. « Hinzu käme, daß im deutschen Mittelstand der Firmenverkauf »immer noch mit Versagen gleichgesetzt werde« und daß deutsche Unternehmer nichts vom Einsatz ausländischen Kapitals hielten. »Im Vergleich mit den angelsächsischen Ländern ist der deutsche Übernahmemarkt noch unterentwickelt.« So kann man eine relative nationale Geschlossenheit des Kapitals gegenüber dem Ausland auch nennen.

Da auch die linke Propaganda nicht weniger behauptet als die Auflösung der Nationalstaaten, die am globalen Kapitalfluß abzulesen sei, sollen aufklärungshalber noch ein paar Zahlen genannt werden. 1993 betrug die Summe der Auslandsinvestitionen sämtlicher Staaten auf der Welt 187 Milliarden US-Dollar. Das waren gerade mal 37 Prozent der deutschen Inlandsinvestitionen oder auch 2,9 Prozent der in jenem Jahr in den USA hergestellten Investitionsgüter, Waren und Dienstleistungen. Da freut man sich, wenn Hirst und Thompson in »The Problem of Globalization« (»Economy and Society« 4/1992) die Problemstellung auf die Füße stellen, indem sie darauf hinweisen, »daß die eigentlich spannende Frage nicht etwa lauten müßte, warum Unternehmen ihre Standorte nach Kostengesichtspunkten verlagern .... sondern warum sie dies im wesentlichen nicht tun und vielmehr an ihrer nationalen Basis festhalten«. Auch das Gewerkschaftsinstitut »WSI« blieb erfreulich sachlich. 1995 hatte es herausgefunden, daß »das durch den Ausbau des europäischen Binnenmarktes geschuldete Zwischenhoch bereits wieder abgeklungen ist und die deutsche Direktinvestition im Ausland ... wieder auf den Stand von 1985 zurückgefallen ist«. Es folgerte: »Man kann also sagen: Trotz fortschreitender europäischer Integration und Öffnung der Märkte Osteuropas kann von einer zunehmenden Globalisierung, die sich in einem verstärkten internationalen Outsourcing zeigt, keine Rede sein.«

Wenn die Globalisierung des Realkapitals schon nichts für eine Auflösung der Nationalstaaten hergibt, dann vielleicht der Warenverkehr? Innerhalb der westlichen Industrieländer (OECD) waren die Waren-Exportquoten Mitte der 80er Jahre »mit im Durchschnitt 13 Prozent« so niedrig, daß sie »noch unter dem Niveau der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg« lagen, »als sie im Durchschnitt 15 Prozent betrugen« (Jörg Huffschmidt). Nimmt man die Dienstleistungsexporte hinzu, dürfte die Exportquote des Jahres 1990 etwa »das auf den Handel bezogene Internationalisierungsniveau ihrer (der OECD-Staaten) Vorläufer von 1913 erreicht haben«. Von einer Aufhebung der Nationalstaaten konnte 1913 trotz dieses Verflechtungsgrades bekanntlich nicht die Rede sein. Die USA exportierten 1994 8,5 Prozent aller in den USA

geschaffenen Produkte und Dienstleistungen. Wenn aber mehr als 90 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes für dieses Land ist, läßt sich daraus doch wohl vor allem auf die Bedeutung von Nationalstaat, nationaler Mehrwertproduktion und nationaler Politik schließen. Daß unter den Industrieländern um die weltweite Mehrwertmasse in wilder Konkurrenz gerungen wird, Rohstoffe aus abhängigen Ländern geraubt werden, sei's militärisch, sei's über die Terms of Trade, daß auch niedrig bezahlte Arbeitskräfte genutzt werden, daß also gleichzeitig die internationale kapitalistische Konkurrenz ihr Unwesen treibt, ist dazu kein Widerspruch. Daß Deutschland sich um einen europäischen Binnenmarkt mit Euro-Währung bemüht, ebensowenig. Deutschland wird der Hauptprofiteur dieser Maßnahme sein, da für die 75 Prozent seiner Exporte, die in die EU gehen, der Aufwertungsdruck auf die D-Mark entfallen würde und seine Produktivität sich ungehinderter durchsetzen könnte.

Warum verhält sich der deutsche Kapitalismus mit seinen Investitionen derart national? Der erste Grund sind die niedrigen Löhne in Deutschland. Das Ifo-Institut hat 1996 ermittelt, daß Deutschland - gemessen an den Lohnstückkosten, die der relevante internationale Konkurrenzfaktor sind - keineswegs zu den Hochlohnländern zählt. Das liegt an der hohen Kapitalintensität und der entsprechenden Produktivität, also an der gewaltigen Ausbeutungsrate. Setzt man die deutschen Löhne von 1970 gleich 100, stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland bis 1994 auf 250, die der wichtigsten Handelspartner aber auf 481 (»WSI-Mitteilungen« 11 / 1995). Ohne einen gewissen Ausgleich durch Währungsaufwertungen wäre Deutschland beinahe ein Niedriglohnland. Diese Feststellung wird von den Daten des Außenhandels bestätigt. Die deutsche Wirtschaftspresse ist sich einig, daß die deutsche Konjunktur von der Auslandsnachfrage am Leben gehalten wird. Wenn aber das Ausland mit wachsender Begeisterung Waren kauft, die in Deutschland produziert werden, muß der Standort ziemlich preisgünstig sein. Immerhin ist er so attraktiv, daß er 1995 für über 90 Milliarden DM (Außenhandelsüberschuß) anderen Staaten Produktion und Beschäftigung weggenommen hat.

Zweitens orientiert sich der Kapitalismus deshalb überwiegend national, weil Realkapital eine strategische Anlage ist. Es benötigt nicht nur industriell erzogene Arbeitskräfte, perfekte Verkehrs- und Informationssysteme, sondern zig hochwertige Handwerks- und Dienstleistungen, die täglich abrufbar sein und perfekt funktionieren müssen, eine stabile Währung und ein angemessenes Marktvolumen. Strategische Anlagen brauchen aber noch mehr: verläßliche Bürgermeister, Behörden, Parteien und Gewerkschaften sowie Militär, Polizei und Justiz, die dem Eigentum verpflichtet sind. Zudem ließen sich in 150 Jahren gewachsene Industriekonzerne nur um den Preis ihres Untergangs nach Tibet verschieben. Im übrigen braucht ein international operierender Kapitalismus gerade einen starken Nationalstaat als militärische und diplomatische Operationszentrale, samt der Aussicht, in Krisenzeiten eine nationalistische Gesinnung abrufen oder mobilisieren zu können. Der Versuch, die Profitrate im Zentrum zu sanieren, ist nicht die Folge einer vielbeschworenen Globalisierung. Der Kapitalismus besteht gerade deshalb auf einer Radikalkur (auch) hierzulande, weil er in hohem Maße ortsgebunden ist. Dabei hat er eine günstige historische Gelegenheit abgepaßt - die Demoralisierung des Klassenbewußtseins hat die Stufe der Willfährigkeit erreicht.

Manchmal ist es geradezu peinlich, wie Linke sich an der Wirklichkeit blamieren. In einem Interview hält die »Junge Welt« (27.11.96) dem IG-Medien-Vorsitzenden Hensche vor: »In zunehmenden Maße« sei eine Abwanderung der Produktion ins Ausland zu verzeichnen, weil die Kosten der Arbeit zu hoch seien. Hensche antwortet: »Dadurch ist bewußt ein Schreckgespenst an die Wand gemalt worden. Ein Land, für das ein Drittel seines Nationaleinkommens die Exportgüter ausmachen, wird immer ausländische Standorte schaffen und erhalten. Die allerwenigsten Investitionen sind jedoch derartige >Fluchtinvestitionen< aufgrund angeblich zu hoher Löhne und Lohnnebenkosten. 95 Prozent sind Investitionen, um Marktnähe zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Und 88 Prozent aller Investitionen fließen in Hochlohnländer. Man muß endlich die Globalisierungsdebatte entmystifizieren, sie ist wider alle wirtschaftliche Realität.« Es hat Zeiten gegeben, in denen Linke den Gewerkschaftsführern noch nicht die Kapitalpropaganda um die Ohren gehauen haben, sondern in denen es eher umgekehrt war.

Aber nicht nur Linken gibt die Wirklichkeit Rätsel auf. Nachdem er festgestellt hatte, daß »kaum nennenswerte Kapitalabflüsse« zu registrieren seien, wußte der Autor der »Süddeutschen Zeitung« nicht mehr weiter. Also schrieb er: »Der Erfolg der Bundesrepublik Deutschland ist eines der großen Mysterien der Gegenwart.« Merke: Im Zeitalter der Esoterik bewirken »magische Mächte« die Globalisierung und »Mysterien« das Gegenteil. Dann äußerte die »SZ« den Verdacht, das deutsche Kapital würde sich seinen Standort deshalb so schlechtreden, weil es ausländische Konkurrenten abschrecken wolle, um die grandiosen Profitmöglichkeiten im Lande alleine nutzen zu können. Der Gedanke hat doch was.

Wo das wuchernde, parasitäre Geld aufs Erkenntnisvermögen drückt, ist der Boden für kalkulierte Propaganda bereitet. Was bisher noch anonym, heimatlos, aber machtvoll durch die Welt geisterte, nimmt allmählich Kontur an und verlangt nach einem Namen. Wie einst die Protokolle der Weisen von Zion weiß auch unsere *Globalisierungsfalle* von Vorgängen zu berichten, die den gewöhnlichen Sterblichen ohne Hilfe der Autoren für immer verborgen bleiben würden. »Nachdem sie einen abgelegenen Gang im Südflügel des US-Landwirtschaftsministeriums erreicht hatten, ließ ein bewaffneter Wachposten hinter ihnen eine schwere Stahltür ins Schloß fallen und verriegelte sie. ... Hermetisch von der Außenwelt abgeschottet, sichtete und verglich die Gruppe eine ganze Nacht lang die Datenflut aus den verschiedenen

Arbeitsbereichen. Das Treffen ... galt einer Waffe, die schon in einigen Jahren rücksichtslos einsetzbar sein könnte«: den weltweiten Getreidevorräten. In einem anderen hermetisch abgeriegelten Flur ging es bereits um anderes, um die weltweite »Anpassung an das US-Prinzip«, das den Druck »auf die deutschen Unternehmen« steigen läßt. Zwar tummeln sich viele Nomaden auf den Finanzmärkten herum, aber das Land, in dem bekanntlich die Juden zuviel zu sagen haben, zieht die Fäden.

»Zumindest auf den Finanzmärkten bedeutet Globalisierung bisher wenig mehr als die Amerikanisierung der Welt«, sagt die *Globalisierungsfalle* und fragt besorgt: »Was ist noch deutsch an Hoechst?« Nach dem deutschen Staat, der bereits fremden Machenschaften zum Opfer gefallen sein soll, nun das deutsche Unternehmertum? Früher, ja früher, da gab es noch echte deutsche Unternehmer mit einer »qualitativen Zielbestimmung«. Das waren »die Erfinder-Kapitalisten wie Edison, Siemens oder Benz«, denen »attraktive Renditen« noch zweitrangig waren (Kurz). Später zählte Ferdinand Porsche dazu, der an den Nazis nur deshalb Gefallen fand, weil es ihm um sein Auto ging. Diese deutsche Tugendkultur ist bedroht. »Aus den USA kommend, hat sich diese >Philosophie(... in kurzer Zeit über die ganze Welt verbreitet« (Kurz). Droht Ungemach aus den USA, kommt auch »Negatives aus diesen Zusammenbruchsregionen« im Osten »auf die westliche Ordnung zu«. Im Osten gibt es eine »Mafia«, die »Anlaß für rassistische Reaktionen in der westlichen und gerade auch in der deutschen Bevölkerung sind«. So wird nach dem Staat und den Unternehmern auch das Volk der Deutschen schon vorsorglich zum Opfer erklärt.

Die »Woche« schrie die Bedrohung im Juni 1996 von der Titelseite ins Land. »Die Unersättlichen« hieß die Schlagzeile. Untertitel: »Deutschlands Unternehmens-Kultur wird zerschlagen - statt nationaler Verantwortung ... soll nur noch die Aktien-Rendite zählen.« Die globale Gewalt des Finanztums (»Der Druck der internationalen Kapitalanleger wirkt«) verband sich mit dem angloamerikanischen Kommerzgedanken. »Deutschland hat eine anders gewachsene Kultur des Wirtschaftens als die USA. Lange Zeit galt es als Musterland verantwortungsbewußter Unternehmer, die dafür angesehen waren, mehr im Kopf zu haben als nur ihre Zahlen ... Auf diesem Nährboden sind die großen Unternehmen von Mercedes-Benz bis Siemens, von Krupp bis Bosch gewachsen. Die Männer an der Spitze... fühlten sich auch Mitarbeitern und Gesellschaft verpflichtet. « Ohne übertriebenen Wissensdrang kann man darauf kommen, was diese Konzerne in Wahrheit groß gemacht hat: rabiate Ausbeutung, Sozialistenverfolgung, Bündnis mit Kaiser und Preußentum, Kriege und Konzentration, Unterstützung der NSDAP, Arisierung und Massen von sogenannten Fremdarbeitern, die geschunden wurden bis zum Tod. Hatte die Redaktion zufällig nicht daran gedacht? Kaum anzunehmen. Man hat bloß den Schein vom schaffenden deutschen Wirtschaftsführer mal wieder poliert, auf daß er im Kampf gegen die Hauptkonkurrenz besonders hell leuchte, die der deutschen Kultur noch nie das Wasser hat reichen, sie aber beflecken können.

Auch dem »Spiegel« geht es selbstredend um den Widerspruch zwischen der »amerikanischen Variante des Kapitalismus« und der »deutschen Marktwirtschaft«. Wehe dem deutschen Wirtschaftsführer, der des Amerikanismus überführt wird. »Die Konzernführer Bernd Pischetsrieder (BMW), Heinrich von Pierer (Siemens) und Ferdinand Piech (VW) führten Schrempp (Daimler) bitter vor, daß er mit seiner Variante vom Shareholder value in Deutschland isoliert ist.« Doch der vom Anglokommerz infizierte Schrempp wurde schnell »gefügig gemacht« (»Wirtschaftswoche«): »Ich nehme das Wort Shareholder value nicht mehr in den Mund«, versprach Schrempp, um sich nur noch ein einziges Mal zu versündigen: »Shareholder value heißt nichts anderes, als daß die Unternehmensführung bestrebt sein muß, den Wert des Unternehmens zu steigern.« Da dies doch alle wollten, sei die ganze Debatte eine »Gespensterdiskussion«. Trotzig fügte er hinzu: »Zwölf Prozent Rendite auf das eingesetzte Kapital bleibt die Vorgabe für alle Geschäftsfelder. Fabriken, die das Ziel ... nicht erreichen, werden verkauft oder geschlossen.« Zack, aus.

Wo die Kapitalisten-Klasse sich regressiv sortiert, dem raffenden Global player und dem am US-amerikanischen Shareholder value erkrankten Kapitalisten wieder der tugendhafte deutsche Wirtschaftsführer gegenübersteht, braucht die Nation Vorbilder des sauberen Schaffens. Telekom-Chef Sommer, der in der Arbeit »zum Roboter« wird, »stieg ... zu den Arbeitern hinunter ... >Ich habe gehört, Ihre Frau liegt im Krankenhaus, wie geht es ihr?<« So schaut das Vorbild für alle Postbeamten aus, deren »Behördenmentalität« Sommer »zu brechen« hat.

Mit dem Ruin des Realsozialismus dankte der Bolschewismus als Feindbild ab. An seine Stelle ist die Fiktion einer globalen Bedrohung Deutschlands getreten, die sich aus regressiven Mustern speist. Aus dem Süden droht die »gelbe Gefahr«, aus dem Osten wuchern unzählige Mafiaorganisationen ins Land, und aus dem Westen untergräbt der angloamerikanische Kommerzgedanke die deutsche Kultur. Ober allem wirkt das fremde, dunkle, unheilvolle, globale Finanztum. Die Wurzeln für eine moderne deutsche Massenpsychose sind gepflanzt. Wir haben wieder das schaffende nationale und das raffende internationale Kapital, wir haben einen nach außen und innen immer aggressiveren deutschen Staat als Opfer einer globalen Entwicklung. Wenn das nicht alle wieder zusammenrücken läßt, um den nationalen Standort, der früher Vaterland hieß, wehrhaft zu verteidigen, was dann?

Hans-Peter Martin/Harald Schumann: *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand.* Rowohlt Verlag, Reinbek 1996, 352 Seiten, 38 Mark

Konkret 01/97, S. 20

Angelo Lucifero

In der Zwickelmühle

Im November beschloß ein eigens dazu einberufener außerordentlicher Bundeskongreß ein neues Grundsatzprogramm für den Deutschen Gewerkschaftsbund. Der Nutzen der neuen Orientierung für die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist eher zweifelhaft

In Szene gesetzt vom ranghöchsten Metaller, Klaus Zwickel, hätte der 5. 3 außerordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden stattfand, seinem Namen und Auftrag alle Ehre machen können. Trotz der für eine von Arbeitslosigkeit und gesteigerter Konkurrenz geschwächte Interessenvertretung des Proletariats schwierigen Rahmenbedingungen war ein grundsätzliches, programmatisches Signal des Aufbruchs möglich.

Daß dieses Signal nicht im Beschließen des vorgelegten Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm, dem Zweck der Veranstaltung, bestehen konnte, war allerdings seit Monaten allen klar, die sich durch die 34seitige Vorlage gekämpft hatten. Deren Schwäche vermochte auch die Vielzahl ordnerfüllender Änderungsanträge nicht aufzuwiegen. Eine Diskussion, die ein schlüssiges und aussagefähiges Papier hätte hervorbringen können, war im Vorfeld nicht geführt worden. Angesichts der Vorstellung des einzigen Textentwurfs zur Diskussion durch die Gewerkschaftsmitglieder erst am 6. März und eines in den Juli gelegten Schlußtermins für Änderungsanträge waren grundlegende Änderungen ausgeschlossen.

Zuvor war das Interesse der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder eher gering gewesen. Das Verfahren der »breit angelegte(n) Programmdebatte« (DGB-Vorsitzender Dieter Schulte) lud zwar alle zu Stellungnahmen und Aussagen ein, überließ deren Berücksichtigung aber allein dem Belieben einer vom Vorstand eingesetzten Programmkommission.

Schon die vom DGB 1990 beschlossene Notwendigkeit eines Nachfolgers für das 1981 beschlossene Programm konnte nur nachvollziehen, wer aus der deutschen Einheit grundlegend neue gewerkschaftliche Handlungsperspektiven oder -möglichkeiten folgerte. Von ihrem auf das Prinzip des kleinsten Nenners verpflichteten Dachverband eher Mittelmaß gewohnte linke Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten konnten dabei kaum hoffen, daß eine DGB-Programmdebatte unmittelbar nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« zu einer neuen systemüberwindenden Perspektive würde führen können. Andererseits schien auch ein Rückfall hinter das Grundsatzprogramm von 1981 nicht zu befürchten, mit dem sich die DGB-Gewerkschaften im Unterschied zu den Vorläuferprogrammen zu einem Selbstverständnis als »Selbsthilfe- und Kampforganisationen« durchgerungen hatten, die in ihrem Handeln durch den »Interessengegensatz von Kapital und Arbeit« »in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung« bestimmt sind. Die soziale Lage bot, nachdem sich Illusionen über die deutsche Einheit verflüchtigt hatten, keinen Anlaß, diese Einsichten aufzugeben.

Für engagierte Gewerkschaftsmitglieder konnte ein unverbindlicher Programm-Diskurs angesichts permanenter Entlassungswellen und wegbrechender Arbeitnehmer/innen- und Gewerkschaftsrechte zu Beginn der 90er Jahre nicht die zentrale Herausforderung sein. So fand die Erarbeitung des Programmentwurfs wenig Beachtung, bis er, gerade noch rechtzeitig, im schwächer werdenden Schein des »Bündnis für Arbeit« das Licht der Welt erblickte.

Mit Überraschung nahmen Mitglieder und Funktionäre zur Kenntnis, daß es dem Entwurf an kritischer Wirklichkeitsanalyse ebenso fehlte wie an Grundsätzen gewerkschaftlicher Politik und handlungsleitender Programmatik. Selbstgefällig und auf einem Auge blind hieß es: »Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer traditionsreichen Geschichte große Erfolge erzielt.« »Die Art und Weise, wie Gewerkschaften und Arbeitgeber gegensätzliche Interessen im Konflikt wie in der Kooperation austragen, hat zu Wohlstand, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Festigung der Demokratie beigetragen.« So soll es weitergehen, auch wenn »viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und die Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten (erfahren». Als wirtschaftlicher Eckpfeiler wird dennoch die »soziale Marktwirtschaft« festgeklopft, die »besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet (sei), die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen.« Dabei sei der »Sozialstaat die Voraussetzung für eine marktwirtschaftliche Ordnung. Er hat die Verpflichtung, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen ... muß Chancengleichheit sowie soziale Gerechtigkeit herstellen und das System der sozialen Sicherheit erhalten und ausgestalten.« Daraus ergibt sich die Existenzberechtigung der Gewerkschaften: »Der Staat braucht die Beteiligung und kompetente Beratung von großen gesellschaftlichen Organsationen, die bereit sind, notwendige Kompromisse mit zu tragen.«

Allein - des Staates politische Sachwalter von CDU und FDP, in drei Landtagswahlen im März von auf Harmonie orientierten Bürgern bestätigt, entschieden sich, die Gewerkschaften weniger als kompetenten Ratspender denn als Kompromißträger einsetzen zu wollen. Beginnend mit der (vorerst) letzten Kanzlerrunde am 23. April, in der Kohl sein drei Monate zuvor gegebenes Versprechen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle nicht anzutasten, brach, bis zu den

ergebnislosen »Bündnis«verhandlungen der IG Metall im Musterländle: Die zum Burgfrieden bereiten »Sozialpartner« wurden am Nasenring durch die Arena geführt.

Die Grundsätze des Frühjahrs taugten nicht mehr für Sommer und Herbst, als die Gewerkschaften gegen Sozialabbau mobilisierten und Hunderttausende demonstrierten. Der Gewerkschaftstag der ÖTV zog die Konsequenz ebenso wie GEW und Postgewerkschaft, die IG Medien, die DGB-Landesbezirke Thüringen und Baden-Württemberg: Die Kolleginnen und Kollegen formulierten Anträge, statt der beabsichtigten Verabschiedung des Grundsatzprogramms bis zum nächsten ordentlichen DGB-Kongreß um Analysen und taugliche Handlungsorientierungen zu streiten.

Die Abstimmung über die Anträge auf Nichtbeschlußfassung wurden wenige Tage vor dem Kongreß zu seinem eigentlichen Höhepunkt. Sie hatten ermöglicht, daß die staats- und systemfreundlichsten Formulierungen durch zurückhaltendere ersetzt oder mit Wünschen nach Verbesserungen angereichert wurden. Dennoch, die Suche nach gewerkschaftlichen Antworten auf die Probleme der 90er Jahre blieb auch in dieser Vorlage vergebens. Während die kapitalistische Marktwirtschaft im Begriff ist, sich global und schrankenlos zu entfesseln und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu überrollen, bekennt sich der DGB eben zu dieser ökonomischen Ordnung. Eine Alternative sieht er nicht.

Die an die Adresse des Sozialstaates beschwörend gerichteten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Freiheit müssen ohne Reformperspektiven folgenlos bleiben. Als sei er ein handelndes Subjekt, wird »der weltwirtschaftliche Umbruch« für ruinösen Wettbewerb um Standortvorteile verantwortlich gemacht. Das Kapitel »Gestaltung der Ökonomie« nennt in vier Sätzen fünf Mal den Schlüsselbegriff »Wettbewerb«. Deutschland soll sich im weltweiten Wettbewerb behaupten, »neue Märkte und Wachstumsfelder erschließen«. Die deutschen Gewerkschaften hoffen, in einem ruinösen wirtschaftlichen System auf der Seite der Gewinner zu stehen.

Fragen nach einer Zähmung und Eingrenzung des Prinzips der Kapitalakkumulation werden nicht gestellt. Auf der Tagesordnung müßte das Nachdenken über die Ausgliederung gesellschaftlicher Sphären aus den Regeln der Gewinnmaximierung über Genossenschaftsmodelle, über die Erhöhung der Staatsquote, über die Regulierungen des Marktes, über Rationalisierung und Entschleunigung stehen. Der DGB aber schweigt dazu.

So wenig überzeugend die Vorlage, so überzeugt die Vorsitzenden von DGB und IG Metall - das Programm mußte beschlossen werden. Nach dem offenkundigen Scheitern der Politik des Programmentwurfs durfte nicht auch noch das Papier in den eigenen Reihen untergehen. Nur mit Macht war die Absegnung sicherzustellen. Klaus Zwickel - wenige Monate zuvor noch der Liebling der Medien, der Mann entschlossener Tat - wurde zur Symbolfigur dessen, was in der Propaganda vom selbstbewußten Individuum die Gewerkschaften als überkommen denunzieren läßt. Die Berichte über den Gewerkschaftskongreß zeigten einen 1. Vorsitzenden der IG Metall, der die gewählten Vertreter ihrer Organisationsgliederungen überflüssig machte: Sollte, so verkündete Zwickel am Morgen des Eröffnungstages den Delegierten über die Nachrichten im Radio, die Beschlußfassung über das Programm verschoben werden, so würden die Delegierten der IG Metall unverzüglich abreisen. Und das, obwohl auch in den Reihen seiner Organisation heftige Kritik an den Unzulänglichkeiten des Programms geäußert worden und - wenn auch nur von Minderheiten - dessen Nichtbeschlußfassung gefordert worden war. Autoritäres Vollstrecken, kein Dulden von Widerspruch und keine Achtung vor der in Satzungen und Statuten der Gewerkschaften geregelten demokratischen Struktur. Wenn das Wort der Vorsitzenden großer Gewerkschaften nicht durch Argumente, sondern durch Drohung »überzeugt«, braucht es keine gewählten Delegierten mehr.

Das war die Chance für den außerordentlichen Bundeskongreß des DGB. Hätten mehr Delegierte selbstbewußt, weniger angepaßt und überlegt entschieden, die Courage gehabt, trotz der Drohung das Programm nicht abzusegnen, der Beweis von Selbstbewußtsein wäre in der Berichterstattung vom Kongreß ebensowenig totzuschweigen gewesen wie das Eingeständnis der Gewerkschaften, sich um Antworten zu mühen, die man beim Kongreß nicht fand.

Ein DGB, der Ernst machte mit dem in Sonntagsreden gern behaupteten, für Gewerkschaften unverzichtbaren Gestaltungswillen der Individuen, seiner Mitglieder und Delegierten, hätte mit dem Kongreß Ausstrahlung erlangen können. Trotz engagierter und kritischer Debatte ließ sich ein großer Teil der Delegierten disziplinieren. Die Anträge auf Nichtverabschiedung wurden deutlich abgewiesen.

Eine Spaltung des Bundeskongresses wurde zwar verhindert, doch das hatte einen hohen Preis. In der Aufbruchstimmung des letzten Konferenztages oder aus der Sorge, der Anteil der Gegenstimmen könnte hoch sein, wurde nicht einmal mehr die Beschlußfassung »ordnungsgemäß über die Bühne gebracht«. Nach Abstimmung der einzelnen Absätze und Änderungsanträge unterblieb die Gesamtabstimmung über das neue Grundsatzprogramm.

Die Verabschiedung der Programmfragmente ist keine Katastrophe, die den Weg der organisierten Arbeitnehmerschaft zur kämpferischen Verteidigung ihrer Interessen verbaute. Die mit frommen Wünschen nur notdürftig codierte Ergebenheitsadresse an die ökonomische Macht macht es den abhängig Beschäftigten aber auch nicht leichter, in

gemeinsamer Auseinandersetzung ein Bewußtsein der eigenen Kraft zu entfalten.

Angelo Lucifero ist stellvertretender Landesleiter der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen Thüringen und lebt in Erfurt

Konkret 01/97, S. 22

Klaus Harbart

Bedingter Gebrauchswert

Im »Handbuch des deutschen Rechtsextremismus« geht gründliche Recherche mit einer problematischen Theorie des Faschismus einher

Einen hohen »Gebrauchswert« und eine Präsentation »nahezu alle(r) rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Gruppen sowie ihrer Funktionäre und ihrer Publizistik« verspricht die Verlagsankündigung den Käuferinnen und Käufern des jüngst erschienenen *Handbuchs des deutschen Rechtsextremismus.* Erste euphorische Rezensionen sehen in diesem Werk »sämtliche Rechercheergebnisse, die zum Problem vorliegen« (»Junge Welt«) versammelt oder greifen gar zu der These, daß »wer nicht drin steht« auch nicht dazugehöre (»Tagesspiegel«).

Tatsächlich ist es den Autorinnen und Autoren gelungen, eine bisher in diesem Umfang nicht dagewesene Zusammenstellung neofaschistischer Gruppen, Akteure und Aktivitäten vorzulegen. Besonders der Lexikonteil des Buches liefert Informationen zu den wichtigsten faschistischen Gruppen und ihren Funktionären und weist auch auf Überschneidungen mit dem etablierten konservativen Politikspektrum hin. Annähernde Vollständigkeit zu reklamieren, erscheint allerdings angesichts der Vielzahl von rechtsradikalen/neofaschistischen Netzwerken, Projekten und Organisationen etwas vermessen. Zumal die Auswahlkriterien für die ausführlich vorgestellten Gruppen, Funktionäre und Themen nicht deutlich werden. Das Themenfeld »Ökofaschismus«, das noch in der Anfang des Jahres auf den Markt geworfenen Miniaturausgabe des Handbuches, dem *Antifa-Reader* bearbeitet wurde, ist beispielsweise ohne Begründung weggefallen.

Für den Gebrauchswert des Handbuches sorgen neben dem Lexikonteil auch die themenvertiefenden Aufsätze. In Beiträgen über die »unbewältigte Vergangenheit« (Giordano), das Netzwerk der militanten Neonazis (Maler), den »Geschichtsrevisionismus« (Virchow), Esoterik und Neuheidentum (Speit), Frauen in der Neonazi-Szene (Fantifa Marburg), Skinheads (Weltzer), Studentenverbindungen (Heither/Schäfer), den Bund der Vertriebenen (Jepke/Schröder) - um nur einige zu nennen - werden Sachkenntnisse vermittelt, die Ergebnis intensiver Recherche sind. Mit diesem über 1.000 Seiten starken Handbuch können Interessierte unter Zuhilfenahme des umfangreichen Personen- und Sachregisters schnell zu Grundlagenhiformationen gelangen. Allerdings: Eine Eigenrecherche besonders örtlicher rechtsradikaler und neofaschistischer Strukturen, die für eine effiziente antifaschistische Arbeit unumgänglich ist, kann und darf das Handbuch nicht ersetzen.

Kritikwürdig an diesem Buch ist allerdings die Beliebigkeit der Begriffe, die zum Teil, ohne sich aufeinander zu beziehen, nebeneinander stehen. Reinhard Kühnl erklärt, warum er an dem Begriff »Faschismus« festhält und beschreibt ihn als »Radikalisierung bürgerlich-kapitalistischer Ideologie«, deren soziales Wesen darin bestehe, »mit äußerster Härte alle politischen Kräfte und Ideen« zu bekämpfen, »die in der Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution auf der Universalität der allgemeinen Menschenrechte bestehen und mehr Gleichheit realisieren wollen: politisch und sozial«. Folgerichtig lehnt er die Totalitarismustheorie als das zentrale ideologische Instrument ab, »mit dem das Wesen des Faschismus verdunkelt und zugleich der Kampf geführt wird gegen alles, was sich der kapitalistischen Wirklichkeit im Namen von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit widersetzt.«

Während die Autorinnen und Autoren des Lexikonteils ebenfalls für die Verwendung des Begriffs »Neofaschismus« plädieren, hat der Herausgeber des Handbuches den Terminus »Rechtsextremismus« vorgegeben. Wohl wissend, daß dieser Begriff der Totalitarismusforschung entstammt und, wie er selbst schreibt, dem Zurückdrängen der Erkenntnis einer »möglichen Affinität der bürgerlichen Mitte mit dem Faschismus« dient. Gründe für seine Entscheidung werden nicht genannt. Inhaltlich bestimmt sieht der Herausgeber den Begriff durch die Definition zweier Dozenten der Hamburger Bundeswehrhochschule, die - das »soziale Wesen des Faschismus« weitgehend ausklammernd - den »Rechtsextremismus« als ein in der Gesamtheit seiner Einstellungen und Verhaltensweisen auf die »Beseitigung oder nachhaltige Beeinträchtigung demokratischer Rechte, Strukturen und Prozesse« gerichtetes Glaubens- und Handlungssystem beschreiben.

Spätestens in dem Aufsatz zur »Neuen Rechten« schimmert der totalitarismustheoretische Ansatz der Bundeswehr-Dozenten durch: »Wir selbst sehen die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Kollektiv und Einzelnem und die Bevorzugung des Kollektivs vor dem Individuum als den Kern rechtsextremer Ideologien an.« Diese bewußt offen gehaltene Definition kann zwar auf den ethnisch definierten faschistischen Staat, dem sich einzelne bedingungslos unterzuordnen haben, angewandt werden, läßt aber auch zu, daß emanzipatorische Bewegungen, die (Eigentums-)Rechte einzelner im Interesse des Kollektivs einschränken wollen, als »extremistisch« denunziert werden können. Bei der Rezension des Handbuches tappte selbst die sich linksradikal positionierende »Junge Welt« in die Falle und übernahm unreflektiert die totalitarismustheoretische Begrifflichkeit.

Obwohl mehrere Autorinnen und Autoren darauf hinweisen, daß »Aussagen und Ansichten, die bis vor wenigen Jahren eindeutig als rechts oder sogar rechtsextrem verstanden und gebrandmarkt wurden, immer häufiger auch in Reden von Politikern der Mitte« erscheinen (Jäger/Kretschner), bzw. daß die »politische Debatte in Deutschland unter der Hegemonie eines vormals >rechts(apostrophierten Denkens geraten ist« (Wiedemann), wird der Frage nach einer Funktion des (Neo-)Faschismus für die Herrschenden kaum nachgegangen. Die Rechtsentwicklung erscheint in zahlreichen Beiträgen als strategischer Erfolg faschistischer Politik. Die sog. »Neue Rechte« wurde von der »bürgerlichen Mitte« nicht so recht zur Kenntnis genommen, »die Mitte war uninteressiert«, oder die Revanchisten-Verbände hätten »Schutzpatrone in der Bundesregierung«, heißt es da beispielsweise. Die Frage, ob hinter dieser »Nichtbeachtung« bzw. Duldung politisches Kalkül steckt, ob damit möglicherweise eine Option der »Mitte« auf einen autoritären Staat und eine expansionistische Außenpolitik offengehalten werden soll, ob die »Mitte« den Neofaschismus nicht als Instrument zur Durchsetzung eigener Zielsetzung je nach Bedarf an der kurzen oder an der langen Leine hält, wird kaum gestellt. Dabei wären Antworten auf diese Fragen eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung einer langfristig wirksamen antifaschistischen Strategie.

Neben dieser Kritik, die weniger den einzelnen Beiträgen als vielmehr dem Konzept des Herausgebers anzulasten ist, scheinen Mängel wie die Reduzierung der internationalen Verbindungen der deutschen Faschisten auf österreichische Kontakte zweitrangig zu sein, weisen aber gleichfalls auf eine gewisse Beliebigkeit hin.

Es fällt auf, daß qualifizierte ostdeutsche Autorinnen und Autoren in dem Handbuch nicht zu Wort kommen, ein Sachverhalt, der sich auch im Adreßverzeichnis antifaschistischer Organisationen und Einrichtungen niedergeschlagen hat. Fraglich bleibt, warum selbst traditionelle antifaschistische Medien wie der »blick nach rechts« oder das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das ganz offensichtlich mit seinem Handbuch das Vorbild für das deutsche Pendant lieferte, ignoriert werden.

Trotz dieser Schwächen wird das *Handbuch deutscher Rechtsextremismus* durch die Vielzahl an Informationen zu einem Standardwerk werden, das für Antifaschistinnen und Antifaschisten konkrete Hilfen bei der Recherche liefert. Es sollte aber auch Anlaß sein, intensiv über die Verbreitung totalitarismustheoretischer Ansätze in der Linken und über die Weiterentwicklung wirksamer antifaschistischer Strategien nachzudenken.

Jens Mecklenburg *(Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus.* Elefanten-Press, Berlin *1996, 1.056* Seiten, *68* Mark

Klaus Herbert ist Mitarbeiter der antifaschistischen Zeitschrift »Der Rechte Rand«

-

Konkret 01/97, S. 23

Christoph Seidler, Oliver Tolmein

Ein VS-Stern auf allen Wegen

Was führt einen deutschen Illegalen in den Libanon, und wie organisiert der Verfassungsschutz ein »Spiegel«-Gespräch? Oliver Tolmein hat Christoph Seidler, den nicht in die RAF eingestiegenen »Aussteiger« interviewt

Tolmein: Der Ermittlungsrichter hat deinen Haftbefehl aufgehoben. Entspricht das dem, was Herr Benz, der fürs »Aussteigerprogramm« verantwortliche Staatsschützer, dir zugesagt hat?

Seidler: Jedenfalls bin ich froh, daß ich jetzt hier draußen bin. Benz hat mir übrigens nie etwas »zugesagt«. Aber es gab eine Zeit, in der es darum ging, zu erreichen, daß die Bundesanwaltschaft von sich aus auf ein Verfahren verzichten und für eine Aufhebung des Haftbefehls mangels Tatverdacht eintritt. Davon war dann bald keine Rede mehr. Und die Bundesanwaltschaft hat sich ja auch tatsächlich in der Verhandlung vor dem Ermittlungsrichter für ein Fortdauern des Haftbefehls ausgesprochen.

Wie erklärst du dir ihren harten Kurs?

Es gibt zwei Erklärungen dafür: Zum einen ist sie seit Jahren entschlossen, dem Zeugen Siegfried Nonne Glauben zu schenken, der behauptet, ich sei 1989 in Deutschland und an den Vorbereitungen für das Herrhausen-Attentat beteiligt gewesen. Das liegt auch daran, daß Nonnes Aussage neben Bad Kleinen fast der einzige Fahndungserfolg ist, den die Bundesanwaltschaft in den letzten Jahren vorzuweisen hat. Zum anderen hat die Bundesanwaltschaft, solange der Haftbefehl besteht, ein Druckmittel gegen mich oder auch gegen andere, die in diesem Zusammenhang belastet werden.

Du hast, um den Haftbefehl aus der Welt zu schaffen, Kontakt mit dem Verfassungsschutz-Agenten Benz aufgenommen. Warum hast du nicht auf anderem Weg versucht, dich zu entlasten und zurückzukommen?

Ich habe mich entschieden, zurückzukommen, da wußte ich von Benz und seinem Programm gar nichts. Ich hatte erst mal ein anderes Problem: Mir war klar, daß ich, um diese Vorwürfe loszuwerden, detailliert erklären mußte, wie ich mich wo und warum 1989 und wohl auch in den Jahren davor aufgehalten hatte. Dafür brauchte ich z.B. Zeugen. Und noch etwas war für mich wichtig: Ich wußte nicht, in was für eine Situation ich zurückkomme. Immerhin galt ich ein paar Jahre lang als der führende Kopf der RAF. Da mußte mir erst mal jemand vertrauen, daß das nicht stimmt. Meine Eltern waren zwar all die Jahre überzeugt, daß das nicht die Wahrheit ist, aber spurlos ist diese jahrelange Fahndungspropaganda an ihnen auch nicht vorbei gegangen. Daß dann Herr Benz da stand und sagte: »Doch, Ihre Geschichte erscheint plausibel«, hat es sogar ihnen erleichtert, mir zu glauben.

Zudem war das Angebot von ihm auch verlockend: keine Kronzeugenregelung, keine Aussagen von mir gegen irgend jemanden. Er wollte lediglich eine Art juristischer Vorabklärung der Vorwürfe machen, die gegen mich erhoben wurden. Das, was ich ohnehin bereit war, einem Gericht mitzuteilen, sollte ich also ihm sagen - dafür sollte ich, bevor ich mich tatsächlich stellte, von ihm erfahren, was mir bevorsteht. Das fand ich akzeptabel. Zumal ich von der Situation in Deutschland in dieser Zeit nach meiner langen Abwesenheit recht wenig wußte und vor allem keine Ahnung hatte, was Benz sonst noch alles macht.

Was meinst du damit?

So, wie Benz vorgeht und wie das in den Medien aufgegriffen wird, ist deutlich, daß ich eine Art Präzedenzfall sein soll. Die Botschaft an andere Untergetauchte ist: Legalisieren mit Hilfe des Verfassungsschutzes geht in Ordnung. Wer einen anderen Weg sucht, z.B. den, sich direkt bei Gerichten zu melden, muß damit rechnen, von der Staatsschutzjustiz so behandelt zu werden, wie das seit 25 Jahren üblich ist: Irgendwas wird sich dann schon finden, wonach verurteilt werden kann. Das war für mich auch ein Grund, mich solange nicht zu melden: Ich wußte zwar, daß ich zu RAF-Mitgliedschaft und Herrhausen was sagen kann, ich habe aber befürchtet, daß sie dann mit einem dritten, vierten oder fünften Vorwurf kommen. Und ich habe gedacht, daß die Zusammenarbeit mit Benz sicherstellt, daß das nicht passiert, sondern es wirklich nur auf die bereits vorhandenen Vorwürfe ankommt. Daß das als Drohung auf andere zurückfallen kann, als Warnung, wenn Ihr es anders versucht, werdet Ihr auf jeden Fall scheitern, das ist mir erst in den letzten Monaten bewußt geworden. Übrigens hatte auch Bad Kleinen Eindruck bei mir hinterlassen: Der Kontakt zu Benz könnte, so dachte ich damals, *diese* Fahndung nach mir stoppen.

Wodurch ist dir Benz' Doppelfunktion klar geworden?

Zum Beispiel durch Äußerungen von ihm selber. Ich habe ihn mal gefragt, was er denkt, wie es für jemanden läuft, der ohne ihn kommt. Die Antwort war deutlich: »Dann wäre das Klima in Karlsruhe ganz anders.«

Aber du kommst aus der linksradikalen Szene. Da mußt du dir doch überlegt haben, was das Interesse des Verfassungsschutzes an der Zusammenarbeit mit dir sein könnte?

Sie haben ein großes Interesse, daß Leute aus der Illegalität zurückkehren und sie dabei was erfahren. Ich mußte z.B. sagen, daß ich 1989 im Libanon war, daß ich 1984 nicht in die RAF gegangen bin und und und - das sind Fakten, die der Staatsschutz bis dahin nur vermutet hat oder eben auch gar nicht wußte. Ich trage also, selbst wenn ich nur Vorwürfe widerlege, dazu bei, Wissenslücken des Apparats zu stopfen. Und wenn es bei mir klappt, das ist das Kalkül, dann motiviert das auch andere, diesen Weg einzuschlagen - und das führt wiederum dazu, daß weitere Wissenslücken gestopft werden. Das hilft dem Verfassungsschutz, die einzukreisen, die eben wirklich RAF sind. Die Aufmerksamkeit, die von mir weggelenkt wird, die richtet sich auf andere. Das war mir auch klar - und zwar schon bevor ich mit Benz geredet habe: Auch Aussagen vor Gericht hätten dieses Ergebnis herbeigeführt. Dieses Ziel des Verfassungschutzes erfülle ich also auf jeden Fall, wenn ich wieder ins Einzugsgebiet der deutschen Justiz zurückkehre. Ich habe das für mich akzeptiert, weil die Alternative dazu gewesen wäre, lebenslang in der Illegalität und auf der Flucht vor derart konstruierten Vorwürfen zu bleiben.

Ein Staatsschutzrichter ist aber doch was anderes als ein VS-Agent. Und wenn du mit jemandem wie Benz redest, hast du noch weniger in der Hand, wie Informationen, die du gibst, verwendet oder auch verändert werden, als wenn du dich auf eine gerichtliche Verhandlung einläßt und versuchst, z. B. öffentlich Druck zu erzeugen.

Die Vorbehalte hatte ich genauso. Ich war allerdings auch ganz sicher, daß Benz *ein* Interesse auf jeden Fall hat: Daß ich nicht verurteilt werde und die Anklage fällt, weil ich sonst kein Präzedenzfall für sein Projekt werden könnte. Und auf *der* Basis, dachte ich, läßt sich arbeiten. Benz hat dann den Vorschlag gemacht, daß alle Zeugen, die bestätigen, daß ich 1989 im Libanon war, von ihm, und nur von ihm, vernommen werden und er dann als Zeuge vom Hörensagen in Karlsruhe auftritt und so das Verfahren beendet. So ist es dann nicht gelaufen, weil ich das nicht wollte, denn damit wäre Benz dann wirklich Herr über alle Informationen geworden. Ich wollte es auch den Leuten nicht zumuten, die mich in den Jahren erlebt haben. Daraufhin ist die Bundesanwaltschaft eingeschaltet worden. Benz hat einzelne Zeugen dennoch im Libanon befragt, um eine Basis objektiver Beweise zu beschaffen, die auch die Bundesanwaltschaft und der BGH nicht vom Tisch wischen können.

Wie lief das erste Treffen? Hast du Benz auf der Kölner Nummer angerufen?

Nein. Das ging ganz unromantisch über meinen Anwalt, der übrigens auch bei allen Treffen mit Benz dabei war. Ich wollte seine Zusagen schriftlich haben, das hat er nicht gemacht: Man könne, sagte er, in diesem Bereich nichts unterschreiben.

Wieviele Treffen gab es?

Etwa zehn meist kurze Gespräche. Die ersten haben in Frankreich stattgefunden. Ich hab ihn dann als erstes auf die Aussagen von Nonne angesprochen und gesagt: Wenn er mir wirklich helfen will, was er gegenüber meinen Eltern immer behauptet hat, soll er doch was über die Umstände dieser Aussage erzählen. Das hat er, wie ich es erwartete hatte, abgebügelt: Dafür sei das Landesamt Hessen zuständig, darüber wisse er nichts, und es sei völlig unrealistisch zu erwarten, daß man die Vorwürfe über diese Schiene aus der Welt bringen könnte. Dafür bräuchte es Gegenbeweise. Mittlerweile, nach einer ersten Durchsicht der Akten, die ich zwei Tage vor dem Termin beim Ermittlungsrichter erhalten habe, denke ich übrigens, daß Nonne nicht nur gelogen hat, als er Andrea K. und mich als Herrhausen-Attentäter belastet hat, sondern auch, als er »Monitor« später erzählt hat, er sei dazu vom Verfassungsschutz gezwungen worden: In den Akten gibt es etliche Hinweise, daß sowohl der hessische Verfassungsschutz als auch das Bundesamt Nonne als unglaubwürdig bezeichnet und vor einer Verwendung seiner Aussagen gewarnt haben. Die Bundesanwaltschaft hat sich über alle diese Bedenken hinweggesetzt. Das begründet jetzt wohl auch ein zusätzliches Interesse des Verfassungsschutzes an meiner Geschichte. Ansonsten hat Benz ein paarmal versucht, von mir etwas über andere Leute zu erfahren, die er auch im Libanon bzw. im Exil vermutet, dazu habe ich klargestellt, daß es hier nur um meine eigene Sache gehen kann.

In Zusammenhang mit deinen Kontakten zu Benz hat es eine begleitende Presseberichterstattung gegeben. Das »Spiegel«-Interview z.B., passend zum Ende des Hogefeld-Prozesses. Hat Benz bei deinen Pressekontakten mitgewirkt?

Ja. Er hat mich mit dem Journalisten zusammengebracht, der mich für den »Spiegel« interviewt hat. Ich habe ihn dann gefragt, ob das eine Bedingung ist, daß man im »Spiegel« erscheint. Das hat er verneint. Aber er meinte, das würde mir doch nützen. Projektiert war das Interview erst für den Zeitpunkt, wo ich vor dem Ermittlungsrichter erscheine. Das ist dann anders gelaufen, weil der »Spiegel« vor der geplanten Veröffentlichung von anderer Seite angesprochen worden war. Anderen Leuten als denen, die es von Benz wußten, ist die Geschichte erzählt worden, und zwar so, wie sie dann auch in der Titelgeschichte nachzulesen ist. Das Ziel dieser Intervention ist klar: Es sollte verhindert werden, daß ein Artikel erscheint, der die Bundesanwaltschaft kritisch unter die Lupe nimmt. Ich kann das sagen, weil ich den Artikel, der eigentlich zu dem Interview erscheinen sollte, gelesen habe, und der mit dem Gemantsche, das dann im »Spiegel« zu lesen war, nichts zu tun hatte. In dem Artikel, der geplant war, ging es vor allem um 1989, das Herrhausen-Attentat und die Nonne-Aussage. In dem veröffentlichten war dagegen schon die Überschrift »Ende der RAF« ein charakteristischer

Fehlgriff, schließlich hatte ich ihnen gerade erzählt, daß ich nie in der RAF war, mein Auftauchen also auch mit der RAF nichts zu tun hat. Die anderen Interviews, mit »Taz«, »FR«, »SZ« und nun auch dieses sind ohne Vermittlung von Benz entstanden.

Was war dein Motiv, Wieder aufzutauchen?

Abgesehen davon, daß ich diese erfundenen Vorwürfe aus der Welt schaffen wollte, war für mich vor allem in den letzten drei Jahren der Illegalität die Situation schwierig. Ich wollte mich wieder frei entscheiden können, so zu leben, wie ich das wollte. Ich habe mir dann auch immer öfter vorgestellt, wie es zukünftig sein wird. Man wird ja älter. Die Existenzsicherung war kompliziert, aber auch so Fragen wie die nach dem Verhalten und den Perspektiven bei Krankheiten rücken näher. Wenn eine Operation notwendig wird, bist Du als Illegaler, der ja nicht krankenversichert ist, möglicherweise aufgeschmissen. Das Leben im Versteck ist außerdem diktiert davon, daß Du unauffällig bist, Dich nicht einmischst, daß Du nicht mehr Du selbst bist, sondern immer mit einer Legende lebst ... das hat Uli in KONKRET (9/96) sehr präzise beschrieben.

Hast du dir das anders vorgestellt, als du in die Illegalität gegangen bist?

Ja, klar. Andererseits ist »vorgestellt« nicht das passende Wort. Das, was in meinem Haftbefehl zutrifft, ist die Behauptung, daß ich überstürzt abgetaucht bin. Wir waren damals der Meinung, es muß möglich sein, für gefährdete Leute aus der Bewegung, zu denen ich mich damals zählte, einen Rückzugsraum zu schaffen, in dem sie trotzdem noch Kontakt zu den Bewegungen halten können. Aber mehr als ein Anspruch war das nicht - und es hat sich schnell gezeigt, daß das so und hier nicht geht.

Wie würdest du heute auf Leute reagieren, die in die Illegalität gehen wollen?

Aus meiner Sicht und mit meinen Erfahrungen würde ich sagen: Das ist in diesem Lande hier nicht empfehlenswert. Und es ist meines Erachtens ein Mittel des Staatsschutzes, damals wie heute, Leute in eine solche Entscheidungssituation zu drängen. Ich würde andererseits niemanden aufhalten. Aber wer illegal überleben will, muß schon sehr, sehr genau wissen, was auf ihn oder sie zukommt. Es ist nicht unmöglich, aber ...

War es für dich falsch?

Für mich - ganz bestimmt.

Du bist dann in den Nahen Osten gegangen, obwohl du eigentlich nach Lateinamerika wolltest.

Das war von den Möglichkeiten diktiert. In Lateinamerika haben mich die gesellschaftlichen Perspektiven der Befreiungsbewegungen fasziniert. Aus dem Nahen Osten kannte ich sowas nicht. Und daß ich gesagt hatte: Hauptsache, ein Land der Dritten Welt, das hatte seine Ursache in der verkürzten Antiimperialismus-Vorstellung, die wir damals hatten, in der die Länder dort per se als auf der richtigen Seite stehend begriffen wurden.

Nun bist du in den Libanon zu den Palästinensern gegangen - einen Weg, den vor dir schon andere deutsche Linke angetreten haben. Hast du damals daran gedacht, daß man als deutscher Linker nun gerade im Nahen Osten und im Kampf der Palästinenser, der sich vor allem gegen Israel richtet, an einer etwas fragwürdigen Stelle steht?

Das hatte ich mir in der ersten Zeit tatsächlich mal überlegt: Es wird Leute geben, die werden mir vorwerfen, daß ich dorthin gegangen bin. Ich habe damals keine andere Möglichkeit gesehen, als in den Libanon zu gehen. Nicht um dort zu kämpfen, sondern um zu leben - und zwar mit den Menschen, die dort waren. Ich mußte mich auch an die Bedingungen, die ich vorgefunden habe, anpassen. Das hieß zum Beispiel, daß ich bewaffnet war: nicht aus Spaß, sondern weil das in dieser Zeit eine der Bedingungen palästinensischer Existenz war. Man mußte sich selbst verteidigen können. Das war für mich ein ziemlich saurer Apfel, in den ich aber beißen mußte. Und um auf deinen Kommentar in der Dezember-KONKRET einzugehen: Die Situation der Palästinenser im Libanon ist eine besondere. Es gab in der Zeit, in der ich dort unten war, eine Front zu Israel bzw. zur südlibanesischen Armee. Ich habe in diesem Gebiet nie gelebt, sondern befand mich in den libanesischen Bergen, wo die Palästinenser von den drusischen Herren als Verstärkung geduldet waren. Auf der anderen Seite standen für mich die Kräfte, die die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila angerichtet hatten. Ich war zeitweilig für eine Gruppe von zehn jungen Palästinensern verantwortlich, die hauptsächlich dort waren, weil sie keine andere Möglichkeit hatten, einen Job zu bekommen und sich zu ernähren. Und daß mir Kommentare wie deiner das Gefühl verschaffen, ich müßte mich dafür rechtfertigen, daß ich im Libanon gelebt habe, berührt mich seltsam. Dort unten hat mich mehr interessiert, wie sich die palästinensische Gesellschaft entwickelt und wie sich die PFLP, deren Gast ich dort war, in diesen Auseinandersetzungen verhält.

Die PFLP ist ja eine der radikalsten palästinensischen Gruppierungen ...

Sie ist eine der linken palästinensischen Parteien. Mir ist dann bald klar geworden, daß in dem nationalen Kontext des palästinensischen Befreiungskampfes die Unterschiede zwischen den Gruppierungen verschwimmen, weil die linken Parteien auch Angst hatten, sonst ihre Basis in diesem Konflikt zu verlieren. Und es war eine meiner Diskussionen mit der

PFLP, wie sich die sozialen Vorstellungen, die sie hat, in der täglichen Praxis und Arbeit niederschlagen. Z.B. gab es zwar einen Politkommissar in der Einheit, der Unterricht geben sollte, der darüber hinaus geht, daß die Leute die palästinensische Landkarte malen oder der sie für die Lektüre der Bücher aus unserer Bibliothek begeistern sollte - aber das blieb eher im Ansatz stecken. Auch die Frage, was die PFLP meint, wenn sie von einem »freien Palästina« spricht, blieb offen - wobei mich da weniger die Beziehung zu Israel interessiert hat als die der gesellschaftlichen Verfaßtheit im Land. Aber immerhin waren das bis 1991/92 noch Diskussionen, die in einem offenen Prozeß stattfanden. Das endete dann abrupt mit dem Gaza/Jericho-Abkommen.

Aber du mußt dich doch damit beschäftigt haben, daß die PFLP sich gegen das Existenzrecht Israels ausgesprochen hat.

Ich muß sagen, daß ich seit meiner Rückkehr mit einer bestimmten Art, in der Linken Debatten zu führen, deren Linien und Ergebnisse schon vorgezeichnet sind, ganz generell nicht mehr klarkomme. Und die Frage, die du ansprichst, scheint mir auf eine Art und Weise diskutiert zu werden, die nicht nur von wenig Kenntnis der Region getrübt ist, sondern jedes Verhältnis zu den Menschen, die dort leben, vermissen läßt. Die jedenfalls, mit denen ich dort gelebt habe, deren einzige Lebensperspektive darin besteht, entweder im Libanon oder in einem anderen arabischen Land in einem Lager leben zu müssen, kommen darin überhaupt nicht vor - und sollen auch nicht darin vorkommen. Grundsätzlich kann man die Haltung, die sich dort aus den Konflikten der letzten 40 Jahre entwickelt hat, mit dem Antisemitismus, der seit 500 Jahren oder noch länger in Europa existiert, nicht in einen Topf werfen.

Ich habe die palästinensische Revolution als eine erlebt, die von der palästinsischen Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum angeführt wird, die vor allem das Land, das ihnen genommen worden ist, zurückhaben wollen. Das ist ein ganz anderer Ausgangspunkt als z.B. die Kämpfe in Lateinamerika, mit denen ich mich vorher auseinandergesetzt hatte, in denen es um die Frage ging, wie man in einem Land, das man hat, die Gesellschaft emanzipatorisch verändert. Diese emanzipatorischen Überlegungen schlagen sich im palästinensischen Kampf zwar in Parteiprogrammen nieder, aber sie bestimmen nicht die Kämpfe. Und die Leute, die ähnlich denken wie ich, haben in Palästina schon vor fünf Jahren einen schweren Stand gehabt - der dürfte seitdem eher schwieriger geworden sein, weil die religiösen Kräfte auf allen Seiten auf dem Vormarsch sind, während sich die Rechte als »Staat« konsolidiert.

War das für dich auch ein Grund, wegzugehen?

Das spielt mit rein, insofern ich es bitter fand zu erleben, wie die Linke dort, übrigens auf beiden Seiten, im nationalistischen Paradigma gefangen ist. Man kann das feststellen. Darüber erheben sollte man sich aber nicht.

Konkret 01/97, S. 26

Georg Fülberth

Kogons Quelle

Der verschollen geglaubte und nun veröffentlichte »Buchenwald-Report« des Jahres 1945 widerlegt die revisionistische Geschichtsschreibung über das KZ Buchenwald

1. Buchenwald als Wendekreuz

Im Herbst 1996 erreichten die Auseinandersetzungen um das ehemalige Konzentrationslager auf dem Ettersberg bei Weimar einen neuen Höhepunkt. Zur Vorgeschichte gehörte - 1994 - ein Buch des Historikers Lutz Niethammer: *Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente* (vgl. KONKRET 7/1995). Es bietet wertvolle Archivalien in einer tendenziösen Verpackung. Man kann das aber voneinander trennen. Dann wird man die Quellen, die in diesem Buch erstmals veröffentlicht wurden, mit Aufmerksamkeit studieren und zugleich dem ehemaligen Häftling Emil Carlebach zustimmen, der keine Lust und keinen Grund hat, sich einer »mafiosen Struktur kollektiver Selbstbehauptung« (Niethammer) zurechnen zu lassen.

Die Vernehmungsaussagen und schriftlichen Zeugnisse des Bandes belegen, daß einige politische Häftlinge Privilegien (bessere Nahrung und Kleidung) hatten, daß der eine und der andere von ihnen das Lager-Bordell besuchte und daß wieder andere sich an Brutalitäten beteiligt haben, die über das Maß an Gewaltanwendung hinausgingen, welches zur Aufrechterhaltung der Disziplin, zur Abwehr von Spitzeln und Helfershelfern der faschistischen KZ-Führung, zur Rettung von Bedrohten ohne Opferung anderer unvermeidbar gewesen ist. Die neuen Dokumente geben keinerlei Anhaltspunkte für eine Kollaboration zwischen der kommunistischen Führungsgruppe des Widerstands und der SS. Die von Lutz Niethammer mitverfaßte Einleitung und die da und dort sachlich falschen, immer wieder auch polemischen und geschmacklosen Fußnoten und biographischen Notizen regen dazu an, das ein bißchen durcheinanderzubringen. Sie sind aber keine Quellen. Dokumentarische Zeugnisse sind sie nicht für die Jahre 1937-1945, sondern allenfalls für den Zeitgeist von 1994.

Dieser hat inzwischen eine »Enquete-Kommission für die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« hervorgebracht. Für den Oktober 1996 setzte sie ein Hearing im ehemaligen KZ Buchenwald an. Sie hatte die Vorgabe gemacht, daß das sowjetische Internierungslager, welches von 1945 bis 1950 auf dem Ettersberg bestand, als Fortsetzung von Himmlers Anstalt 1937-1945 zu begreifen war. Neben Juden, Sinti, Roma, sogenannten »Asozialen«, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, Kommunisten, SPD-Mitgliedern und anderen Antifaschisten, die von der SS gefangengehalten wurden, sollten die 24 Sozialdemokraten und die vielen Nazis, welche ab 1945 dort eingesperrt waren, nun als eine einheitliche Opfermenge dargestellt werden. So will es auch der »Zentralverband der Opfer des Stalinismus«. Zum Hearing war er ebenso geladen wie das »Internationale Komitee Buchenwald-Dora«. Dessen Präsident, Pierre Durand, hatte eine maßvolle, ja nachgerade artige Erklärung mitgebracht. (Man kann sie sich besorgen und nachlesen.) Wo er Anlaß gehabt hätte, sich zu empören, zeigte er sich gerade mal »überrascht«, zum Beispiel darüber, daß seine Haft in Buchenwald 1944/45 etwas mit der Untersuchung einer »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur« zu tun haben sollte. Durand berief sich auf eine Resolution des Europäischen Parlaments, wonach »jede willkürliche Vermischung der nazistischen Lager mit deren möglicher Nutzung nach dem Krieg« abzulehnen sei, lobte die gegenwärtige - längst nicht mehr allein in der DDR entworfene - Form der Gedenkstätte Buchenwald und zitierte als höflicher Ausländer eine Bemerkung des Bundespräsidenten Roman Herzog. Nach der bedauernden Feststellung, daß ihm für einen Beitrag zur Lösung des Problems der Kommission - Überwindung der Folgen nicht der NS-, sondern der SED-Diktatur - die Kompetenz fehle, kam er zu einen naheliegenden Schluß: »Diese Delegation wird sich nach Verlesen der Erklärung zurückziehen.«

Denkbar ist, daß Pierre Durand ein bißchen die Stimme gehoben hat, als er vorher sagte: »Es ist klar, daß es zwischen uns und den Verteidigern unserer Henker keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben kann. Die Idee an sich ist schon merkwürdig.« Aber auch das klingt eher zurückhaltend und erstaunt.

Wenn in einem Tollhaus plötzlich ein ruhiger und vernünftiger Satz gesprochen wird, führt dies offensichtlich nicht zur Beruhigung, sondern treibt die Raserei noch weiter. Sie wird von der Presse gern geteilt. Die Berichterstatterin der »Tageszeitung« spürte eine »Atmosphäre wie in einem Schauprozeß« und meinte damit nicht die Verhandlungsführung des Kommissionsvorsitzenden Vergin (SPD), sondern die kleine Ansprache des ehemaligen Häftlings. Klaus Hartung von der »Zeit« hörte etwas, was offenbar nie gesprochen wurde: »Pierre Durand erhob sich, machte eine brüske Geste: Hauen wir ab!« Der Franzose hat sich aber doch, ausweislich des schriftlichen Textes, viel adretter ausgedrückt.

Woher kommt diese Wahrnehmungsverzerrung? Antwort: Ein Arrangement, an dessen krampfhafter Beibehaltung die Existenzberechtigung der Kommission samt Spesen und auch ein bißchen Staatsraison hängt, ist durch ein paar klare Worte

in Frage gestellt worden. Da schreit man halt erschrocken auf.

2. Neue Dokumente

Zur gleichen Zeit erschien eine weitere Quellen-Edition: *Der Buchenwald-Report* von David A. Hackett.

Sofort nach Einnahme des Lagers Buchenwald hatte noch im April 19,

Team der Abteilung für psychologische Kriegführung der US-Armee damit begonnen, möglichst viele Informationen aber dieses KZ zusammenzutragen. Es arbeitete mit einer Gruppe früherer Häftlinge zusammen, die von dem österreichischen Gefangenen Dr. Eugen Kogon geleitet wurde. Diese - ein einziger war Mitglied der KPD - sammelten schriftliche Aussagen von Überlebenden. Dem Konvolut, das so zustandekam, wurde ein »Bericht Ober das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar« vorangestellt. Verfasser ist offensichtlich Kogon selbst.

Die zentrale Tatsache in diesen Texten ist die Allgegenwart des SS-Terrors. Da die Verfasser der Berichte mehrheitlich der geheimen Widerstandsorganisation entweder angehörten oder nahestanden, tritt deren Tätigkeit im *Buchenwald-Report* wahrscheinlich stärker hervor, als es die Mehrheit der Häftlinge - im Februar 1945 waren es 86.232 - wahrgenommen haben mag. Gegen Schluß hin aber konvergierten die Massenerfahrungen mit den Auswirkungen geheimer Aktionen: Der größte Teil der Juden trat nicht zur Deportation an, es gab keinen Appell mehr, die SS hatte die Herrschaft über das Lager verloren, bevor am 11. April die US-Armee kam und bewaffnete Gefangene den Torturm besetzten. Die häufig bestrittene Selbstbefreiung des Lagers hat also vor jenem spektakulären Auftritt stattgefunden, und selbstverständlich waren das Näherrücken der Front und die Kriegsniederlage Hitlerdeutschlands eine Voraussetzung.

Der »Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar« befaßt sich auch mit dem Fehlverhalten von Blockältesten und Stubendiensten in den Baracken: »Es darf indes nicht verschwiegen werden, daß die Macht, die mit diesen Positionen verknüpft war, von charakterlich minderwertigen Elementen zum Teil auf das Allerschwerste mißbraucht worden ist.« Dies gelte für Angehörige aller Häftlingskategorien, auch Politische. Psychologisch sei das »für jedermann in irgendeiner Weise erklärlich, der die menschliche Natur kennt und weiß, was es heißt, Hunderte von Unterdrückten der verschiedensten Art und Qualität unter zum Teil unerträglichen Verhältnissen auf engstem Raume jahrelang zusammenzupferchen. Letzten Endes ist daher auch für die Mißstände, wie sie hier hervorgehoben werden, das nationalsozialistische System verantwortlich zu machen. «

Die Dokumente des Niethammer-Buches *Der >gesäuberte< Antifaschismus* werden durch den *Buchenwald-Report* nicht entkräftet, aber es wird der Kontext der gesamten Lager-Realität sichtbar. Die beiden Bände verhalten sich komplementär zueinander.

3. Und jetzt Kogon

Das ist aber wohl naiv oder fachidiotisch gedacht. Der *Buchenwald-Report* paßt nämlich nicht in die politische Landschaft, und zwar nicht zum ersten Mal.

Die zuständigen US-amerikanischen Regierungsstellen haben die auf Deutsch abgefaßten Berichte von 1945 gar nicht erst übersetzen lassen, sondern sie irgendwo weggeschlossen, bis sie als unauffindbar galten. Hackett äußert eine wahrscheinlich zutreffende Vermutung, weshalb das so war: »Die durch den Kalten Krieg entstandenen Spannungen könnten auch dazu beigetragen haben, daß das Originalmanuskript im bürokratischen Dschungel verschwunden ist. «

Eugon Kogon allerdings besaß noch ein Exemplar und benutzte es für die Abfassung seines Buches *Der SS-Staat* (1946). Dann ging es auch ihm verloren. Eine Kopie befand sich aber noch in den Unterlagen von Albert G. Rosenberg, Professor für Sozialwissenschaften in EI Paso. Er hatte 1945 als Offizier die Untersuchung in Buchenwald geführt. 1987 bot er das Skript seinem Kollegen, dem Historiker Hackett, zur Veröffentlichung an. Dieser brachte den *Buchenwald-Report* 1995 auf Englisch heraus, 1996 erschien der deutsche Text.

Bis dahin gab es in der Öffentlichkeit ausschließlich Kogons Buch. Vergleichende Lektüre ergibt eine Übereinstimmung mit dem *Buchenwald-Report* in der Grundstruktur der Tatsachen-Feststellung, in der Wertung und über weite Passagen hin im Wortlaut.

Kogon hat sein Buch anläßlich der verschiedenen Ausgaben überarbeitet. Vor seiner Verhaftung 1938 war er christlicher Ständestaatler, nach seiner Befreiung 1945 CDU-Gründer, Ordinarius für Politikwissenschaft, Befürworter der Wiederbewaffnung, Funktionär der Europa-Bewegung, Mitherausgeber der »Frankfurter Hefte«, Leiter der Fernsehsendung »Panorama«, Sympathisant der APO, der SPD und zuletzt vielleicht auch der »Grünen«. Im Kalten Krieg trat er aus der »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« (VVN) aus, in den siebziger Jahren nahm er deren Ehrenmedaille an. Über alle diese Wandlungen hin bleiben die Übereinstimmungen zwischen seinem Buch und den wichtigsten Aussagen des *Buchenwald-Reports* erhalten. 1948 hat er dem *SS-Staat* ein Kapitel »Der Terror als Herrschaftssystem« vorangestellt, das seine nach wie vor kulturkonservativen, aufklärungs-skeptischen

geschichtsphilosophischen Prämissen sichtbar macht. Es mag dazu beigetragen haben, daß das Buch in der Bundesrepublik durchgehend akzeptiert wurde.

Das könnte sich jetzt ändern. Der Rezensent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« zum Beispiel urteilte über die Erinnerungsberichte der Häftlinge in Hacketts Buch: »Damals nahm die ausgewählte Buchenwald-Geschichtsschreibung ihren Anfang, die bis zum Ende der DDR in Blüte stand.« Allerdings muß er sich dann dazu verhalten, daß *Der SS-Staat* auf dem *Buchenwald-Report* beruht. Er hilft sich mit der Feststellung, daß Kogon immerhin die »Lagerprominenz« kritisiert habe. Doch just dies findet sich schon im *Buchenwald-Report.*

Die Rezensentin der »Zeit« hat sich entschlossen, das Kogon-Problem offensiv zu entsorgen. Sie heißt Karin Hartewig, hat bei der Erstellung des *»Gesäuberten« Antifaschismus* mitgearbeitet und zusammen mit Niethammer die Einleitung verfaßt. Dieses Buch hält sie für das einzig Wahre, den *Buchenwald-Report* verwirft sie als Propaganda. Sie schließt: »Vielleicht sollte man es darüber hinaus als Ironie einer gesamtdeutschen Geschichte betrachten, daß die Westdeutschen ihr lange Zeit vorherrschendes Bild von den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, das über Eugen Kogons Analyse transportiert wurde, mittelbar auch einer >dialektischen Volte< der kommunistischen Funktionshäftlinge und Lagerfunktionäre zu verdanken haben.«

Das Buch *Der SS-Staat* als Mogelpackung eines roten »Mythos Antifaschismus«, der zugleich eine Lebenslüge der BRD war - irgendwann mußte es gesagt werden, und jetzt ist es eben passiert.

David A. Hackett (Hg.): *Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar.* Verlag C.H. Beck, München 1996, 450 Seiten, 58 Mark

Konkret 01/97, S. 28

Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert

Beruf: Bürgerrechtler

Aus der DDR vertrieben, vom Barbier von Bebra vergessen: Siegmar Faust, der ehemalige Underground-Autor und jetzige Stasiunterlagenbeauftragte von Sachsen

1

In einem früheren Leben war das Vorstandsmitglied der Antistalinistischen 1 Aktion (ASTAK e.V.), der »DDR-Bürgerrechtler« (»Welt«), das »Opfer des DDR-Regimes« (dpa), der »Berliner Autor und Bürgerrechtler« (»FAZ«) u.a. stellvertretender FDJ-Sekretär und SED-Mitglied, »Saison-Kellner, Elektrokarrenfahrer, Motorbootfahrer und Nachtwächter« (Munzinger-Archiv) sowie Kuratoriumsmitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM). »Zur Zeit ist er Schriftsteller, Lyriker, Autor, Publizist« (»Sächsische Zeitung«), Mitglied des Brüsewitz-Zentrums, des Demokratischen Clubs Berlin e.V. und der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Laut Kurt Biedenkopf auch »Drehbuchautor, Vortragsredner und Chefredakteur der Zeitschriften >DDR heute< und >Christen drüben< (bis 1990; d.A.), ... Berater der DSU-Volkskammer-Fraktion, ... ehrenamtlicher Präsident des Vereins >Künstler & Autoren als ZeitZeugen< sowie Präsident des Freien Deutschen Autorenverbandes (Schutzverband deutscher Schriftsteller e.V.; d.A.)«. Daß die Gründung des »ZeitZeugen«-Vereins eine eher virtuelle war, da einige der im Protokoll angegebenen Gründungsmitglieder nicht anwesend waren, sei nur am Rande erwähnt.

Der spätere »Wir selbst«-, »Criticón«-, »Mut«- und »Deutschland-Magazin«-Autor Siegmar Faust wurde Ende 1944 in der Nähe von Dresden geboren, wo er als knapp Zwanzigjähriger mit der »Arbeitsgemeinschaft Junge Autoren« in Kontakt kam. Der Schriftsteller Manfred Streubel erinnert sich an den Ausschluß Fausts aus dieser AG im Jahre 1968: »Siegmar Faust wollte provozieren. Mir hat er damals gesagt, er wolle in den Knast, er wolle diese Erfahrung machen. Er hat alles darauf angelegt. Das wurde dann für uns natürlich schwierig. Ich hatte keine Lust, mich irgendwie hineinziehen zu lassen, und da haben wir ihn ausgeschlossen. Wir haben versucht, Siegmar Faust Brücken zu bauen, aber das hatte wenig Sinn.« Zur gleichen Zeit versucht sich Faust an den Leipziger Instituten für Kunsterziehung bzw. Literatur zu etablieren. Beide Einrichtungen können aber lediglich eine »mangelnde politische und literarische Reife« feststellen.

Nach Exmatrikulation und Parteiausschluß (Faust: »Als ich 1968 auf die denkbar unfairste Weise aus der Partei entfernt wurde, taumelte ich etwa eine Woche lang mit Suizidabsichten durch Leipzig und wurde vergebens polizeilich gesucht. Wo ich mich damals aufhielt, weiß ich bis heute nicht«) schlug sich Faust mit Aushilfstätigkeiten durch - an der Deutschen Bibliothek zu Leipzig z.B. als Nachtwächter. 1971 gerät er für elf Monate in Untersuchungshaft, weil er unberechtigterweise ein Solschenizyn-Buch ausgeliehen haben soll. Bei einer Hausdurchsuchung stellten die staatlichen Organe lediglich Kontaktaufnahme zu BRD-Verlagen fest. Durch eine Amnestie kommt er frei. Im August 1973 beantragt Faust für sich und seine Familie die Ausreise aus der DDR - »ich kann keine einsicht mehr aufbringen, in diesem sogenannten sozialistischen staat wie in einer sklavenhaltergesellschaft faktisch unter dem existenzminimum leben zu müssen«) - , bewußt »zugespitzt formuliert«, wie der DDR-Hobbyloge Karl Wilhelm Fricke beschreibt, »um sich selbst gleichsam untauglich zu machen für den weiteren Verbleib in der DDR«.

Inzwischen als Transportarbeiter in der Papierfabrik Heidenau beschäftigt, wird Faust im Mai 1974 verhaftet und im September wegen »staatsfeindlicher Hetze« verurteilt. Faust 1988: »Die SED-Utopisten mußten mich erst über 400 Tage in eine feuchte Kellerzelle im Zuchthaus Cottbus sperren, bis ich endlich Grund unter die Füße bekam. Für dieses Schicksal werde ich meinen Peinigern ewig dankbar sein... Was aber noch wichtiger ist: Ich bekam Einsicht in die Transzendenz.« Faust 1996: Diese »Erfahrung war für mich wertsteigernd. Ich bin dadurch feinfühliger geworden.« Es gelingt ihm, einen Kassiber an Robert Havemann zu leiten, welcher sich dann für den Inhaftierten, »flankiert von westlichen Protesten« (K.W. Fricke), bei Erich Honecker einsetzt. Am 22. Mai 1976 gibt es offiziell eine »bedingte Strafaussetzung« bzw. einen sogenannten Freikauf durch die BRD. Anfang September reist er nach Westberlin aus bzw. wird »aus meiner Heimat ausgebürgert«. Seine Heimat in seinen Worten: das »große KZ namens >DDR<«, das »DDR-Volksgefängnis«, der »Statthalter im westlichen Schweinestall der sowjetischen Diktatur« - die »bisher perfekteste totalitäre Diktatur«.

2

Im Jahr 1991 trifft sich der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel mit diversen Vorsitzenden diverser Verbände von Opfern des Stalinismus. An dieser Versammlung nimmt auch der Mitbegründer und Vizepräsident des »Dokumentationszentrums für die Aufklärung der SED-Verbrechen«, Siegmar Faust, teil. Er trägt Kinkel den schwierigen Fall der KZ-Aufseherin Margot Kunz (inzwischen: Pietzner) vor. Der Justizminister seinerseits bittet auf dem Deutschen Anwaltstag im gleichen Jahr die Anwesenden, kostenlos SED-Opfer zu vertreten. Im Ministerium meldet sich daraufhin ein Anwalt Kienitz, welcher an die Opferverbände weitergeleitet wird. Am 14. August gibt es eine Lesung aus den Memoiren Kunz/Pietzners in der »Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus«. Nach der Lesung tritt der auf Anraten des

Vorstandsmitglieds Bärbel Bohley als ABM-Kraft in der »Gedenkbibliothek« beschäftigte Faust auf die Autorin zu, um ihr mitzuteilen, daß er im Auftrag des Justizministers in einem Entschädigungsfall schwerwiegenden SED-Unrechts einen kostenlosen Anwalt vermitteln soll. Die KZ-Aufseherin Kunz, bei den Häftlingen des Ravensbrücker Außenlagers Belzig-Roederhof ob ihrer besonderen Grausamkeiten verrufen, war 1946 durch ein sowjetisches Militärtribunal zu 25 Jahren Strafarbeitslager verurteilt worden. Davon saß sie 10 Jahre ab. Pietzner ist über das Angebot überrascht, weiß sie doch, daß ihre seit langem dokumentierten Brutalitäten Entschädigungszahlungen ausschließen.

Doch genau das ist laut eigener Aussage für Faust der Punkt, denn würde Kunz/Pietzner rehabilitiert, wäre dies ein Präzedenzfall. Sie wurde einer. Zwei Wochen später meldet sich »auf Anregung des Bundesministers der Justiz, Dr. Kinkel« der Anwalt Kienitz, dem in einem Schreiben des BMJ bestätigt wurde, daß im Fall Pietzner keine »Ausschließungsgründe« vorliegen. Später bestreitet das BMJ das persönliche Engagement Kinkels. Trotz eindeutiger Hinweise auf die Grausamkeiten der KZ-Aufseherin Kunz, die Ursula Popiolek, Gründungsmitglied und Leiterin der Gedenkbibliothek, bereits am 9. September in einem Brief erhielt, geht das Prüfungsverfahren zügig weiter. In der Eile wird übersehen, daß Kunz auf der Gehaltsliste der SS stand und Akten in der Gauck-Behörde bestätigen, »daß Pietzner Häftlinge mißhandelt hat« (»Taz«). Durch die dem BMJ unterstellte »Stiftung für ehemalige politische Häftlinge« erhält Pietzner 64.350 Mark »Entschädigung«. (Praktisch bekam die Nazisse für jeden Haftmonat 550 DM, während sich die KZ-Häftlinge, so sie denn überhaupt Geld erhielten, mit 150 Mark zufrieden geben mußten.)

Die einmalig kurze Bearbeitungszeit von 12 Tagen zur Berechnung der ihr zustehenden Leistung durch die »Stiftung« dürfte auf die 1.000 Mark zurückzuführen sein, die Frau Kunz/Pietzner auf Anraten ihrer Freundin Ursula Popiolek an einen Sachbearbeiter der »Stiftung für ehemalige politische Häftlinge« zahlte. Von den zugestandenen 64.350 Mark erhielt Popiolek für sich und ihren Sohn am 1. April 1993 20.000 Mark als Schenkung. Der Vermittler Faust erhält am 14. Mai nach »zweijähriger Abwehr« (sic!) 7.000 Mark für seine Dienste. Ende 1994 wurde die Affäre publik. Es kam zu einem Intrigantenstadl in der »Geschenkbibliothek« (Jürgen Fuchs) mit seltsamen Konstellationen: B. Bohley, W. Templin, J. Fuchs als linke (!) Fraktion vs. S. Faust, U. Popiolek, M. Pietzner. Aufgrund der bekanntgewordenen Fakten wird Faust der Arbeitsvertrag beim Berliner Landesbeauftragten für Stasiunterlagen zum Jahresende gekündigt.

Im darauffolgenden Jahr teilt das Bundesjustizministerium mit, es mangele an »genügenden Anhaltspunkten dafür, daß Frau Pietzner Fremdarbeiterinnen mißhandelt hat«. In einem Brief vom 10. Juli 1996 des gleichen BMJ, das zuvor Kunz/Pietzner die notwendige »Unbedenklichkeitsbestätigung« für die Zeit vor 1945 ausstellte, heißt es dann: In »russischen Archiven wurden Hinweise auf Verstöße gegen die Menschlichkeit gefunden... Der entsprechende Anerkennungsbescheid ist deshalb aufgehoben.« Ende Juli kommt es zur Rückforderung der an Frau Pietzner gezahlten Entschädigungssumme durch die Projektgruppe Häftlingshilfegesetz, der Nachfolgeorganisation der »Stiftung für ehemalige politische Häftlinge«. Ob die Familie Popiolek die 20.000 Mark zurückzahlt, ist unklar.

Die 7.000 Mark, die Faust geschenkt bekommen hat, sind inzwischen seltsame Wege gegangen: Nach eigenen Angaben *hat* der Beschenkte das Geld am 9. Dezember 1994 der »Stiftung für ehemalige politische Häftlinge« überwiesen, die es aber nicht angenommen hätte. Am 20. April 1996 wird gemeldet, er *wollte* das Geld zurückzahlen. Am 23. Mai sagt Faust über die 7.000 DM: »Die habe er >für eine gute Sache< verwenden *wollen...* Inzwischen *gab* er das Geld zurück. « Nur sechs Tage später gibt Faust bekannt, die 7.000 Mark *»werden* in ein Ausstellungsprojekt >Künstler und Autoren im DDR-Gefängnis< fließen«, welches zu einer »der wichtigsten deutschen Nachkriegsausstellungen« werden könne. Die »WamS« meldet am 16.6. Vollzug. Anfang Juli lautet eine neue Version, daß das Geld einer »entsprechende(n) Stiftung« zur Verfügung gestellt werden soll. Am 23.7. scheint die Ausstellung vom Tisch: »Ich wollte damit eine Ausstellung über Autoren organisieren, die in DDR-Haft waren... Darin sollten auch Schriften von Frau Pietzner aufgenommen werden.« So meldet auch das »ND« am 25.7., Faust will den Betrag »angesichts des neuerlichen Hin und Her erst mal nicht ausgeben.« Wo ist nun aber das Geld? »Im Moment liegt das Geld bei mir zu Hause in einer Schatulle.« Wie auch immer, eins ist sicher: Frau Pietzner erhält, so Faust, von ihm nichts zurück.

3

Anfang 1996 bekommt der Referent des Studienzentrums Weikersheim und »Junge Freiheit«-Autor Siegmar Faust den Anruf eines Justizministers mit gleichfalls geschlossen rechtradikalem Weltbild. Es ist der verhinderte Weikersheim-Referent und »Junge Freiheit«-Interviewpartner Steffen Heitmann, der dem arbeitslosen Faust die Anstellung als Stasiunterlagenbeauftragter in Sachsen anbietet. Schon Mitte April stellt sich der Ex-Gedenkbibliothekar der CDU-Landtagsfraktion vor, noch »bevor der Rücktrittswunsch seines Vorgängers Arendt bekannt gegeben wurde« (»FAZ«). Fritz Arendt, der schon seit längerem im Clinch mit Heitmann liegt, wird später offiziell auf eigenen Wunsch zurücktreten. In der Sitzung berichtet Faust von seiner politischen Nähe zur Alexander-von-Stahl-Fraktion der FDP, zu der er auch nach seiner Übersiedelung nach Dresden »Kontakt ... halten (wolle), auch zu Leuten wie dem DDR-Unrechtsermittler Manfred Kittlaus«. Die Kunz/ Pietzner-Affäre erwähnt er nicht, so daß der Presse mitgeteilt wurde, der Kandidat, der sich vor Jahren schon einmal um dieses Amt, allerdings ohne Fürsprecher, beworben hatte, habe »einen sehr guten Eindruck gemacht«

(Fraktionssprecher Christian Hoose). So beschließt das sächsische Kabinett, Faust für die voraussichtlich im Juni stattfindende Wahl zu nominieren.

Ohne Vorankündigung kommt es jedoch am 21. Mai zum Beschluß der Landesregierung, die Wahl zum Stasi- Beauftragten am nächsten Tag durchzuführen. Zum Antrag (Drucksache 2/3248) wird kurzerhand ein sieben Tage alter Brief des Ministerpräsidenten Biedenkopf an den Landtagspräsidenten benutzt, in dem es heißt, die Landesregierung »beabsichtigt, der Bitte von Herrn Fritz Arendt um Abberufung... zu entsprechen... (Deshalb) hat die Sächsische Staatsregierung am 7.5.1996 beschlossen, ... die Wahl des Herrn Siegmar Faust vorzuschlagen.« Die Drucksache bekommt die PDS-Fraktion während der laufenden Parlamentsdebatte am selben Tag um 14.24 Uhr. Es geht alles so schnell, daß dpa noch 16.50 Uhr eine voraussichtliche Änderung der Tagesordnung meldet. Faust stellt sich noch der SPD-Fraktion vor, deren Fraktionschef anschließend meint, daß der Kandidat »keine Kenntnis des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gezeigt« habe. Die PDS-Fraktion, die »Partei der Täter und Peiniger« (Faust), lernt er nicht mehr kennen. Genauso wenig wie den Verfassungs- und Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages. Knapp 17 Stunden später wird die Tagesordnung auf Antrag der CDU-Fraktion geändert.

Siegmar Faust, gegen dessen Kandidatur sich alle Stasi-Beauftragten der Länder gewandt hatten, wird am 22. Mai in Abwesenheit mit 64 Stimmen bei 77 CDU-Abgeordneten gewählt. Im Vorfeld seines offiziellen Amtsantrittes am 17. Juni (!) kündigt der Frischgewählte an, daß er plane, seine Berliner »Rotschock-Touren« (Mauermuseum, Gedenkbibliothek, MfS-Zentrale in der Normannenstraße) sachsenspezifisch fortzuführen: Projekttage für Kinder in Stasi-Haftanstalten. »Wir müssen die Kinder an diese Problematik heranführen... Während der Busfahrt dorthin ließen sich ehemalige oppositionelle und repressierte Liedermacher einspielen.« Warum das Not tut, weiß Faust genau: »Das Unterbewußtsein im Osten ist nach 45 Jahren zweiter Diktatur durch Feindbilder versaut. Selbst christliche Kreise, die nie in Parteiversammlungen waren, sind heute hochgradige Nostalgiker, weil sie die ganzen Klischees vom >Friedensstaat< DDR und antiwestliche, antikapitalistische, antiamerikanische Feindbilder in sich tragen.« Treue Verbündete bei der Renovierung dieses ostdeutschen Unterbewußtseins hat er in der sächsischen CDU und ihren Vorfeldorganisationen zuhauf. So im vom Fraktionschef Hähle gegründeten Johann-Amos-Comenius-Club, in dem bereits die Professoren Rohrmoser und Wolffsohn zum Thema »Sozialismus: Gut gedacht - nur schlecht gemacht?« referierten. Oder auch in der Jungen Union Dresdens, die »Die Diktatur bewältigen - Demokratie gestalten« will.

Jens-Uwe Richter und Gunnar Schubert sind Betreiber eines mittelständischen Bürgerrechtsbüros in Ostsachsen

Konkret 01/97, S. 30

Karl Rössel

Das Imperium schlägt zurück

Wie geht Pressefreiheit? Eine Antwort auf diese Frage bietet die Medienlandschaftspflege des Shell-Konzerns

»Auch wenn das Lernen manchmal schmerzt - nur wer lernt, hat Zukunft.«Das verkündete die Deutsche Shell AG im Sommer 1995 in ganzseitigen Anzeigen, die in mehr als 100 Tageszeitungen erschienen. Anlaß waren die Auseinandersetzungen um die geplante Versenkung der Ölplattform »Brent Spar« in der Nordsee. Der Konzern sollte rasch nachweisen können, wie lernfähig er tatsächlich ist.

Am 10. November 1995 ließ das nigerianische Militärregime den Schriftsteller Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter hinrichten. Die neun Ermordeten hatten mit ihrer Oppositionsgruppe MOSOP (Movement for the Survival of the Ogoni People) vor allem gegen die Geschäftspraktiken von Shell in Nigeria protestiert: gegen die rücksichtslose Zerstörung der Umwelt durch die Ölförderung und gegen die Kollaboration des Konzerns mit den nigerianischen Machthabern. (Mit einem Anteil von 50 Prozent an der Ölförderung im Nigerdelta ist Shell der Hauptfinanzier der dort regierenden Militärclique, die 80 Prozent ihrer Staatseinnahmen aus dem Ölexport bezieht.) Deshalb geriet Shell nach den Hinrichtungen erneut in die Schlagzeilen. Diesmal drohten dem Konzern allerdings nicht mehr nur ein paar Millionen Mark Umsatzeinbußen im Tankstellengeschäft (die nicht einmal hatten verhindern können, daß der Konzernumsatz im Jahre 1995 um weitere zehn Prozent stieg). Jetzt drohten durch mögliche Embargos und Sanktionen gegen Nigeria Milliardenverluste, da der Konzern 16 Prozent seines Erdöls von dort bezieht. Sogar der deutsche Bundestag forderte am 30. November 1995 in einem interfraktionellen Antrag von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Titel-»Rückkehr zur Demokratie in Nigeria«) die Bundesregierung auf, »sich im internationalen Rahmen verstärkt für eine Ausweitung der Sanktionen wie ein Importverbot für nigerianisches Erdöl einzusetzen« (BT-Drucksache 13/3178).

Die Konzernherren von Shell waren entsprechend besorgt. Um nicht noch einmal öffentlichem Druck nachgeben zu müssen - etwa durch einen Rückzug aus Nigeria -, hatte die Deutsche Shell AG »die Ereignisse um die Brent Spar Deutschland« genau analysieren lassen. Für die 277 Seiten starke Studie, die dabei herauskam, wurden 7.500 Beiträge aus Tages- und Wochenzeitungen sowie rund 1.800 Fernsehsendungen ausgewertet. Als Hauptfehler erkannten die Medienbeobachter, daß der Konzern keine »offensive Strategie« verfolgt habe und daß »kein einziger Politiker, aber auch kein Kirchenführer« beim Thema »Brent Spar« hatte bewegt werden können, »den Dialog mit der Deutschen Shell« zu suchen. Außerdem habe man es versäumt, »sofort durch bezahlte Kommunikation in wenigen meinungsbildenden Zeitungen ... gegenzuhalten« und »auch vorwegnehmend vorsichtig auf die Bedenklichkeit der öffentlichen Meinungsmache einzugehen« (zit. n.. »Welt«, 28.2.96). Es waren diese Lehren, denen der Konzern im Umgang mit der Kritik an seinen Machenschaften in Nigeria im Jahr 1996 folgen sollte.

»Dialoge« und »Offensive Strategie«

Am 5. Dezember 1995 strahlte das WDR-Fernsehen die britische Dokumentation »Delta Force« aus (Titel der auf 30 Minuten gekürzten deutschen Fassung: »Tod im Nigerdelta«). Der heimlich gedrehte Film enthält Bilder von verseuchten Flüssen und verbrannten Feldern und belegt darüber hinaus die enge Kollaboration von Shell mit den nigerianischen Militärs bei der Zerschlagung der Opposition. So wird ein Militärmemorandum zitiert, in dem es heißt: »Die Arbeit von Shell ist solange unmöglich, wie nicht rücksichtslose Militäroperationen durchgeführt werden. « Der Film zeigt die Folgen dieser Einsicht: Die von Shell gerufenen Militärs veranstalteten Massaker in den Dörfern der Ogoni und verschleppten, verhafteten, folterten und ermordeten Hunderte ihrer Bewohner.

Der Pressesprecher der Deutschen Shell AG, Reiner Winzenried, reagierte auf diesen Film. nicht etwa mit einer Gegendarstellung oder einem offiziellen Protest beim Intendanten des WDR, sondern lediglich mit einem Beschwerdebrief an die Auslandsredaktion des Senders. Im übrigen bot er »Gespräche« an.

Ähnlich umsichtig reagierte Shell auf das nächste Ärgernis in Sachen Nigeria: Anfang des Jahres kündigte der Rowohlt Verlag die Herausgabe des Gefängnistagebuchs von Ken Saro-Wiwa an. Titel der deutschen Ausgabe: *Flammen der Hölle - Nigeria und Shell: Der schmutzige Krieg gegen die* Ogoni. Im Auftrag der britischen Konzernzentrale drohte zwar die Londoner Anwaltskanzlei Denton Hall zunächst juristische Schritte gegen Rowohlt an: »Unser Mandant ist nicht bereit, die Veröffentlichung von Büchern hinzunehmen, die ihn in abwertender Weise direkt oder indirekt mit den Aktivitäten der nigerianischen Regierung in Verbindung bringen.« Aber als Rowohlt diese Androhung öffentlich machte, beschwichtigte Shell-Sprecher Winzenried, der Konzern wolle keineswegs die Veröffentlichung verhindern. Er habe mit dem Rowohlt Verlag nur über eine mögliche Veränderung des Untertitels sprechen wollen (»Taz«, 10.2.96). Erfolglos. Das Buch erschien. Die angedrohte Klage blieb aus.

Wo der Konzern weniger starke Kritiker vermutete, verfuhr er allerdings weitaus unnachgiebiger. So wurde z.B. die Kölner Firma Abgang! von Shell vor den Kadi gezogen, weil sie T-Shirts mit einer zum Totenkopf verfremdeten Shell-Muschel und der Aufschrift »Hell« vertrieb. Obwohl dies schon 1994 geschah, gelang es Shell vor dem Hamburger Landgericht über ein Jahr später, in einem Eilverfahren eine einstweilige Verfügung gegen den Weiterverkauf dieser T-Shirts durchzusetzen (Strafandrohung: Eine halbe Million DM oder zwei Jahre Gefängnis). Ausschlaggebend dafür war die eidesstattliche Versicherung des Shell-Vertreters Jürgen Durry, er könne sich »nicht daran erinnern«, bereits vorher von diesem Protest-Motiv »Kenntnis erhalten zu haben«. Tatsächlich hatte - wie der Journalist Hermann Rheindorf herausfand - der Stuttgarter Recherchedienst Argus-Media der Hamburger Konzernzentrale schon Monate vor dem Gerichtstermin zahlreiche Artikel zugeschickt, in denen das T-Shirt abgebildet ist (z.B. aus der Bild-Hamburg: »Hell statt Shell, Protest T-Shirt von Abgang!, Köln, 30 Mark«). Auf die nächste Runde vor Gericht darf man deshalb gespannt sein.

Potentiellen Kritikern in als meinungsbildend angesehenen Institutionen bot Shell dagegen, ganz im Sinne der eigenen Studie, Dialoge an. So traf sich Anfang des Jahres der Kommunikationsdirektor der Deutschen Shell AG, Klaus-Peter Johanssen, mit dem Verlagsleiter des zum SPD-Mitgliederblättchen verkommenen »Vorwärts«, Ansgar Burghof. Die beiden vereinbarten ein »Streitgespräch« zwischen dem SPD-Fraktionschef, Rudolf Scharping, und dem Vorstandschef der Deutschen Shell AG, Peter Duncan, das allerdings zu einem typisch sozialdemokratisch-freundschaftlichen Geplauder geriet. Duncan über fehlende Umweltstandards in Nigeria: »Wir (müssen) uns davon frei machen zu glauben, wir müßten alles, was wir in Deutschland haben, gewissermaßen automatisch auf andere übertragen.« Scharping über Shell: »Ich kann von den Unternehmen nicht verlangen, was die Politik nicht tut.« Die Kurzfassung dieses Gesprächs erschien in der April-Ausgabe des »Vorwärts« (Auflage: 800.000), die Langfassung in dem fast 50 Seiten starken Sonderdruck »Vorwärts Dialog 1 « mit dem Titel: »Multis & Moral«.

Angeblich, so der verantwortliche Redakteur Frank Suplie, ging die Initiative zur Veröffentlichung dieses »grenzüberschreitenden Dialogs« allein vom »Vorwärts« aus. Doch dagegen spricht einiges: Das aufwendig gestaltete Heft enthält neben dem Scharping-Duncan-Gespräch mehrere Presseerklärungen von Shell, einen mehrseitigen Artikel von Shell-Sprecher Winzenried (»Shell Nigeria nimmt Verantwortung für Menschen und Umwelt ernst«), Auszüge aus einer Shell-Gefälligkeitsstudie der Weltbank (»Ölverschmutzung ... im Nigerdelta ... nur von begrenzter umweltpolitischer Priorität«), einen um kritische Passagen bereinigten Artikel aus der »New York Times« (»Shell verteidigt sich«) und einen Beitrag aus dem »Handelsblatt« über angebliche »Integrationsvorteile für Entwicklungsländer« durch die Erdölförderung. Damit die PR-Absicht nicht allzu augenfällig wurde, hatte Redakteur Suplie auch noch den Pressesprecher von Greenpeace, Michael Hopf, und den Generalsekretär von amnesty international, Volkmar Deile, um kurze, »kritische« Beiträge zum Thema gebeten. Sie stehen ganz am Schluß der Broschüre, auf 4 von 47 Seiten. Beide Autoren erklären übereinstimmend, von der »Vorwärts«-Redaktion zu keinem Zeitpunkt korrekt darüber informiert worden zu sein, in welchem Umfeld ihre Artikel erscheinen würden. Und beide zeigten sich empört, als ihnen schließlich das Ergebnis dieser PR-Aktion zugunsten des Shell-Konzerns vorlag. Volkmar Deile war zudem »baß erstaunt«, als er im Juli sein Belegexemplar nicht von der angeblich verantwortlichen »Vorwärts«-Redaktion, sondern von der Deutschen Shell AG zugeschickt bekam - mit einem Begleitschreiben von Klaus-Peter Johanssen, dem Kommunikationsdirektor von Shell. Darin heißt es: »Was die Broschüre auszeichnet, ist der Versuch, das Thema Politik, Multis und Moral am Beispiel Nigerias aufzuschlüsseln und die Komplexität des Problems durch ein Spektrum kontroverser Beiträge, die auch solche von Vertretern von Greenpeace und amnesty international einschließen, zu verdeutlichen. Ob darin Ansätze für eine möglicherweise differenziertere Sicht der Dinge oder neue Wege der Kooperation enthalten sind, muß die weitere Diskussion zeigen.«

Die »differenzierte Sicht« des »Vorwärts« gefiel dem Shell-Konzern jedenfalls so gut, daß er 8.000 Exemplare der Broschüre bestellte und bezahlte, um sie anschließend kostenlos zu verteilen. Nur aufgrund dieses Druckauftrags von Shell kann es sich der chronisch finanzschwache »Vorwärts« wohl erlauben, seine eigene Auflage der Broschüre (gerade mal 3.000 Exemplare) ebenfalls kostenlos - bis auf »drei DM Porto in Briefmarken« - zu verschicken. Die sozialdemokratische Dialogbereitschaft belohnte Shell schließlich noch mit einer Farbanzeige in der August-Nummer des »Vorwärts« (Preis: rund 42.000 DM).

Möglicherweise von diesem Beispiel inspiriert, bemühte sich auch die Berliner »Tageszeitung« Mitte des Jahres um Geld von Shell. Mit 500.000 DM - so die Idee, die Ökoredakteur Hermann-Josef Tenhagen der Hamburger Konzernzentrale vortrug - sollte das Jugendwerk der Deutschen Shell AG das Projekt »Zeitung in der Schule« finanzieren. Unter Nennung des Sponsors Shell wollte die »Taz« dafür ein Jahr lang wöchentlich eine von Schülerinnen und Schülern gestaltete Zeitungs-Seite erscheinen lassen. Zunächst habe man an Greenpeace als Finanzier gedacht, erzählt Tenhagen freimütig, aber dann seien die »Taz«-Ressortchefs zu dem Schluß gekommen: »Wenn schon Sponsoring, dann auch richtig, warum also nicht von Shell?« Größere Bedenken habe es bei der »Taz« gegen diesen Deal nicht gegeben, sagt Tenhagen. »Wir trauten uns zu, mit Shell die Klingen zu kreuzen.« Das Geschäft scheiterte nur daran - wie Tenhagen und Konzern-Sprecher Winzenried übereinstimmend erklärten - daß Shell »der Preis von einer halben Million Mark zu hoch war«.

Anlegen will sich Shell mit den freundlichen Herren von der »Taz« jedenfalls nicht. Sonst hätte sich der Konzern mit seiner Beschwerde Ober einen »Taz«-Artikel sicher direkt an die Redaktion gewandt und nicht an die Privatadresse des nigerianischen Autors Peter Donatus. Der bundesdeutsche Vertreter der MOSOP erhielt nach einer Veröffentlichung in der »Taz« einen Brief von der Hamburger Shell-Zentrale, in dem er aufgefordert wurde, bestimmte kritische Äußerungen über den Konzern zu unterlassen. Darüber hinaus wurde ihm telefonisch eine Schadensersatzklage angedroht, wenn er nicht aufhöre, Shell öffentlich zu attackieren. Warum der Konzern seinen Beschwerdebrief nicht - wie es gängige Praxis ist - an den verantwortlichen »Taz«-Redakteur schickte, vermag Pressesprecher Winzenried nicht zu erklären (»Den Brief hat mein Chef geschrieben«). Peter Donatus dagegen weiß, worum es Shell ging: »Ein klarer Versuch, mich einzuschüchtern. «

Ganz im Sinne dieser Doppelstrategie zeigten sich die Shell-Vertreter im Umgang mit deutschen Kirchenführern wiederum wesentlich konzilianter. Allein dreimal trafen sich die Konzernherren im letzten Jahr mit Wolfgang Mai vom »Advocacy Referat« des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche in Stuttgart- Die Stuttgarter EKD-Vertreter ließen sich darauf ein, weil sie, so Wolfgang Mai, »testen wollten, inwieweit Shell ernsthaft anbietet, über Verhaltenskodizes nachzudenken«. Außerdem gelte es, ähnliche Entwicklungen wie in Nigeria »in Zukunft zu verhindern«. Schließlich sei derzeit ein Großprojekt zur Ölförderung im Tschad in der Planung, an dem Shell mit 40 Prozent beteiligt sei und für das »Pipelines quer durch Kamerun verlegt werden sollen«. Konkrete Ergebnisse seines Dialogs mit Shell konnte Mai allerdings noch nicht vermelden.

Die ersten beiden Gespräche mit dem gutgläubigen Evangelen (»Ich nehme Shell die Ernsthaftigkeit ab«) führte Dr. Walter Schäfer aus der deutschen Konzernzentrale in Hamburg. Beim dritten und letzten stellte Schäfer dem Diakonischen Werk Shells neuen »Issue Manager« vor, den »Mann für brenzlige Fragen wie Nigeria«. Er heißt Christian König und war bis zum 1. Oktober wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Indrid Becker-Inglau. In dieser Funktion hatte er noch im November 1995 den interfraktionellen Antrag mitverfaßt, der seinen neuen Arbeitgeber Shell so verschreckt hatte, weil darin »ein Importverbot für nigerianisches Erdöl« gefordert wurde. Fragen, was ihn bewogen habe, die Seiten zu wechseln, mochte Shells neuer Issue-König nicht beantworten.

»Bezahlte Kommunikation«

Am 13. Mai flog die Deutsche Shell AG den Vorstandsvorsitzenden der »Shell Petroleum Development Company of Nigeria«, Brian Anderson, zu einer Pressekonferenz ein. Assistiert von fünf weiteren Shell-Vertretern (darunter Winzenried und Johanssen) bemühte sich Anderson im Hamburger Hotel Atlantic um Schadensbegrenzung. Unter den 28 geladenen Journalistinnen und Journalisten waren Vertreter von ARD, ZDF und Deutscher Welle, AFP, AP und Reuters, »Stern«, »Focus« und »Profil«, Frank Suplie vom »Vorwärts«, Klaus Podak von der »Süddeutschen« und Udo Ulfkotte von der »FAZ« (Namen, die sich Shell wieder einmal merken sollte). Mit Ausschnitten aus dem vom WDR ausgestrahlten Film »Tod im Nigerdelta« versuchten die Konzernherren das erlauchte Gremium davon zu überzeugen, daß Shell mit »manipulierten Bildern« in Mißkredit gebracht würde, ohne daß dem für diesen Film verantwortlichen WDR-Redakteur Peter Winterberg, der ebenfalls anwesend war, die Gelegenheit gegeben wurde, auf die Vorwürfe zu antworten. Shell-Manager Anderson räumte allerdings auch selbstkritisch »Fehler« ein (»Wir sind nicht perfekt«), um danach um so emphatischer auf die Millionen hinzuweisen, die der Konzern im Nigerdelta »für den Umweltschutz, für neue Krankenhäuser, Straßen und Schulen« investiere. Shell sei sogar bereit, 50 Millionen Dollar in das Ogoni-Gebiet zu investieren, unter der Voraussetzung, daß die dort lebende Bevölkerung die Sicherheit der Arbeitsplätze garantiere, sprich: die Wiederaufnahme der nach den Protesten von 1993 eingestellten Ölförderung zulasse.

Die warmen Worte wirkten, denn einige der Anwesenden verbreiteten sie sogleich in ihren Zeitungen, wobei sich insbesondere Udo Ulfkotte von der »FAZ« hervortat (»Shell will sich um die Umwelt in Nigeria kümmern - Das Unternehmen gibt Fehler zu - Versöhnung angeboten«). Vielleicht wollte sich Ulfkotte damit für die Reise auf Kosten des Konzerns qualifizieren, die die Shell-Vertreter beim Buffet nach der Pressekonferenz einigen der anwesenden Journalisten anboten. Jedenfalls gehörte er zu den vier Auserwählten, denen Shell schließlich die Flüge nach Nigeria, die Unterkünfte in Port Hartcourt und die »Recherchen« per Hubschrauber (Kosten: 3.000 Dollar pro Tag) über dem Nigerdelta bezahlte. Mit von dieser PR-Partie waren Klaus Podak von der »Süddeutschen Zeitung«, Ulrich Schilling-Strack vom »WAZ«-Konzern und Andreas Middel von der »Welt«. Der ebenfalls eingeladene Vertreter der Deutschen Presse Agentur war - laut Shell-Sprecher Winzenried - »leider krank geworden«. Dafür reiste dann noch Wolfgang Kuhnert von der »Frankfurter Rundschau« von Nairobi aus nach Nigeria - wenn auch auf eigene Kosten - , um ebenfalls an einer von Shell organisierten Besichtigungstour per Hubschrauber teilzunehmen.

Das Timing dieser Reisen war sicherlich nicht zufällig von Shell so gewählt, daß die daraus resultierenden Artikel in den genannten Zeitungen allesamt erst im Oktober erscheinen konnten, also kurz vor dem ersten Jahrestag der Hinrichtungen. Schließlich mußte Shell zu diesem Zeitpunkt erneut imageschädigende »Negativberichte« erwarten, und eben denen wollte der Konzern von vornherein offensiv begegnen. »Von Umweltschäden ist auch im langsamen Tiefflug nichts mehr zu sehen«, gab denn auch Klaus Podak in der »Süddeutschen« prompt Entwarnung (21.10.96), und fast wortgleich Ulrich

Schilling-Strack: »Von flächendeckender Zerstörung ist auch nach tagelanger intensiver Suche mit Hubschrauber, Boot und Jeep nichts zu entdecken« (»WAZ«, 15.10., »Stuttgarter Nachrichten«, 22.10.). In der »FR« war zu lesen: »Vorn ökologischen GAU ist im Ogoni-Land nicht viel zu sehen.« Und in der »FAZ«: »Wer heute das Delta des Niger-Flusses besucht, reibt sich verwundert die Augen: Auch nach tagelangen Tiefflügen mit dem Hubschrauber sind jene Umweltverschmutzungen, die vor allem dem britisch-niederländischen Shell-Konzern angelastet werden, kaum zu finden.« Nur »zwei Öl-Lachen, nicht größer als ein Ententeich« hat der »WAZ«-Reporter gesehen, »Öllachen, manche so groß wie ein Teich« sein Kollege von der »Welt« (25.10.), »von der Größe eines Fußballfeldes« der von der »FAZ« (23. 10.). Aber wieviele der 94 Ölfelder, 86 Förderstationen und 6.000 Kilometer Pipelines, die auf einer Fläche von der Größe Nordrhein-Westfalens verteilt liegen, hat Shell den deutschen Gästen wohl gezeigt? Und wieviele Öllachen unter tropischen Baumkronen sieht man aus einem Hubschrauber? Selbst Shell-Nigeria gibt »hundert Lecks pro Jahr« zu.

Aber die deutsche Reisecrew schien all dies nicht zu tangieren. Immerhin erwähnen die Reporter von »FR«, »WAZ« und »SZ« in ihren Artikeln, daß ihre Sightseeing-Tour von Shell organisiert wurde: »Im Land selbst entfalteten die beiden Shell-Begleiter aus den Zentralen London und Hamburg eine geradezu großmütterliche Sorge um das Informationsbedürfnis der Journalisten« (»SZ«, 21. 10.). Die Leser der »Welt« und der »FAZ« erfahren dagegen nicht, wer die »Recherchen« in Nigeria bezahlt hat. Udo Ulfkotte von der »FAZ« gibt sogar Shell-PR-Erklärungen als gesicherte Wahrheiten wieder. »Der Ölsee ... nahe Ebubu«, schreibt er zum Beispiel, »stammt noch aus der Zeit des Biafra-Krieges«. Pech für Ulfkotte, daß sein »FR«-Kollege Kunath genau diesen Satz als Schutzbehauptung »der Shell-Leute« erkannt hat und einen MOSOP-Vertreter zitiert, der Shell auch für diesen Ölsee verantwortlich macht und beklagt, der Konzern habe »seit 1970 ... nichts dagegen getan«. Der Shell-Schreibstift der »FAZ« weiter: »Viele der Lecks, so ist zu erfahren, seien von Einheimischen verursacht worden, die dafür Schadenersatz von dem Ölunternehmen fordern.« In der »FR« ist nachzulesen, wer Ulfkotte dies erzählt hat: »Die Behauptung, die Ogoni hätten die Shell-Einrichtungen zerstört, ist der eine Pfeiler, auf den sich die Verteidigung der Ölfirma gründet. Der andere ist der Vorwurf der Sabotage: Die Ogoni demolierten, um Schadensersatz kassieren zu können.« Interessante Details vermochte Klaus Podak aus dem Hubschrauber im Ogoniland zu beobachten. Er vermeldet in der »Süddeutschen«, verschiedene Gruppen kämpften dort »hartnäckig und eifersüchtig um Anteile aus dem Öltopf«, und versteigt sich zu dem Satz: »Jede (!) Kommune im Delta tut das inzwischen.« Woher er das wohl weiß?

Besonders beeindruckt hat die deutschen Pressevertreter, daß ihnen ihre Reiseleiter von Shell auch noch einen ihrer »wichtigsten Freunde« (»Welt«) vor Ort, einen wirklich »verläßlichen Freund« (»WAZ«) vorstellten, einen leibhaftigen »König« aus dem Dorf Agbarho. Die »WAZ« gibt den Empfang bei dem königlichen Shell-Freund so wieder: »Alle paar Wochen bewirtet er eine Delegation des Konzerns und übergibt eine lange Wunschliste. Dann lauscht der König gespannt, was der weiße Mann diesmal bewilligt.« So sanftmütig und untertan sind sie, die Schwarzen, in diesem von »Stammesfehden« und »Flüchtlingsströmen bestimmten ... Kontinent« (»Welt«). »Sie alle wissen, daß sie ohne die hier tätigen ausländischen Konzerne weder eine Schule noch eine Krankenstation, Straßen oder sauberes Trinkwasser hätten«, schließt Udo Ulfkotte von der »FAZ«. Es seien nur ein paar »radikale Führer der Jugendlichen«, die »weiterhin Haß (säen) und Wiedergutmachung in Milliardenhöhe (fordern) für angebliche Umweltschäden«. Die »traditionellen Führer der Ogoni« dagegen hätten »den Ölkonzern längst um die Wiederaufnahme der Förderung gebeten«.

Als der nigerianische Oppositionsführer und Nobelpreisträger für Literatur, Wole Soyinka, bei seinem Auftritt während der Kölner Ken-Saro-Wiwa-Woche im November von den Ergebnissen dieser Shell-PR-Reise in der bundesdeutschen Presse erfuhr, bot er den beteiligten Journalisten Interviews an, um »der Desinformationskampagne von Shell zu begegnen«. Daraufhin meldete sich Udo Ulfkotte bei der angegebenen Kontaktadresse, und behauptete, eine frühere Anfrage der »FAZ« nach einem Interview mit dem Schriftsteller sei deshalb ergebnislos geblieben, weil Soyinka »Tausende Dollar« verlangt habe. Der PR-Schreiber des Shell-Konzerns fügte hinzu: »Wir zahlen nicht für Berichte, und wir lassen uns nicht dafür bezahlen.« Soyinka wies Ulfkottes Behauptung als »plumpe Lüge« zurück, worauf der »FAZ«-Schreiber erklärte, »Soyinkas Büro in Deutschland habe gegenüber einem Literaturredakteur seiner Zeitung diese Geldforderung gestellt.« Soyinka dazu: »Ich habe gar kein Büro in Deutschland.«

Auch die Londoner Konzernzentrale machte sich Ulfkottes Dienste zu Nutze. Am 7. November verschickte Shell London ein siebenseitiges Fax an Fernsehstationen in aller Welt. Darin werden von Shell ausgewählte, sprich: zensierte Fernsehbilder (»Sperrfrist: 00.01 Uhr, Freitag, 8. November«) aus der Ölförderregion Nigerias angeboten, kostenlos per Satellit (»Telcom 2C, Transponder 5, 3 East, 12690.000 MHz«). Das Anschreiben (Unterzeichner: Mike Hogan, Eric Nickson, London) beginnt so: »Der Jahrestag der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa in dieser Woche lenkt erneut viel Aufmerksamkeit auf Nigeria und Shells Rolle dort. ... Einer der Hauptvorwürfe ist, daß der Konzern für die Verwüstung der Umwelt verantwortlich sei. Visuelle Beweise vorzulegen für das, was Shell dort getan hat, ist deshalb schwierig, weil nur wenige ausländische TV-Teams die Produktionsstätten besucht haben.« Das klingt so, als hätten Fernsehjournalisten kein Interesse an einer Berichterstattung über das Niger-Delta. Tatsächlich bemühen sich aber z.B. WDR und ZDF seit Jahren darum, bei Shell-Nigeria drehen zu dürfen - vergeblich. Shell-Sprecher Winzenried wollte sie nicht einmal auf seine PR-Reise ins Nigerdelta mitnehmen. Seine Begründung: »Printmedien und Fernsehen vertragen sich nicht.«

Tatsächlich verwehrt die nigerianische Militärdiktatur Fernsehjournalisten grundsätzlich die Reise ins Nigerdelta. Und Shell macht sich mit dem Angebot eigener Fernsehbilder an die TV-Stationen genau diese Tatsache zunutze. Zu den von Shell ausgewählten Fernsehbildern gehören: »Luftaufnahmen des Ogonilandes ... Traditionelle nigerianische Fischer mit Netzen ... Tierleben am River Bonny ... Schulkinder ... Shell-Terminals und Tanks ... Ein von Shell geförderter Wasserturm ... Straßenbauarbeiten (von Shell gesponsort) ... Ein Landwirtschaftsprojekt von Shell ... « und nicht zuletzt Interviewaufnahmen mit »Brian Anderson, Managing Director, Shell Nigeria«. Damit die Fernsehanstalten auch wissen, wie sie diese Bilder einsetzen sollen, liefert Shell den entsprechenden Kommentar gleich mit. Da heißt es dann zu Bildern von der Elendsstadt Lagos: »In Nigerias größter Stadt ist der Wohlstand unübersehbar, den das Öl in den letzten vierzig Jahren gebracht hat.« Zu Bildern von überirdisch verlegten Pipelines: »Sie wurden in den sechziger und siebziger Jahren weit entfernt von bewohnten Gebieten verlegt. Seitdem sind neben einigen Pipelines Dörfer und Häuser entstanden.« Tatsache ist: Viele der Pipelines wurden von Anfang an rücksichtslos mitten durch Wohnsiedlungen verlegt und ganze Dörfer der Ogoni zugunsten von Shell-Fördereinrichtungen umgesiedelt. Zu Bildern eines Öllecks: »Alle Öllecks werden von Shell beseitigt.« Tatsache ist: Shell läßt seine Ölabfälle im Nigerdelta einfach mit Hacke und Spaten vergraben. In der Regenzeit wird dieses Öl wieder an die Erdoberfläche gespült und verseucht die Flüsse des sumpfigen Deltas. Schließlich vermag Shell London den TV-Stationen in aller Welt für diese »unabhängig bezeugten und kompromißlosen Fakten« auch noch einen deutschen Augenzeugen zu präsentieren: Udo Ulfkotte. Zu Standfotos seines Artikels aus der »FAZ« heißt es in dem Propaganda-Video der Londoner Konzernzentrale: »Hat Shell Nigeria zerstört? Die deutsche Zeitung)Frankfurter Allgemeine(schrieb unlängst nach einem Besuch der Region:)Auch nach tagelangen Tiefflügen mit dem Hubschrauber sind jene Umweltverschmutzungen, die vor allem dem britisch-niederländischen Shell-Konzern angelastet werden, kaum zu finden.(«

Zu ganz anderen Schlüssen kam dagegen ein Team der britischen Fernsehanstalt Channel 4, das Ende letzten Jahres heimlich und mit versteckten Kameras das Nigerdelta bereiste. Das ZDF hatte die auf diesem Material beruhende britische Dokumentation im Mai unter dem Titel »Schmutzige Ölgeschäfte - Shell in Nigeria« gesendet. Darin werden weitere Beweise dafür geliefert, daß Shell im Nigerdelta tatsächlich eine »mobile Einsatztruppe« zum Schutz seiner Anlagen angefordert hat. Auch dokumentiert dieser Film, daß Shell Waffen für die nigerianische Polizei bestellt und bezahlt hat. Der letzte Waffen-Deal (die Bestellung von »Tränengasbomben« und »Gummigeschossen«, die sicher nicht zur »Sicherung der Produktionseinrichtungen«, sondern zur Aufstandsbekämpfung gedacht waren) kam u.a. deshalb nicht zustande, weil »der Preis zu hoch war«. Seitdem prozessiert ein nigerianischer Waffenhändler gegen Shell wegen Nichterfüllung des Kaufvertrages. Schließlich kommt in diesem Film auch der ehemalige Umweltchef von Shell-Nigeria, Bopp von Dessel, zu Wort, der von 1992 bis 1994 vor Ort gearbeitet und immer wieder die »von Korrosion zerfressenen Pipelines« und die »unsachgemäße Verklappung von Öl und Produktionsabfällen« angeprangert hatte: »Jedes Shell-Gelände und alle Shell-Terminals, die ich gesehen habe, waren verunreinigt.« Doch der Konzern reagierte auf van Dessels Untersuchungsberichte nicht, weshalb der Umweltexperte schließlich die Kündigung einreichte, weil er seine Arbeit für Shell in Nigeria »nicht mehr verantworten« mochte.

Shell-Sprecher Winzenried hatte auch gegen diesen Film schon unmittelbar nach seiner Ausstrahlung im Mai beim Intendanten des ZDF protestiert. Der übliche Vorwurf: »Unausgewogenheit«. Der Leiter der ZDF-Auslandsredaktion, Joachim Holz, rechnete Winzenried daraufhin vor, daß der Chef von Shell-Nigeria, Brian Anderson, in der Dokumentation »24 Mal zu Wort gekommen ist«. Pech für Shell, daß die britischen Journalisten - anders als die deutschen PR-Schreiberlinge - ihr Handwerk verstanden und Anderson vor laufender Kamera dazu zwangen, viele Kritikpunkte, zum Beispiel die Waffenkäufe, einzugestehen. Das ZDF ließ sich von Shells Drohgebärden nicht einschüchtern und wiederholte den Film im Juli.

Menschenrechte als PR-Gag

Um den zum Jahrestag der Hinrichtungen angekündigten internationalen Boykott-Aktionen gegen Shell öffentlichkeitswirksam zu begegnen, lancierte die Londoner Konzernzentrale zwei Tage vorher die Nachricht, sie erwäge die »Aufnahme einer Menschenrechtsklausel in die Unternehmensstatuten«. Die Absichtserklärung wurde von »FAZ« bis »Taz« begierig aufgegriffen und verbreitet. Wole Soyinka meinte dazu bei seinem Auftritt in Köln: »Shell muß zunächst einmal erklären, warum der Konzern schon wenige Tage nach dem Mord an Ken Saro-Wiwa und den acht anderen bereit war, mit dem nigerianischen Regime ein Investitionsprojekt für die Verflüssigung von Gas in Milliardenhöhe zu vereinbaren. An dem Geld, das Shell in Nigeria investiert, klebt Blut ... Ich glaube den Erklärungen der PR-Experten von Shell zum Thema Menschenrechte nicht. Für mich zählen nur die Fakten.« Und zu den Fakten gehört eine Meldung aus der nigerianischen Tageszeitung »The Guardian«, wonach sich Shell-Nigeria und der neue Militärgouverneur von River State, Musa Shehu, darauf verständigt haben, Anfang 1997 die Ölförderung im Ogoniland wieder aufzunehmen (Anfangsmenge: 20.000 Barrel pro Tag). Shell-Sprecher Winzenried dazu: »Das ist weder gewollt noch technisch möglich.« Shell werde, wie bereits mehrfach verkündet, erst dann seine Produktion dort wieder aufnehmen, »wenn alle relevanten Vertreter der

Ogoni dem zugestimmt haben«. Wer's glaubt, wird vielleicht von Shell zur nächsten PR-Fahrt nach Nigeria eingeladen.

Karl Rössel ist Mitarbeiter des Rheinischen JournalistInnenbüros in Köln

Konkret 01/97, S. 35

Justus Wertmüller

»Satanische Elemente«

Gemeinsam gegen die »Erzfeinde USA und Israel«: Der deutsch-iranische Streit ist vorerst beigelegt

Wer Vertreter der Bundesanwaltschaft bedrohe, müsse wissen, daß dies eine »Kampfansage an das ganze deutsche Volk« sei, meinte Otto Schily (»SZ«, 22.11.96), der immerhin weiß, wovon er redet. In den 70er Jahren, als er in seiner Funktion als Verteidiger von Angeklagten aus der RAF diesen Herren ganz legal etwas entgegenzusetzen versuchte, hatte das ganze westdeutsche Volk dieses als Kampfansage verstanden. In Treue fest stand es hinter seinen Bundesanwälten und wünschte den Terroristen samt ihren Terroranwälten, auf der Flucht erschossen werden wurden.

Bundesdeutschen Verfolgungsbeamten war von iranischen Offiziellen und eigens zum Demotermin vor der deutschen Botschaft in Teheran einbestelltem Protestvolk bescheinigt worden, sie seien Neonazis, hätten die einzig wahre Religion mitsamt ihren Führern beleidigt und seien daher des Todes würdig. Angesichts derart »antideutscher Demonstrationen« (»FAZ«) schlossen sich die politischen Karikaturisten dem kritischer Juristen Schily an. Sie, die in den letzten Jahren dem serbischen Untermenschen ihr ganzes Augenmerk gewidmet hatten, erinnerten sich Ende November einer früheren Phase ihres Kampfes um Humanismus, einer Zeit, als Arafat noch nicht der Freiheits- und Friedenskämpfer war, zu dem er heute avanciert ist. In der »SZ« trägt ein redlicher Kinkel ein Friedensfederchen im Mund, sein beturbantes Gegenüber dagegen ein furchteinflößendes Krummschwert zwischen den Zähnen. In der »FAZ« zeichnete F. Behrendt den Mullah so, wie er es an »dem« Serben bis zur Perfektion geübt hatte. Mit der MP um den Hals, beäugt er fanatischen Blicks einen sehr kleinen Kinkel, der mit einem »Dialog« betitelten Schriftstück unterm Arm auf seiner ausgestreckten Hand steht, an deren kleinem Finger die unvermeidliche Handgranate baumelt.

Die linken Freunde des Islam können angesichts solcher Bilder aufatmen, das gespenstische deutsch-islamische Zwischenspiel, das ihnen das Weltbild getrübt hatte, scheint vorbei zu sein. Der Imperialist ist wieder einer aus dem Westen, der die Unterdrückten aus dem Trikont, Nichtchristen zumal, in rassistischer Verzerrung zu den eigentlichen Urhebern von Terror und Unrecht umlügt. Doch die Schilys, Behrendts und andere, die sich eifernd zu Wort meldeten, sind nur die deutsche Entsprechung der Botschaftsproteste in Teheran: abrufbare Propagandisten von Volkes Stimmung, deren fundamentalistisches Geschrei nur den Theaterdonner für eine freundschaftliche Übereinkunft abgab. Auf dem Höhepunkt des deutsch-iranischen Streits hat der Botschafter des Iran in Bonn, Seyed Hosein Mousavian, der Bundesregierung eine Botschaft zukommen lassen: »Die von den Staatsanwälten erhobenen Vorwürfe gegen unsere Regierungsvertreter und unsere religiösen Führer sind beleidigend und verletzen die iranischen Muslime ... Wir erwarten eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung. Sie muß ihre Position gegenüber dem Islam, dem religiösen Führer und der Regierung eindeutig klarstellen« (»SZ«, 21.11.). Der Bundeskanzler reagierte prompt und schrieb dem iranischen Präsidenten einen Brief: »Im Kampf gegen den Terrorismus sind unsere Gerichte um rückhaltlose Aufklärung bemüht. Sowohl der Bundesregierung als auch der deutschen Justiz liegt es völlig fern, die religiösen Gefühle Ihres Volkes und seiner geistlichen Führung zu verletzen.« Und zur Beruhigung: Beim Mykonos-Prozeß handele es sich »nicht um einen >politischen(Prozeß«.

Rafsandschani verstand sofort: »Es gibt keinen Zweifel daran, daß Iran und Deutschland entschlossen sind, die freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg gepflegt haben ... Wir haben keine harten Beweise dafür, daß die deutsche Regierung dem Gericht beipflichtet; es gibt im Gegenteil klare Anzeichen dafür, daß der größte Teil der deutschen Regierung nicht für eine Belastung der Beziehungen durch die Vorgehensweise des Gerichts ist.« Deutschland soll sich nicht von »satanischen Elementen« dazu treiben lassen, »die Angelegenheit außer Kontrolle der Regierungen in Bonn und Teheran geraten zu lassen«. Was satanische Elemente sind, hatte zuvor schon Ayatollah Chamenei mitgeteilt: »Die Erzfeinde sind die USA und Israel. Wo immer Zeichen der Feindschaft entstehen, rühren sie von diesen beiden Feinden her. Wer immer sonst diese Arena betritt, ist als zweitrangig und peripher zu betrachten.«

Gemeinsames Ressentiment läßt Verständnis für Sachzwänge aufkommen. Auch die iranische Führung weiß, daß der Berliner Mykonos-Prozeß allein deswegen über die zunächst intendierte Verurteilung der unmittelbaren Täter hinausgeht, weil internationaler Druck keinen Ausweg mehr zuließ. Von den USA wegen ihrer innigen Bindungen zum Iran systematisch denunziert, muß die Bundesregierung einer Wahrheitsfindung freien Lauf lassen, die die iranische Führungsspitze als eigentlichen Auftraggeber in die Ermittlungen einbezieht. Wie gerne hätte man den Kampf gegen den Terrorismus auf die Gegner beschränkt, die man sich selber ausgesucht hat, allein, die »satanischen Mächte« waren diesmal noch übermächtig.

Iran wie BRD reagieren empfindlich, wenn ihr Heiligstes unter Beschuß gerät. Den einen ist es ihr Rechtsstaat samt dazugehörigem Personal, den anderen ihre Religion. Das deutsche Ayatollahsystem spricht durch sein Bundesverfassungsgericht, das immer schon viel Verständnis für »religiöse Gefühle« hatte. In Fragen der Staatssicherheit legen der Generalbundesanwalt und seine Bundesanwälte den Unterschied zwischen einer echten deutschen Staatsfeindin (Hogefeld, lebenslänglich) und einer irregeleiteten palästinensischen Freiheitskämpferin (12 Jahre) fest. Im Iran ertönt die

völkische Wahrheit weniger sachlich beim Freitagsgebet. Die Oberpriester sind hüben wie drüben sakrosant, sie anzugreifen ist eine Kampfansage an »das ganze deutsche Volk« oder eben an »die religiösen Gefühle der Iraner«. Man einigt sich augenzwinkernd in gegenseitiger Anerkennung der sich nicht immer vollständig deckenden nationalen Wahnvorstellungen. Deren tiefere Intention, die Aufrechterhaltung einer echten, widerspruchsfreien Volksherrschaft einigt beide Systeme. Immerhin hat Kohl durchblicken lassen, daß er die »Unabhängigkeit der Justiz« unter gegebenen Umständen zu bedauern bereit ist. Im übrigen zeigt man Verständnis für eine gewisse Emotionalität und Gereiztheit der Gläubigen, wenn ihre Führer für die Zwangslage echter Freunde Verständnis aufbringen.

Konkret 01/97, S. 36

Jürgen Elsässer

Die Mafia von Srebrenica

Überlebende aus Srebrenica beschuldigen eine Bande moslemischer Politgangster schwerer Verbrechen während der Belagerung - und zahlreicher Exekutionen auf der Flucht vor den serbischen Truppen

Ende November fällte das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag sein erstes Urteil: Drazen Erdemovic, ein Soldat der bosnoserbischen Armee, muß zehn Jahre ins Gefängnis, weil er an Massenexekutionen nach der Eroberung von Srebrenica beteiligt war. Strafmildernd wurde ihm angerechnet, daß er seine Beteiligung an den Morden zugegeben und »zugleich den Mut gehabt hatte, den früheren Serbenführer Radovan Karadzic und dessen inzwischen entlassenen Armeechef Ratko Mladic schwer zu belasten«, wie UN-Ankläger Mark Harmon anerkennend bemerkte. Damit sind die Ereignisse von Srebrenica, »Europas schlimmste Kriegsverbrechen seit dem Zweiten Weltkrieg« (»Spiegel« 15/96), wohl aufgeklärt.

Sind sie das wirklich? Der von serbischer Seite vorgebrachte Einwand, Erdemovic sei als Kroate unglaubwürdig, soll bei der Prüfung dieser Frage unberücksichtigt bleiben. Unabhängig davon müßte ein Urteil auch durch materielle Beweisstücke fundiert sein, vor allem, nachdem im Oktober aufgeflogen war, daß ein anderer Zeuge der Anklage in Den Haag, Dragan Opacic, von den moslemischen Behörden unter Androhung des Todes zur Falschaussage gegen den Serben Dusan Tadic genötigt worden war. Aber was materielle Beweise betrifft, gibt es bei Drazen Erdemovic im besonderen und im Falle Srebrenica im allgemeinen einige Ungereimtheiten. So gibt der Zeuge an, am 16. Juli 1995 auf einem Feld in Pilica in der Nähe des Gehöftes Branjevo zusammen mit anderen Angehörigen seiner Einheit von etwa zehn Uhr morgens bis zum Nachmittag Muslime in Gruppen von jeweils zehn Mann erschossen zu haben. Allein an diesem Tag seien, so Erdemovic, »eintausend bis eintausendzweihundert« Menschen exekutiert worden. Insgesamt, so vermeldet AFP am 10. September unter Berufung auf »Expertenschätzungen«, seien dort »bis zu 1700 Moslems verscharrt«.

Einen Tag nach dem von Erdemovic behaupteten Massaker überflog ein US-amerikanisches Spionageflugzeug die Gegend: »Der Vergleich mit älteren Fotos und die Berechnung anhand unterschiedlicher Aufnahmewinkel liefern eine präzise Bestandsaufnahme aller Veränderungen am abgebildeten Ort. Was die Experten auf diese Weise herausfanden, ist einzigartig: Das Luftbild von der Landwirtschaftsgenossenschaft Branjevo zeigt mehr als nur die Spur eines Kriegsverbrechens, es zeigt das Kriegsverbrechen selbst«, resümierte der »Spiegel« bereits im April 96. Obwohl also die Erschießungen über Zeugenaussagen und Luftbilder »einzigartig« (»Spiegel«) dokumentiert sind, kamen die Exhumierungsarbeiten kaum voran: »Bisher fanden die Ermittler erst 153 Leichen in Massengräbern«, faßte AP mehr als ein halbes Jahr später, am 19. November, zusammen; kurz zuvor waren die Grabungen in Branjevo vorläufig abgeschlossen worden.

Daß die Suche nicht durch serbische Widerstände behindert wird, macht eine AFP-Meldung vom 17. September deutlich: »Wissenschaftler der bosnischen Regierung und der bosnischen Serben haben am Dienstag damit begonnen, gemeinsam die Überreste Hunderter Leichen aus Gräbern nordwestlich von Srebrenica zu bergen. >Gestern haben wir noch gegeneinander gekämpft, heute arbeiten wir Seite an Seite<, sagte der Leiter der moslemischen Expertenkommission für die Rückkehr von Kriegsgefangenen und vermißten Personen, Amor Masovic. Er kritisierte, daß sich die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Friedenstruppe Ifor an den Arbeiten nicht beteiligt. >Die internationale Gemeinschaft war verantwortlich, als diese Leute getötet wurden, und jetzt will sie nicht helfen<, sagte Masovic.«

Warum diese Zurückhaltung der Ifor und der Den Haager Ermittler bei der Exhumierung? Fehlen ihnen die Luftaufnahmen, die eine genaue Lokalisierung der Massengräber ermöglichen? Oder wird nur selektiv gegraben, weil die ganze Wahrheit nicht ans Licht kommen soll?

Aufschluß über diese Fragen bietet eine Debatte in den großen muslimischen Zeitungen Bosniens, die vor allem im August geführt wurde und von den internationalen Medien vollständig ignoriert worden ist. Dabei standen sich im wesentlichen zwei Parteien gegenüber: Die derzeit in Sarajevo regierende Clique um Präsident Izetbegovic, seinen Vize Ejup Ganic und den Kommandanten des Generalstabs der Armee, Rasim Delic, hatte ihr Sprachrohr in der Wochenzeitung »Ljiljan«. Ihren Gegenstandpunkt konnte die bis zum Juli 1995 in Srebrenica tonangebende Clique um den Armeekommandanten der Stadt, Naser Oric, und seine Offiziere mit Hilfe des bosnischen Ex-Generalstabschefs Sefer Halilovic in der Tageszeitung »Oslobodjene« verdeutlichen. Ein unabhängiges Interesse an der Aufklärung haben die Organisationen der Überlebenden und Flüchtlinge (denen der oben erwähnte Regierungsvertreter Masovic zuzurechnen ist) und Ibran Mustafic, der bis zum Fall der Enklave Vorsitzender der Regierungspartei SDA in Srebrenica war und dort der Gruppe um Orie in die Quere gekommen ist.

Zunächst stand der Armeekommandant von Srebrenica im Zentrum der Kritik. »Zeugen behaupten, daß die Leute von Naser Oric hinter 19 Attentaten stehen«, die bereits vor dem Einmarsch der Serben verübt worden seien, hieß es in »Ljiljan«. Diese Gruppe habe auch gemordet, als nach dem Einmarsch der Serben die Moslems aus der Stadt flohen: »Über

die Morde darf man auch heute noch nicht sprechen. Einige radikalere Kenner der militärischen und politischen Verhältnisse in Srebrenica wagen es zu behaupten, daß >Zeugen< sogar liquidiert worden sind, als sich das Hauptkontingent aus Srebrenica herausgekämpft hat. Während dieses Durchbruchs auf freies Territorium wurde auf dem Gebiet von Baljkoviei Azem Bajramovic, ein Präsidiumsmitglied der (regierenden Moslempartei; J.E.) SDA getötet. Sein Tod wird als Beispiel angeführt, wie man Zeugen aus Srebrenica zum Schweigen bringt«, schrieb »Ljiljan« weiter. Dies deckt sich mit Aussagen von Flüchtlingen aus Srebrenica, die in der Zeitung »Oslobedjenje« wiedergegeben wurden: »Deshalb beschuldigen die Vertriebenen die Führung, für das Verschwinden oder den Tod vieler verantwortlich zu sein, die sich mit den Kämpfern auf freies Territorium zurückgezogen haben.«

Die präzisesten Angaben kommen von Ibran Mustafic, dem SDA-Vorsitzenden von Srebrenica. In einem Interview mit dem muslimischen Polizeikreisen nahestehenden Magazin »Slobodna Bosna« berichtete er von seiner Flucht aus der Stadt und der Gefangennahme durch die Serben. »Persönlich glaube ich, daß die Mehrzahl der Menschen, die sich (den Serben) ergeben haben, am Leben ist«, meinte Mustafic. An anderer Stelle präzisierte er: »Ich habe von Leuten, die der kroatischen Staatssicherheit nahe stehen und Kontakte zu den Serben haben, gehört, daß sich an verschiedenen Orten noch 5.600 Überlebende aus Srebrenica befinden.« Mustafic hält die gängige These von der tausendfachen Mordlust der serbischen Eroberer für nicht plausibel, weil diese sogar ihn, den prominentesten Aktivisten der Moslempartei in der Enklave, wieder freigelassen hatten.

Scharf ging Mustafic mit einer »privilegierten Mannschaft« unter den Moslems ins Gericht (an anderer Stelle spricht er von »einer hartgesottenen Gruppe von Mafiosi«), die für die Opfer beim Abzug einer Flüchtlingskolonne nach dem Fall der Enklave verantwortlich sei. Sie wollte »die Menschen, die ihnen folgen wollten, möglichst stark verwirren. Die Kolonne wurde unterbrochen, und die Menschen haben den Kopf verloren. Ich habe mit vielen Menschen gesprochen, die gesund aus Srebrenica herausgekommen sind und nicht dieser Mannschaft angehört haben, und als die mir erzählten, was sich alles auf diesem Weg ereignet hat, war ich fassungslos. Ich darf gar nicht daran denken und kann erst recht nicht darüber sprechen. Das sind furchtbare Dinge.«

In »Ljiljan« bezeugen ehemalige Bewohner Srebrenicas, wie die Mafia um Naser Oric nach 1992 die Macht in der Stadt an sich gerissen hatte. Sie habe humanitäre Hilfslieferungen unter ihre Kontrolle gebracht und auf dem schwarzen Markt zu Höchstprofiten verkauft, während die Bevölkerung hungerte. Mustafic über die Zeit der Belagerung: »In Srebrenica konnte man auf dem Markt immer jeden Artikel kaufen. Selten hat etwas gefehlt. Die einzige Nachschubquelle war die humanitäre Hilfe. Denn es ist nie ein kommerzieller Konvoi nach Srebrenica gelangt. Es hat auch Kontakte über die Frontlinien hinweg gegeben, aber sobald die offizielle Führung davon Wind bekommen hat, daß jemand etwas zu einem geringeren Preis kaufen konnte, wurde sofort interveniert, denn man hat mit aller Macht versucht, das Monopol auf dem Markt in Srebrenica zu halten und die einzige Versorgungsquelle zu sein.«

Nachdem die Kritik an Naser Oric Anfang August sogar das Parlament in Sarajevo beschäftigt hatte - wie zu erwarten bei völligem Desinteresse der westlichen Medien -, veröffentlichte die Tageszeitung »Oslobodjene« Ende August eine Art Rechtfertigung des Beschuldigten, die sich allerdings für unvoreingenommene Beobachter eher wie das Gegenteil liest. So bezeichnet er Ibran Mustafic als »Fünfte Kolonne« - er habe »das Volk verraten und verlassen«. Er selber hingegen habe im Mai 1992 »zuerst die Tschetnik-Dörfer gesäubert, und dann haben wir die Stadt angegriffen und haben sie erobert«. Bei der genannten »Säuberung« des Umlandes von Srebrenica sind nach serbischen Angaben über tausend Menschen ermordet worden; die serbischen Behörden haben eine detaillierte Liste dem Haager Tribunal übergeben, das bisher jedoch keine Anstalten unternommen hat, nach diesen Leichen zu forschen, geschweige denn Ermittlungen gegen Orie aufzunehmen.

Besonders interessant ist Orics Schilderung des Falls der Enklave, da diese sich mit der seines mittlerweile untergetauchten Widersachers Mustafic deckt. Der hatte behauptet, »der Verrat Srebrenicas« sei »bewußt vorbereitet worden«. Und weiter: »Leider sind an diesem schmutzigen Geschäft das Staatspräsidium Bosnien-Herzegowinas und der Generalstab direkt beteiligt gewesen. « Orie wehrt sich nun gegen Mustafics Anschuldigung, er sei Teil dieses »schmutzigen Geschäfts« gewesen, indem er Details aufdeckt, wie die Staats- und Armeeführung auch ihn ausgetrickst hat:

 Im April 1995 wurden er und 15 seiner besten Offiziere vom Generalstab aus Srebrenica abgezogen, so daß die Stadt ohne militärische Führung gewesen sei. Dieser Befehl sei um so unverständlicher gewesen, weil zu diesem Zeitpunkt langwierige Vorbereitungen zum Durchbruch des serbischen Belagerungsringes abgeschlossen waren. »Wir waren bereit zum Durchbruch«, empörte sich Oric. Seine Angaben wurden von fünf hohen Offizieren in einer Stellungnahme im Magazin »Slobodna Bosna« (25. August) bestätigt.

 Am 15. Juni 1995 wurde dann der führungslosen Streitmacht in Srebrenica anstelle des schon ausgearbeiteten Planes zur Entblockierung der Stadt ein militärisch völlig idiotischer Ersatzbefehl gegeben: »Aus den >Schutzzonen(heraus Angriffe auf die Tschetniks vorzunehmen, Freischärleraktionen, was wiederum den Tschetniks als Rechtfertigung für den Angriff auf Srebrenica und Zepa dient« (Halilovic). Wieso aber sollte die politisch-militärische Spitze der Muslime ein Interesse daran haben, die Serben aus einer militärisch kaum noch geschützten Stadt heraus bis aufs Blut zu provozieren und damit zur Eroberung der Enklave regelrecht aufzufordern? Orie verweist auf das militärische Kalkül, demzufolge die Führung

alle Kräfte auf Sarajevo habe konzentrieren wollen, um zunächst den Durchbruch gegen die Serben zu erreichen; deswegen habe man Srebrenica geschwächt.

Das weiterführende politische Kalkül kommt einem Schlagetot wie Orie gar nicht in den Sinn. So hat Izetbegovics Vize Ejup Ganic triumphierend festgestellt: »Die Knochen der Menschen von Srebrenica sind das Fundament unseres Staates.« Das heißt: Man hat, ähnlich wie in Gorazde 1994, darauf spekuliert, daß die aus der vermeintlichen Schutzzone heraus gereizten Serben mit Aktionen reagieren, die via CNN einen Meinungsumschwung in der westlichen Welt, letztlich eine Nato-Intervention bewirken würden. Hinzu kam, daß sich Armeechef Mladic durch den Köder Srebrenica dazu verleiten ließ, Truppen aus Westbosnien nach Ostbosnien zu verlegen. Dadurch wurden Stellungen im westbosnischen Hinterland von Knin und in der Gegend von Bihac militärisch entblößt - genau dort führten die Kroaten drei Wochen später ihren entscheidenden Schlag gegen die Krajina, den ersten der vielen Blitzsiege über die Serben im Sommer und Herbst 1995.

So löst sich das Geheimnis, warum die US-Amerikaner ihre Satellitenbilder, die das Morden in Srebrenica angeblich so minutiös dokumentieren, bisher weitgehend unter Verschluß halten, mit der Folge, daß die Exhumierung der Leichen kaum vom Fleck kommt: Eine fotografische Chronologie der Abläufe würde aller Welt zeigen, daß moslemische Killertrupps im Juni 1995 in der Gegend von Srebrenica Angst und Schrecken verbreitet und so eine serbische Offensive herausgefordert haben - und daß es nach der Eroberung der Stadt nicht nur zu Greueltaten von Serben an Moslems, sondern auch von Moslems an Moslems gekommen ist.

Quelle: Die bosnische Presse wird regelmäßig von der Agentur Balkan Press, München, ins Deutsche übersetzt.

Konkret 01/97, S. 38

Gerhard Scheit

Wie es dazu kam

Ernst Lohoffs Buch Ober den Jugoslawienkrieg bietet eine theoretisch fundierte Analyse des Krieges im Zeitalter implodierender Nationalökonomien

Während die einen vom Ausbruch animalischer Instinkte schwatzen, die anderen über die Serben als die neuen Nazis schwadronieren und der Rest sich mit der Kritik der westlichen Berichterstattung begnügt, versucht Ernst Lohoff in seinem Buch über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, was fortgeschrittene Akademiker als »große Erzählung« belächeln: historisch zu erklären, wie es dazu kam.

Die Durchsetzung der Warenproduktion, deren Motor in Westeuropa angeworfen wurde, zeitigte auch in Südeuropa die »Erfindung der Nation«. Als Transmissionsriemen fungierten im 19. Jahrhundert die westlich gebildeten Intellektuellen: Sie waren, wie überall, die Avantgarde des Nationalismus. Ihre Vorgänger - die Priester der beiden christlichen Kirchen - hatten den Boden freilich schon bereitet: für dieselbe Sprache wurden im griechisch-orthodoxen Einflußgebiet kyrillische Zeichen, im katholischen lateinische verwendet; mit der Alphabetisierung konnte dieser Gegensatz zwischen »Serbisch« und »Kroatisch« verallgemeinert werden und »ethnische«, »nationale« Bedeutung gewinnen. Hatte sich aber »aus der Eigendynamik des Akkumulationsprozesses so etwas wie eine homogene jugoslawische Volkswirtschaft herausgebildet, so wäre der Gegensatz von Serben und Kroaten ebenso zum folkloristischen Accessoire abgeschliffen worden wie die Feindschaft von Bayern und Preußen hierzulande ... « Doch zum gesamtjugoslawischen Take off kam es nicht (mehr); 80 Prozent der Bevölkerung blieben bis 1945 in der Landwirtschaft beschäftigt, und die Mehrheit verharrte in Subsistenzverhältnissen.

Erst den Kommunisten gelang es, zur wirklich hegemonialen Kraft des Landes zu werden: Im Partisanenkrieg wuchs die kleine Splittergruppe zu einer Massenorganisation heran, die schließlich nach dem Krieg imstande war, das Projekt einer nachholenden Modernisierung einzuleiten. »Die kulthafte, in vielerlei Hinsicht monarchisch anmutende Verehrung, die dem Staatsgründer zuteil wurde«, spielte bei der Herausbildung des gesamtjugoslawischen Bewußtseins eine entscheidende und vorwärtstreibende Rolle. »Wie in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert der Treueschwur gegenüber den absolutistischen Herrschern und die Identifikation mit dem französischen Staatswesen zusammenfielen, ebenso bedeutet der Glaube an den Volkskönig Tito über alle sozialen und regionalen Grenzen hinweg das Bekenntnis zu einem Jugoslawien aller Jugoslawen.« Der Vergleich sitzt - nicht jedoch der andere, den Lohoff in den Anmerkungen bietet: Hier werden in der illustren Runde neuzeitlicher »Massenmörder, Inquisitoren, Giftmischer und Kriegsverbrecher« - Ahnengalerie der Demokratie - Stalin, Robbespierre und Hitler versammelt sowie Tito, um diesen »noch als eine der angenehmeren Gestalten« abzuheben. Diese Fußnote zeigt die Achillesferse jenes wertkritischen Ansatzes der »Krisis«-Gruppe (Robert Kurz, Norbert Trenkle u.a.), dem sich auch Lohoff verpflichtet weiß und der gewiß den wichtigsten Beitrag zur Diskussion der Marxschen Theorie in den letzten Jahren darstellt: Es ist die Konstruktion absoluter Notwendigkeit; in ihrem Bannkreis erscheint der Gang der Geschichte vollständig diktiert.

Tatsächlich kann die Logik der Warengesellschaft aus jeder Entwicklung der Moderne deduziert werden; aber sie diktiert die Moderne nicht wie einen Text, sondern läßt, ja schafft in gewisser Weise erst Handlungsspielräume - etwa jenen, in dem sich ein Individuum oder die Bevölkerung eines Staates in der Frage der nachholenden Modernisierung zwischen »kommunistischer«, faschistischer und nationalsozialistischer Variante entscheiden konnte. Dieser Einwand ist nicht mit dem allseits beliebten »Ökonomismus«-Vorwurf zu verwechseln; zu kritisieren ist jedoch eine Verkürzung, die immer wieder zu Gleichsetzungen führt: Im Angesicht der Warenform erscheinen alle Gesellschaften gleich schlecht - und von dieser Demokratisierung des Bösen profitieren naturgemäß die deutsche und die österreichische am meisten. Ein signifikantes Beispiel dafür ist das Verhältnis, das Lohoff zwischen der deutschen Invasion in Jugoslawien von 1941 und der jugoslawischen Außenverschuldung der 80er Jahre herstellt: »Die Umstände waren diesmal weit undramatischer, die Folgen aber nicht weniger verheerend.« Mehr als eine Million Tote und die systematische Vernichtung der Juden auf dem eroberten Territorium waren die Folge der deutschen Invasion in Jugoslawien. Das macht sie für solche Gleichungen ungeeignet.

Und Lohoff selbst widerruft seine Parallele im bestechendsten, letzten Teil des Buches, worin so etwas wie eine Theorie des Krieges entworfen wird: »Wer sich an den historischen Gehalt eines Krieges herantasten will, kommt ... nicht umhin, ihn auch als eine Form gesellschaftlicher Reproduktion zu verstehen... Für die modernen Kriege ... war eine beständig erweiterte innere Mobilisierung charakteristisch ... Die Kriegsanstrengungen hatten für gewöhnlich nicht nur eine rasante Effizienzsteigerung in Verwaltung und Wirtschaft zur Folge, sondern brachen einer grundlegenden Tendenz zur gesellschaftlichen Homogenisierung Bahn. « All diese Momente fehlen aber im Falle der bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, die darum viel eher an die Kriege der Frühen Moderne mit ihren Marodeuren und Warlords erinnern. Dabei begnügt sich Lohoff nicht mit einem originellen geschichtsphilophischen Aperqu á la Robert Menasse, es gelingt ihm, die Wiederkehr des Archaischen aus den Bedingungen der Modernisierung abzuleiten. So habe der einstmals

vieldiskutierte Selbstverwaltungs-Sozialismus, den Jugoslawien nach der Ablösung von der Sowjetunion praktizierte, letzlich das Ungleichgewicht und die Polarisierung zwischen den Teilrepubliken befördert: »Die plünderungsökonomische Dynamik nahm hier einen besonderen Gang, weil sie unmittelbar aus der Fortsetzung innerjugoslawischer Verteilungskämpfe erwuchs und an die in diesem Zusammenhang jahrzehntelang reproduzierten Ressentiments anknüpfen konnte. ... Damit kehren unter vollkommen anderen historischen Bedingungen die Verhältnisse wieder, die vor Beginn des Siegeszugs der Warenproduktion herrschten. Wie schon im frühen Mittelalter gibt es auf dem Balkan keine qualitativ bestimmbare Grenze zwischen kriegerischen Aktionen und purer Plünderung.«

Modern an der jugoslawischen Plünderungskriegswirtschaft ist vor allem ihre Integration ins heutige Weltmarkt-System, auf die Lohoff aufmerksam macht, indem er die Kanäle des Waffenhandels beleuchtet oder etwa darauf hinweist, daß die D-Mark selbst in Serbien zur monetären Grundlage des gesamten schwarzen Sektors und des Waffenhandels geworden ist: »Die dunklen Geldkreisläufe, die den jugoslawischen Bürgerkrieg in Gang halten, bilden ein transnationales Netz und speisen sich letztlich allemal aus westlichen Quellen.« Eben dies konserviere die Plünderungsökonomie.

Bei der derzeitigen Faktenlage bleibt ein gewisser spekulativer Zug solcher Überlegungen unaufhebbar. Dies betrifft insbesondere die Einschätzung der unmittelbaren Gegenwart. Im Gegensatz zu jenen Erklärungsansätzen, die davon ausgehen, daß es »dern Kapital« bzw. den reichen kapitalistischen Ländern in Jugoslawien gelungen sei, eine ehemals sozialistisch verfaßte Gesellschaft »in Wert zu setzen«, beurteilt Lohoff die derzeitige Lage eher als ein Zwischenstadium, dem neue Kriege folgen können; einem Land wie Deutschland diene dieses Stadium weniger zu Investitionen als dazu, die lästigen Flüchtlinge wieder loszuwerden. Wie immer man die Prognosen der letzten Seiten beurteilen und wie sehr man die mangelhafte Faktenlage auch beklagen mag: Ernst Lohoff hat nicht nur das wichtigste Buch über den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien geschrieben, er hat die erste theoretisch fundierte Analyse des Krieges im Zeitalter implodierender Nationalökonomien vorgelegt.

Ernst Lohoff: *Der dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung*. Horlemann Verlag, edition krisis, Bad Honeff 1996, 190 Seiten, 24 Mark

Konkret 01/97, S. 39

Christian Eggers

Muß Kuba dran glauben? Peppone trifft Don Camillo

Fidel Castro beim Papst - ist es möglich, zu diesem Ereignis unterschiedlicher Meinung zu sein? Es ist

Da ging vielleicht ein verdrängter Kindheitstraum in Erfüllung. Fidel 3 Castro war zum Gipfel der Welternährungsorganisation FAO nach Rom gereist - und wurde am 19. November in der Heiligen Stadt vom Papst himself empfangen. Noch schöner: Castros lang gehegten Wunsch, Johannes Paul II. möge doch auch mal Kuba besuchen, nahm der Pontifex Maximus positiv auf. Schon im kommenden Jahr möchte er das Rollfeld in Havanna küssen.

»Eure Heiligkeit, es ist eine große Ehre für mich«, sagte Castro zur Begrüßung des Papstes. Und Seine Heiligkeit antwortete: »Willkommen. Danke für Ihren Besuch.« Die ansonsten für ihn obligatorische Uniform der Revolutionären Streitkräfte hatte der Chef der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) anläßlich des Treffens mit Seiner Heiligkeit gegen einen dunklen Anzug getauscht, meldete später das Zentralorgan der Partei, »Granma«. Und die Schweizer Garde habe anläßlich dieses »historischen Treffens« für Castro sogar die Gewehre präsentiert. Das Gespräch war »kurz« (»FAZ«) bzw. »ungewöhnlich lang« (»Hamburger Abendblatt«), und Castro bezeichnete es hinterher als »außerordentliches Ereignis« und war »sehr glücklich«.

Über den Inhalt der Unterhaltung zwischen Seiner Heiligkeit und dem kubanischen Staatschef zeigte sich die »FAZ« unter Berufung auf »vatikanische Politiker« bestens informiert. »Vor allem wollte Johannes Paul II. wissen, wie es denn nun in Zukunft weitergehen soll auf Kuba. Da fanden die beiden Machterprobten auch sofort einen gemeinsamen Nenner, der gar nicht so klein schien. Denn im Vatikan und bei nicht wenigen amerikanischen Bischöfen gilt die Warnung: Kuba dürfe nicht wieder das >Bordell der Vereinigten Staaten(werden. Da treffen sich die Sorgen. « Aber der Wunsch Castros, »die vatikanische Diplomatie möge sich in Washington für die Aufhebung des wirtschaftsschädigenden Handelsverbots einsetzen«, sei bei Seiner Heiligkeit auch auf Bedenken gestoßen. Für den Papst zähle nämlich nicht wenig, daß das amerikanische »Embargo« den »Sex-Tourismus zu den kubanischen Schönen« von der Insel »ziemlich ferngehalten« habe. Ein Aspekt, der mit der Realität ungefähr genauso viel zu tun hat, wie die Lehre von der Unbefleckten Empfängnis. »Aber um der Menschen willen« habe »der Papst schlecht nein sagen« können zu Castros Anliegen.

Die Verweigerung einer Kritik der nordamerikanischen Blockade gegen Kuba durch den Papst wäre auch wenig plausibel gewesen. »In den vergangenen Wochen hatte der Vatikan schon mehrfach Schützenhilfe gegeben und die US-Sanktionen gegen Kuba kritisiert«, weiß die »Welt« zu berichten. »Es sei verwerflich, ganze Völker zu Opfern von Embargos zu machen, hatte der Papst höchstselbst zur Eröffnung des Welternährungsgipfels verkündet. «

Doch zurück zum Inhalt des T te á-têtes zwischen Don Camillo und Peppone. Der Pontifex Maximus habe dem Máximo Lider der kubanischen Kommunisten eindringlich vor Augen führen müssen, »daß die sozialistische Republik in der Karibik eine sanfte Loslösung von Fidels glorreicher Revolution benötige«, berichtet die »FAZ«. »Fidel Castro könne auf Kuba keine polnischen Verhältnisse wollen, ließ Johannes Paul Il. durchblicken. Nach einem so bedeutenden)Führer(dürfe nicht ein Vakuum entstehen. Deshalb müßten Staat und Kirche künftig zusammenarbeiten. Eine starke christlich-demokratische Partei etwa, orientiert an der katholischen Soziallehre, so hatten es Berater empfohlen, könne am besten das Erbe Fidel Castros bewahren. Ein umsichtiger Patriarch bestelle rechtzeitig sein Reich, das war die päpstliche Mahnung auf den Weg.« Und »Fidel Castro nahm sie an«, denn so »hartgesotten ist der kubanische Diktator, einst Zögling des Salesianer- und Jesuitenordens, in dieser Richtung auch nicht mehr. Das Alter fordert da seinen Tribut an Einsicht«, fabuliert der »FAZ«-Berichterstatter Heinz-Joachim Fischer und hofft, daß Castro und der Pontifex in ihrem Gespräch jenseits von Kapitalismus und Sozialismus »etwas Drittes« gefunden haben - »zum Besten Kubas«.

Der »Katholischen Nachrichten Agentur« (KNA) erklärte der kubanische Kommunistenchef zum Abschluß des Gesprächs mit Johannes Paul II.: »Heiligkeit, ich hoffe, Sie bald in Kuba sehen zu können. « Das wird was geben. Karol Wojtyla, »erzogen und befangen in einem erzkonservativen System von starren Dogmen« (»Spiegel«), darf sich auf einen Triumphzug freuen. Selbstverständlich wird er dabei nicht anstehen, die Blockade Kubas erneut zu verdammen. Schließlich kann er seine eigene Strategie der Zerschlagung des Sozialismus mit einigem Recht für effektiver halten als ökonomische Sanktionen. Der Mann, der »in den achtziger Jahren die polnische Gewerkschaftsbewegung >Solidarität< gegen das kommunistische Regime aus der Ferne in Rom lenkte« (»FAZ«), braucht auch nicht zu befürchten, auf der zu erwartenden Massenversammlung in Havanna oder einem anderen Ort Kubas bei seiner antikommunistischen Propaganda gestört zu werden, wie es ihm noch 1983 im von der FSLN regierten Nicaragua widerfuhr.

Dort, in der Hauptstadt Managua, sah sich der Papst damals laut »Neue Zürcher Zeitung« vom 12. März 83 »genötigt, schließlich im Schatten riesiger Bilder der Sandinisten-Häuptlinge (darunter des atheistischen Innenministers Tomas

Borge) und zum >bewaffneten Kampf< aufrufender Spruchbänder die Messe zu zelebrieren. Laut Vatikanquellen mußte Johannes Paul 11. dabei auf ein Kreuz verzichten und Manipulationen an den Lautverstärkern hinnehmen.« Außerdem mußte Seine Heiligkeit des öfteren »Silencio, Silencio« rufen, weil viele Sandisten es sich einfach nicht nehmen ließen, ihrem Protest gegen die Politik des Vatikans immer wieder lautstark Ausdruck zu verleihen. Karol Wojtyla war empört: So eine Respektlosigkeit war ihm noch nirgends begegnet.

Der Spaß ist in Kuba leider nicht zu erwarten. Sollte der Besuch des Papstes wirklich zustandekommen, wird er bestenfalls so ablaufen: Überall wo der Bischof von Rom auftritt, wird er von einer großen Menschenmenge begrüßt, und die Militanten der Partei und der Massenorganisationen werden brav dabei sein, artig Beifall klatschen sowie kraft ihrer bloßen Präsenz dafür sorgen, daß die kubanischen Katholiken in ihrer religiösen Verzückung nicht durchdrehen. Schlimmstenfalls geht letzteres schief. Auf jeden Fall aber wird Kuba allein durch die Anwesenheit des Statthalters Jesu Christi auf Erden die wohl größten öffentlichen konterrevolutionären Versammlungen seit 1959 erleben.

Die lateinamerikanischen Katholiken liegen dem Vatikan sehr am Herzen. Zielstrebig sorgte Karol Wojtyla seit Beginn seiner Amtszeit für die innerkirchliche Ausschaltung der ohnehin sehr wenigen Anhänger der »Theologie der Befreiung«, die da glaubten, sozialer Fortschritt und Katholizismus, Marxismus und Religion ließen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Und ebenso zielstrebig hievte der Wojtyla, wo er nur konnte, Mitglieder und Anhänger der rechtsradikalen katholischen Geheim-Sekte Opus Dei in einflußreiche Positionen der lateinamerikanischen Kirchenhierarchie. Der Bischof von Rom hat eben seine Favoriten. Nach Guatemala reiste er im Rahmen seiner Mittelamerika-Rundfahrt 1983 demonstrativ wenige Tage, nachdem dort drei Guerilleros hingerichtet worden waren. Und dem ehemaligen chilenischen Diktator Augusto Pinochet - sein alter Kamerad im Kreuzzug gegen den Kommunismus - ließ er zur Goldenen Hochzeit 1993 laut »Frankfurter Rundschau« ein »in Gold gefaßtes Geschenk« zukommen.

Den heiligen Herrn lassen die Sorgen und Nöte der Dritten Welt, insbesondere der überwiegend so armen wie katholischen Bevölkerung Lateinamerikas einfach nicht zur Ruhe kommen. Weil es sich schön anhört, appellierte er vollkommen ironiefest ausgerechnet in Peru an die Reichen: »Verdoppelt eure Anstrengungen zugunsten einer gerechteren Ordnung, die die Ungleichheit in der Güterverteilung korrigiert.« Immer wieder forderte Wojtyla während seiner diversen Süd- und Mittelamerika-Reisen die Armen des Subkontinents auf, um Gottes Willen nicht der Idee anzuhängen, eine sozialistische Revolution könnte vielleicht ihre soziale Lage verbessern.

Die Botschaft des Papstes ist so simpel wie klar: »Sagt nein zu einem Zusammenleben ohne Ehe, sagt nein zur Scheidung. Sagt nein zu der künstlichen Geburtenkontrolle und dem Verbrechen der Abtreibung, das unschuldiges menschliches Leben tötet. Sagt ja zu der dauerhaften Liebe der Ehe und zum Schutz des Lebens, ja zu der Stabilität der Familie.« Diese christliche Message sollen nun endlich auch die Kubanerinnen und Kubaner zu hören bekommen. Schließlich ist Kuba das einzige Land Lateinamerikas, das der Papst noch nicht mit seiner Anwesenheit beglückt hat. Da ist es hohe Zeit für eine Missionsreise. Zu lange schon leiden insbesondere die Frauen auf der Insel unter dem freien Zugang zu Schulen und Universitäten, unter dem unkomplizierten Scheidungsrecht, Geburtenkontrolle, Schwangerschaftsabbruch, freier medizinischer Versorgung, politischer Partizipation und all den anderen in Lateinamerika immer noch einmaligen sozialen Errungenschaften der Revolution.

Doch auch ohne Papstbesuch hat die katholische Kirche wie ihr protestantisches Pendant und die afro-kubanische Santeria seit einiger Zeit regen Zulauf auf der Insel. Die Kirchen sind seit einigen Jahren wieder voll, was allerdings nach Ansicht des Generalvikars von Havanna, Carlos Manuel de Céspedes, nichts mit der ökonomischen Krise des Landes zu tun hat. »Nein, es stimmt nicht, daß die Kirche erst wieder Zulauf hat, seitdem es wirtschaftlich scharf bergab geht«, wird der Mann im »Spiegel« zitiert. »Die Ausübung der Religion nimmt in Kuba schon seit 1980 ständig zu, unter Katholiken, in der Santeria, auch bei den Protestanten.« Jedes »religiöse Streben« ist nach Céspedes' Meinung zu begrüßen, »selbst die Hinwendung zu Magie und Zauberei: Es bedeutet, daß die Menschen mit der marxistischen Weltanschauung nichts mehr anfangen können.«

Der kubanische Klerus glaubt, Oberweihwasser zu haben, und dieser Glaube dürfte durch die Papst-Visite noch mal einen ordentlichen Schub bekommen. Dabei hatte die katholische Kirche als Institution vor der Revolution in der kubanischen Bevölkerung recht wenig Anhang; sie war vor allem die religiöse Heimat der Ober- und Mittelschicht. Nach 1959 machten die katholischen Geistlichen keinen Hehl aus ihrer Ablehnung der neuen Gesellschaft, und nicht wenige von ihnen unterstützten die gescheiterte US-Invasion in der Schweinebucht. Schließlich ließ die revolutionäre Regierung sämtliche katholischen Schulen schließen, schickte einige Priester zurück in den Vatikan und beschränkte die Betätigungsmöglichkeiten. der Verbliebenen - so gut es ging - auf die Innenräume ihrer Gotteshäuser.

Erst in den achtziger Jahren kam es wieder zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen Regierung und den Klerikalen, die in der Einrichtung einer Abteilung für Religion innerhalb der KP und in der Öffnung der Organisation für praktizierende Katholiken gipfelte. Gebrauch von dem Angebot, nun Kommunist werden zu dürfen, machten allerdings nicht viele gläubige Kubanerinnen und Kubaner. Doch die Papisten wußten die neue Politik zu nutzen.

Schon 1991 schrieben die kubanischen Bischöfe einen Brief an Castro, mit dem sie sich in die Angelegenheiten der KP einmischen wollten. Später hetzten sie von den Kanzeln herunter gegen die Revolution und forderten »Reformen«. Das kam bei zahlreichen Kubanerinnen und Kubanern gut an und füllte die Tempel. In Kuba erreicht die Kirche »heute eine Öffentlichkeit, von der die kleinen, immer wieder unterdrückten Dissidentengruppen nur träumen können«, berichtet Carlos Widman im »Spiegel«. Für alle anderen nichtstaatlichen Einrichtungen auf der Insel gelte »eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Gottesdienste und Gemeindetreffen sind fast die einzige Plattform für oppositionelle Gedanken«. Das ist zwar ausgemachter Quatsch, denn in Kuba werden mittlerweile auf zahlreichen Versammlungen - sei es der Partei, der Gewerkschaften oder anderer Massenorganisationen - »oppositionelle Gedanken«, also Kritik an der wenig plausiblen Politik der Regierung geäußert. Aber natürlich versucht der religiöse Interessenverband, diese Unzufriedenheit für seine Zwecke zu instrumentalisieren.

Fidel Castro und die Führung der Kommunistischen Partei Kubas versprechen sich von einem Besuch des Papstes und dessen wahrscheinlicher Verurteilung der nordamerikanischen Kuba-Politik, daß die internationale Aufmerksamkeit auf die Blockade der Insel durch die USA gelenkt wird. Außerdem hofft die kubanische Regierung, daß sich infolge der Anwesenheit Seiner Heiligkeit auch das Klima für weitere Investitionen internationaler Konzerne verbessert. Denn die wirtschaftliche Situation auf Kuba ist nach wie vor und trotz einiger vorzeigbarer Erfolge in den letzten Jahren immer noch desolat. Zwar stieg das Wirtschaftsvolumen 1995 um 2,5 Prozent und im ersten Quartal dieses Jahres um sieben Prozent an. Doch insgesamt ist es seit dem Zerfall des sozialistischen Lagers in Europa um über 30 Prozent zurückgegangen. Die müssen erst mal wieder aufgeholt werden. Koste es, was es wolle, scheinen sich Fidel Castro und die Führung von Partei und Staat zu denken.

Letzten Endes ist ja auch wirklich fast alles egal. Denn trotz aller sozialistischen Rhetorik gehen auch die ökonomischen Reformen der kubanischen Kommunistinnen und Kommunisten immer weiter in Richtung Marktwirtschaft. Da stellt Castro sogar den chinesischen Frühkapitalismus als Vorbild hin: »Die Desaster der Länder der ehemaligen Sowjetunion gegenüber den beeindruckenden Erfolgen Chinas und Vietnams zeigen mit aller Klarheit, was man tun kann und was man nicht tun kann, wenn man die Revolution und den Sozialismus retten will. «

Tatsächlich ist ja auch nirgendwo eine Alternative in Sicht, die der Revolution wirklich eine Perspektive geben könnte. Bei wichtigen Gesprächen im engsten Kreis scheint Castro das auch einzugestehen. Der Fiat-Boss Agnelli - Rüstungsproduzent und enger Vertrauter des Vatikans - jedenfalls erklärte nach einem gemeinsamen Essen mit dem Kubaner, das am Rande der Welternährungskonferenz in Rom stattfand, ganz begeistert: »Ich habe wirklich den Eindruck, Castro ist ein anderer geworden - Castro ist doch längst ein Bürgerlicher.« Das glaubt wohl auch der böse alte Mann im Vatikan und freut sich über die Rückkehr eines verlorenen Schäfchens.

Konkret 01/97, S. 41

Georg Fülberth

Muß Kuba dran glauben?
Máximo Lider

Fidel Castro beim Papst - ist es möglich, zu diesem Ereignis unterschiedlicher Meinung zu sein? Es ist

Nachdem er durch eine vierundzwanzigstündige Verspätung die Erwartung hochgetrieben hatte, verurteilte Fidel Castro auf der Konferenz der Welt-Ernährungsorganisation (FAO) in Rom Kapitalismus, Embargo und Neoliberalismus und wurde für den Rest seines Aufenthalts herumgereicht: von Agnelli bis zum Vorsitzenden der Rifondazione Comunista, Bertinotti. Als Gipfeltreffen galt die Begegnung mit dem Papst. Die Audienz, fünfunddreißig Minuten, war fünfmal länger als die Rede vor dem Plenum der FAO.

Vieles erinnert an Gorbatschows Besuch in Washington 1987. Vielleicht gibt es längst eine Public-Relations-Agentur, die derlei vorbereitet. Gern möchte man noch an eine Ente glauben, wenn die »Taz« aufzählt, Castro sei auch schon »beim Fototermin mit Claudia Schiffer« und »als Werbeträger für Luciano Benetton« gesehen worden. Doch das ist nur die technische Seite des politischen Show-Geschäfts. Es handelt sich nicht um eine Geschmackssache.

Nehmen wir einmal an, was viele bestreiten: Gorbatschow habe mit seinen Auftritten in den USA 1987 und in Bonn 1989 tatsächlich noch das Programm eines kommunistischen Generalsekretärs verfolgt: Beendigung des Wettrüstens zwecks Rettung des Sozialismus - dann steht als Ergebnis fest: Operation gelungen, Patient tot, Arzt wohlauf. (Einen Tag vor dem kubanischen Revolutionär war er wieder einmal beim Heiligen Vater.)

Auch Castros spektakuläre Auftritte in der Welt und Halbwelt des Kapitals haben ein konkretes Ziel: Er sucht Unterstützung in seinem Kampf gegen das Embargo der USA. Schon vor Jahren hat er erklärt, damit müsse man auf die zweite Amtszeit Clintons warten. In der ersten werde dieser nichts riskieren. Der Papst ist bei einer solchen Werbung eine gute Adresse, denn er hat sich tatsächlich bereits gegen ein Embargo als Mittel der Politik ausgesprochen. Mag sein, daß er einen Deal wittert: Aufwertung seiner Kirche auf Kuba, die dort allerdings weniger unter dem Kommunismus leidet als unter einer »heidnischen« Konkurrenz-Religion, der Santeria. Daß der Aufschwung des Christenwesens eine Ursache für die Wiederherstellung des Kapitalismus sei (Polen, DDR), ist eine Verschwörungsthese, die von Fanatikern einer weiteren Glaubenslehre, des Atheismus, verbreitet wird. Es verhält sich umgekehrt: Wo die Herrschaft der kommunistischen Partei diskreditiert ist, ist es auch die Aufklärung, und im Trüben, das so entsteht, kann Petrus gut menschenfischen.

Damit sind wir beim zweiten Thema, nämlich der Frage, ob denn der Sozialismus gerettet wäre, wenn es Castro auf seinen Touren gelänge, so viele Helfer gegen das Embargo zu gewinnen, daß die USA die Sache irgendwann leid sind. Für Clinton ist dies ohnehin nur ein Nebenproblem - eine abhängige Variable der Rücksichten, die er auf die Exilkubaner zu nehmen hat. Auch die Neoliberalen müssen nicht allzusehr am Embargo hängen, im Gegenteil: Erstens sind sie Freihändler, und zweitens finden einige von ihnen, der Kommunismus könne viel besser blamiert werden, wenn er ohne Druck von außen, einfach aufgrund seiner verfehlten Wirtschaftsweise, eingehe.

Der Sozialismus würde also nicht gerettet, aber vielleicht manches Menschenleben - falls der Mangel an lebenswichtigen Gütern, darunter Medikamenten, gemildert wird. Was immer Castro jetzt und in Zukunft tut, wird gerechtfertigt sein, solange eine Chance besteht, daß der auch auf Kuba vorderhand unvermeidliche Kapitalismus dadurch etwas weniger fürchterlich sein wird als ohne diese Manöver und als in den anderen Ländern Lateinamerikas. Ob dies gelingt, ist natürlich unsicher. Die Versuchung, sich dabei in die Tasche zu lügen, ist groß. Zum Beispiel kann die Parole »Sozialismus oder Tod« zu dem Irrtum veranlassen, die gerade noch möglichen Formen des Überlebens seien Sozialismus. Kuba solle nie wieder das Bordell der USA werden, sagt Castro. Die »FAZ« rechnet vor, dies habe ja das Embargo bisher weitgehend verhindert. Die Freier kommen jetzt wohl eher aus den Kreisen europäischer Touristen.

Von Gorbatschow trennt Castro unter anderem, daß er nicht von den »allgemeinmenschlichen Werten« spricht, sondern von Imperialismus und Sozialismus. Das ist mehr als nur ein moralischer, ästhetischer und intellektueller Unterschied. Die Option für den Sozialismus ist in der gegenwärtigen Lage, wenn sie ein ganzes Gesellschaftssystem meint, recht hohl. Sie kann aber zur Verlangsamung und Steuerung des Übergangs in den Kapitalismus beitragen. Dies wäre dann der Unterschied Kubas zu anderen »Transformationsgesellschaften«, in denen mit marktradikaler Ideologie und Praxis der Crash organisiert wird.

Nachdem Lenin Rußland auf den Weg zum Sozialismus geführt hatte, nahm Gorbatschow bekanntlich den umgekehrten Weg. Castro hat auf Kuba das Erste versucht, und das Zweite bleibt ihm nicht erspart. Insofern wäre er, wenn es ohne Katastrophe abgeht, tatsächlich der Máximo Lider.

Konkret 01/97, S. 42

Holger Becker

In diesem Sinne - Elysium Erhard

»Im Osten«, so ließ der »Spiegel« jüngst einen Ostunternehmer öffentlich jammern, »gilt der Unternehmer als Ausbeuter. « Sollte dieser hohe Verbreitungsgrad einer schlichten Wahrheit zwischen Elbe und Oder tatsächlich die Folge von langweiligen »Parteilehrjahren« und »Schulen der sozialistischen Arbeit« bzw. einer ordentlichen Unterrichtung in der »zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule« sein? Wahrscheinlich. Es ist ja nicht gerade eine Neuigkeit, daß der in Geschmacksfragen so doofe Rest, der weiterhin Goldbrand aus Wilthen oder auch Goldberyll aus der (brrr!) weinkellerei Neubrandenburg trinkt, im Schnitt aber mehr politökonomische und historische Bildung verfügt als der größere Teil der Bevölkerung des Landes. Nur genützt hat das bisher wenig. Zwar sind die Ostdeutschen nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin, an der sich die Lieblingshalluzinationen von Buddelkastenradikalen aus dem Anti-Fa- bzw. Anti-Bac-Kinderladen blamieren, gleich nach den Niederländern die am wenigsten ausländerfeindliche Population Europas. Doch was aber ihn selbst hereingebrochen ist, durchschaut der mit ML bis zum Abwinken gefütterte Ex-DDR-Bürger bis heute nicht. Warum? Weil die Folgen einer Gehirnwäsche gerade für den am schwersten zu begreifen sind, der sie durchlaufen hat. Die gezielte Massenverblödung per allgemeiner Verunsicherung begann, als 1989190 selbst der neue Anführer der alten Staatspartei, der Gorbimane Gregor Gysi, dem DDR- Volk genau das erzählte, was bisher als Feindpropaganda galt: Der wahre Profi sei nicht Marx, sondern Erhard und das Elysium dessen »soziale Marktwirtschaft«. Also weg mit den VEB-Schildern! wer widersprach da noch, als die Modrow-Regierung ihre Christa-Luft-Nummer vorführte und ein Expropriationsinstitut namens Treuhand schuf. Nur ein paar »Betonköpfe« und »Stalinisten«, die sich dem Terror des Neuen Denkens nicht beugten, Krause habe selbst bereitwilligst alles zu tun, damit Krupp ihn störungsfrei enteignen kann. Rohwedder und Breuel verdienten sich dann einen Platz im Himmelreich bzw. eine goldene Nase, indem ihre Putzkolonnen auf Staatskosten das Revier aufräumten. Die ließen nur die Klitschen übrig, in denen sich die Ausbeutung von Arbeitskraft tatsächlich lohnt. Und zwangen so die Leute bei Sket in Magdeburg oder Germania in der einstigen Karl-Marx-Stadt Chemnitz zum Betteln: Heiliger Sankt Florian, privatisiere mein Werk, zünd' andre an.

Konkret 01/97, S. 42

Martin Krauß

In diesem Sinne - Ostdeutsches Handwerk

Vera Lengsfeld, geschiedene Wollenberger, hat gefordert, der PDS »die alternative Maske vom poststalinistischen Gesicht zu reißen«. Dieser Satz enthält einen Schreibfehler, es muß heißen: »den alternativen Maske«, dehn als Frau Lengsfeld ihr gewiß mutiges Statement formulierte, war Henry Maskes Rücktritt gerade eine Woche alt, und, was sie selbst vielleicht nur ahnte: Mit ihrer Kritik meinte sie den Halbschwergewichtsboxer aus Frankfurt/Oder genauso wie sich selbst und ihresgleichen.

Herr Maske verkörpert nämlich gleichermaßen alles, was Frau Lengsfeld an der deutschen Einheit liebt und was sie an ihr haßt. Der Mann hat sein Handwerk in der DDR gelernt, konnte damit aber zunächst kein Geld verdienen und mußte sich, wie andere Bürgerrechtler auch, in einer Nische verdingen. Marschierten die einen in die evangelische Kirche, schlug sich Maske als Oberleutnant der Nationalen Volksarmee durch.

Mit dem Ende der DDR konnten beide mit dem, was sie ohnehin taten, großes Geld machen. Lengsfeld wurde eine mehr oder minder richtige Bundestagsabgeordnete, Maske ein mehr oder minder richtiger Weltmeister. Beides sind Titel, die glauben machen, man habe Macht und Einfluß und das Ziel erreicht, in dessen Richtung man, ohne zu wissen, wo es liegt, vor Jahrzehnten aufgebrochen war. Plötzlich durfte Frau Lengsfeld in freier Rede vor dem Bundestag die Mitparlamentarier kraft des schlagenden Arguments überzeugen, Herr Maske konnte im freien Kampf und auf dem freien Markt kraft seiner Kraft die sportlichen Kontrahenten bezwingen.

Ende November allerdings mußte Herr Maske gegen einen anderen Weltmeister antreten, Virgil Hill aus dem fernen Amerika, Champion eines höher angesehenen Weltverbandes, mithin ein richtigerer Weltmeister als er selbst – und prompt verlor er. Gleichfalls Ende November mußte Frau Lengsfeld, um den Kampf gegen den Poststalinismus auszufechten, gegen andere Bürgerrechtler antreten, alle versammelt im thüringischen Suhl auf dem Grünen-Parteitag - auch Lengsfeld blieb ohne Chance.

Die Ausmusterung der Helden der Wende hat begonnen.

Konkret 01/97, S. 42

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Nimm drei

Den deutschen PEN - eine Art Club speziell humanistisch gesonnener Schriftsteller, Literaten, Journalisten, Professoren, die, der Meinungs- und Äußerungsfreiheit, Literaturproduktion und vor allem der Nichtdiskriminierung Andersschreibender aufzuhelfen, hier mal eingetreten sind - gibt es mittlerweile in dreifacher Ausführung: als Ost- und West- und als Londoner Exil-PEN, wo abgewanderte Jungdichter dem Vernehmen nach das Wort führen. Aus irgendeinem Grund soll es »naturgemäß« (Karl-Otto Conrady, neuer Präsident PEN- West) nur einen gesamtdeutschen PEN geben, der alle PEN- würdigen Mitglieder umfaßt. Die Vereinigung der drei dislozierten PEN Zentren aber scheitert immer wieder an den Gründen, die zur beklagten Dreiteilung des deutschen PEN geführt haben: Bürgerrechte, Dichterpflichten, Freiheitssorgen. Wenn auch als Gegenstand des jahrelangen Zanks höhertrabende ethische Werte und die sonstigen Eckpunkte der PEN-Charta reklamiert werden, muß angenommen werden, daß die wahren Beweggründe ziemlich weit unten angesiedelt sind. Letztlich handelt's sich darum, daß die den West-PEN dominierenden Dissidenten die DDR wenn schon vergeblich, so doch nicht umsonst verlassen haben wollen. Der Arbeiter- und Bauernstaat ist ihr einziges Kapital. Sie mögen anderes beteuern. Auch Ulbricht hatte nicht die Absicht, eine Mauer zu errichten.

Besteht der Ost-PEN vornehmlich aus Unbescholtenen und Hinterbliebenen der DDR, weiche die poststalinistischen Säuberungen überstanden haben, sowie etlichen der Querelen überdrüssigen Ex-West-PEN-Deserteuren - so finden sich im West-PEN zahlreiche Überläufer aus dem Ost-PEN, die nicht einsehen, warum sie aus dem Ost-PEN gewichen sind, wenn sie sich nun wieder mit ihm vereinigen müssen. Und die PEN-mäßig nach London Exilierten hinwiederum hoffen, der Ödheit der Veranstaltung zu entfleuchen, indem sie einen eigenen Verein ausrufen. Das alles ist unziemlich albern. Die Betroffenen stehn betroffen, die Unbeteiligten unbeteiligt. Wer einen wirklichen Kopf hat und also auch eine Stirn, um mit der Hand an sie zu schlagen, tue dies.

Konkret 01/97, S. 44

Kunst & Gewerbe

Rote Butter

Kann es Öderes, Blöderes, Schnöderes geben?

Ulrike Kletetzka (25), gelernte Zerspanungsmechanikerin, Jugend- und Auszubildendenvertreterin, aktive IG-Metallerin aus Dortmund, SPD-Mitglied seit 1995. Greift in ihrer Freizeit immer wieder zum Megaphon, um ihren MEGA Kruppianern richtig Dampf zu machen und Kohl ordentlich einzuheizen. Entspannt sich danach beim Bauchtanz. Ulrike ist eine von rund 800. 000 Sozis mit dem roten Parteibuch. Und Rot sieht ihr gut.

SOZI.

BUTTER.

Ja! Rot steht dir gut.

Ja! Ich will das SPD-Parteibuch.

Halt, halt! Schickt mir erst mal Infos.

Diese Anzeige der Öffentlichkeitsarbeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - roter Kasten mit einer um ein Megaphon schneidersitzenden und so womöglich die Bauchtanzmuskeln schonenden Blondgelockten, in deren linker (!) Hand ein rotes Büchlein klemmt, auf das ein röterer Pfeil weist - mit Fug hinreichend hirnrissig zu finden, ist allerdings all right. Indes jener Einschub - »Butter.« -, dem offenbar aus programmatischen Gründen anstelle von »Kanonen« der Vorzug gegeben wurde, zudem etwas herausgehoben Irrwitzig-Mirakulöses, mithin Subtil-Fragiles und doch auch Handfestes, quasi Materialistisches andeutet und alle Freizeitdampfheizerei am Ende bzw. in der Mitte schon wieder ins Wanken bringt: zwischen einem mehr hobbymäßig betriebenen Politikfez und dem abgemolkenen Tagesbrotaufstrich der kleinen Leute.

Männliches Reis

In der Historie wie in der Kunst spielt mitunter das Fundstück eine große Rolle. Kompliziert wird es, wenn das objet trouve selbst schon Artefakt ist und der Grad seiner Authentizität unklar. Bei den »Obermenzinger Metamorphosen« handelt es sich um einen solchen Fall; konkret: um ein vergilbtes Heft, das der Antiquar Roger Sonnewald 1996 bei der Ausmistung eines Münchener Dachbodens fand; darin enthalten 19 Inserate, die sämtlich das Treiben einer ominösen, prototypisch deutschen Familie Hartmann in den erst leichten, dann schweren Jahren zwischen 1934 und 46 dokumentieren. Der anonyme und nach wie vor unbekannte Autor bescheidet sich mit Quellenverweisen und einer leicht prätentiösen Titelgraphik - es sei denn, aber das liegt ebenfalls im Dunkeln, wenngleich einiges darauf hindeutet, daß auch die Inserate von ihm seinerzeit lanciert worden sind. Dem exemplarischen Aussagegehalt und der narrativen Struktur des Werkes täte das keinen Abbruch, im Gegenteil.

Am Anfang stehen zwei Kontaktanzeigen aus dem »Völkischen Beobachter«, in denen männlicherseits ein »SA-Führer, ... blonder Vollgermane, kernig und erbgesund ... die Mutter seiner Kinder und Wahrerin seines Herdes« sucht. Wir erfahren noch, daß »stattliche Blondinen« bevorzugt werden, »nachgedunkelte Schrumpfgermaninnen« unerwünscht sind. Demgegenüber sucht eine »Deutsche Minne ... (Niedere Absätze, kein Lippenstift» einen »schneidigen Uniformträger«. Was so gut zusammenpaßt, findet sich zwangsläufig. Am 12. Juli 1935 geben Hans »Mjolnir« Hartmann und »Jungfrawa« Sieglinde Eder die Schließung des »Lebensbundes« bekannt, wohl nicht ganz ohne Not, denn wenig später hat »FRO, der Segner der Fluren, der Strahlenkranzträger der Fruchtbarkeit, ein männlich Reis aus unserem Stamm ersprießen lassen«, das mit dem klangvollen Namen »Hunnebald Ethelwulf« gestraft wird. Ihm folgen bald die Zwillinge »Rautgundis« und »Gerhilde«. Nicht alles, jedoch, läuft so geschmiert im Hause Hartmann: Mal werden Zeugen einer Kneipenschlägerei gesucht, die Hans »Mjolnir« angezettelt hat, mal zeigt Sieglinde an, nicht mehr für die Schulden ihres Mannes aufzukommen, und wäre da nicht das enteignete jüdische Geschäft, das man weiterbetreiben könnte, um darin »prima« polnische Leberwurst, französischen Champagner und andere Kriegsbeute zu verscherbeln, es sähe wahrlich schlecht aus. So aber kann die »Lebensmittelgeschäftsinhaberin« Sieglinde Hartmann 1943 »in stolzer Trauer« verkünden, daß ihr Mann »im Kampfe für Großdeutschlands Zukunft, ... in heldenhaftem Kampf gegen den asiatischen Weltfeind, der ruchlos in unsere stillen Flure eingebrochen war«, bei Stalingrad gefallen ist.

Bald darauf werden jedoch Geschäft und Wohnhaus der Familie zerbombt, was die Geschäftsaufgabe zur Folge hat, der inzwischen neunjährige Hunnebald Ethelwulf wird vermißt. »Der Knabe versuchte mit mehreren Kameraden vermutlich zu Fuß München zu erreichen, um, seinen Äußerungen nach, in ein Volkssturmbataillion eingereiht zu werden ... In seinem Besitze besonders schön ziselierter Stoßdolch mit Gravierung >Alles für Deutschland<.« Daß es das Letzte war, was er in

seinem kurzen Leben unternehmen würde, können wir aus dem letzten dokumentierten Inserat schließen, durch das eine »schwergeprüfte Kriegerswitwe, Anfang 30, rüstige Blondine mit 2 lb. Kindern« einen »braven Mann, nur Nichtpg. (i.e. Parteigenosse; H.F.), evtl. auch Kriegsversehrten oder Ausländer« sucht, um »gemeinsam die Last des Lebens leichter tragen zu können. Einzige Bedingung: Herzensgüte und friedfertiger Charakter.«

Damit Schluß. Mehr braucht es nicht, um im Wechselspiel aus kurzen Verlautbarungen und mehrjährigen Zwischenräumen das Portrait einer mehr mehr als weniger repräsentativen deutschen Familie entstehen zu lassen, wie sie opportunistisch zunächst Profit aus dem Regime schlägt, um sich anschließend in Selbstmitleid zu suhlen und schlußendlich mit dezimierter Mannschaft und zähneknirschend den kleinlauten Neuanfang zu starten. Und wenn das Heft ein gut gemachtes Fake sein sollte - dieses Porträt jedenfalls ist authentisch.

(Vom 15. bis 19.1. im Foyer des Hamburger Kinos »B-Movie«, Brigittenstraße 5. Ein von der Berliner Künstlergruppe »Neue Anständigkeit« herausgegebener Faksimiledruck ist für 15 Mark unter der Adresse Fehrbelliner Str. 31, 10119 Berlin, zu beziehen.)

Holm Friebe

Gelber Fleck

Wehret den Anfängen! »Bild«-Kommentator Louis Hagen ist ein Mann mit einer Attitüde. Die ihn verblüffend klare Worte finden läßt zum Fall der Pinneberger »Abfall-Fahnder«, die, wie er am 26. November schreibt, »in Mülleimern (wühlen), um zu kontrollieren, ob der rechte Unrat im richtigen Eimer liegt. Sie dringen dabei auch in Privatgärten ein.« Soweitsogut, könnte man meinen. Würde vor allem auch »Bild« meinen, denn schließlich dreht es sich darum, im Landkreis Müllfrevler zu enttarnen, die bei der Mülltrennung keine Akkuratesse zeigen mögen und etwa Kronenkorken in die Biotonne vertun. Denen, die gegen das »Müllgesetz« (»Bild«) verstoßen, drohe ein hohes Bußgeld. Alles dran, alles drin also für unser liebes Hau-drauf-und-Kopf-ab-Blatt: Natur, Verbrechen, Strafe. Und verrucht ist das Thema ja auch irgendwie. Zudem deucht der Einsatz von Abfall-Fahndern sogar wie eine Beschäftigungsinitiative. So wie man in den fünfziger und sechziger Jahren den Beruf des einarmigen Fahrstuhlführers betrieb, um hinreichend Kriegsversehrte in Lohn und Brot zu setzen. Einem früheren Nachbarn von mir etwa, der die Tristesse seines Rentneralltages damit bewältigt, indem er unter anderem im Altglascontainer auf dem Supermarktparkplatz mit Stöcken oder aufgebogenen Drahtbügeln nach Pfandflaschen fahndete, wäre Abfall-Fahnder sicherlich auch in seinem hohen Alter noch ein Traumjob. Den ihm »Bild«-Kommentator Hagen aber nicht gönnen mag. Weil nämlich jedem, der gegen das Müllgesetz verstößt, ein gelber Aufkleber auf die Tonne gepappt wird. Eine gut sichtbare letzte Warnung vor dem fälligen Bußgeld und eine ekelhafte Verpetzerei sondergleichen. Oh Scheiße, denkt sich also Louis Hagen: »Gelbe Aufkleber hatten wir schon mal in Deutschland und Menschen, die bei anderen in der Privatsphäre rumwühlen, auch ... Aufklärung und Augenmaß tun not«. Dann war der Kommentar aus.

Sönke Jahn

Kleines Kinn

»Bravo-Girl! «, mit einer verkauften Auflage von knapp 800.000 eines der meistgelesenen Teenieblätter der BRD, läßt ihre Leserinnen die Köpfe ihrer »Boys« ausmessen. Jungen mit niedrigem Haaransatz etwa seien »aufbrausend, cholerisch, weniger intelligent«. Ist dagegen das Kinn klein, sei der Lover »charakterschwach, oft unehrlich«. »Jungs mit breiter Nase können sehr rücksichtslos und sogar richtig egoistisch sein«, verrät der dreiseitige »Boy-Check - Ist er der Richtige?«. Blaue Augen wiesen auf »sehr viel Feingefühl« hin, sei dagegen »das Braun (der Augen; A. F.) besonders dunkel, dominiert der temperamentvolle Teil«.

1945 endeten alle Versuche, menschliche Charaktereigenschaften über Wangenknochen, Gesichtsform und Augenfarbe herzuleiten? Irrtum. Neben Esoterik und Softsex versucht das Teenieblatt, seinen Marktanteil nun auch mit plattem Rassismus und Biologismus auszubauen.

Andres Friedrichsmeier

Virtuell reisen

Die Ökologie ist laut Synonymlexikon die Lehre von den Umweltbeziehungen der Pflanzen und Tiere. Was die Ökologie mit der anderen großen Beziehungswissenschaft, der Sozialpädagogik, gemeinsam hat, ist, daß man wirklich über alles sprechen kann. Mehr noch: über alles sprechen muß! Das heißt dann politische Ökologie, und in der Zeitschrift gleichen

Namens erschien im Fernwehmonat November ein Aufsatz über virtuelles Reisen, das die Umwelt versauende Urlaubsreisen überflüssig machen soll: »Südseetraum am Cyberstrand«. Virtuelles Reisen meint, daß man sich sein Urlaubsziel unter Zuhilfenahme von »hochsensiblen Geräten« vorgaukeln läßt. Etwa indem man einen »bequemen Cyber-Anzug« anzieht, »der sanft sämtliche Nervensysteme derartig stimuliert, als wäre sein Träger tatsächlich direkt an einem der schönsten Strände der Dominikanischen Republik«.

Aber leider muß der Autor schließlich konstatieren: »Die Ansprüche an Natur-, Sonnen-, Strand- und Meererleben, der Wunsch auszuspannen und der Reiz des Fremden lassen sich heute und in absehbarer Zukunft nicht durch digitale Datenströme befriedigen.« So wünschenswert es auch wäre, durch Hard- und Software die urlaubsgeile Jetware umweltschonend zwischenzulagern, bis sie wieder zur Arbeit muß. Nicht nur Lärm und Umweltbelastung gehörten dann der Vergangenheit an, wenn sich Familie Globetrotter künftig nurmehr in die Abteilung für virtuelles Reisen im Cyber-Club um die Ecke begibt: Weg wäre auch der »Fremdenverkehrs-Kolonialismus, der viele Tourismusziele seit Jahren belastet«. Die Tourismusziele könnten aufatmen und ungestört wieder ihren eingeborenen Gepflogenheiten nachgehen.

Sönke Jahn

Ficken, Ficken, Ficken und immer an die Leser denken

Am Anfang schuf GOtt Himmel und Erde... Ach, was, stimmt ja gar nicht. Am Anfang war gar nix da, bloß Raum und Zeit... Auch falsch! Am Anfang nämlich gab es nur die »Zeit«, das berühmte Wochenblatt aus Hamburg, und in deren Magazin stand so was wie ein Artikel des berühmten russischen Schriftstellers Viktor Jerofejew und der (noch) nicht ganz so berühmten Journalistin Gabriele Riedle, überschrieben mit »Historischer Orgasmus auf dem Weg nach Stalingrad«. Diesen Höhepunkt hatte sich nämlich das illustre Paar auf einer Schiffsfahrt die Wolga hinab redlich erfickt, also sollte auch alle Welt von ihm wissen. Und Helmut Schmidt, die Gräfin Dönhoff und all die anderen Herausgeber der »Zeit« sahen, daß der feuchte Artikel gut war. Nur eine schreibende Schlange fand das nicht, die aber hieß Michael Ringel, und diese männliche Natter geißelte den Vorgang in KONKRET 9/96. Alsbald aber erfuhr Her Ringel von einer WG-Genossin der Riedle zufälligerweise, daß das Weib und ihr Schriftsteller nicht voneinander lassen könnten, und dem einen historischen Orgasmus weitere, nicht weniger geschichtsträchtige Momente folgen ließen, auf daß die gemeinsame Wohnung erfüllt wäre von Kopulationskeuchen und Stöhnen, wohl auch Heulen und Zähneklappern. Und abermals hub die Schlange an, den »Zeit«-Artikel der beiden Rammler zu schmähen, ja überhaupt die ganze heilige Zeitschritt, diesmal im »Freitag«, der da erscheint zu Berlin.

Frau Riedle aber hatte Gefallen gefunden am Sündenfall, und beschrieb abermals in der »Zeit«, wie sie sich hatte ficken lassen von einem berühmten Theaterdirektor, auf daß die Schrift erfüllt würde, in der geschrieben steht, daß eine jegliche ihr Innerstes offenbare mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Den Theaterdirektor aber nannte sie 1., gemeinhin aber heißt er Frank Castorf, welcher ist ein gewaltiger Intendant vor dem Herrn. Vögeln aber tut dieser Mensch in einer »Muff-Kulise«, auch benutzt er kein Kondom, wie wir lesen in der Offenbarung der Gabriele, Kapitel Zwei, Vers Zehn.

Da nun trat der Apostel Wilhelm Pauli in der »Taz« auf den Plan, welche zählt zu den eher apokryphen Schriften, und goß aus über die sich bereitwillig öffnende Frau Riedle sieben Schalen des göttlichen Zorns. Und er schmähte die Artikel der Riedle als »vaginalen Metropolenjournalismus«, und das Weib selbst, das sich nicht nur emporvögele, sondern dafür auch noch Zeilengeld mitnehme. Und Herr Pauli glaubte, er sei ohne Schuld, also warf er zwar nicht den ersten, wohl aber den dritten Stein. Kaum aber war seine Rede in der »Taz« verklungen, da meldete sich alsbald an derselben Stelle Helmut Höge zu Wort. Der aber tadelte nicht bloß das fickende Schreibweib mit einigen ironischen Sätzen, sondern auch ihre Kritiker Ringel und Pauli, die er voll des Hohnes »etliche von Musen bisher ungeküßte Jungdichter« nannte; dabei waren's doch bisher bloß zwei.

Mit ihm aber sind's drei, und ich bin jetzt der vierte, die der Fick-Riedle Schreibstoff verdanken; und so wie nicht aufhören sollen Tag und Nacht, Nacht und Tag bis an der Welt Ende, so wird wohl auch diese Geschichte in den Feuilletons noch fortgeschrieben werden von Kopulation zu Kopulation. Das aber ist schön. Denn wahrlich, ich sage Euch: Wir alle, die wir den Griffel zum Lohnerwerb halten, sind Huren Babylons, die einen größer (Riedle), die anderen vielleicht kleiner (ich). Wir säen nicht, und wir ernten nicht, aber die »Zeit« ernährt uns doch. Und wenn's gut geht, eventuell KONKRET.

Christian Schmidt

Schamlose Knötterei

Auf Seite 42 des autobiographisch gepuderten Romans *Das irdische Kind* von Stephan Krawczyk findet sich die einzige komische, weil brutal böse Stelle des ganzen Buches: »Auf dem kalten Klo in der Mozartstraße« pinkeln S. und sein Bruder »über Kreuz«. »Irgendwann sagte Hubert: >Du Krüppel. <« Beim dampfenden Schwanzvergleich triff S. Krawczyk

mit der ganzen Wucht kindlicher Verachtung die Gemeinheit der Welt, über die er später, die Quetschkommode quälend, lamentieren wird. Ein prima Schlag unter die Gürtellinie. Sollte man aber eines schönen Witzes wegen ein ganzes Buch lesen?

Witzlos und ironiefrei - das sind die Hauptmerkmale dieser ach so schonungslosen Künstlerbiographie des vor allem nach seiner Abschiebung aus der DDR 1988 bekanntgewordenen Liedermachers, der die Geschichte seiner Kindheit und Jugend in der ungestörten Idylle der thüringischen Provinz- und Bergmannstadt Weida erzählt. Berichtet wird neben den obligatorischen Familienangelegenheiten von der Besichtigung der ersten, leider auf einer Fahrradstange angeschlagenen und deshalb »blauen Möse«; vom Wurmbefall des zukünftigen Poeten, dem die Mutter nächtlich Abhilfe schafft (»Ich ließ mich von der Seitenlehne nach hinten auf das Sofa fallen und schmiß die Beine übern Kopf ... Sie mußte mir fast jede Nacht die Madenwürmer aus dem Arschloch klauben(o; und, um das alle Begebenheiten überstrahlende Erlebnis des Stephan K. nicht zu vergessen, von der verunglückten Beschneidung seines »Pimmels«, der fortan als »mein Wunder« äußerst krümpelig durchs Leben hängt. »Das wächst sich aus«, sagt die Mutter, ohne zu ahnen, daß sich allerlei nicht auswachsen, sondern weiterwuchern und -knöttern wird: besonders die schamlose Lust des Autors an der Selbstentblößung.

Allein die Zeigelust treibt den Autor an, und sein Wühlen in den eigenen Innereien ist schon unerträglich peinlich, weil gerade aus einer Prosa, die sich offen und schonungslos gibt, niemals etwas zu erfahren ist. Schamfreier Literatur fehlt die Distanz zu ihrem Objekt, wie sie zum Beispiel Ironie herstellen könnte, die hier allerdings völlig absent ist. Und so wünscht man sich denn als Leser den schamhaften Humor eines Franz Kafka zurück, wenn Krawczyk den plattesten aller Autopsychologismen durch die Zeilen blinken läßt: Ich bin ein Pimmelkrüppel, deshalb wurde ich Textschmied. Wer will so etwas wissen?

Nach Erscheinen des Romans lobten die Rezensenten Krawczyks klare und schlichte Sprache. Nur das Gegenteil ist richtig. Obszöner noch als Krawczyks Maden- und Genitalienschau nämlich ist das nicht endenwollende Pathos, das den Text endgültig unerträglich macht. »Onkel Jorg ist ein Meister aus Deutschland«, beschreibt Krawczyk seinen Onkel, einen Schlachter. Dies schamlos niedliche Zitat legt die ganze metaphorisch aufgeblasene Poeterey eines Autors frei, der meint, schon der Gestus des Poeten schaffe die Poesie.

Michael Ringel

Das waren noch Zeiten, als Spiel und Ernst sich ohneweiters unterscheiden ließen!

Sigrid Löffler, Feuilletonchefin der »Zeit«, anläßlich ihrer Inthronisierung

Das waren noch Zeiten, als spielerischer Ernst und verspielter Unernst sich deutlich unterscheiden ließen!

Sigrid Löffler, Feuilletonchefin der »Zeit«, anläßlich ihrer Inthronisierung

Und heute? Heute wackeln alle Denk-Zäune zwischen Spiel und Ernst, zwischen Arbeit und Spiel, zwischen Spiel und Spaß.

Sigrid Löffler, Feuilletonchefin der »Zeit«, anläßlich ihrer Inthronisierung

Hamburger Anthologie*

Zweifel

Auf dem Herd steht 'ne Pfanne, 'ne Pfanne mit Fleisch.

und ich steh' daneben und frage es gleich:

»Woher kommst du, Rumpsteak, oh sag es geschwind,

warst du denn auch wirklich ein urdeutsches Rind?

War der Metzger auch ehrlich? Kann ich ihm vertrau'n?

Bist du nicht gefährlich, aus englischem Raum?«

Ich frage die Pfanne, ich frage den Sud.

Ich hört es schmurgeln, auf feuriger Glut.

»Ein Glück, daß ich deutsch bin«, so raunt es mir zu.

»Nun laß doch den Deckel endlich in Ruh!

Du weißt doch genau, was der Ministerrat sagt,

der hat ja erst neulich europäisch getagt.

Der Wahnsinn bleibt draußen, und das laut Gesetz,

und deshalb erkranken die Deutschen zuletzt...

Was drüben In England, auf der Insel geschieht,

berührt doch nicht unser zartes Gemüt.

Uns trennen doch Welten, die Küste, das Meer,

und Rindfleisch aus England kommt hier nicht her,«

So hab' ich denn auf das Rumpsteak gehört,

und das Fleisch in der Pfanne auch wirklich verzehrt.

Kurt Heim

Des Außenministers sog. kritischer Dialog mit Iran und China ist einerseits irgendwie eine Art Pendant zum nebenstehend abgedruckten und ja fast noch kritischeren Dialog Kurt Heims mit seinem in der Pfanne schmurgelnden Rumpsteak bzw. Rindfleischstück, wobei andrerseits hier, beim offenbar nur gelegentlich 1 wackeres Steck in der Pfanne mit dem Deckel obendrauf köchelnden Dichtersmann, die Menschenrechte doch mehr im Vordergrund zu stehen scheinen als beim eher fürs Äußere zuständigen Kinkel-Klaus. Die Menschenrechte für Fleisch »wirklich« verzehrende Deutsche nämlich. Dichterkoch Heim verunsichert der eventuell nichtarische Stammbaum seines Bratens kolossal, er zweifelt an des Metzgers Lauterkeit und spricht sogar mit Dingen, die nicht sprechen können, höchstens für sich, wie z.B. »Sud«, der aus dem Fett gewonnen werden mußte, um den Reimpartner für »Glut« abgeben zu können. Weshalb auch für den »englischen Raum« ruhig und besser gleich »albionische Gau'n« gewählt hätten werden müssen, möglicherweise. Und für das ganze Gedicht vielleicht ein optimistischeres Ende - denn ein Schuß zuviel Gutgläubigkeit noch all dem nagenden »Zweifel« ist hier wohl stehengeblieben. Hinwiederum das Fleisch dem Raunen nach pures »Glück« empfindet, »deutsch« und dergestalt in die Pfanne gehauen zu sein. Was ein Lappen!

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 01/97, S. 47

Karl Pawek

Der Internet-Mythos

Revolutionär nennen viele das Internet. Wäre es das wirklich, würden wir die erste Revolution in der Menschheitsgeschichte erleben, die Aktienkurse explodieren läßt, von Regierungen subventioniert und von den bürgerlichen Medien hochgejubelt wird. Unternehmen, die irgend etwas mit Internetaktivitäten zu tun haben, konnten innerhalb weniger Monate ihren an der Börse taxierten Firmenwert zumindest verdoppeln, in vielen Fällen verzehnfachen. Regierungen, die angeblich finanziell n Ich , mehr in der Lage, in Wahrheit also nicht willens sind, den Betrieb öffentlicher Bücherhallen aufrechtzuerhalten, finanzieren jeder Bildungseinrichtung, die sich nur irgendwie dazu motivieren läßt, den Netzzugang. Und arte, der Regierungssender für den gebildeten Spießbürger, propagiert stundenlang das Internet als Träger einer neuen Kultur, einer neuen Sozial-, ja Wirtschaftsordnung. Da wird gar von Kapitalströmen gefaselt, die durch das Internet fließen, von virtuellem Geld, als sei Geld eine Fiktion und nicht ein sehr konkreter materieller Wert, entstanden aus Arbeit oder angeeignet durch Betrug. Sogar linksintellektuelle Fahrradfahrer stürzen sich auf die Datenautobahn, surfen über alle Schlaglöcher hinweg und kritisieren höchstens die systembedingten Geschwindigkeitsbeschränkungen. Das Internet wurde zum Mythos, dessen überwältigender Erfolg wie bei jedem Mythos auf dem zur Zeit wieder einmal vorherrschenden naiven, unpolitischen, ahistorischen Denken beruht. Und niemand zweifelt an diesem Mythos, weil die meisten Intellektuellen und ihre werbetreibenden Auftraggeber das Internet nur vom Hörensagen kennen, sich nie selbst durch das Netz gequält haben, ihre Ahnungslosigkeit aber nicht eingestehen dürfen.

Nichts, was das Internet kann, konnten wir nicht schon vor seiner Entstehung mittels Brief, Bildern, Telefon, Fax, Video. Die Übertragungen waren nur mit mehr Aufwand verbunden, die Inhalte daher mit mehr Bedacht gewählt. Auch stellt das Internet nicht eine einzige Information zur Verfügung, die nicht unabhängig von ihm (falls ernsthaft gewünscht) verfügbar wäre. Was verleitet überhaupt zu der absurden Annahme, »Bild«- oder »Focus«-Leser würden plötzlich Informationen suchen, nur weil es das Internet gibt, zumal sogar der beste Suchdienst die wirklich interessanten Nachrichten auch dort nicht findet. Der Kommunikationsaufwand selektierte früher freilich die Informationsinhalte, reduzierte das Mitteilungsbedürfnis auf das Notwendige. Um einem Unbekannten mitzuteilen: »He, Du, ich bin der Bernd, und wie heißt Du. Wo lebst Du, hast Du ein Hobby etc.«, mußte man sich zuerst einmal eine Brieffreundschaft vermitteln lassen, den Brief schreiben, eine Briefmarke kaufen und auf den Umschlag kleben, ihn zur Post tragen und lange auf die Antwort warten: »He, Bernd, ich bin der Frank und wohne in X. Ich mag eigentlich alles, am liebsten etc.« Der einzige Unterschied zu früher besteht darin, daß sich Banalitäten - und sie machen den weit überwiegenden Anteil der privaten Internetkommunikation aus - nun weltweit innerhalb weniger Sekunden und daher sehr viel häufiger austauschen lassen. Wie schon beim vielbelächelten CB-Funk mag für Menschen, die sich niemanden von Angesicht zu Angesicht anzureden trauen, der traurige Schutz der Anonymität hinzukommen.

Die Annahme, in der Vernetzung liege bereits eine Qualität, ist zumindest vorschnell. Sieben vernetzte Dummköpfe werden vielleicht schlau (was die Tücken des Verbindungsaufbaus um 18 Uhr z.B. angeht), aber nicht klüger. Das Netz stellt nur eine Potenz dar, eine Möglichkeit, die zu nutzen nur in der Lage ist, wer Fragen hat, Zusammenhänge ahnt, etwas verändern will. Solche Nutzungsvoraussetzungen aber schafft kein Netz, sondern die Gesellschaft in ihren Agenturen Elternhaus, Schule, Medien usw. Bei unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen kann daher die private Internetnutzung nichts anderes sein als ein systemstabilisierender Zeitvertreib, eine Betätigungsspielwiese. Nichts daran ist revolutionär: Die Hard-, Software- und Verbindungskosten steigern die Unternehmensgewinne, Nutzerprofile erlauben gezielte Werbekontakte, die Vereinsamung des Surfers - eine neue Form der Distanzschaffung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt, die Elias gewiß interessiert hätte - macht ihn noch abhängiger von profitablen Ersatzbefriedigungen.

Nur mehr zynisch ist die Aufforderung der Internetgurus, die Teilnehmer sollten sich durch eigene Webseiten ins Netz einbringen, Teil einer weltumspannenden Gemeinschaft werden, ihre Isolation überwinden. Denn mit einer Webseite im Internet ist zwar der Einzelne präsent, aber - wie im richtigen Leben - es merkt fast keiner. Gerade weil sich durch die Teilnahme außer Einsatzzahlen nichts ändert, darf, kann und soll jeder mitmachen, zumal der Aufbau des Internets keine Öffentlichkeit, nur eine extrem privatistische Nutzung erlaubt.

Öffentlichkeit entsteht doch nicht dadurch, daß ich mich irgendwo einbringe. Dieses Mich-Einbringen ist mein gutes Recht in jeder Kneipe, schließlich kann der Nachbar, wenn es ihm zuviel wird, ja gehen. Sich-Einbringen heißt nur, sich wichtig nehmen und das anderen mitteilen. Solange meine Mitteilung nicht mit Macht verbunden ist - ein ganz klein wenig z. B. bei einer Wahl, sehr stark im Besitz eines Medienunternehmens - , bleibt sie auch öffentlich geäußert privat. Keine andere Qualität besitzt meine Webseite im Internet, einer Duftmarke vergleichbar, einer Visitenkarte, die ich auch auf eine Kaufhausfensterscheibe kleben könnte, wo sie bis zu ihrer Entdeckung durch den Fensterputzer von sehr viel mehr

Mitmenschen gesehen würde als im Internet. Daß eine solche Aktion in der Regel wenig Resonanz findet, ahnt jeder. Warum soll es im Internet grundsätzlich anders sein?

Nein, wer von Öffentlichkeit im Internet schwätzt, verhindert - vielleicht ohne es zu wollen, doch gefördert, weil er es tut - Öffentlichkeit, indem die Scheinöffentlichkeit des Netzes auch viel soziales, politisches oder kulturelles Engagement absorbiert, das nur tatsächlich öffentlich gemacht wirksam werden könnte.

Doch ist das Netz so schlecht nun auch wieder nicht. Selbstverständlich läßt es sich nutzen zur Organisation von Menschen, die in einem netzunabhängigen Arbeits-, Politik- oder Interessenzusammenhang stehen. Neonazis z. B. oder Pädophile haben das früh gemerkt. Wie Wirtschaftsunternehmen oder einige Wissenschaftler nutzen sie das Netz weniger als Medium sondern als Instrument, als Transportsystem, das keinem Surfer zugänglich ist. In geschlossenen Teilnetzen (Intranets) wird gearbeitet, recherchiert, überprüft, diskutiert unter Verzicht auf jeden Schnickschnack, jede überflüssige Farbe, Grafik, Animation. Während die höchst effizienten Intranets als Herrschaftsinstrument genutzt werden, verkommt das Internet - das ursprünglich nichts anderes war - zur Konsumspielwiese, zum Marktplatz, wo schon immer viel getratscht und wenig bewegt, viel Geld ausgegeben wurde, ohne daß sich dort jemals die wirklichen Gewinner des Geschäftes hätten blicken lassen. Daher ist es nur konsequent, wenn demnächst der Internetzugang über die Fernbedienung eines aufgerüsteten Fernsehgerätes erfolgen wird. Denn Surfer brauchen keine Festplatte, nur kräftige Zeitgeistfürze, die sie mal da-, mal dorthin treiben.

Konkret 01/97, S. 48

Robert Kurz

Der Kollaps der Kommunikation

Das Sprachexperiment des US-Kultautors William Gaddis - ein Tonbandprotokoll des laufenden Schwachsinns im Kapitalismus

Es gibt bekanntlich Bücher, die man ebensowenig brav von vorn bis hinten durchlesen kann wie das Telefonbuch. Dazu gehören nicht nur die *Theorien über den Mehrwert* oder Hegels *Wissenschaft der Logik,* sondern auch diverse experimentelle Sprachkunstwerke der literarischen Moderne. Gemeinsam scheint ihnen zu sein, daß sie dem Schreiber letztlich größeren Spaß machen als dem Leser und trotzdem eine Geltung besitzen, die sie zur »Pflichtlektüre« werden läßt. Das sind dann die Bücher, die jeder irgendwann kauft oder zu mehr oder weniger feierlichen Anlässen von seinen Intimfeinden geschenkt bekommt und daheim bedeutungsvoll herumstehen hat, ohne sie jemals zu lesen. Weil sie nämlich unlesbar sind, jedenfalls am Stück.

Wer hätte gedacht, daß dieser tragischen Geschichte der »modernen Klassiker«, die längst abgeschlossen und in den Schulbüchern eingesargt schien, noch einmal ein kongenialer Nachzügler hinterherklappern würde? Der US-Autor William Gaddis, heute 73 Jahre alt, wird soeben in Deutschland entdeckt; und zur Freude der am ausgestreckten Arm des durchkommerzialisierten Geistesbetriebs verhungernden Kritiker scheint er jene Art von Literatur wiederzubeleben, die man gern »groß« nennt und die himmelhoch über der konjunkturellen Ramschware der Unterhaltungsfabriken steht. Da hat sich einer, so frohlockt man, den literarischen Schneid und die großexperimentelle Idee vom Medienbetrieb nicht abkaufen lassen und somit bewiesen, daß die »ewig junge« bürgerliche Moderne ihr Pulver noch nicht verschossen hat.

Wenn Gaddis wirklich ein verspäteter Klassiker des modernen Sprachexperiments ist und eine neue Großbaustelle dieses Genres eröffnet hat, dann kann die Kritik freilich nicht einfach die literarische Tagesordnung der Vergangenheit wieder auf den Tisch bringen. Aus dem Abstand einer ganzen Epoche wäre neu zu fragen, was denn eigentlich das Problem der berühmten Vorgänger war und in welchem Verhältnis der Spätling Gaddis dazu steht. Das betrifft nicht zuletzt die partielle Unlesbarkeit, die auch bei der Lektüre Gaddis' von der Befürchtung zur Gewißheit wird, sobald man seinen Roman JR (nicht zu verwechseln mit dem Haupt des Dallas-Clans) aufschlägt und sich einem Sprachbandwurm ausgeliefert sieht, der das Herz sinken läßt. Das sei gerade das Bedeutungsvolle, daß es »dem Leser nicht leicht gemacht wird«, so ist von Leuten zu hören, die sich gleich anschließend an die Fast-Food-Theke bei Hugendubel verdünnisieren. Schon immer haben die großen Bedeutungsvollen dem Leser erst einmal die Folterinstrumente gezeigt, damit er sich nicht einbildet, er könne auf Kurzweil hoffen.

Übrigens handelt es sich ausnahmslos um voluminöse Schwarten, von denen es kaum eine unter tausend Seiten tut. Daran allein kann es aber nicht liegen, denn auch *Der Graf von Monte Christo* ist nicht gerade schmal, wird aber sogar von Halbwüchsigen nicht selten auf einen Sitz verschlungen. Vielleicht ist es der vermessene Anspruch der in Frage stehenden Bücher, eine Totalität der Welt abzubilden, der den Effekt der Unlesbarkeit hervorruft. Bei den Theoretikern Hegel und Marx beschränkt sich dieser Anspruch wenigstens noch auf eine rein logische Konstruktion, die zwar zu einer (den meisten eher sauer anmutenden) »Arbeit des Begriffs« nötigt, bewußt aber von der unmittelbaren Wirklichkeit abstrahiert. Die Totalität erscheint dann in ihrer ideellen Rekonstruktion als logisches Skelett, das man nur aus Gründen der Erläuterung und Veranschaulichung hie und da durch historische oder aktuelle Beispiele mit ein wenig Fleisch und Fell ausstaffiert.

Zur Crashlektüre führt der Totalitätsanspruch aber jedenfalls dann, wenn er in Form einer literarischen Reproduktion der Wirklichkeit erhoben wird. Denn ein »Roman« kann sich dabei nicht mit der Darstellung eines logischen Skeletts begnügen, er muß vielmehr versuchen, die konkrete Totalität in all ihren Farben, Formen, Gedanken, Mikro- und Makro-Ereignissen im Kopf bzw. auf dem geduldigen Papier wiederzubeleben. Selbst für die Totalität auch nur eines einzigen Menschen in allen seinen Weltbezügen ist das ein Ding der logischen und praktischen Unmöglichkeit. Das gesamte Gefüge dessen, was ist und gewesen ist, im Maßstab 1: 1 reproduzieren zu wollen, würde selbst für einen begrenzten Zeitraum tonnenschwere, eine ganze Bibliothek füllende Wälzer erfordern.

Und warum überhaupt soll man sich das antun, warum die (oder wenigstens eine) Welt im Maßstab 1: 1 abbilden wollen? Der Anspruch göttlicher Allwissenheit und Totalerklärung der Welt, wie er den philosophischen Weltsystemen des 18. und 19. Jahrhunderts inhärent war, scheint nach seinem kläglichen Scheitern auf die literarischen Großexperimente des 20. Jahrhunderts übergegangen zu sein; freilich nicht mehr als wertende und richtende Interpretation, sondern bloß noch als eine Art Erbsenzählerei des Bewußtseins, eine Nacherzählung des totalen Ablaufs, den man nach Eckard Henscheid auch als »laufenden Schwachsinn« bezeichnen könnte.

Paradoxerweise ist so der Anspruch einer Totalitätsdarstellung verbunden mit der Abdankung des »allwissenden Autors«, der souverän sein kleines Welttheater zwischen zwei Buchdeckeln inszeniert. Dieser kleine Gott eines selbstgeschaffenen Miniatur-Universums verwandelt sich in die Linse oder das Aufnahmegerät eines subjektlosen Apparats, der unterschiedslos alles aufnimmt, was die Wirklichkeitswelt sendet. Der allwissende Gott wird zum autistischen Idioten, der

aus dem Strom des auf ihn eindringenden Weltprozesses, den er unmittelbar als Ganzes festhalten will, nichts mehr aussondern, deshalb nichts mehr begreifen und sich nicht einmal mehr im Alltag orientieren kann. Diese Art einer Transformation des ideellen Totalitätsanspruchs von der Philosophie auf die Literatur reflektiert den Übergang des realen kapitalistischen Totalitätsanspruchs von der Subjektherrlichkeit zur stammelnden Subjektlosigkeit, wie er schließlich in der Postmoderne auch philosophisch formuliert worden ist.

Natürlich finden sich, wenn Marcel Proust auf die *Suche nach der verlorenen Zeit* geht und die Totalität der Erinnerung einfangen will oder wenn James Joyce im *Ulysses* den vollständigen Bewußtseinsstrom eines einzigen Individuums an einem einzigen Tag darzustellen versucht, in den dabei enstehenden Texten Passagen von großer Schönheit und Episoden oder Gedanken, die den bereits mürbe gemachten Leser vom Hocker reißen. Ähnliches gilt für entfernt verwandte Versuche wie Alfred Döblins berühmte Geschichte vom Franz Biberkopf, in der die Wirklichkeitssplitter einer Großstadt von der sexuellen Empfindung bis zur Reklametafel ausgeschüttet werden, oder Robert Musils Mammutroman *Der Mann ohne Eigenschaften,* der in nicht weniger als 181 Kapiteln das »negative Weltmodell« (Adolf Fris) des Untergehenden Habsburgerreiches abbilden will. Alle diese Großversuche haben Literaturgeschichte gemacht, aber Hand aufs Herz: Welcher leidenschaftliche Leser ist nicht schon mehr als einmal in einem dieser überfülligen Welt- und Bewußtseinsmodelle kläglich verhungert?

Natürlich mußten selbst diese herkulischen Versuche der Totalitätsdarstellung zu Kunstgriffen Zuflucht nehmen, um die logische Unmöglichkeit des Anspruchs dennoch auf lumpigen siebenhundert oder zweitausend Seiten bewältigen zu können. In diesen notgedrungen abkürzenden Kunstgriffen erscheint verschämt ein Restschatten des »allwissenden Autors« wieder, der sich auch in gesellschaftskritischen Reflexionen äußert. Diese kleine Inkonsequenz verweist auf das unlösbare Dilemma des bürgerlichen Bewußtseins, das zwischen subjektivem Anspruch und längst erkannter Subjektlosigkeit der kapitalistischen Weltmaschine zerrieben wird.

William Gaddis gehört unverkennbar in die Kategorie des subjektlosen Totalitätsdarstellers, ein Part, den in mancher Hinsicht schon Flaubert angestrebt hatte. Gaddis ist wahrscheinlich der letzte seiner Art. Nachdem die Reproduktion des Erinnerungsstroms und des akuten Bewußtseinsstroms schon besetzt ist, hat er die letzte noch verbleibende und gleichzeitig fürchterlichste Möglichkeit wahrgenommen: die Reproduktion des alltäglichen Redestroms. Mit JR erreicht er bei 1.039 Seiten der deutschen Ausgabe nicht nur die Langstreckenrekorde seiner Vorgänger, sondern malträtiert den Leser auch mit einem Sprachstrom, der sich struktur- und gnadenlos dahinwälzt.

Es ist, als wäre Gaddis mit einem versteckten Cassetten-Aufnahmegerät unterwegs gewesen wie einst Andy Warhol mit seiner Kamera. Von wenigen (inkonsequenten) erzählerischen Übersprungshandlungen abgesehen quillt das Alltagsgesabber des geldverdienenden Menschen als Endlosband von Seite zu Seite, wobei die Dosis noch dadurch gesteigert wird, daß der Sprachbrei fast ausschließlich dem Milieu der Schule und der Finanzmärkte entnommen ist. Als bevorzugte Satzform figuriert der Anakoluth, ein Satz also, der schon keiner mehr ist. Mit einem Wort: die präzise Reproduktion des alltäglichen grammatikalischen Zusammenbruchs. Etwa in hoffnungslos verunglückten Mitteilungen: » - Die, äh, Sie müssen sich im klaren sein über die, äh ... das ist nicht, das ist nicht bloß eine Frage ihres gegenwärtigen, äh, eines gegenwärtigen ... « Oder in kryptischen Sprachfetzen: » - Das, die Grün was? ich ... « Oder in konfusen Wahrnehmungen: » - Sie sind ja ganz weiß, eh, Moment, nehmen Sie Ihr Knie, Moment, ich nehm mal meine, halten Sie das Zeug mal'n Moment, bleiben Sie sitzen, ich meine, bloß um mich fertigzumachen, verstehen Sie?«

Wer diese Lektüre durchhalten will, muß wirklich erst mal mit dem Postleitzahlenbuch oder mit der peniblen Transskription einer Harald-Schmidt-Show trainieren. Nun haben die Menschen - außer auf der klassischen Bühne - noch nie druckreif dahergeredet. Aber das allein macht die Unerträglichkeit des gigantomanischen Sabber-Epos' von Gaddis nicht aus. Vielmehr wird auf die mühsamste Art und Weise deutlich, daß sämtliche Personen konsequent aneinander vorbeireden. Es ist nicht nur der Zusammenbruch der Grammatik, sondern auch der Zusammenbruch jeglicher Kommunikation. Gaddis zeigt empirisch, was de Saussure als Theoretiker schon vor dem 1. Weltkrieg dargestellt hat: Da sprechen keine Subjekte mehr, sondern »die Sprache spricht«; eine Sprache allerdings, die sich gleichzeitig in rostigen und verbeulten Wortschrott auflöst.

Natürlich ist das kein ewiger Menschheits-Sachverhalt und auch nicht das, »was Amerika ausmacht«, wie der Gaddis Übersetzer Klaus Modick meint. Es ist ganz einfach zeit- und ortloser Kapitalismus pur, in dem die absurde Eigenbewegung des Geldes die Dinge gespenstisch subjektiviert und die Menschen in schlafwandlerische soziale Autisten verwandelt, wie bekanntlich schon Marx wußte. Das begeisterte Feuilleton aber behauptet mit notorischem Optimismus, der Anti-Roman von Gaddis sei eine »Satire« und man könne sich ausschütten vor Lachen. Nun ja, wer wird sich schon glucksend auf dem Teppich wälzen, wenn z.B. seitenlang eine brötchenessende Sekretärin »durchs Brötchen hindurch« salbadert. Gewiß, der irre Mix aus Telefonaten, Werbetexten, Schulfunk-Bildungsmüll und besinnungslosen Selbstgesprächen hat Stellen von bestechend unfreiwilliger Komik, die sich der Leser freilich mühsam selbst erarbeiten muß.

Ganz allmählich, wenn man lange genug durchhält, taucht aus dem scheinbar sinnlosen Gesprächsmüll dann doch eine raffiniert konstruierte Handlung auf, deren zahllose Seitenarme immer wieder zusammenlaufen. Vielleicht ist Gaddis sogar besser als seinen Vorgängern das Kunststück gelungen, den »allwissenden Autor« klammheimlich zu repräsentieren und ihn gleichzeitig spurlos verschwinden zu lassen. Der Inhalt von *JR* ist mit einem Satz des Klappentextes erzählt: »Der elfjährige JR spekuliert sich vom Schultelefon aus und mit Hilfe postalischer Geldanweisungen ein riesiges Finanzimperium zusammen, das unzählige Firmen in den Abgrund reißt.« Es handelt sich bei dem zuerst 1975 in den USA erschienenen Text also auch um ein prophetisches Werk. Und es ist nicht unwitzig, wie der kleine Kotzbrocken seinen Musiklehrer als Strohmann für tolldreiste Geschäfte benutzt. Daß gleichzeitig die Institution des inflationären Sponsoring ad absurdum geführt, im weiteren Verlauf die Schulbibliothek durch eine Abteilung für Haushaltsgeräte ersetzt und von Anfang bis Ende die kapitalistische Ursymbolik einer analen Identität von Geld und Scheiße überstrapaziert wird, läßt zumindest die Intention des Autors, dem endlosen Sprachstrom ein ironisches Grundmuster zu unterlegen, durchscheinen.

Aber eine Satire ist *JR* trotz allem nicht geworden. Denn dieses literarische Genre setzt voraus, daß der Text ein Moment der Reflexion, der Kritik an seinem Gegenstand enthält. Genau das aber ist die Crux der subjektlosen Totalitätsdarstellung: Bewußte Reflexion, und sei es in komischer Form, fällt aus diesem Anspruch immer schon heraus. Die Verdoppelung in totale Faktizität und reflektierendes Bewußtsein macht die logische Unmöglichkeit des Anspruchs aus; aber ihm so nahe wie möglich zu kommen, heißt, so wenig wie möglich kritische Reflexion aufkommen zu lassen, die auch die Seele der Satire ist.

Dieses literarische Darstellungsproblem erinnert an die realsozialistische Aussichtslosigkeit, ein warenproduzierendes System bewußt planen zu wollen. An demselben dilemmatischen Verhältnis von Subjektlosigkeit und Reflexivität ist letztlich auch die Stasi zugrunde gegangen, die man als ein literarisches Projekt im Maßstab 1: 1 der Gesamtgesellschaft verstehen kann, das weit über Experimente wie das von Gaddis hinausweist. Es ist eine lächerliche Selbstüberschätzung, wenn sich Ex-DDR-Autoren heute brüsten: »Die Stasi war mein Eckermann.« Genau umgekehrt waren sie bestenfalls die Eckermänner der Stasi, des ideellen Gesamt-Goethe (oder eher des Gesamt-Gaddis) der DDR-Gesellschaft. Wo jeder jeden bespitzelt, wo jeder Furz protokolliert, jeder Schmierzettel gesammelt und jeder Ehestreit von Staats wegen auf Tonträgern gespeichert wird, dort muß sich »Zettels Traum« erfüllen: die fast vollständige archivalische Reproduktion der Wirklichkeit, die dann freilich kollabiert, weil sie alles über alles und somit über sich selber gar nichts mehr weiß. In den Aktenkilometern der Stasi sind sicher jede Menge urkomischer Stellen und Verknüpfungen aufzufinden. Aber handelt es sich deswegen um eine Satire?

Der westliche und nunmehr totale Kapitalismus hat das Problem gelöst, indem er jeden impliziten Anspruch der Reflexivität ganz aufgegeben und die Gesellschaft in eine einzige planetarische Realsatire verwandelt hat. Es gibt nichts mehr darzustellen, weil es keine Psychologie und keine Differenz von kapitalistischem Sein und individuellem Bewußtsein mehr gibt. Die Literatur ist in den automatischen Verwertungsprozeß zurückgenommen wie alles andere auch. Was als künstlerische Darstellung erscheint, ist in Wirklichkeit schon ab ovo Bestandteil der Realsatire. Die Gesellschaft ist unmittelbar ihre eigene mäßig komische Totalitätsdarstellung geworden, die keinen Beobachter mehr braucht, der sich darüber noch ein Lachen abkitzeln könnte.

Die Rezensenten wollen glauben machen, daß der Anti-Roman von Gaddis eine glänzende Satire und die Krönung der ungebrochen fortsetzbaren modernen Experimentalliteratur sei, weil sie sich gleichzeitig einreden wollen, daß die Realsatire der kritischen Theorie - z. B. das Gebrabbel des Modesoziologen Ulrich Beck über »reflexive Modernisierung« - auf ein ernstzunehmendes Reformprojekt hinausliefe. In Wirklichkeit hat Gaddis keine gute Satire auf den Kapitalismus geschrieben, sondern die sauschlechte kapitalistische Realsatire reflexionslos aufgezeichnet und transkribiert. Das ist der letzte mögliche Kunstgriff der bürgerlichen Literatur, um indirekt die Nichtreformierbarkeit des Kapitalismus und sein Verenden im allgemeinen Kommunikationskollaps anzudeuten. Was das Feuilleton darüber von sich gibt, ist Bestandteil dieses Zusammenbruchs und gehorsamer Vollzug des letzten kapitalistischen Tagesbefehls: Jeder seine eigene Realsatire!

Konkret 01/97, S. 51

Zu Protokoll

Jugendsünden, Altersmeisen: Vor laufenden Kameras diskutierten um 25. November im NDR III-»Talk vor Mitternacht« Vertreter der beiden deutschen PEN-Zentren, worum sie zueinander nicht kommen können. KONKRET dokumentiert Auszüge aus den Wortmeldungen von Karl Otto Conrady (Präsident des West-PEN), Joochen Laabs (Ost-PEN), Joachim Walther (West-PEN), Thomas Reschke (Ost-PEN), Ralph Giordano, Leu Rosh, Lutz Rathenow (West-PEN)

Moderator: Herr Conrady, Sie haben ein Problem, nämlich die wenig rühmliche Bindung des Ostzentrums an das SED-Regime. Wie wollen Sie eigentlich das in den Griff bekommen, daß die Vorbehalte gegen diese politische Vergangenheit bei den Westkollegen geringer werden?

Conrady: Ich habe immer wieder gesagt, daß es für mich feste Prinzipien gibt. Es kann auch unter internationalem Aspekt nur *ein* deutsches PEN-Zentrum geben. Bei dem schwierigen Weg dahin darf nichts vertuscht werden aus der Vergangenheit, sondern es müssen unklare Fälle, soweit sie bestehen oder soweit sie neu auftauchen - denn wir werden vor Überraschungen nicht sicher sein - geklärt werden. Und wenn die abgeschlossen sind, dann müssen sie auch als abgeschlossen gelten. Es kann ja nicht sein, daß jemand, der gegen die festgeschriebene Charta des PEN verstoßen hat, indem er Kollegen bespitzelt, verraten hat, daß er Mitglied in diesem Kreis sein kann, wo der Einsatz für Äußerungsfreiheit das oberste Gebot ist und der Einsatz dafür, daß in einem Land die Äußerungsfreiheit nicht behindert wird.

Moderator: Joochen Laabs, Sie sind Generalsekretär des Ost-PEN. Es ist in der Tat nach wie vor offen, wieviele der gegenwärtigen Ost-PEN-Mitglieder politischen Dreck am Stecken haben aus der ehemaligen DDR-Zeit. Warum machen Sie da nicht klar Schiff, prüfen nach, und dann gibt's da klare Fronten?

Laabs: Wenn so leicht klar Schiff zu machen wäre, wie Sie das jetzt andeuten, dann wäre das Ganze kein Problem. Wir machen das eigentlich, solange es den Ost-PEN gibt, und der hat sich eben im Jahre 90 nach der Wende gebildet. 40, 60, 70 Prozent unserer Tätigkeit überhaupt ist Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Und wir haben da alles mögliche aufzuweisen und haben alles mögliche versucht. Nicht alle Dinge haben von vornherein auf dem Tisch gelegen, und wir sind vielleicht bei den ersten Schritten noch etwas zag und blauäugig herangegangen. Das erste, was wir gemacht haben, daß wir appelliert haben, und alle, die in irgendeiner Beziehung mit der Stasi gestanden haben, sollten sich melden. Wieviel Arme sind hochgegangen? Gar keiner.

Moderator. Herr Walther, Sie haben ein Buch vorgelegt, haben im Auftrag der Gauck-Behörde gearbeitet. Darin wird deutlich, daß tatsächlich Erich Mielke im Sicherheitsbereich Literatur das Spitzelnetz enger geknüpft hat als irgendwo anders. Können Sie eigentlich Namen und Zahlen nennen? Keiner weiß so richtig Bescheid, was im Ost-PEN eigentlich los ist.

Walther. Doch, also inzwischen weiß man schon. In erster Linie geht es nicht um Personen, sondern es geht darum, welche Funktion ein PEN-Zentrum in einer Diktatur hat. Die DDR ist ja nicht die erste und nicht die letzte Diktatur gewesen. Wir haben jetzt beispielsweise auch Probleme im Internationalen PEN mit Ländern wie China oder Vietnam, wo natürlich auch der PEN instrumentalisiert werden soll. Das ist immer so. Das ist also kein einmaliges Problem, aber wir als Deutsche sind natürlich aufgerufen, zumal mit dieser Vergangenheit: Nach 45 ist schon einmal eine Aufarbeitung der Geschichte versäumt worden, und es hat 20 Jahre gebraucht, bevor man es ernsthaft machte, deshalb gehört es zur intellektuellen Pflichtaufgabe, wie das Günter de Bruyn genannt hat im Hinblick auf das Buch, dies zu tun ...

Viele Leute in Deutschland sagen doch, verstärkt durch die Presse, was soll dieser Streit. Keine Sau versteht, worum es da geht. Wenn Sie gestatten, würde ich es gerne mal erklären. Es geht um Literatur. Und Literatur hat nach Auffassung vieler, nicht nur meiner Auffassung nach, etwas mit Ethos zu tun, mit Moral. Nun, an dieser Stelle schreien schon wieder Leute auf: Moral, Moralismus, moralisieren, moralischer Rigorismus, Selbstgerechtigkeit. Darum geht es nicht, sondern es geht um eine moralische Bewertung der Vergangenheit, und nicht nur, um die Vergangenheit zu bewerten, sondern um uns vielleicht selbst klar zu werden, über welche Werte wir verfügen, jetzt, heute und in Zukunft.

Moderator: Herr Reschke, fehlen Ihnen diese Werte? Oder warum kommen Sie nicht selber darauf?

Reschke: Warum ich nicht selber darauf komme?

Moderator: Im Ost-PEN.

Reschke: Ich arbeite im Ehrenrat mit, und unsere Aufgabe besteht darin, Fälle, von denen wir Kenntnis bekommen, zu untersuchen. Und wenn wir zu dem Ergebnis kommen, der Betreffende hat gegen die Charta verstoßen und sollte im PEN nicht mehr sein, dann legen wir ihm den Austritt nahe. Ohne daß wir groß an die Öffentlichkeit gehen, sondern wir wollen, daß der Betreffende oder die Betreffende dann nicht mehr im PEN ist. Das haben wir in mehreren Fällen gemacht. Und ich

habe im Januar dieses Jahres auf der Jahrestagung gesagt, unsere Aufgabe ist zu mehr als 90 Prozent erledigt. Damals kannten wir das Buch von Walther noch nicht; jetzt habe ich es gelesen, und ich sehe, daß ich recht hatte. Das sind nur noch einzelne Fälle, zum Teil mit Jugendsünden, die lange, lange...

Giordano: Wir denken, daß ganz bestimmte Voraussetzungen von Ihrem PEN-Zentrum nicht erfüllt worden sind. Schauen Sie, der Konflikt, über den wir hier sprechen, der Konflikt im West-PEN, ist in voller Öffentlichkeit ausgetragen worden, vor Fernsehkameras. Und keiner von uns ist zurückgescheut, das zu sagen, was er für richtig hält. Es ist ein Streit gewesen, der hundertfach, tausendfach in der Presse behandelt worden ist. Warum eigentlich? Warum ist bei Ihnen nicht dasselbe geschehen? ... Dann noch etwas anderes: 90 Prozent - nach welchen Kriterien eigentlich, Herr Reschke? Ist nur schuldig, wer mit der Stasi in Verbindung gekommen ist? Sind nur die IMs unter den Schriftstellern die Leute, die geröntgt werden müssen? Keineswegs. Schriftsteller schreiben. Ich will wissen, was die Leute, die im Ost-PEN sind, geschrieben haben, Herr Reschke und Herr Laabs. Ich will wissen, wie Sie die Grundsätze der Charta interpretiert haben. Ich will von Ihnen wissen, was sie damals getan und gesagt haben. Nicht um Sie anzuklagen, verdammt noch mal, sondern Christa Wolf hat gesagt, wer in einer verkehrten Welt lebt, lebt verkehrt.

Rosh: Wenn Sie sagen, Herr Reschke, »Jugendsünden«, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Es gab einen Lektor, der hatte von der Stasi den Auftrag, Veröffentlichungen von Autoren zu verhindern. Ist das eine Jugendsünde, oder ist das nicht Existenzvernichtung? Das war in der DDR, in der ehemaligen, eine Existenzvernichtung. Ein Mensch kann seinen Beruf nicht mehr ausüben, kann kein Geld verdienen. Er kann seine Frau nicht ernähren, er kann sich nicht ernähren usw. Die Schwiegermutter von Jürgen Fuchs hat sich, als er verhaftet wurde, erhängt. Das ist lange her, das wissen wir wohl. Aber, wissen Sie, da sind Moral und Wertmaßstäbe verzogen worden. Wie habt ihr denn gelebt in der ehemaligen DDR? Unfrei, da muß ich gar nicht von den schrecklichen Stasi-Gefängnissen reden. Es reicht doch schon: Existenzvernichtung; es reicht, daß Leute außer Landes gejagt wurden.

Rathenow: Das Thema hat verschiedenste Ebenen, auf die wir jetzt nicht alle eingehen können. Ich würde mich schon mit Joochen Laabs als Joochen Laabs an einen Tisch setzen und mit Thomas Reschke als Thomas Reschke. Ich halte ihre Funktion als Fortsetzung eines PEN der DDR, der im Prinzip nur Beiwerk, Schmuckstück in einem System war, wo er nicht nach der Charta arbeiten konnte, für unnütz. Ich halte den PEN der DDR für unnütz. Ich bin also auch gegen die Vereinigung, denn jedes Mitglied des Ost-PEN kann dem West-PEN beitreten. Und wenn es überhaupt um eine Vereinigung geht, dann müßte es zumindest um drei PEN-Clubs gehen. Dann müßte der Londoner Exil-PEN mit einbezogen werden, in dem sich momentan mehrere jüngere DDR-Autoren, auch andere, eingefunden haben, ehemalige Dissidenten, die gar nicht mehr bei den beiden deutschen PENs Mitglied sind.

Es geht um etwas, was in der DDR Bedeutungs-Mehrwert für Literatur war. Inmitten einer Situation, in der es sehr vieles nicht gab, keine philosophische Debatte, keine soziologische Debatte, kam der Literatur ein besonderer Stellenwert zu. Und es gibt dann nach der Biermann-Ausbürgerung so etwas wie das Versagen der geistigen Elite, auch der kritischen Elite von Stephan Hermlin bis Christa Wolf, was man jetzt detailliert begründen müßte. Und es gibt seit 89 neue Vorwürfe, neue Beschuldigungen. Vieles, was man sich zur DDR-Zeit nicht getraut hat zu sagen, kommt jetzt raus. Zum Beispiel hat das Ost-PEN mit Wolfgang Engler, ich glaube, der ist im PEN, einen unglaublich dummen und aggressiven Artikel im letzten »Kursbuch« gegen die Oppositionellen geschrieben in der DDR. Es geht faktisch um neue Schuld, seit 89 ... er ist nicht im PEN? Dann nehme ich das zurück ... die aufgekommen ist. Es geht um das Nicht-Wahrnehmen einer oppositionellen Kraft, die sich seit 77 entwickelt hat, und um Schlüsse, die daraus damals gezogen worden sind von Leuten, die für die 50er und 60er Jahre richtig waren, die aber in den 70er und 80er Jahren eine zunehmende Realitätsblindheit erzeugten, die heute fortgesetzt wird.

Laabs: Man kann so eine Sicht auf die DDR und auf die DDR-Autoren haben, im besonderen auf die Literatur. Meine Sicht ist etwas anders. Ich denke, daß gerade das geschriebene literarische Wort in der DDR eine subversive Kraft gehabt hat und daß es gerade die Schriftsteller gewesen sind, die immer etwas ...

Giordano: ... die Schriftsteller?

Laabs: Sie haben völlig recht. Doch ein erheblicher Teil der Schriftsteller, der Mitglied des DDR-PEN gewesen ist und dann auch in den Ost-PEN eingegangen ist. Daß die so etwas immer wie Selbstbewußtsein der Leute gefördert haben, die Würde hergestellt haben. Die ganze DDR war eingespannt in eine Glocke ideologischer Administration und in eine ideologische verbale Haube. Es klang hier so an, als ob Hermlin, auch Christa Wolf gleichzeitig durch ihre Haltung in Frage stehen und daß sie als Intellektuelle versagt haben. Ich sehe das eben etwas anders: daß Intellektuelle und Schriftsteller etwas geleistet haben und daß sie geholfen haben, diesen scheinbar monolithischen Block porös zu machen.

Conrady: Ich möchte gerne noch auf zwei grundsätzliche Punkte eingehen: auf das, was Herr Giordano eben gesagt hat, das hat mich nachdenklich gestimmt. Sie haben nämlich gesagt, ich möchte wissen, was die da geschrieben haben, und dann haben Sie auch den Ausdruck gebraucht, was haben sie da ideologisch transportiert, so ungefähr. Heißt das, Literatur, die unter den Verhältnissen der DDR geschrieben wird, ist, auch wenn sie es selbst nicht will, ohnehin

systemstabilisierend? Das ist ja eine alte Diskussion. Es ist auch mal gesagt worden, alle Literatur, die im Dritten Reich geschrieben ist, ist wertlos. Ich möchte da behutsamer sein. Unterschiedliche Ideologien, unterschiedliche Weltanschauungen sind laut PEN-Charta natürlich erlaubt und müssen in einem Gremium zur Sprache kommen können...

Giordano: Ich habe eine Frage. Ist unter den zehn Fällen Schlenstedt, der Präsident, auch dabei?

Laabs: Der Name steht unter den zehn.

Reschke: Sie haben dem DDR-PEN und dem Ehrenrat vorgeworfen, zu spät und zu zögerlich gearbeitet zu haben. Zu spät vielleicht. Wir mußten es erst lernen, wir mußten erst auf die Idee kommen, einen Ehrenrat zu bilden. Ich habe mein Leben lang russische Literatur übersetzt und mich nicht mit Psychologie und auch nicht mit Juristik beschäftigt. Ich wurde in den Ehrenrat gewählt und mußte mich damit auseinandersetzen. Ich mußte mich fragen, wie macht man das. Und wir haben uns zusammengesetzt, unser Ost-PEN-Ehrenrat hat fünf Personen, und wir haben uns unter anderem darauf geeinigt Wir machen das ohne Öffentlichkeit. Warum? Weil wir auf einen, der schon liegt, nicht noch nachtreten wollen.

Rathenow: Damit ist Ihre Arbeit wertlos, weil sich die Arbeit der Autoren in der Öffentlichkeit vollzogen hat...

Giordano: Schlenstedt liegt nicht auf der Erde. Ich erlebe das, was sich hier tut, zum zweiten Mal. Das heißt, hier wird versucht, eine Vergangenheit aufzuarbeiten, und ich wehre mich gleich gegen den Vorwurf, der von der Seite kommen kann, ich vergleiche also das DDR-System mit dem Dritten Reich. Nein, das tue ich keineswegs. Ich denke, daß der Holocaust-Staat ein ganz anderes Kriminalgewicht hatte als die DDR. Nur: Ein so scheußliches System wie das des real existierenden Sozialismus wird nicht weniger scheußlich dadurch, daß es ein noch scheußlicheres gegeben hat. Was ich wieder spüre, ist etwas, das mich, obwohl ich so leicht nicht zu deprimieren bin, sehr deprimiert. Nämlich wie diese Aufarbeitung gehandhabt wird. Oder um es mal so zu sagen: Wenn eine Demokratie ein Gewaltsystem ablöst, dann verwandeln sich in Deutschland, meiner Erfahrung nach 45/49 und nach 89, die Täter von gestern sofort in die Opfer von heute, wenn die Opfer von gestern von ihnen heute Rechenschaft fordern. Das ist etwas, was mich erschüttert. Und das ist etwas, was wirklich eine Analogie, eine Parallelität ist, die einem den Atem verschlagen kann: die Verdrängerformulierungen von Tätern sind bis in die Wortwörtlichkeit gleich. Und noch einmal Schlenstedt: Solange Schlenstedt Präsident (des Ost-PEN; d. Red.) ist, das prophezeie ich Ihnen, werden Sarah Kirsch, Kunert, Fuchs und viele andere nicht im PEN bleiben.

Rathenow. Es gibt einen Widerspruch in der PEN-Charta, der sich durch den ganzen PEN zieht, was wichtiger ist, die Äußerungs- und Meinungsfreiheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens oder die Freiheit und Entwicklung der Literatur. Und es gibt moderne Diktaturen, da wird es zum Widerspruch. In Brasilien, in der letzten Diktatur, wurden zensierte Seiten immer mit Gedichten gefüllt. Das war eine Hochzeit für die Lyrik. Können wir uns diese Hochzeit wünschen, wo jeder Kulturminister jedes Buch, was erscheint, kennt, wie in der DDR der Herr Höpke?

Es sind drei Autoren in Joachim Walthers sehr verdienstvollem Buch, die als Opfer auftauchen, die bei mir als IMs auftauchen, die ich erst in den letzten Wochen entdeckt habe. In meiner Generation ist sehr viel intensiver angeworben worden. Die treten zum Teil jetzt erst in Erscheinung, und sie verhalten sich alle zu dem Thema, ohne daß sie sich dazu äußern, sie verhalten sich schweigend oder vehement aggressiv und denunzieren in der Öffentlichkeit, indem sie im satirischen Magazin oder anderen Zeitschriften versuchen, Artikel zu lancieren, auch unter Pseudonym. Das ist ein ganz akutes Thema. Es gibt in Hamburg eine Monatszeitschrift, die spricht von der deutschen Contra heute - Contra, das ist Nicaragua, das ist bewaffneter Widerstand gegen die Revolution -, die deutsche Contra, bestehend aus ostdeutschen Bürgerrechtlern und Totalitarismusforschern. Das ist der Ton, der jetzt gepflegt wird, in KONKRET zum Beispiel.

Giordano: Ich prophezeie Ihnen, Herr Reschke und Herr Laabs, daß, wenn es so ist, wie Sie sagen, daß 90 Prozent aufgearbeitet ist, dann ist der PEN am Ende. Der PEN-West wird zu einem Appendix, einem Wurmfortsatz des Ost-PEN, wenn das so ist. Dann passiert genau das, was Otto Köhler in der »jungen Welt« geschrieben hat, daß der PEN-West sich dann durch seine eigenen Gegensätze auflösen und der PEN-Ost der große Sieger sein wird, lesen Sie das mal in der »jungen Welt« nach.

Walther: Die subversive Literatur war die, die immer unterdrückt worden ist, und nicht die kritisch-loyale Literatur. Die kritisch-loyale Literatur wurde von der DDR, von den DDR-Machthabern natürlich benutzt. Die partielle Kritik an Erscheinungsformen des Sozialismus konnte abgefedert werden, griff das System nicht an.

Laabs: Das System ist doch zugrunde gegangen!

Walther: Der Leser wurde bedient, was die Medien nicht machten, machte ein Teil dieser kritischen Literatur. Zugleich konnte die Regierung oder die Partei das genehmigen, weil diese Literatur die Machtfrage nicht stellte. Das heißt, die Macht der SED wurde nie in Frage gestellt. Das haben aber die Bürgerrechtler getan, und die wirklich subversive Literatur war die oppositionelle Literatur. Und genau darum geht es. Ihr stellt sozusagen diese Literatur in den Mittelpunkt und sagt, das wäre die Subversion gewesen. Das war sie nicht. Sie war sogar systemstabilisierend.

Laabs: Ich habe von der subversiven Kraft der Literatur gesprochen.

Walther: Die hat es nie gegeben.

Rathenow: Ich habe gerade jetzt von einem Bekannten Aktenteile zugeschickt bekommen, wo Stephan Hermlin wieder eine Rolle spielt, wo der Staatssekretär Kurt Löffler am 5. Juni 1979 berichten konnte, daß ihn Stephan Hermlin - darüber schreibe ich jetzt einen Artikel - in einem Gespräch in der diplomatischen Vertretung der italienischen Botschaft mitteilt, daß er vor einigen Tagen von dem Sohn eines verstorbenen Freundes aufgesucht worden sei, der ihm die Bitte vorgetragen hat, an einer Zusammenkunft führender Schriftsteller der DDR mit Prof. Havemann teilzunehmen. Hermlin erklärte, daß er dieses Ansinnen empört zurückgewiesen hat. Diese Denunziation eines Bekannten, eines Freundes wird, ich werde es jetzt genau lesen, den Ausschluß von Stephan Hermlin aus dem PEN zur Folge haben.

Konkret 01/97, S. 54

Hermann L. Gremliza

Die Verteidigung Goethes

Einer der wenigen bedeutenden kommunistischen Schriftsteller nach Karl Marx, die Kommunismus nicht als Liebeserklärung ans Proletariat mißverstehen, bat sein »vollständiges theoretisches Werk« vorgelegt - den »Gesamtentwurf einer sozialistischen Klassik«

Zwei Aristokraten besteigen das Schafott,- hinter ihnen geht der Henker. Sagt der eine Aristokrat zum anderen: » Was gibt man dem Mann eigentlich?«

Der die Anekdote erzählt, ist der Haltung nach der eine Aristokrat: Peter Hacks. Nie ist er bei dem Freiheitsgesindel zu finden, nicht 1817 auf der Wartburg, beim »Versuch eines Enthauptungsschlags der völkischen Rechten gegen den Bonapartismus«, und nicht 1991 bei der Befreiung der kommunistischen Akademie der Künste durch die kapitalistische, die er mit seinem Austritt beantwortet. Hacks steht auf der Seite der Klassik gegen die Romantik, 1817 wie 1996. »Die Neuzeit«, deren drei Klassiker »Goethe, Hegel und Napoleon« sind, reicht bis heute. Die Romantik auch.

Den »Maßgaben der Kunst«, sagt ihr Autor, »wohnt eine Grundtendenz inne. Die Grundtendenz ist die Verteidigung Goethes. Mit Goethe ist dem Menschengeschlecht ein Mal was Rechtes gelungen... Eine Menschheit, der gegenüber Goethe verteidigt werden muß, wie will man die noch verteidigen?« Wie nennen Goethes Feinde auf der Wartburg und in der »Frankfurter Rundschau« den Dichter? »Seine Feinde nennen ihn einen Höfling oder einen Fürstenknecht, und das, denke ich in der Tat, ist es, was er war. Der Name eines Fürstenknechts wird oft als Schimpfname verwendet, und sein Wert als wissenschaftliche Kategorie ist nicht unbeschädigt. Bei beidem muß es aber vielleicht nicht bleiben. Es könnte ja sein, daß Goethe wußte, was er tat.« Und was er, 1817, zu den Freiheitskriegern sagte: »Wie man denn niemals mehr von Freiheit reden hört, als wenn eine Partey die andere unterjochen will.«

Die Feinde Goethes, Hegels, Napoleons und also der Klassik sind die Romantiker, die rechten wie die linken, die Liberalen wie die Anarchisten, nämlich zum einen die, »welche die Freiheit zum Maß der Dinge wollen, und zum andern jene Genossen, die, nach Stalins schönem Wort, für Explosionen begeistert sind«. Beide eint (in der deutschen Romantik, die nie zu Ende gegangen ist) ein »Unvergnügen am Staat« und »ein beharrlicher Antisemitismus, der sich wie ein roter oder, wenn man Anspielungen liebt, brauner Faden durch ihre Meinungen und Gebärden zieht... Der Ton der Nazis ist nicht erst bei Jakob Grimm und Richard Wagner gefunden; er stammt fast zur Gänze aus dem kunstmäßig-ständischen Jargon der Schlegel, Kleist, Arndt, Jahn, Stein und Adam Müller.«

(Mir fällt auf, daß ich, Hacks' Werk zu preisen, ein daraus entnommenes Zitat an das andere reihe. Aber warum sollte ich in anderen Worten um etwas herumbuchstabieren, was Hacks gültig gesagt hat? Es bleibt also dabei:)

»Der einzige Wert, den die Romantik je bejaht hatte, war die Auserwähltheit ihrer Führer. Jetzt wurde die Auserwähltheit demokratisiert und das auserwählte Volk behauptet. Diese einmalige Anstrengung der Romantik, eine positive Bestimmung ihrer selbst hervorzubringen, hatte was zum Ergebnis? Nun ja, den Rassismus.« Das geht weit über Goldhagens verdienstvolle Selbstverständlichkeiten hinaus. Bei Hacks ist 1945 keineswegs Schluß mit grausig. Nicht nur »die Fürsten« benutzten die Romantik »für die gemütliche Seite des Kriegswesens, die Hetze«, und »das einzige, was in der romantischen Epoche romantisch war«, die öffentliche Meinung nämlich, »würde es, und bis heute, bleiben«.

»Die Freiheit ihrer Feen war den Romantikern schon ein paar Hekatomben wert« und ist es noch, wenn nicht rechtzeitig einer einschreitet, wie, sehr zum Wohlgefallen von Hacks, einstmals der Staat: »Gegen die Fee Arndt wurden zwanzig verdiente Jahre Lehrverbot verhängt, ich wollte, es wären zweihundert gewesen.« Denn »wer selbst nicht das Ziel und das Vermögen hat, einen Staat zu gründen, hat nicht von der Geschichte das Recht, einen Staat zu zerstören. Es ging, wenn es gegen diese Leute ging, einfach um die Zivilisation.« Ein Jahrhundert und mehrere Hekatomben später tragen Schulen Arndts und Jahns Namen, natürlich in der BRD, aber eben auch in der DDR.

»Wir haben doch nicht im Sinn, Bildungsunterschiede abzuschaffen, indem wir die Bildung abschaffen«, fluchte Hacks an anderer Stelle und wußte doch, daß eben dieses das Programm aller war und ist, die das Proletariat lieben, anstatt ihm das Rüstzeug zu geben, sich abzuschaffen, und also auch jener SED, die sich nun in der PDS selbstverwirklicht. Hacks schiebt die Schuld am geistigen Niedergang des Sozialismus zuerst auf jene, die in seinem Teil der Welt das Sagen hatten: »Die Russen ließen Stalins Hinweis, der Überbau habe gelegentlich an sich, daß er auf die gesellschaftliche Grundfeste rückwirkt, unbeachtet. Sie hörten auf, sich um den Überbau zu kümmern. Eine gleichgültige Bevölkerung ist mit soviel weniger Geld zu haben als eine beistimmende und, fanden die Russen, tut denselben Dienst - jedenfalls für den Alltag. « Ein andermal spricht er vom »Verzichtfrieden im ästhetischen Weltkrieg«, den die Russen erklärt hätten. Aber er übersah den Anteil der eigenen Genossen keineswegs, den er etwa am Erläuterungsteil der Berliner Goethe-Ausgabe ablas: »Diese hingeschluderten Behauptungen stehen für die schändliche Fahrlässigkeit, womit seit zwanzig Jahren die ganze Wissenschaft von der Gesellschaft bei uns betrieben und, sagen wir es doch, zugrunde gewirtschaftet wird... Wann hört das

auf, daß zwei Kennzeichen das Wesen eines sozialistischen Literaturkundigen bestimmen: Verlogenheit und Herzensgüte? Die Germanisten möchten, daß Goethe so sei wie sie, herzensgut und verlogen. Ein schulterklopfender Zwerg.«

Zugrunde gewirtschaftet hat die Wissenschaft von der Gesellschaft der (echt romantische) Proletkult. Welcher Parteiwissenschaftler der SED hätte noch den Mut oder auch nur den Kopf gehabt zu einem Gedanken wie diesem: »Daß der Mensch ein erzeugendes Tier ist, dankt er der Arbeitsteilung. Von allen Formen der Arbeitsteilung die ausschlaggebende ist die der Über- und mithin der Unterordnung. Sie ist wichtiger als die Trennung der Fachmenschen von den Laien oder als die Trennung der Berufe voneinander. Der Fortschritt beruht auf den Privilegien.« Ich kenne mindestens drei deutsche Parteien, bei denen auf diese Behauptung der Ausschluß steht, und drei andere, die ihn aus Mißverständnis billigen. Was die linken unter ihnen angeht, ist zu merken, was Hacks über den »Euromaoismus-Menschewismus« sagt: »Es verblüfft ja immer wieder, wie lange Schwachsinn fortdauert, insonders wenn er im Gewande der Sittlichkeit sich herzeigt.«

Die Maßgaben der Kunst versammeln Hacks' Aufsätze aus den Jahren 1959 bis 1994. Sie behandeln nahezu alle Erscheinungen der Kultur dieser Zeit, die der Behandlung wert *und* bedürftig waren, weshalb, außer Goethe, manches fehlt, wovon man gerne annähme, daß Hacks es schätzt. Mit dem Titel *Die Maßgaben der Kunst,* sagt der Waschzettel, sei Hacks »beiläufig die erste deutsche Übersetzung des Worts Ästhetik« gelungen. Tatsächlich bildet die Sammlung eine Einheit, die auch den unübersetzt höher trabenden Titel »Ästhetik« hätte tragen können. Warum? Allein schon darum, daß auf Seite 394 zu lesen steht:

Die Ästhetik ist die Wissenschaft von der Kunst und zugleich ihre Technik. sowohl die Beschreibung ihrer Gesetze also als die Anleitung zu ihrer Herstellung. Kunst, weiß die Ästhetik, ist folgender Vorgang.

Ein Subjekt (der Künstler, der auf seine Weise die Gesellschaft vertritt) legt einem anderen Subjekt (dem Publikum, das auf seine andere Weise die Gesellschaft vertritt) ein Objekt an die Sinne und ans Herz. Objekt kann eine politische Geschichte sein oder auch nur ein gemalter Pfirsich. In beiden Fällen wird es vom Künstler falsch wahrgenommen, wobei in dieser Unfähigkeit zur Objektivität etwas wie eine Absicht steckt; der Art vertritt endlich auch der Kunstgegenstand die Gesellschaft und ist auch das Objekt, ohne daß es au/hörte, ein Objekt zu sein, ein Subjekt. Im Kunstzusammenhang verhandelt die Gesellschaft mit der Gesellschaft die Gesellschaft.

(Sinn und Ziel der Verhandlung ist das Ideal, will sagen, die bestvorstellbare Weise für das Subjekt Menschheit, wie mit dem Objekt Welt zurande zu kommen. Das nur nebenbei.)

Die Verhandlung erfolgt immer vermittelt über ein anschauliches Gebilde, das Kunstwerk. Das Kunstwerk ahmt den Gegenstand nach. Es hat drei Eigenschaften. Es ahmt ihn ähnlich nach; es ahmt ihn in einer Haltung nach, welche der eigentliche Inhalt des Kunstwerks ist und an der Kunst die Hauptsache,- und dann drittens...

... lesen Sie ab hier selber weiter. *Die Maßgaben der Kunst* sind bei der Edition Nautilus erschienen, knapp 1.200 Seiten stark und kosten 138 Mark. Mit Lichtenbergs Rat, wer zwei Paar Hosen habe, solle eins verkaufen und sich dies Buch anschaffen, ist es hier nicht getan. Es lohnt sich, beide zu verkaufen.

Konkret 01/97, S. 55

Peter Hacks

*

über PEN-Zentren: *Von der Kunst sagt Marx, daß sie ein besonders umwegig vermittelter Bestandteil des Klassenkampfs sei. Der Verfasser hält inzwischen diese Marxsche Deutung für feinsinnig bis zur Weltfremdheit. Nach seinen Erfahrungen im Jetzt und im Einst ist die Kunst einfach eine Form der Tagespolitik, so wie das Glockenläuten oder das Henken. Die Literatur ist kein minder schmutziges Geschäft als die Politik; letztlich ist sie wohl das gleiche. Von hundert Dichtern fand er neunundneunzig nicht nur schmarotzerisch, käuflich und wehleidig dabei, er fand sie, was das Politische betrifft, in der allerhintersten Reihe.*

über Professoren: *Die Philologen, weiß man, sind amusisch, gottesfürchtig und fleißig. Es stimmt nicht mehr. Sie sind nicht mehr fleißig.*

über die Presse: *Ich meines persönlichen Teils habe eine Vorliebe für den Kaiser Napoleon, schon weil er die Zeitungen abschaffte.*

über Herrn Jens: *... jene breitgetretene Unterscheidung von Bourgeois und Citoyen, weiche dem Bürgertum ja nur die Verwirklichung von Idealen andient, die es natürlicherweise zu leisten nicht im Sinn hat.*

über das Parlament: *... jene Art von Kammer, wo an die Lobby aus Schmuckgründen auch noch ein Raum angebaut ist, worin man redet.*

über einen Lyriker: *Erzeugt etwa jedes schlechte Gedicht einen Lachreiz? Ich kann ganze Bände von Bobrowski lesen, ohne daß mir auch nur einmal einfiele, die Lippe zu kräuseln.*

über einen Denker: *(Friederike Kempner) hat sogar die Formel für Philosophen nach ihr. In dem Vers »Das Leben träumt, der Traum er lebt!« befindet sich die gesamte Blochsche Weisheit. Ich kenne Ernst Bloch ganz gut, und ich entsinne mich nicht, daß er jemals etwas vorgebracht hätte, das über diese Sentenz hinausgegangen wäre.*

über den Fortschritt: Will *irgendeiner die Ansicht versuchen, der Film sei, dem Drama gegenüber, eine kulturelle Verbesserung?*

über einen Heroen: *Büchner ist der Drittkopf des deutschen Niedergangstrios. Kleist, Grabbe und Büchner sind von nichts ein Anfang. Sie sind nicht einmal der Anfang vom Ende... Büchner war kein gemeiner Junge. Er war eine deutliche Begabung und ein Sonderfall. Aber indem er damit ein Gegenstand für den Kulturphilosophen geworden ist, hört er ja nicht auf, einer für den Jugendpsychologen zu sein... Die Verkinderung des imperialistischen Bewußtseins ist es, welche bewirkt, daß der Widerspruch zwischen seiner Kindlichkeit und Größe gar nicht mehr wahrgenommen wird. Der Halbstarke wird, so als ob das überhaupt ginge, für ein Genie genommen, und ohne je den Abstrich. Hieraus kann nichts werden... Georg Büchner ist ein Schüler Ludwig Tiecks. Georg Büchner erwähnt diese Tatsache nicht, daher ist sie hier erwähnt worden. Es ist nichts besonders Schlimmes dabei. Aber wieso eigentlich macht ein Tieckschüter Epoche?*

über Demokratie: *Ein erstklassiges Drama erkennt man daran, daß das Volk in ihm stört.*

über Artikel 5 GG: *Das Wort Medien bildet keine Einzahl. Ihre Verwechselbarkeit ist ihre Stärke; wie die Beagle-Hunde jagen sie immer in der Meute. Natürlich lassen sie, wenn sie zwar alle hinter demselben Wild her sind, sich bei irgendeinem Hundenamen rufen. Wenn beispielsweise in einer Seh-Zeitung die Autonachrichten auf der ersten Seite stehn, handelt es sich um »Bild«, wenn sie im Auto-Teil stehn, handelt es sich um den »Stern«, wenn man sie aber unter der Rubrik »Kultur« suchen muß, handelt es sich um den »Spiegel«.*

Ober Medien: *Ausgewogenheit ist die Verabredung, es solle gegen jede Meinung, falsch oder richtig, eine Gegenmeinung gesetzt sein. Bisher hatte die Menschheit angenommen, es sei eine Gegenmeinung nur zu einer unrichtigen oder halbrichtigen Meinung nötig, und es seien etwa zu dem Satz »Der Mensch hat zwei Ohren« die Gegenmeinungen alle, von »Der Mensch hat ein Ohr« bis »Der Mensch hat unendlich viele Ohren« völlig entbehrlich. Ausgewogenheit nun läßt jede Ohrenzahl, von eins bis unendlich, zu, fairer Weise auch die Ohrenzahl zwei unter ihnen.*

über Freiheit: *Ein Land, das Medien hat, braucht keine Zensur mehr.*

über Biermänner: *Dichter haben einen feinen Sinn für das Kommende. Der Dichter riecht die Zukunft wie das Schwein die Trüffel... Wo eine neue Zeit hinkommt, ist er alleweile schon da. Die Künstler sind die Mitläufer von morgen... Das Volk empfindet denjenigen, der oft und immer zum rechten Zeitpunkt umfällt, als stetig, in sich ruhend und gediegen.*

über das Regietheater: *Ich hielt den Carl Ludwig Sand (den Mörder Kotzebues - HLG) immer für den ersten Vertreter des Regietheaters. Alle gegenwärtigen Regisseure erinnern mich an ihn. Sobald sie einen Theaterdichter treffen, machen sie ihn fertig.*

über viele: *Er war nicht eigenwillig oder verbissen. Er hatte Lust an den Weltgeschäften. Politisch stand er auf der einträglichsten aller Positionen: ein Haarbreit links von der Unerheblichkeit. An keinem Ort wird so viel Geld verdient und Ehre gewonnen wie an dem.*

über alle: *Zur Paranoia des Liberalismus gehört die Wahnvorstellung, daß eine Administration gern administriere. Das Gegenteil trifft zu. Es gibt nur eines, das eine Administration wirklich gern tut, und das ist: gar nichts. Zum Administrieren entschließt sie sich nur unter äußerstem Druck.*

über andere: *Satiren gegen die Zensur sind selten brillant. In ihnen steht immer dasselbe: daß der Schriftsteller ein Weltnabel und der Zensor ein Pinsel ist.*

---

* Die Zuordnungen der Zitate, die alle dem besprochenen Band entnommen wurden, sind *nicht* von Peter Hacks.

Konkret 01/97, S. 56

Jens Hoffmann

Buch & Deckel

Jane Kramer: Unter Deutschen. Briefe aus einem kleinen Land in Europa. Edition Tiamat, Berlin 1996, 304 Seiten, 44 Mark

Jane Kramer hat den Deutschen bei der täglichen Nationalgymnastik zugeschaut. Die zwischen 1983 und 1995 für den »New Yorker« geschriebenen Reportagen porträtieren ein Kollektiv, das sich immer dann zu akrobatischen Höchstleistungen aufschwingt, wenn es darum geht, die Berührung mit der eigenen Vergangenheit zu vermeiden. Entweder wird sie als eine »Last« empfunden, die es schnellstmöglich abzuwerfen gilt, oder sie wird als ein tückischer Hindernisparcours vorgestellt, der unter internationaler Aufsicht »bewältigt« werden muß. Beide Übungen sollen selbstverständlich »anständig« absolviert werden. Möglicherweise sind Urkunden und Medaillen zu erwerben! Nun könnte der Welt das feierlich inszenierte Schleudern und Hopsen herzlich egal sein, wenn die Deutschen ihre kollektiven Bewegungen auf sportliche und geisteswissenschaftliche Bereiche beschränken würden. Sie tun dies leider nicht, sondern verrenken sich, um - wie sie immer wieder beteuern - den »aufrechten Gang« zu erlernen. Ob sie sich dabei auf Ernst Bloch, Alfred Dregger, Heinrich Himmler oder irgendeinen 68er Spätheimkehrer berufen, ist belanglos, weil sie sowieso immer dasselbe meinen: Sie wollen, da sie die serienmäßige Ausstattung des Homo sapiens offensichtlich als ungenügend erachten, der Welt neudeutsche Menschen(bilder) schenken und sind stets tödlich beleidigt, wenn jene das Präsent peinlich berührt zurückweist.

Auch Jane Kramer hat das Geschenk, das die Deutschen seit 1989 wieder bereithalten, nicht besonders gefallen. Sie vermutet, daß die beiden Deutschlands lediglich der grenzüberschreitende Entschluß eint, »ihre Verbrechen zu einem Teil der >Geschichte< werden zu lassen«, und daß sie ansonsten »für ein paar Generationen wohl nicht sehr viel miteinander zu reden haben werden«. Es geht ihr auf die Nerven, daß hier ununterbrochen Worte (»Heimat«, »Innerlichkeit« und »Weltschmerz«) kursieren, »mit denen die Deutschen suggerieren, daß ihre Erfahrung zu kompliziert ist, als daß irgend jemand anders sie verstehen könnte«. Und ihr sind jede Menge Leute aufgefallen, die »auf bequeme Weise durcheinander(bringen), ob sie von den Alliierten befreit wurden oder ob man sie von den Alliierten befreite«. Das soll nun nicht heißen, daß die Autorin keinen Spaß im Land der Tränendrüsen und Springerstiefel gehabt hätte. Mit »Die Stasi auf dem Prenzlauer Berg« etwa ist es Kramer gelungen, die Täter-Opfer-Plaudereien der Ostberliner Literaturszene auf äußerst amüsante Weise zu entquarken. Auftreten zwei Ingenieure der deutschen Seele zum großen Reinemachen: »Sie (Rainer Schedlinski und Detlev Opitz; J.H.) verbrachten zwei ruhige Tage in Ahrenshoop und hielten auf zweihundertfünfzig Seiten ihre Gespräche fest, die Schedlinski lieber >Essays und Kurzgedichte(nennt, und sie brachten die > Süddeutsche Zeitung(dazu, ihnen das Hotel zu bezahlen.« Erfreulich, daß in Rezessionszeiten auch in der Meinungsbranche Spesengelder knausriger verteilt werden.

Im Gegensatz zu den generationsübergreifend immer prächtiger gedeihenden »positiven« Erinnerungen an den Nationalsozialismus ist die Erinnerung an die Verbrechen der Deutschen und an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland immer nach abfallwirtschaftlichen Prinzipien »organisiert« worden. Es wurden, wie Kramer schreibt, »symbolische Vereinfachungen« favorisiert: »Monumente, Denkmäler und > Gedenkstätten <, die die Erinnerung nehmen und sie . .. in der Landschaft deponieren, wo sie zu angemessenen zeremoniellen Gelegenheiten besucht werden kann, wo sie aber nicht auf unangemessene Weise das Geschäft des alltäglichen Lebens stört.« Diese symbolischen Vereinfachungen lassen sich auch in der Praxis linker Antifa-Gruppen ausfindig machen. »Brauner Dreck« soll zum Verschwinden gebracht werden. Und als Kopie des Befehls, öffentliche Wege und Grünanlagen sauber zu halten, wird eine Figur plakatiert, die ein Hakenkreuz in einen Abfallkorb wirft. Stets wird der Nationalsozialismus in Deutschland als etwas Äußerliches betrachtet; als etwas Beschmutzendes, das aber seit 1945 nichts mehr mit den Menschen und Körpern hier zu tun haben soll. Diese politisch komfortable Autosuggestion funktionierte solange, bis 1989 mit der Mauer jener zentrale Müllschlucker verschwand, in dem »die übelsten Züge der Deutschen« zwischengelagert waren. Plötzlich wurde die Vergangenheit als rassistisches Pogrom in den Straßen für jedermann sichtbar. Weil die Deutschen ihre Vergangenheit nicht mehr gegen die Mauer werfen können, werfen sie nun Molotow-Cocktails in die von staatlichen Instanzen bereitgestellten Flüchtlingslager. Kramer schreibt, daß nach der Demontage der Mauer niemand in Deutschland weiß, »wo er die Vergangenheit hintun ... soll«. Aber nicht das »Wo?« ist das Problem, sondern die Tatsache, daß ' die Vergangenheit in Deutschland als ein abzuspaltender und irgendwo zu deponierender Gegenstand vor- und dargestellt wird.

Jane Kramers *Unter Deutschen* hilft bei dem Versuch, weiter gegen Deutschland zu ermitteln.

Konkret 01/97, S. 56

Oliver Tolmein

Buch & Deckel

Ivan Ivanji: Barbarossas Jude. Picus Verlag, Wien 1996, 280 Seiten, 39,80 Mark

Ein Agententhriller, der seine Leserinnen und Leser zuerst nach Bonn führt, gerät in Gefahr, zur Gute-Nacht-Lektüre zu werden. Wenn dort am Rhein ein ehemaliger Mitarbeiter des jugoslawischen Geheimdienstes von einer unbekannten Macht angeworben werden soll, befürchtet man schnell, daß hier wieder ein Krimi-Autor fehlendes Erzähltalent durch Aktualität wettzumachen versucht. Erscheint dann noch ein jüdischer Geist namens Isaak, der einst als Berater den Kaiser Barbarossa auf seinem Kreuzzug begleitete, der schließlich aber auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv seinen letzten Auftritt hat, könnte man geneigt sein, mit einem Seufzen über das unaufhaltsame Vordringen des Kolportageromans das Buch wieder zuzuklappen.

Ivan Ivanjis Roman *Barbarossas Jude* habe ich allerdings weitergelesen. Ivanji gelingt es, die Geschichte des altgewordenen Geheimdienstmannes Marko, der nur noch daran denkt, wie er seine Tochter aus dem belagerten Sarajevo holen kann, schlüssig mit der von Kaiser Barbarossas Hofjuden zu verknüpfen. Während Isaak, nachdem Barbarossa ertrunken ist, aus dem Kreuzfahrerheer verstoßen wird und statt im Gelobten Land schließlich in Serbien landet, verläßt Marko, der glaubt, in Belgrad ein Zuhause zu haben, der aber angesichts des grassierenden Nationalismus dort zum Fremden wird, Serbien. Um seine Zukunft zu sichern, paktiert er mit einem unbekannten Geheimdienst, arbeitet mit der russischen Mafia zusammen und sieht schließlich nur noch den Ausweg, nach Israel zu fliehen, in ein Land, für das er keinerlei Sympathien hegt, wo er aber mit einem »Willkommen daheim« von Isaak empfangen wird. »Es ist ein gutes Land zum Sterben. Aber zum Leben auch.«

Ivanji, der 1944/45 mehrere Konzentrationslager der Deutschen überlebt hat und später Dolmetscher Titos wurde, erzählt unprätentiös und anschaulich. An *Barbarossas Jude* besticht nicht der Stil des Autors, sondern seine Fähigkeit, Geschichten behutsam aus ihrem politischen und historischen Kontext zu entwickeln. Ivanji erzählt vorn Scheitern des jugoslawischen Staates und dem damit verbundenen Ende der jüdischen Assimilation auch hier. Es ist ein spannend geschriebenes, aber kein verbittertes Buch geworden.

Konkret 01/97, S. 57

Christian Eggers

Buch & Deckel

Hans-J□ rgen Burchardt: Kuba: Der lange Abschied □ on einem M□ thos. Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1996, 264 Seiten, 29,80 Mark

Hans-Jürgen Burchardt zieht vor »historischem Hintergrund« eine »Bilanz der bisherigen Reformen« auf Kuba, behauptet der Verlag. Der Autor mache sich dabei sogar »exemplarisch« auf »die Suche nach neuen Impulsen für eine gesellschaftliche Utopie«. Das sind reine Werbesprüche. Wie überhaupt das ganze Buch an den sommerlichen Reklamespot einer Supermarktkette erinnert, in dem die Autofahrer aufgefordert wurden, auf die neuen, im Straßenverkehr unerfahrenen Erstkläßler Rücksicht zu nehmen und - Schnaps zu kaufen. Burchardts »langer Abschied« ist freilich kurzweiliger und interessanter geraten.

Die Darstellung der mal mehr, mal weniger revolutionären Etappen kubanischer Wirtschaftspolitik vom Sieg der Guerilla 1959 bis heute ist Burchardt hervorragend gelungen. Schade nur, daß der Wirtschaftswissenschaftler weder Analyse noch »utopische Impulse« plausibel zu machen vermag. So erkennt er etwa in dem von Che Guevara Anfang der sechziger Jahre konzipierten »haushaltsmäßigen Finanzierungssystem« nicht das Modell einer in Theorie und Praxis konkreten kommunistischen Utopie, sondern kritisiert es als bloßen »radikalen Staatszentralismus«, als »Entökonomisierung und Militarisierung«, ja als »Geburtsfehler der Revolution«.

Bei soviel realpolitischer Ablehnung Guevaras ist es nur konsequent, daß Burchardt die jüngsten pro-marktwirtschaftlichen Reformen auf der Insel nicht etwa als kubanische Variante der Rückkehr zum Kapitalismus bezeichnet wissen möchte, sondern als »teilweise Wirtschaftsliberalisierung«, die ihm allerdings nicht weit genug geht: Ein »ziviler und sozial verträglicher Umbruch in Kuba« sei »nicht durch zögerliche und auf einzelne Wirtschaftszweige begrenzte Reformen möglich«. Nötig seien »jetzt eine zusammenhängende und aufeinander abgestimmte Reformstrategie« sowie »Eingriffe in den Staats- und Parteienapparat«, damit »Kubas Anwärterschaft auf einen karibischen Tiger« beginnen könne.

Burchardts »Fahrplan für den Umbruch« auf Kuba und seine »neuen Impulse für eine gesellschaftliche Utopie« stellen sich als Plädoyer für die Verknüpfung einer vermeintlich sozialistischen »Arbeiterselbstverwaltung« der Betriebe mit dem »Aufbau einer Verwaltung« heraus, die »das Marktgeschehen überwacht und reguliert, ohne es abzuwürgen«. Das »Fernziel« der vorgeschlagenen »Reformen wäre ein reguliertes Zusammenspiel von Staat und Markt«, das »schnurstracks in einen anderen Sozialismus« münde: »Marktsozialismus«. Und rhetorisch fragt der Autor in seinem »utopischen« Entwurf, ob »Märkte nicht grundsätzlich im Widerspruch zum Sozialismus« stünden; seine kategorische Antwort: »Mitnichten!« Schnaps für Antofahrer.

Immerhin und immer wieder insistiert der Autor - aller eigenen Markt-Propaganda zum Trotz und ohne sich durch Widersprüche irritieren zu lassen - auf der Notwendigkeit der weltweiten »Überwindung des Kapitalismus«. Das ist zwar keine neue Erkenntnis, aber sie kann angesichts des vorläufig globalen Sieges der Marktwirtschaft gar nicht oft genug formuliert werden. Soll sich dabei doch in Widersprüche verwickeln, wer will, wenn das Ganze wenigstens informationsreich, interessant und lesenswert aufgeschrieben ist. Wie es Hans-Jürgen Burchardt gelungen ist. Wer sein Buch gelesen hat, weiß mehr über Kuba.

Konkret 01/97, S. 57

Conrad Schuhler

Buch & Deckel

Anna Vollmann/Werner Zahn: Kuba - vom »Modell« zum »Hinterhof«? Distel Verlag, Heilbronn 1996, 143 Seiten, 22 Mark

Obwohl sich, wie die Autoren sagen, immer deutlicher abzeichne, »daß alle verzweifelten Versuche, ausgerechnet mit westlichem Kapital noch etwas vom alten Castro-Programm zu retten, fehlschlagen«, wollten die USA keinesfalls warten, bis sich Castros Kuba von selbst erledigt habe. Castro, »das Symbol eines antiimperialistischen Selbstbehauptungswillens«, solle unter allen Umständen vorher gestürzt werden.

Die rigorose Vernichtungspolitik der USA gegenüber Castros Kuba erklären Vollmann/Zahn mit der einzigartigen Herausforderung, die das antiimperialistische Modell Kuba direkt vor der Haustür der USA darstellt. Seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wird die Außenpolitik der USA von zwei kategorischen Imperativen geleitet: »Amerika den Amerikanern« (Monroe-Doktrin von 1823), was nichts anderes bedeutet als ganz Amerika den USA, und »manifest destiny«, die angeblich offenkundige Bestimmung der USA, für die Freiheit auf der Welt zuständig zu sein.

Die Autoren entwickeln diese Linie bis hin zum »Helms-Burton«-Gesetz, das Präsident Clinton im Februar 1996 unterzeichnete. Nach Artikel 3 dieses Gesetzes können Firmen, die Betriebe oder Grundstücke erwerben, die vor der kubanischen Revolution US-Bürgern gehörten, oder die mit solchen Unternehmen Geschäfte machen, in den USA auf Schadensersatz verklagt werden. Da die 430.000 in den USA eingebürgerten Exilkubaner zu US-Bürgern im Sinne dieses Gesetzes erklärt werden, hat Washington Kuba zur Tabu-Zone für ausländisches Kapital erklärt. Allerdings hat Clinton im Juli 1996 gerade diesen Artikel mit seinem Veto zum zweiten Mal für sechs Monate außer Kraft gesetzt. Worin sich auch eine zweite Linie der US-Politik ausdrückt, die aus Castro gerne einen karibischen Gorbatschow machen möchte, der als Galionsfigur auf dem Marsch zurück in den Kapitalismus von größtem Nutzen sein könnte.

Castros Plan, »mit dem Kapitalismus den Sozialismus zu retten«, wird von den Autoren scharf kritisiert. Die Maßnahmen der »Sonderperiode« seien allesamt hinsichtlich des Lebensstandards der Massen ineffektiv oder gar abträglich, und sie führten geradewegs zum Kapitalismus. Ober manche Einzelheiten dieses Befunds wäre zu streiten; so hat man zum Beispiel zur Kenntnis zu nehmen, daß das Volkseinkommen der Kubaner in den letzten beiden Jahren erstmals seit 1989 wieder gestiegen ist - im ersten Halbjahr 1996 um fast 10 Prozent - und daß der Peso seit der Legalisierung des Dollar an Kaufkraft deutlich gewonnen hat. Doch wichtiger ist die Frage: Wenn das alles so falsch ist, was die KP Kubas macht, was soll sie statt dessen tun? Die Antwort der Autoren: Das sei völlig egal. Der Sozialismus sei ohnehin nicht mehr zu retten, nun käme es darauf an, daß man sich nicht »auch noch das Bewußtsein abkaufen läßt«. Dieser Fatalismus der Praxis erinnert an den Rat manch wohlmeinender Linker, Castro solle doch lieber in Würde abtreten als sich Stück für Stück vom triumphierenden Kapitalismus verbiegen zu lassen. Der reinen, herzwärmenden Erinnerung käme das sicher zugute. Den Chancen, Stücke der sozialen Errungenschaften, die Kuba mit der immensen Hilfe des sozialistischen Weltsystems zum »Modell« machten, möglichst lange zu bewahren, sicher nicht. Wenn die Miami-Connection von Shell und United Fruit, Bacardi und Mafia in Havanna und Santiago wieder den Ton angibt, wird sich zeigen, wie fundamental politische Unterschiede jenseits des Sozialismus sein können.

Konkret 01/97, S. 58

Kay Sokolowsky

Kluges Fernsehen II

Eine Mini-Serie über das Fernsehen als Halbbildungsanstalt und Apparat zur Vernichtung von Integrität. Zweite Folge: Der Seiteneinsteiger

Über drei Jahrzehnte war das deutsche Fernsehen Feindbild und zugleich Bastion einer Klasse, die es eigentlich gar nicht mehr hätte geben dürfen . Das Bildungsbürgertum - obsolet seit der totalen Niederlage, die es sich selbst zwischen 1933 und 1945 zugefügt hatte - und seine Werte lasteten wie ein Alp auf den mühsam demokratisierten Medien. Bei jeder Gelegenheit gegen »Amerikanisierung« und »Kulturverfall« fuchtelnd und wetternd, okkupierte die erledigte Elite auch das Fernsehen und hielt es nach Kräften rein von »Schund«, d.h. von Negermusik und anderen Späßen unter der Gürtellinie.

Die nachgewachsene Generation aber, der man, mit einiger Herablassung und noch mehr Bosheit, Programme zuteilte wie »Disco« und »Beatclub« - die *Jugend woll*te bedient werden. Und im selben Jahr, in dem die erste Fernsehgeneration zur Volljährigkeit erwuchs, hatte auch das deutsche Fernsehen von der Rolle des braven Buben genug und probte die Freiheit: Im Sommer 1970 ging über die verkabelten Anschlüsse des Berliner Corbusierhauses das erste aller privaten Programme. Und zeigte einen halbnackten Mann mit Clownsmaske, der lachend in die Badewanne schlüpfte. (Zwar verging ein gutes Jahrfünfzehnt, ehe das kommerzielle Fernsehen offiziell und überregional auf Sendung gehen durfte - dieser Initiationsszene freilich ist es bis heute verpflichtet.)

Inzwischen hat sich das TV von den Vampiren befreit, die es einst kleinhielten, und gehört vollauf den Zombies. Zugeschüttet mit »Formaten«, die nichts als Fernsehen, also doof, und nichts als doof, also Fernsehen, sein wollen, fragt kein Zuschauer mehr nach dem Sinn der Sendung, die ihm gerade vor die Fernbedienung geraten ist. Und reagiert mit schleunigem Zapping, sobald ihm irgendein Schlaumeier in den Kasten stolpert und »intelligente Unterhaltung« aufdrängen will. Roger Willemsen, der nicht einfach eine Schwatzshow moderieren, sondern den »Gedanken einer möglichst exakten Kommunikation« hüten und pflegen möchte, wird für diesen »ebenso anachronistischen wie übertriebenen Anspruch« wohlverdient mit einem Marktanteil von ca. 6 Prozent belohnt.

Das ist natürlich keine kleine Leistung beim Fernsehen: Am Freitagabend so gut wie keine Beachtung zu finden. (Und seine Chefs beim ZDF müssen zwei Jahre lang starr vor Bewunderung dies exzessive Versagen beobachtet haben; denn so lange hat es gedauert, ehe sie beschlossen, »Willemsens Woche« ab Januar 97 auf einen ihrer lausigsten Sendeplätze, donnerstags um 23 Uhr 15, zu verschieben.) Es fragt sich allerdings, ob der »Talk-Ästhet« (»Taz«), »IQ-Talker« (»Hamburger Morgenpost«) und »Vorzeige-Intellektuelle« (»BamS«) diesen freundlichen Titeln wirklich gerecht wird und ob seine Show tatsächlich so gescheit ist, daß der Durchschnittsdeutsche sie vorsichtshalber nicht wahrnimmt. »Man muß deshalb das Publikum nicht schelten«, schilt Willemsen das Publikum, das nichts von ihm wissen will, »aber ehrlicherweise muß man zugeben, daß das Fernsehprogramm ... exakt so schlecht ist wie dieses es sich ... wünscht.«

Dagegen steht nun also seine Sendung mit einem Konzept, wie es im deutschen Fernsehen noch keines gab: Ein Moderator setzt sich an einen Tisch, hundert Anonyme sitzen auf der anderen Seite des Kameragrabens und dürfen bezeugen, wie sich nacheinander vier Prominente zu dem Moderator gesellen, um Fragen wie diese zu beantworten: »Wenn Sie nicht Roland Kaiser wären, würden Sie Roland Kaiser hören?« Oder: »Frau Pulver, Ihr Lachen ist so berühmt, daß ich mich frage, ob Sie oft haben lachen müssen, ohne daß Ihnen eigentlich dazu zumute war?« Oder auch, zu einer Zweitplazierten: »Was hat sich für dich persönlich verändert nach Olympia?« Und, zu Bertolucci: »Wie nähern Sie sich der Körperlichkeit einer 19jährigen?« Dann taucht ein Jazzmusiker auf und darf zwei Minuten, nun ja, »jammen«. Abspann und Werbung für Willemsens neues, nun ja, Buch.

Bis hin zur nicht eben angenehmen Stimme, der, freundlich formuliert, eher kamerafeindlichen Erscheinung und der daumendicken Koketterie (»Ich bin eine Sau!«) nichts als Ähnlichkeiten mit Alfred Biolek. Der aber dreimal so viele Zuschauer mit seinem Geschwafel fasziniert. Was läuft also schief bei Willemsen?

Er hat stets ein Image gepflegt, das allein beim Feuilleton gut ankommt: Promovierter Germanist läßt sich zum Medium der Deppen herab und adelt es durch Benutzung von Nebensätzen (ausdrücklich dafür gab's 1993 den Grimme-Preis in Gold). Unentwegt bis heute, und gern auch ungefragt, erzählt er, wie wenig ihm sein Fernsehjob bedeute (und gründet nebenbei eine eigene Produktionsfirma, um die Late-night aus Mainz mit »Porträts« verstopfen zu können). »Ich habe kürzlich gesagt«, sagt er zur »Taz«, »wenn die Sendung auch nur einen Millimeter populistischer sein soll, brauche ich sie nicht mehr zu machen.« Einen Tag vor Erscheinen des Interviews hatte er in seiner kompromißlosen Sendung zu Gast: ZDF-Kollegin Nina Ruge und verkniff sich sichtlich einiges, als die gespenstische Frau ihr journalistisches Credo aufsagte: »Der Kern muß sofort am Anfang stehen.« Man kommt halt aus demselben Stall.

»Man muß arrogant sein«, erklärt Willemsen; doch seine Arroganz - die darin besteht, sich fortwährend aufzublasen zu einer Figur, die unendlich viel intelligenter ist als irgendein Zuschauertrottel und dabei doch nur den gleichen Schrott

serviert wie fünfzig andere Talkmaster -, diese Arroganz läßt der gewöhnliche Fernsehbenutzer sich spätestens seit »Tutti Frutti« nicht mehr gefallen. Die Privatprogramme haben nicht nur aufgeräumt mit dem Aberglauben, es gäbe noch etwas Privates in der postbourgeoisen Gesellschaft. Sie haben zugleich für alle Zeiten den Nimbus des Besonderen beseitigt, der einst, als es nur drei Kanäle gab, das deutsche Fernsehen und seine Lemuren verzauberte.

Spätestens. seit Hans Meiser und sein Dutzend Epigonen die Sendezeit damit füllen, Niemande über die Sorgen von Niemanden schwatzen zu lassen, läßt der größte Idiot sich nicht mehr einreden, Sendezeit sei »kostbar« und viel dabei, im Fernsehen aufzutreten. Nicht wer am geschwollensten daherredet, sondern wer am meisten Krach macht, hat heute die besten Chancen, sich eine Fangemeinde heranzuziehen. Und deshalb wurde der prototypische Antiakademiker Reich-Ranicki zum Fernsehstar, der nachgeborene Bildungsbourgeois Willemsen aber zu einem Moderator, den außerhalb des Feuilletons so gut wie niemand kennt. Er kam, sprach und wurde abgeschaltet.

Was hat er denn auch zu bieten außer einer überschäumenden Freude daran, sich selber reden zu sehen? Schon die famose »Sensibilität«, der sagenhaft unorthodoxe »Zugang«, den Willemsen zu seinen Interviewpartnern gefunden haben soll, damals, bei »0137«, war wenig mehr als Penetranz und intellektuell verbrämter Voyeurismus. »Wenn ich mich bei Raskolnikoff dafür interessiere, wie er seine Schuhe zubindet - dann ist das ein verwandtes Interesse, wenn ich dasselbe von Lou Reed wissen will. Ich sauge Details auf ... « Er bleibt allerdings schön schlank dabei.

Das Neue, das er in die Landschaft stellte (und da liegt es nun und riecht schon ganz schön alt), war er selbst, er, Willemsen. Einer, der sich nicht genug damit rühmen kann, als »Seiteneinsteiger« in dieses alberne Umfeld geraten zu sein, der noch heute wie ein Hund darunter leidet, daß er sich hat kaufen lassen und dauernd seine Prinzipien verraten muß. »Wir sind einfach durch die Quote geknebelt. ... Beim Lesen und Schreiben existiere ich in einer aufrichtigeren Form, als ich das im Massenmedium Fernsehen tun kann.« Aber warum tut er sich die Lüge an? Weil er mit einer Viertelstunde Smalltalk mehr verdient als je mit einem Vierteljahr Zettelkastenkleberei für den neuen Dumont-Reiseführer, wie einst im Mai? Ja? Aber nein. Um Geld geht's einem feinen Geiste nie. Öffentlich.

»Wir suchen nicht Menschen, zu denen man sich mühsam Fragen ausdenken muß«, verspricht Roger Willemsen, als er im Oktober 94 den Dienst beim ZDF antritt, »sondern Ungefragte und Ungehörte.« Zwei Jahre später jammert Willemsen: »Ich habe daran gehangen, nichtprominente Personen in der Sendung zu haben, um Alltagserfahrungen zu beschreiben. ... Das ist eine Sache, die funktioniert am Freitagabend nicht, denn da sagt das Publikum und dann auch das ZDF: Vier Prominente, vier Plätze, fertig.«

Da hat man sich zu fügen. Da ist gar nichts zu machen. Man könnte zwar mit der Kündigung drohen und warten, was dann passiert. Man könnte sich evtl. sogar an das erinnern, was man tags zuvor dem nächstgelegenen Journalisten mitgeteilt hat (»Ich will einmal wieder diese Form haben, in der man vernünftig, solide und mit Hintergrund redet«). Aber opportuner ist es, das geschwollene Schnütchen zu halten, wenn man in der Programmkonferenz hockt - und den ganzen großen Frust über den Apparat, von dem man sich ohne höhere Not als die der Anonymität verschlingen ließ, lieber in der »Taz« abzuladen, die bei Willemsen wohl tiefer in der Schuld steht, als es ihr lieb sein dürfte.

Zivilcourage »lohnt sich nicht - wer sollte das machen?« sagt Willemsen, befragt nach seiner Demut vor der Intendanz (»Ich habe ein Verbot, Politiker zu interviewen«). Und weil bloß niemand merken soll, daß er längst ein ebenso geld- und prominenzverliebter Hansel ist wie Frauke Ludowig oder Peter Glotz, teufelt er bei jedem Stichwort auf die Konkurrenz ein, die sich dem Welterfolg seiner Show in den Weg stellt. Hermes Phettberg? »Die polymorphe Perversion ... Jahrmarkt-Monströsität ... « Harald Schmidt? »Der genmanipulierte Moderator ... « Schreinemakers? »... ekelhaft wie ganz weniges andere im deutschen Fernsehen.«

Stolz verkündet er: »Es gibt eine Reihe von Fernsehpreisen, die ich nicht annehmen werde, weil ich mich nicht loben lassen will, wenn derselbe Preis schon 19mal an Max Schautzer gegangen ist.« Der Schautzer könne nämlich nur »vom Teleprompter ablesen. So what?« Auf den Bayerischen Fernsehpreis, den ein Jahr nach ihm u.a. Arabella Kiesbauer verpaßt bekam, darf er sich nach solchen Worten natürlich erst recht etwas einbilden. Je langweiliger und zugleich degoutanter sein Image wirkt, desto hektischer behauptet er, es sei die Wahrheit. Und demoliert es gründlicher, als irgendein Kritiker das je könnte.

»Ich werde«, trompetet er im Oktober 95, » für nichts, nichts, gar nichts werben. Ich will meinen Namen nicht dazu benutzen, daß Menschen irgendein Produkt kaufen.« Daß er ein halbes Jahr zuvor sein Gesicht und eine seiner schrecklichen Gesten an eine Reklame des Musiksenders VH-1 verlieh - geschenkt. Genauso wie die Werbeshow, die er für ein neues Parfum von Cerrutti gestaltet hat. »Ach, ich bin billig«, erklärte er seinerzeit einem »Tango«-Reporter; und da sagte Willemsen bestimmt die Wahrheit.

Im Oktober 96 läßt der Schlagersänger Klaus Hoffmann seinen Gastgeber heftig erblassen, indem er ihn fragt: »Wie ist das mit dem politischen Roger - gibt's den eigentlich?« Und wie aus der Räuberpistole geschossen, kräht Willemsen zurück: »Aber ja gibts den! Nicht in einem Massenmedium. Minderheitengesinnungen darf man nicht in einem Massenmedium artikulieren. Man kann es natürlich, aber man kriegt einen drauf.« Was dieses Muster eines braven Angestellten von Max

Schautzer unterscheidet, ist tatsächlich nur eines: die Frechheit, mit der Willemsen sich weiterhin als Querulant aufspielt und überdies als Mann mit einer »hochmoralischen Haltung«.

Fortsetzung folgt

Konkret 01/97, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hörma, du komischer Unsuwe du, du im Diskurs um dein Amt wie ein Lobster beim Eintauchen in den sprudelnden Topf sich verfärbender **Bollerkopp**

*a. D. - - - was erzählst du denn da für nen ungenießbar infernalen **Schrott**?*

Weißt du nicht, daß es vom Benimm her

*streng verboten ist, daß man als Präsident einer Kickerklitsche die, die einen kontrollieren sollen, selbst **ernennt**?*

*Weißt du ferner nicht, daß der Unterschied zwischen Demokratie und **Diktatur***

*mindestens der ist wie der zwischen Schienbein und **Praktur?***

*Und fällt dir, du deutscher Meister in der Disziplin **Stuß***

*nicht auf nach der Regel vom **Umkehrschluß**,*

*daß eine Demokratie mit kein bißchen **Diktatur***

*ergo wär eine unvollkommene **nur**?*

*Wie stellst du dir denn das vor, du beim Tapern über Golffelder und beim Kungeln am »Bild«-Stammtisch dich zweitverwirklichender cerebraler **Riß**,*

*wie das so gehen könnte, diese contradictio in subjecto Partie - etwa so wie bei einer Braut in weiß oder einer lieben Schwester oder einer guten Mutter mit halt jeweils einem bißchen **Syphilis**?*

*Ein Vorbild der kickenden Jugend sollst du sein, tapfer ertragend den Mehrheitsentscheid in deinem Verein, du aber gibst ein Unbeispiel, du Ritter der **Konjunktur***

*der Reaktion, mit diesem deinen ungeheuerlichen »zu einer guten Demokratie gehört ein bißchen **Diktatur**«*

*Feig schweigt Fußballhamburg, feig schweigt der DFB, statt dir die Löffel langzuziehen, gnadenlos ahndend diesen **Schweinesatz***

*Wir aber, wir jeden Samstag im Clubheim KöPi an der Rappstraße 1 a zu Hamburg-Rotherbaum den Verfall der Fußballsitten diskutierenden Freizeitkicker stellen dich hiermit ein für alle Mal und unehrnhaft vom **Platz**!*

Seit Mai diesen Jahres leide ich an einer Geschwulst. Sie befindet sich zwischen Skrotum und Steißbein und behindert mich beim Dichten im Sitzen über die Maßen. Mitte November nun, besonders beim verzögerten Endreim schrie ich manchmal auf vor Schmerz, suchte ich auf Anraten der im III. TV-Programm Nord niedergelassenen »Bremer Gesundheitswerkstatt« den in Worpswede praktizierenden tibetischen Homöo-Paten Panda Shri Waeg auf, der mir (ohne gleich die AOK-Scheckkarte durch den Schlitten zu schieben) schon nach wenigen behutsamen Tastgriffen sagte, was ich habe: einen Trauerbürzel. Es sei dies ein nonmaligner Auswuchs, der sich aufgrund von zu viel Traueraufnahme im Körper bilde. Einmal entstanden, sei der Auswuchs irreversibel, die Rezidive nur eine Frage der Zeit. Halte man indes strikte Trauerdiät, übe man also den Verzicht auf Betroffenheitsquadrathappen, so könne man mit der Zyste, in der sich die im Gemüt aufgenommne Trauer in den Aggregatzustand schwarzen Eiters verwandle, mehr schlecht als recht aber immerhin leben. Seit dieser Diagnose halte ich mich von traurigmachenden Ereignissen fern, bin aber >natürlich< gegen überfallartige Trauer weder versichert geschweige gefeit und muß letztendlich aushalten, wem oder was ich beim besten Willen nicht ausweichen kann. Wie beim schweren Traueranfall vor ein paar Tagen, als der Eiserne Schnarrhans Reich-Ranicki in Harald Schmidts rücksichtsloser Nightlateshow war und im Zusammenhang mit der Erwähnung des amerikanischen Schriftstellers Philip Roth die Tuwörter »ficken« und »vögeln« in den Saal hinein rief. Als ob er ein am Initiationsseil kopfabwärts hängender Schabrackenindianerjunge wär, der, will er wahlberechtigt werden, in die Ritustiefe springen muß, oder als ob er von einem in seinem Rücken steckenden Fremdschlüssel aufgezogen wär, oder als ob man ihm das ewige Leben versprochen hätte dafür, so aufs sehtherichkannstodesmutigste, ja, als ob es die leichteste, in den Spalten der »FAZ« xmal exekutierte Übung sei, ließ er die Tuwörter »ficken« und »vögeln« von den hechtgrauen Lippen perlen, hinein in den Saal zu den vergnügt kreischenden Leuten; die danktens ihm mit sitting ovations; ich hinwiedrum spürte den Trauerbürzel schwellen. Aber dann gab der Mann der Kamera einen Wink, und das bedeutete: >So, schafft jetzt ma meine Alte ins Bild, ich hab ihr nämlich versprochen, daß sie heut ins Fernsehen mitkommen darf, die Alte.< Und die Kamera schwenkte auf Frau Reich-Ranicki, und jeder im Saale und draußen im Literaturstandort Deutschland konnte sehn: Aaah, das ist also die Alte vom Großen RR, und heut darf sie kurzma Männchen machen coram publico, weil sie ihrem

Haushaltungsvorstand das Hemd gebügelt und die zum Vortrag der Tuwörter »ficken« und »vögeln« passende Krawatte rausgelegt hat. Und mein Bürzel schwoll und schwoll, und platzte, und schwarzer Eiter suppte durchs Beinkleid und ... *

* bitte lassen Sie mich nicht fortfahren, es könnten ja Kinder mitlesen.

Erfreulich deutlich, ja wie sichs gehört radikal unterscheiden wir, die deutsche Linke, uns von der deutschen Mehrheit, all diesen Bellizisten, Rassisten und Konsumisten, in Fragen des Denkens und Handelns. Und doch haben wir mit der breiten Masse leider allzuoft eins gemein: das Übergewicht. Ich glaube, ich spreche in unser aller Namen, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wenn ich a) sage: Das muß nicht sein, und wenn ich b) uns auffordere: Laßt uns gemeinsam aufbrechen zum marxistisch-leninistischeu Idealgewicht. Grad just im Nu bringt mir der Postbote die in einem 5.000-Mark-Inserat in der »Süddeutschen Zeitung« beworbenen »ERINASOLUM-Akupressur-Einlage-Sohlen« des berühmten gleichwie restlos adressenlosen Schweizer Arztes Dr. med. Robert Metz vorbei (per Nachnahme, das Paar für 126 Mark), die ich telefonisch bei Fräulein Susi vom österreichischen Bioversand zu Lambach geordert. Versprochen sind 12 Kilo weniger in acht Wochen, bei täglich lediglich vier Stunden Rumlaufen auf denselben. Mal schaun, wie die wirken auf mich, der ich bei Redaktionsschluß 87 Kilo auf 170 cm bringe. In konki 2/97 werde ich ein Zwischenergebnis des Abnehmesohlentestes (der in Koproduktion mit dem WDR-Sonntagsmagazin »Acht bis Zwölf«, WDR II, Ultrakurzwelle läuft) durchgeben.

Konkret 01/97, S. 62

Günther Jacob

Melodie & Rhythmus

Tom Holert/Mark Terkessidis (Hg.): Mainstream der Minderheiten. Pop in der Kontrollgesellschaft. Edition ID Archiv/Berlin 1996, 198 Seiten, 28 Mark

Die Zeiten, da Linke dem jeweiligen popkulturellen Hype hilflos gegenüberstanden und sogenannte Poplinke die Noten vergeben konnten, sind vorbei. Die »avantgardistischen« Popszenen sehen sich inzwischen von Seiten anderer Popfraktionen dem Vorwurf ausgesetzt, »Altkulturlinke« zu sein, die im Bezugssystem der 80er Jahre verharren und nur noch ihr in diesen Jahren angesammeltes kulturelles Kapital verteidigen. Während nachrückende Poprebellen z.B. die Zusammenarbeit von »Spex« mit MTV, Levi's oder gar mit dem »Hamburger Abendblatt« rügen, belustigen sich andere Szenen über solche Glaubwürdigkeitsdiskurse, weil sie das Subversionsmodell »Pop« als Ansatz verwerfen, der eine vorgängige »Unschuld« von Pop konstruiert. Vielen jüngeren Musikfans erscheinen heute die Ideologen der Pop-Subversion als romantisierende oder abgebrühte Vertreter einer vergangenen Zeit. Sie lernen »Dissidenz« und »Underground« von vornherein als kulturindustrielles Produkt kennen und machen sich daher wenig Illusionen über das Protestpotential des Pop.

Nachdem diese Bedeutungsverschiebungen seit einigen Jahren auch in linken Zeitschriften diskutiert und dabei mit sozialen Veränderungen und damit einhergehenden Distinktionsstrategien in Zusammenhang gebracht werden, war es mit dem Avantgardeanspruch der Poplinken nicht mehr weit her. Schwankend zwischen der Sorge, unerwünschte Einwände durch eine Entgegnung »aufzuwerten«, und der Befürchtung, unterbliebene Einwände könnten zum Verlust von Definitionsmacht führen, entschloß man sich schließlich zu einer Entgegnung, die den laufenden Geschäftsbetrieb dadurch nicht weiter stört, daß sie in die Buchreihe eines linken Verlages ausgelagert wurde, der mit dem Slogan »Pop und Politik« inzwischen traditionelle linke Bündnisillusionen bedient. Das Ergebnis ist der Sammelband *Mainstream der Minderheiten.* Von Christoph Gurk, »Spex«-Chefredakteur und Mitautor des Bandes, schon in »Spex« 10/95 als Antwort auf Analysen aus »linksradikalen Zusammenhängen«, die »das Ende der Popkultur als Medium von Befreiungskämpfen ausrufen«, angekündigt und nun unter dem kämpferischen Motto »Im Mainstream der Minderheiten holt die vielgeschmähte Pop-Linke zum überfälligen Gegenschlag aus« vermarktet, äußern sich von den hier versammelten acht Autoren und zwei Autorinnen allerdings nur Gurk selbst und die Herausgeber in ihrer Einführung unmittelbar zu der Kontroverse. Beiträge wie die von Dietmar Dath (»Zukunft in Popmusik und Science Fiction«), Uli Hufen (»Rock in der Sowjetunion«) oder Diedrich Diederichsen (»Pop und Parlamentarismus«) wurden dem »Gegenschlag«-Anspruch offensichtlich ebenso erst nachträglich subsumiert wie auch der von Feridun Zaimoglus, der von den Herausgebern als Spezialist für »Kanak Sprak« und Repräsentant der »Anderen« vorgeführt wird und daher als einziger nicht »theoretisieren« muß, sondern mit einem stimmungsvollen Bericht bezeugen soll, daß der den »Schwarzen« nachgesagte Hang zum »uneigentlichen Sprechen« in Deutschland auch von den »Türken« praktiziert wird.

Die übrigen Texte, die von Schlagern (»warum hat es eigentlich keine deutschen Beatles gegeben?<o, HipHop (Gangsta Rap reagiert auf sein »gesellschaftliches Umfeld«), Techno (»der Körper wird zur Sportmaschine und erzeugt das Produkt Tanz(o oder Jugendkulturkonzepten (»Auf der Flucht sein, heißt immer noch die Devise«) handeln, sind vor allem bemüht, den Anschluß an linke Debatten herzustellen. Sätze wie »Pop-Kultur läßt sich nicht einfach mit Widerstand gleichsetzen«, »die Szene bringt die Agenten der Vereinnahmung selbst hervor«, oder »die Liedtradition beginnt mit der emphatischen Entdeckung des sogenannten Volksliedes« standen fast genauso oder wenigstens sinngemäß bereits vor Jahren in KONKRET (vgl. etwa: Hahn/Jacob: »Patchwork der Minderheiten im Kriegszustand«, KONKRET 12/94; Jacob: »Krauts With Attitude«, 7/95; Gerhard Scheit: »Yo! PoMo!«, 7/94, Christel Dormagen: »Ein Teil im Kleiderschrank?«, 10/94). Nicht anders verhält es sich mit der Einsicht, daß »gerade subversive Images und die Betonung von Differenz sich hervorragend verkaufen«, daß ein »spielerischer« Bezug von Popszenen auf Nation, Tribe und Familie »problematisch« ist; daß es einen »Zwang zur Differenz« gibt und Dissidenz »wohlfeil« gehandelt wird; Lyotards emphatische »Patchwork der Minderheiten«-Rhetorik reaktionär verwirklicht wurde; »mittelständische Angehörige des Kulturmilieus« Mythen über Pop verkaufen; Pop »richtungslose Veränderung« produziert; Kulturindustrie eine Subkulturindustrie ist, die Substream und Mainculture synchron produziert; »symbolische Dissidenz« für die Macht kein Problem darstellt und die »pessimistische Kulturindustriethese eher Bestand hat als die optimistische Befreiungsthese«.

Doch leider halten solche Erkenntnisse in *Mainstream der Minderheiten* nicht lange vor. Von »Kämpfen der Jugend mit Hilfe von Pop« ist schon in der Einführung die Rede. Zehn Seiten weiter ist die Rebellion dieser »sozialen Bewegung« bereits voll in Gang, werden »gegen Machtwirkungen« »Widerstandspotentiale«, »Vereinnahmungsgefahren«, »Rückschläge« und »Chancen« ausgelotet. Die »nächste Offensive minoritären Widerstands« ist bereits in Vorbereitung.

Seit Mitte der 80er Jahre sind in den Medien und in den Plattenfirmen immer mehr Menschen tätig, die bei Bedarf auch die Sprachen von ambitionierten Mittelschicht-Subkulturen auf einem hinreichenden Niveau sprechen können. Zudem verfügt jede Subszene längst über eigene Ideologen, Spaßfunktionäre und Zentralorgane. Techno-Zeitungen wie »Frontpage« oder

»Raveline« haben jeweils über 100.000 Auflage. In Städten wie Berlin, wo es drei Stadtzeitschriften gibt, existiert für einzelne Popfraktionen keine Durchsetzungsmacht mehr.

Mainstream der Minderheiten reagiert nun auf diese Konstellation mit einem geradezu »kulturpessimistischen« Ton. Die fortschreitende innere Segmentierung des Pop, der Verlust von Definitionsmacht mobilisiert bei den Autoren noch einmal das ohnehin schon prägende Feindbild der Massenkultur. Was für Punks und andere einmal »Dinosaurierbands« wie Genesis oder Disco waren, ist für die geschwächte Pop-Avantgarde von heute vor allem Techno, weil Techno angeblich »keinen Anspruch auf Aussagen erhebt«, im Gegensatz zum vorgängigen Pop »kein umstürzlerisches Potential« besitzt und keine »revolutionären Forderungen« stellt. »Der rebellische, jugendliche Hedonist ist die Verkörperung einer neuen kontrollgesellschaftlichen Fitneß.« Anders als »damals« sei Pop heute »nichts anderes als eine Shopping mall«.

Diese seltsame Kritik, die dem Kapitalismus vor allem vorwirft, zu viele Salamisorten vorrätig zu halten und auch in der Musik zu einem »Overkill an unterschiedlichen Produkten« zu tendieren, kommt diesmal von einer Popszene, die in den 80er Jahren »dissidenten Konsum« als Widerstandsform entdeckt hatte. Der wird zwar in diesem Buch weiterhin gefordert, diesmal aber in Verbindung mit der Warnung, dissidenter Konsum könne in »Konsum der Dissidenz« umschlagen, weshalb man nun den aufgeklärten Verbraucher benötige, der »um die Bedeutung kultureller Zeichen streiten« kann. Nichts ist schwieriger zu bemerken als der Punkt, an dem die eigene Rolle peinlich wird und die Zustimmung von seltsamen Fans kommt: Lediglich die »Zeit« (»das Kölner Musikfachblatt ist den Ereignissen ständig voraus«), die Springer-Zeitung »Hamburger Abendblau« (»Seit 15 Jahren hat die Avantgarde einen Namen: Mit >Spex< fängt man das Neuste«), die »Beute« (»bedeutendste Zeitschrift des bundesdeutschen Pop-Undergrounds«) und andere Uninformierte sind noch richtig begeistert. Die günstigsten Besprechungen sind unter diesen Bedingungen dann eben die, die man selbst bestellt hat: *»Mainstream der Minderheiten«, so* heißt es nun in »Spex« 12/96, biete »so viel brauchbares Material«.

Konkret 01/97, S. 62

Lola Rodriguez

Melodie & Rhythmus

Kula Shaker: K; Columbia/Sony

Kula Shaker-Sänger Crispian Mills behauptet, daß der Beginn »guter und innovativer Rockmusik« das Jahr 1967 gewesen sei, »als George Harrison zum ersten Mal auf einer Beatlesplatte zur Sitar griff«. Wer Kula Shakers Debutalbum hört, glaubt es sofort. In England erinnert man sich gerne seiner Vergangenheit, auch der musikalischen, anders als in Deutschland. Aber worauf kann man hier schon zurückblicken als auf eine endlose Reihe toter Hosen, peinlich oder todernst, aber immer stinklangweilig.

In England orientiert sich fast die gesamte Popmusik an den Beatles, und jede Band verarbeitet eine von deren zahlreichen Facetten. Von *Please, please me* bis *Strawberry fields* war beinahe alles schon wieder da, und man hatte bloß gehofft, die schon damals unsäglichen Yoga-Übungen Harrisons möchten übersehen werden. Kula Shaker nun hat diese Hoffnungen zunichte gemacht, überraschender-, nämlich erfreulicherweise. Wen Harrisons fernöstliches Geklampfe nervte, der wird Kula Shakers Räucherstäbchenlieder sofort lieben. Den Unterschied macht, daß es hier nicht um den öden Umzug eines Briten nach Indien geht, einschließlich Einbürgerung, Verzicht auf alles, was irgendwie den inneren Frieden, Ying und Yang und all den sonstigen Hokuspokus stören könnte, sondern um die Mischung aus einem Indienbild, das vom Currystand an der Ecke stammen könnte, und wirklichem Rock'n'Roll.

Es ist dieser Rock'n' Roll, der nie das Gefühl aufkommen läßt, daß hier jemand langsam verkalkt und sich deshalb zur Pendel-Therapie angemeldet hat. Die Musik taugt weniger zum Zu-Sich-Selbst-Finden als zum Tanzen. Daß viele Musikkritiker nichts davon mitkriegen, liegt daran, daß sie nicht über die Musik schreiben. Vielleicht hören sie die nicht einmal mehr. Sie beurteilen die Qualität einer Platte lieber danach, was die vier dummen Jungs, die sie gemacht haben, in Interviews an Scheiß über sich und die Welt abgeben (in diesem Fall: »Das Hungern macht denen (den Indern) nicht soviel aus, wie man vielleicht denkt, solange sie eins sind mit sich selbst, erleuchtet«). Es ist, als ob man Steffi Grafs *Riedörn* danach bewertete, ob sie Kohl oder Schönhuber *subba* findet.

Trotz des ziemlich hefigen Indientrips, auf dem sie sich zur Zeit befinden, sind weit mehr als die Hälfte ihrer Songs eine Art Streifzug, auf dem sie sich an allem versuchen, was die Popmusik in den letzten 30 Jahren zu bieten hatte, von den Beatles tiber die Grateful Dead zu den Stone Roses. Das Bemerkenswerte an ihrem Album ist, daß sie, an welcher Stilrichtung sie sich auch gerade versuchen, aus allem etwas Neues, Eigenes, Schöneres machen. Was werden sie erst zustande bringen, falls sie irgendwann einmal nur noch Kula Shaker sind?

Konkret 01/97, S. 63

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

The Artist formerly known as Prince: Emancipation; EMI/Spin Records Yes: Keys to Ascension; Castle Comunications/Edel

Ein 3-CD-Box-Set bietet uns Hieroglyphe als Einstand bei EMI an. 36 Tracks, 180 Minuten und 5 Sekunden. Kurz zuvor hatte er noch seine alte Firma Warner Bros. mit »Chaos and Disorder« ruhiggestellt, nun aber sei er frei, könne machen, was er wolle und überhaupt. Daß »Emancipation« nicht auf Anhieb überzeugt, mag daran liegen, daß drei Stunden Musik, beste zumal, nicht einfach im Vorbeigehen zu gustieren sind. Grob können wir zunächst als Unterteilung gelten lassen: CD 1: mehr Pop, CD 2: Soul, Gospel, alles mögliche, CD 3: Funk und so. Ob »Emancipation« der ebenbürtige Nachfolger des 87er Opus magnum »Sign'O'the Times« ist, steht dahin. Der Meister zitiert sich ausgiebig selbst, und fast will es scheinen, als strample »the busy beaver« mild entschlossen, aber auch ein wenig vergeblich gegen die Routine an. So vielschichtig die Arrangements und polymerisierten Kunststücklein sind, der Mann hat immer noch mehr Funk im linken Knie als ein Manipel Rapper oder 50 afrikanische Schuhplattler. Das Gros spult er im Midtempobereich ab, der sich auf seine hypnotisierende Wirkung verlassen kann. Statt der Sex- wirft er die »Endorphinmachine« an, wenn auch hin und wieder mit Hamsterradantrieb, doch Genien gestehen wir gerne das Recht zu, genau das zu tun, was wir nicht von ihnen erwarten. Irgendwann kriegt er uns, der/die/das androgyne Wicht, der früher Prince hieß, und dann ist Partytime.

Daneben erhalten wir Aufschluß über sein Retortenleben, über Plastic-Sex, über das, was er »Style« nennt, beobachten ihn, wie er auffallend oft und nicht ungeschickt die Heulbojen des Soulkitsches umschifft. Rumba, House, Philly, hineingesampelte Schnupfgeräusche, da schöpft der/die/das Dingsbums so ziemlich alles aus, was in den Staaten zwischen Sly Stone und Bruce Springsteen unmöglich ist, und doch steht er in bezug auf Quantität und Qualität einzigartig da: Pop itself.

Ganz anders ist es um die jüngste Veröffentlichung der Kapelle Yes bestellt. Mit diesem Namen verbindet der Kundige 70er-Techno-Pop und Rockmusik zum Nachdenken. Just die Fähigkeit zu letzterem aber ist den Musikanten abhandengekommen, denn trotz fingerbrecherischer Gitarrenlicks und diszipliniertestem Ensemblespiel auf den fabulösen Live-Tracks, exegiert Sänger und Texter Jon (»clas singende Jutesäcklein«) Anderson auf den zwei neuen (10- und 20-minütigen) Studioproduktionen immer penetranter die schlechte Welt schlechthin. »Keys to Ascensiom(- Schlüssel zum Himmelstürchen? Prost Mahlzeit! Ungeniert wird der Besserwisserhabitus ausgespielt: Körner lutschen für ein schöneres Leben. Hochkomplizierte Töne aus gewaltfrei durch die Pickups gepreßten Pflanzenströmen bilden das Fundament für heterodoxe Wissenschaftsfeindlichkeit (die Gitarrist Steve Flowe schon auf einer Soloscheibe thematisierte: »The Grand Scheme Of Things«/»Blinded By Science«). Beim aktuellen Produkt ergreift die Combo Partei für Kinderschützer und Abtreibungsgegner, und, wie so oft bei den Esos, wenn Ursache und Wirkung schon als Kategorien bekannt sind, werden sie gnadenlos verwechselt. Im Stück »That, That Is« erscheint Anderson die Tatsache verdammenswert, daß eine Crackabhängige ihr Kind abortiert, nicht aber die gesellschaftlichen Umstände, die höchstvermutlich zur Drogenabhängigkeit nämlicher Person geführt haben müssen.

Konkret 01/97, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Star Trek - Der erste Kontakt

Regie: Jonathan Frakes,, mit: Patrick Stewart, Jonathan Frakes, Michael Dorn, Gates McFadden, Marina Sirtis; USA 1996,- 111 Minuten; ab 19.12. im Kino

In Großaufnahme die Pupille des Enterprise-Kommandanten Jean-Luc Picard (Patrick Stewart) und dann 50 Meter Fahrt retour, dabei den Zoom bis zum Anschlag zurückgedreht: Trotzdem reicht die Totale nicht, alle 25 Decks des Raumschiffs zu zeigen. Immerhin ist es bekanntlich 300 Meter lang. Das Kommandanten-Auge ist nicht mehr auszumachen. Doch wir wissen (und wir haben es seit 30 Jahren gewußt), daß das Technikmonstrum eine menschliche Seele hat - die Autorität eines fürsorgenden Vaters. Dem wir vertrauen dürfen. Patrick Stewart, der große Shakespearemime, ruft jetzt, im achten Star-Trek-Film, die Jugend der Welt, nämlich alle Trekkies, zu folgendem auf: Leistet Widerstand! Nämlich denen, die euch einreden, Widerstand sei

a) zwecklos (und zwar gegen die Borg, Feinde der Menschheit, halb Mensch, halb Maschine, zum Fürchten), und

b) verboten (und das sind jetzt die eigenen Vorgesetzten des Starfleet Command, des Hauptquartiers der Sternenflotte).

Auf der Kommandobrücke der Enterprise E stimmt die Mannschaft ab und beschließt einstimmig: Gegenangriff nach draußen, Befehlsverweigerung nach innen. - Verantwortung übernehmen, wenn schon nicht zum Wohle der ganzen Menschheit, dann doch zum Wohle geplagter Minderheiten: Das ist die Botschaft, die die unterschiedlichsten US-Filme eint. Wir dürfen nicht vergessen, daß Patrick Stewart den alt-neuen Werten, die er seit zehn Jahren als Enterprise-Kommandant pflegt, fast wortgleich, aber mit dem Gewicht seiner »Star Trek«-Autorität, in der Schwulen-Tragikomödie »Jeffrey« (1996) zur Geltung verhilft. In einer Aids-Love-Story. Der Star-Trek-Virus (»Der erste Kontakt«) steckt jetzt mittlerweile überall, wollte ich damit sagen. Und das ist gut so. Insbesondere, da nach dreißig Jahren »Star Trek«-Serien und zehn Jahre seit Beginn der Comeback-Serie »Star Trek: Die nächste Generation« mit den *new ethics* wünschenswerte Korrekturen am Feindbild vorgenommen worden sind.

Der Feind, das war die Mensch/Maschinenrasse, die nur im Kollektiv denken und handeln kann, aber neuerdings leidet sie darunter; drum hatte sie sich dankbar humane Bio-Masse inkl. Cpt. Picard einverleibt. Und der, jetzt wieder im Amt, kann dies sehr wohl nachfühlen. Ein Mindestmaß an Verständnis für die Bedauernswerten, die das brauchen: sich Individualität einzuverleiben. Neu! ambivalent! ist auch die Königin der Borg - eine attraktiv-verführerische Fantasy-Kreation (Alice Krige), deren Reizen zu erliegen nicht nur dem emotionschipgesteuerten Lieutenant Commander Data (Brent Spiner) ein Genuß ist.

Die Entscheidungen sind schwieriger geworden. Die Menschheit dürstet nach Ein-, Weit- und Aussicht - sie »denkt so eng, so dreidimensional« (Filmdialog). Die Enterprise E, inzwischen ein energiesparendes und ein wenig verkleinertes Modell, muß eine unvermutete Zeitspalte nutzen, um unter vollem Einsatz des *warp drives* vom 24. zurück ins hilfebedürftige 21. Jahrhundert zu gelangen (Neu! Zeitsprung!). Am 4. April 2063 geht es für das Universum ganz entscheidend darum, dem Alki und Erfinder Zefram Cochrane (James Cromwell) zum Glauben an die Zukunft zu verhelfen. Und das bedeutet nichts anderes als zum Glauben an den technischen Fortschritt: die überlebenswichtige Raketentechnologie. Wie wird er sich entscheiden? Wagt er den Entzug? - Wir müssen in diesem hypermoralischen Zukunftsfilm mitzittern.

Den Star-Trek-Optimismus, den unerschütterlichen Glauben an die Verbesserung der Zivilisation und den Sieg der humanen Werte - dieses Weltbild haben sich mit dem Star-Trek-Universum angeblich mehr als 40 Prozent aller US-Amerikaner einverleibt, plus TV-Konsumenten in hundert Ländern. Voll Siegeszuversicht investieren die Star-Trek-Kapitalisten in unerschütterlichem Glauben an die Zukunft der Star-Trek-Botschaften in das »Star Trek: The Experience«-Projekt in Las Vegas. Ab Frühjahr 1997 werden dort im Enterprise-Vergnügungspark Fahrten durch das Star-Trek-Universum simuliert. Von der Brücke der Enterprise, und jeder kann mitmachen. Wenn heute schon zehn Millionen Menschen pro Jahr die Star-Trek-Ausstellung im Smithsonian Air and Space Museum in Washington besuchen, dann darf man sicher sein: Spätestens am 4. April 2063 wird der Star-Trek-Borg noch die letzte menschliche Individualität assimiliert haben. Dann herrscht auf Erden endgültig das Star-Trek-Kollektiv.

Konkret 01/97, S. 64

Jan Pehrke

Film & Theater

Trees Lounge

Regie: Steve Buscemi; mit Steve Buscemi, Mark Boone Jr., Chloe Sevigny; USA 1996; 95 Minuten; ab 3. 1. im Kino

Steve Buscemi, der zum lebenden Inventar des stilbewußten, sophisticateden, nicht gerade realitätsschwangeren Independent-Films gehört, hat für seinen ersten eigenen Film auf einen eher uncoolen, nämlich halb autobiographischen Stoff zurückgegriffen. »Trees Lounge« ist das Porträt einer verkrachten Kleinstadt-Existenz. Die Freundin hat vergeblich versucht, mäßigend auf seinen unsteten Lebenswandel einzuwirken und die Waffen gestreckt. Seinen Job ist Tommy auch gerade losgeworden. So bleibt ihm als einzige Alltagskonstante das Abhängen im »Trees Lounge«, seiner Stammkneipe. Der Film beginnt ebendort mit Tommys mühseligem Wiederaufrappeln nach einer durchzechten Nacht und behält diese unbarmherzige Perspektive im folgenden bei. Er beschwört weder dekorativ á la »Leaving Las Vegas« das Pathos des Scheiterns, noch verfällt er in larmoyante Trinkerseligkeit mit Tom-Waits-Soundtrack. Tommy ist kein »Beautiful Loser«, sondern ein stinknormaler Gewohnheitstrinker.

Es ist allerdings eine etwas billige Schonungslosigkeit. Buscemi sagt, »Trees Lounges« sei eine Art fiktiver Autobiographie, die durchspiele, was aus ihm geworden wäre, wenn er nicht den Absprung nach New York geschafft hätte und statt dessen in seiner Heimatstadt hängengeblieben wäre. Und diese Abspaltung eines fiktiven schlechten Ichs, wodurch das reale sich seiner Überlegenheit zu versichern vermag, macht den Film zu einer planen Angelegenheit. Bei der klaren Beweislage braucht kein Psychogramm der Figur erstellt zu werden, eine Schilderung der Kleinstadt-Tristesse wiederum würde Buscemis »One Man Show« im Wege stehen - die Stadt-Land-Dichotomie ist der Einfachheit halber an eine neu nach Valley Streain gezogene Nebendarstellerin delegiert -, so kann »Trees Lounge« in einfachen, klaren, sauberen Bildern dem vorhersehbaren Ende entgegenschreiten. Und sich mit Auftritten von Buscemis Schauspieler-Kollegen die Zeit vertreiben.

Nur Chloe Sevigny als Tommys Nichte und kurzzeitige Liason verleiht dem kargen Konstrukt durch ihr Spiel ein wenig ästhetischen Überschuß. Aber diese Episode stellt nur das Vorspiel zum Endspiel dar. Am Schluß nimmt Tommy im »Trees Lounge« den Platz des stoisch stummen Trinkers Bill ein, der eines Tages auf dem Barhocker zusammengeklappt ist, und starrt an seiner Stelle ins Leere. Damit der New Yorker Buscemi sich wie neugeboren fühlen kann.

Konkret 01/97, S. 64

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Fargo

Regie. Joel Coen; mit Frances McDormand, Steve Buscemi, William H Macy; USA 1996; 97 Minuten; seit 21.11. im Kino

In Minneapolis ist The-Artist-known-as-Symbol zuhause ; und wenn Sie sich schon seit längerem gefragt haben, warum alles gleich klingt, was dieser Musiker produziert, müssen Sie die Minneapolis-Szenen in »Fargo« sehen, um fortan bescheid zu wissen. Wenn Sie sich weniger für überschätzte Popstars und mehr für Filme interessieren, die sofort zur Sache kommen und sich keine Schnörkel erlauben, für Filme, fest gegossen wie eine Patrone, sind Sie in »Fargo« erst recht gut aufgehoben.

Ein bankrotter Autohändler heuert zwei Ganoven an: Sie sollen seine Frau entführen, vom reichen, verhaßten Schwiegervater Geld erpressen und den Erlös mit ihrem Auftraggeber teilen. Das geht schief. Mehrere Menschen sterben durch äußere Gewalteinwirkung; und Frau Sheriff Marge Gunderson hat weite Wege zu gehen, ehe sie, etwas spät, der Gerechtigkeit nachhelfen kann.

»Fargo«, das neue Werk der hochtalentierten Brüder Ethan und Joel Coen (»Barton Fink«), zeigt sie im Vollbesitz ihrer Stärken: athletische Bildkomposition, durchtrainierter Dialog, exzellentes Timing. Schon der ideal-symbolische Einsatz des Schnees - der wie ein Leichentuch die sehr flache Landschaft von Minnesota einhüllt und Blut besonders blutig aussehen läßt - weist die Coens erneut als Männer von Stil und erlesenen Manierismen aus. Fleißig wird auf hohe (»Ausgerechnet Alaska«) und nicht so hohe (»Picket Fences«) Populärkultur angespielt; und alle, die angesichts der verschneiten Szenerie nicht auf den verschneitesten aller Spielfilme, Flahertys »Nanook of the North«, kommen, zahlen die Ermäßigung für Filmstudenten zurück.

Man darf sich aber auch zum vollen Preis ins Kino setzen und einfach darüber freuen, daß die Heldin im 7. Monat schwanger ist und überdies von einer Frau mit umwerfendem Überbiß gespielt wird. Vorhalten ließe sich »Fargo« allenfalls seine Liebe zu den Eingeborenen der tieferen Provinz, sein distanziertes Bedauern für Verbrecher, die strenge Moral und der makellose Stil. Aber das Genörgel sollen die Tarantino-Deppen unter sich ausmachen.

Konkret 01/97, S. 65

Jan Pehrke

Film & Theater

Haben (oder nicht)

Regie: Laetitia Mason; mit Sandrine Kiberlain, Arnaud Giovaninetti, Claire Denis; Frankreich 1995; 90 Minuten; ab 9. 1. im Kino

Wenn das Gegenwartskino von Tarantino bis Wong Kar-Wai sich auf Godard bezieht, dann immer auf die Frühwerke, zu denen der Regisseur selber, nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zum Faschismus der gehobenen Stände, dem »Anarchisme de Droite«, längst auf Distanz gegangen ist. Laetitia Masson knüpft dagegen mit ihrem materialistischen Kino der Gefühle eher an den 68er-Godard an, der seine Arbeitsweise mit »soziologische Essays in Form eines Romans machen« umschrieb.

Der Film beginnt mit einer markanten Schnittstelle zwischen dem Individuum und den Ansprüchen der Gesellschaft: dem Vorstellungsgespräch. Eine Reihe von Frauen beantwortet Fragen nach Qualifikation, früheren Tätigkeiten und Wunschvorstellungen. Nein, sie habe noch nicht mit der neuen Alcatel-Telefonanlage gearbeitet, gesteht die eine, aber sie lerne schnell. Einer anderen wiederum will partout keine besondere persönliche Qualität einfallen, bis sie auf ein klägliches »Großherzigkeit« kommt. Später wird auch die Hauptdarstellerin, die gerade ihren Job in einer Fischfabrik verloren hat, in einem solchen Bewerbungsgespräch ihre Haut zu Markte tragen. Der Anspannung nicht gewachsen, fällt sie aus der Rolle und besteht unter Tränen auf der Einzigartigkeit ihrer Existenz: »Ich bin ich, auch wenn es 100 andere gibt!« Aber später fügt sie sich doch der anmaßenden Aufforderung des Personalchefs, ihm, da ihr Traumberuf doch Sängerin ist, etwas vorzusingen. Und es folgen weitere Kapitulationen, während Schlüsselbegriffe aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wie »Revolution«, »Gewerkschaft« oder »Kommunismus« den Film nur noch wie ein fernes Echo durchziehen.

Anders als in »Fish & Chips« und »Wolken ziehen vorüber« macht in »Haben (oder nicht)« die soziale Verwüstung nicht vor dem Inneren der Personen halt. Schwer angeschlagen wanken Alice und Bruno durch die Landschaft. Ohne Selbstwertgefühl, ihren verlorenen Träumen nachhängend«sind ihre Begegnungen von defensiven Gesten, zögerlichen Annäherungen und abrupten Rückzügen geprägt. Wie sich überhaupt der ganze Film auf unsicherem Grund bewegt; Brüche, Ellipsen und das plötzliche Hineinspringen in Szenen schaffen ein nervös-labiles Klima. Selbst ins Happy-end, das den empirischen Befund des Films nicht in Wohlgefallen auflöst, sind kleine Destabilisatoren eingebaut.

Konkret 01/97, S. 65

Heike Runge

Film & Theater

Portrait of a Lady

Regie: Jane Campion; Darsteller: Nicole Kidman, John Malkovich, Barbara Hershey, Mary Louise Parker, Martin Donovan, Shelley Winters; USA 1996; 142 Minuten, ab 9. 1. im Kino

Anfangs wurde die australische Regisseurin noch als feministische Filmemacherin gehandelt, nachdem sie u.a. mit der eigenwilligen Produktion »Sweetie« positiv aufgefallen war. Seit dem konventionellen Streifen »Ein Engel an meiner Tafel«, spätestens jedoch mit dem handwerklich perfekten, aber läppischen Kinoereignis »Das Piano« mußte sich das ändern. Der Emanzipationsfaktor ihrer jüngsten Arbeit, schätze ich, liegt gleichauf mit dem der »Sissy«-Filme.

»Portrait of a Lady«, nach der Romanvorlage des Gesellschaftsautors Henry James (1835-1916), ist einer jener Filme, der von einer jungen eigensinnigen Frau handelt, die versucht, den sturen Konventionen ihrer Zeit zu entkommen. Campion, insbesondere um Perfektion in Fragen des zeittypischen Dekors bemüht, veranstaltet eine maßlose Ausstattungs- und Kleiderorgie, um schließlich doch nur die Machtlosigkeit ihrer Protagonistin irgendwo zwischen den albernen Hüten und Häubchen abzufeiern. Sie inszeniert einen Kostümschinken, der auf großes Erinnerungstheater macht: Die Unglücksstory der Amerikanerin Isabel Archer, die 1872 auf den englischen Landsitz ihrer Familie kommt, weil sie in die Gesellschaft eingeführt werden soll bzw. verheiratet werden muß, ist, bedeutet uns ein filmischer Prolog, in dem sich die Darstellerinnen von »Portrait of a Lady« ungeschminkt und im Freizeitlook zu eurythmischen Tänzen u.ä. gruppieren, nichts weniger als der verdrängte Teil der kollektiven Frauengeschichte.

Frauengeschichte? Der Sprachgebrauch unterscheidet *den* Frauenfilm, d.i. das feministische Kino, von *einem* Frauenfilm, d.i. bewegendes Kino, also ein mit Gefühlsdingen und Familienproblemen befaßtes Tränendrüsenspektakel. Der Begriff Frauenfilm im letzteren Sinne, zumeist verächtlich verwandt, ist eigentlich eine Zumutung; Jane Campions neuer Film ist es auch.

Konkret 01/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die »Bild«-Zeitung hat einen Kulturpreis gestiftet. Das Geld dafür muß natürlich irgendwie reinkommen, und zwar über Anzeigen wie die:

Bestrafe mich!

*Lustsklavinnen, extrem veranl./ex*trem *belastbar,*

Dauerscharfes Lustweib

Heiße Zofe

Janine, *rasiert, beringt*

Döschen ohne Höschen

Nadine, v. schw. Haare an der Mu*schi*

Sexy Girls naiv + willig

Oder die, die vom gewonnenen Krieg erzählen:

Tabuloser Russenteeny

Pol. Atom-Busen

Ukraine

18j. Knaller a. Prag

Jana, vers Estin

Sexy Polin

Böhmische Traumfrau

Neu aus Budapest

Anja a. Sachsen

Oder die, die Globalisierung kündend:

Minao, a. Philip., 19 J

Brasil, Bianca und Daniela

Japan. sexy Girl

Rio Mischling 18j.

Leyla, 18j. Persien

Irene, Venez. 22j.

Indien, Liebe frz.

Ob die Tageseinnahmen aus derartigem Anzeigengeschäft für einen »Bild«-Kulturpreis reichen, kann ich nicht sagen, ich kenne die Preisliste für die Zuhälter-Anzeigen nicht. Die Spesen für das eine oder andere Mitglied der »Bild«-Jury - für Herrn Justus Frantz, Frau Bärbel Bohley oder Frau Alice Schwarzer - werden auf diese Weise aber gewiß zusammenkommen.

Einige Kulturschaffende, die den Preis noch bekommen wollen, hat die »Bild«-Zeitung prüfend gefragt: »Warum schweigen die Dichter?« Und alle, die weder das eine können noch das andere, also die Ulla Hahn, der Rolf Hochhuth, der Joseph von Westphalen, der dumme August Everding und die Freya Klier, haben brav geantwortet, an ihrer Spitze ein Akif Pirincci, der irgendwo etwas hingemacht haben muß, was die Zeitung »Felidae« nennt. Er fängt gut an:

Laßt uns hoffen, daß die Dichter eines schönen Tages wirklich das Maul halten...

um seins dann sofort aufzureißen:

... und schlicht und einfach wieder ihre Aufgabe als begnadete Spinner des geschliffenen Wortes wahrnehmen.

Womit Akif Pirincci die Aufnahmeprüfung für jene Vereinigung bestanden hat, in der all die anderen begnadeten Spinner des geschliffenen Wortes sich ein Stelldichein und Schwatzdichaus geben. Welcome to PEN.

Anläßlich seines Todes ruft die »Süddeutsche Zeitung« dem ehemaligen Intendanten des Deutschlandfunks, Edmund Gruber, nach, er sei ein

überzeugter Journalist

gewesen, weil sie ja insgeheim alle wissen, daß Journalismus weniger ein Beruf ist als eine Glaubensgemeinschaft. Oder wäre es der »Süddeutschen« je eingefallen, einen »überzeugten Bilanzbuchhalter« zu begraben?

Dr. Wolfgang Schäubles Frage an die Akademie Tutzing:

Gibt es einen Ausweg aus der Wohlstandsfalle?

verdient eine Antwort: Mandat niederlegen, Dienst-Benz abgeben, Haus anzünden, von den Resten an Arbeitslosenhilfe leben, die der Kollege Blüm den Leuten läßt, und schon ist er aus der Wohlstandsfalle raus.

Wenn eine Journalistin, die anderswo vernünftige Sätze zu Papier gebracht hat, in einer »Zeitschrift von Frauen für Menschen« plötzlich sowas veranstaltet:

Für eine große Gruppe von Männern trifft die empirisch bewiesene Tatsache zu, daß die Nostalgie sich linear zum erlittenen Prestigeverlust verhält. Oder im wechselseitigen Verhältnis zur gegenwärtigen Erfolgsquote.

fragt man sich zwar, warum eine Tatsache, die nicht nur bewiesen, sondern geradezu empirisch bewiesen ist, dennoch nur auf manche zutrifft, und ob eine Tatsache tatsächlich zutreffen kann und wie sie das gegebenenfalls macht, doch was hier irgendwie gemeint ist, läßt sich schon irgendwie zusammenreimen. Aber was ist ein lineares Verhältnis, und wodurch unterscheidet es sich von einem wechselseitigen? Oder hieß es im Manuskript statt linearproportional und statt wechselseitig *umgekehrt pro*portional, und »Emmas« TextverarbeiterInnenprogramm, das immer No sagt, wenn die Silbe Por vorkommt, hat die beiden Worte automatisch gegen zwei getauscht, die es für Synonyme hielt? Dann wäre die Autorin Kathrin Gerlof natürlich aus der Schneiderin.

Otto Schily ist, was er einmal nicht zu sein schien, mit Haut und Pony, und wenn ein iranischer Ayatollah frech wird, geschieht es, daß der sozialdemokratische Vaterlandsverteidiger darin

eine Kampfansage an das ganze *deutsche Volk*

erblickt und mir also wieder einmal erklärt, wozu ich nicht gehöre.

Über ihren Kunden, den Boxkämpfer Henry Maske, hat eine PR-Agentur den Satz zusammengedichtet:

Durchweg hohe Werbeinselreichweiten gepaart mit der Popularität und dem hervorragenden Image des Gentleman Maske bieten ein exzellentes Werbeumfeld

Woraus man erstens etwas über das Paarungsverhalten von Werbeinselreichweiten lernt und zweitens, daß ein Gentleman entweder einer ist, dessen Physiognomie den Verdacht nicht völlig ausschließt, er könne eigenhändig seinen Namen schreiben, oder aber einer, der einmal einer Nationalen Volksarmee der DDR als Oberleutnant und ein andermal dem Helmut Kohl als Wähler dienen kann, ohne dabei den Gesichtsausdruck im geringsten zu ändern. Aber was müh' ich mich, wo doch der Graciano »Rocky« Rocchigiani, nachdem er den Gentleman verbeult hatte, alles schon gesagt hat: »Anpassen, dieses Fach hat der Typ doch studiert.«

Alle deutschen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsender sagen es: Jose Ignacio López ist

der Kosten-Killer

Tote Kosten säumen seinen Weg. Wo Lopez gekillt hat, sind die Erlöse endlich unter sich, und die Sonne des Gewinns scheint ohn' Unterlaß. So schön kann Kapitalverwertung sein, wenn Wirtschaftsjournalisten sie erzählen.

Wie Lopez für alle der Kosten-Killer, wird ein gefürchteter Sprücheklopfer aus dem PDS-Apparat bald für alle das sein, wozu der »Spiegel« ihn ernannt hat:

Der Chefdenker André Brie

Wo es aber einen Chef gibt, muß es auch Untergebene geben: Denkungsbevollmächtigte, Vizedenker, Unterdenker, stellvertretende Unterdenker, Denkbearbeiter bzw. Sachbedenker, Denkassistenten, Hilfsdenker, Denkburschen und Lehrdenker bzw. Denkazubis. Es hat der Chefdenker aber noch einen Chef, den Anführer des demokratischen Sozialismus Lothar Bisky. Wie nennt man den? Den Denk xiao ping der PDS?

Weil wir doch fast mal Kollegen geworden wären, kriegt der Karasek heute ein bißchen Einzelunterricht ganz umsonst (und gewiß auch vergebens). Er schreibt da, die Entscheidung, ein Manuskript übersetzen zu lassen, bedeute für einen Verlag

ein Vorrisiko an Kosten.

Der Druck des Buches wäre dann das Mittel- und die Rezension das Nachrisiko? Das Nachrisiko wird freilich zum - wie man in neurenoviertem Deutsch auch gern mal sagt - vorprogrammierten, ja postriskanten Erfolg, wenn das Literarische Quartett sich der Schwarte annimmt. Von dem wiederum sagt der Karasek, es diene

dem hitzigen Austausch der Leseerlebnisse, die offenbar nach der (notwendig) einsam einsiedlerischen Lektüre als Bedürfnis entsteht.

Der Austausch entsteht als Bedürfnis? Und nicht: das Bedürfnis nach Austausch? Nein? Und tatsächlich einsam einsiedlerisch? Nicht einsam zweisiedlerisch? Oder zweisam einsiedlerisch? Oder irgendwas anderes? Und *Leseerlebnisse* - das muß? Weil nur Leseerlebnisse sich hitzig austauschen lassen und nicht Kenntnisse und Erkenntnisse, die durch Lektüre erworben werden? Und so geht es aber eine ganze Druckseite fort, ohn' Unterlaß. Die Strafe, die ich nur erwogen habe, hat der Verleger Holtzbrink ausgesprochen: Karasek muß beim »Tagesspiegel« in Berlin nachsitzen bzw. als Herausgeber wirken. Manchmal ist Gott gerecht.

Zu Weihnachten ist ein Buch erschienen:

Jack Miles: Gott. Eine Biografie

Wenn der Hanser-Verlag das Werk bei mir bestellt hätte statt bei Miles, hätte er zum Fest seinen Reibach mit einer Autobiografie machen können.